

Hans Pongratz

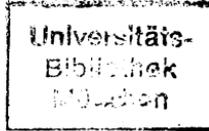
Die Bauern und der ökologische Diskurs

Befunde und Thesen zum
Umweltbewußtsein in der
bundesdeutschen Landwirtschaft.

Profil

Anschrift des Autors:
Dr. Hans Pongratz
Pariser Straße 29
D-8000 München 80

057220654



Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

Pongratz, Hans:

Die Bauern und der ökologische Diskurs : Befunde und Thesen zum
Umweltbewußtsein in der bundesdeutschen Landwirtschaft / Hans Pongratz.

- München ; Wien : Profil-Verl., 1992

(Reihe Wissenschaft)

Zugl.: München, Univ. der Bundeswehr, Diss., 1990

ISBN 3-89019-319-6

© 1992 Profil Verlag GmbH München Wien

Gesamtherstellung: WB-Druck D-8959 Rieden

Printed in Germany

ISBN 3-89019-319-6

93 P 29019

Inhalt

1	Erstes Kapitel	
	Einleitung	9
1.1	Die Fragestellung	9
1.2	Die Geschichte einer Forschungsarbeit	14
1.3	Der Inhalt und der Aufbau der Studie	18
2	Zweites Kapitel	
	Empirische Grundlagen der Studie	24
2.1	Die sozialwissenschaftliche Forschung zum Umweltbewußtsein in der Bundesrepublik Deutschland	25
2.1.1	Zum Stand der Forschung	25
2.1.2	Zur inhaltlichen Bestimmung von Umweltbewußtsein	27
2.1.3	Umweltbewußtsein als empirisches Konstrukt	31
2.1.4	Umweltbewußtsein als eigenständige Dimension des Wertewandels	36
2.2	Untersuchungen zum Umweltbewußtsein von Landwirten	43
2.2.1	"Umweltinformation in der Landwirtschaft" (Fietkau et al. 1982)	44
2.2.2	"Umweltinformation für Landwirte" (Hülsen 1982)	47
2.2.3	"Umweltschutz und Agrarproduktion aus der Sicht von Landwirten und Beratern in Hessen" (Bendixen 1984)	50
2.2.4	"Umweltkenntnisse und -bewußtsein bei Junglandwirten" (Wentingmann 1988)	53
2.2.5	"Umweltprobleme und umweltorientierte Landbewirtschaftung im Meinungsbild der Landwirte Nordrhein-Westfalens" (Rau 1989)	56
2.2.6	"Agrarindustrie und Umwelt - die Folgen einer Entwicklung" (Kölsch & Dettmer 1989)	59
2.2.7	Resümee zum Stand der agrarsoziologischen Umweltbewußtseins-Forschung	62

2.3	Grundlagen der eigenen empirischen Untersuchung	66
2.3.1	Das Erhebungs- und Auswertungsverfahren	67
2.3.2	Auswahl der Stichprobe	72
2.3.3	Beschreibung der Untersuchungsgruppe	74
3	Drittes Kapitel	
	Strukturen des ökologischen Diskurses	79
3.1	Zur Analyse des ökologischen Diskurses in der Bundesrepublik Deutschland	80
3.1.1	Theoretisch-konzeptionelle Überlegungen zum Diskursbegriff	80
3.1.2	Entwicklungslinien und Stand der Diskussion zur Umweltkrise	86
3.1.3	Zwischen Anspruch und Wirklichkeit - empirische Befunde zum ökologischen Diskurs	92
3.2	Ausgewählte Strukturmerkmale des ökologischen Diskurses	97
3.2.1	Die sozialstrukturelle Verankerung des ökologischen Diskurses	98
3.2.2	Die Vermittlungsfunktion von Wissenschaft und Medien	104
3.2.3	'Ökologischer Naturalismus' - zur Thematisierung des Verhältnisses von Natur und Gesellschaft	110
3.2.4	Die Diskrepanz zwischen Einstellungen und Verhaltensweisen im ökologischen Diskurs	115
3.3	Thesen zur Beteiligung der Bauern am ökologischen Diskurs	120
4	Viertes Kapitel	
	Gesellschaftliche Lage der Landwirtschaft	127
4.1	Zur Situation der Landwirtschaft in einer fordistischen Gesellschaft	128
4.1.1	Die Bundesrepublik Deutschland als fordistische Gesellschaft	128
4.1.2	Die Entwicklung der Landwirtschaft in einer fordistischen Gesellschaft	136

4.2	Die Position der Landwirtschaft gegenüber dem industriell-kapitalistischen Sektor	144
4.2.1	Die wirtschaftliche Integration der Landwirtschaft	145
4.2.2	Die Landwirtschaft als Objekt politischer Strategien	151
4.2.3	Die soziale Situation der bäuerlichen Bevölkerung	157
4.3	Das gesellschaftliche Bewußtsein der Bauern	164
4.3.1	Ergebnisse der explorativen Befragung zum gesellschaftlichen Bewußtsein bayerischer Bauern	165
4.3.2	Belege zum bäuerlichen Bewußtsein gesellschaftlicher Randständigkeit in der agrarsoziologischen Forschung	173
4.4	Bäuerliches Leben und Arbeiten zwischen aktiver Anpassung und Resignation	180
5	Fünftes Kapitel	
	Ergebnisse einer explorativen Befragung zum Umweltbewußtsein bayerischer Bauern	188
5.1	Naturbezug in der bäuerlichen Arbeit	189
5.2	Einschätzung der gesellschaftlichen Umweltproblematik	195
5.3	Beurteilung der Umweltprobleme in der Landwirtschaft	201
5.4	Reaktionen auf Kritik der Öffentlichkeit	211
5.5	Haltung zum alternativen Landbau	216
5.6	Meinungen zu weiteren Umweltschutzmaßnahmen in der Landwirtschaft	226
6	Sechstes Kapitel	
	Merkmale und Ursachen bäuerlichen Umweltbewußtseins - eine zusammenfassende Analyse	236
6.1	Charakteristische Merkmale des bäuerlichen Umweltbewußtseins	237
6.1.1	Unsicherheit und Inkonsistenz	237
6.1.2	Abwehrhaltung	242
6.1.3	Aufgeschlossenheit	244

6.2	Diskussion der Ursachen bäuerlichen Umweltbewußtseins	247
6.2.1	Zum Einfluß soziodemographischer und betrieblicher Faktoren	247
6.2.2	Bedingungen einer landwirtschafts-spezifischen Rezeption des ökologischen Diskurses	250
6.2.3	Vergleich unterschiedlicher Rezeptionsmuster des ökologischen Diskurses bei Bauern und Industriearbeitern	254
7	Siebentes Kapitel	
	Schlußfolgerungen - Gesellschaftliches Ansehen als Bedingung ökologischen Handelns	259
7.1	Strategien zur Förderung bäuerlichen Umweltbewußtseins	259
7.2	Sündenbock oder Sympathie? Das Bild der Landwirtschaft in der Gesellschaft	263
7.3	Ansatzpunkte einer Integrationsstrategie zur Förderung der gesellschaftlichen Anerkennung der Landwirtschaft	267
	7.3.1 Chancen der Öffnung für die Landwirtschaft	267
	7.3.2 Klärung der Erwartungen und Leistungen der Gesellschaft an die Landwirtschaft	269
7.4	Naturerfahrung in der bäuerlichen Arbeit: Eine Chance für die Gesellschaft	273
	Literaturverzeichnis	278
	Anhang: Fragebogen	295

1 Einleitung

1.1 Die Fragestellung

Die ökologische Frage stellt sich in der Landwirtschaft mit außerordentlicher Dringlichkeit. Ebenso wie in anderen Wirtschaftsbereichen wird in der Agrarproduktion mit technischen Hilfsmitteln massiv in Naturprozesse eingegriffen. Die Bevölkerung scheint für jene Auswirkungen landwirtschaftlicher Umweltveränderungen besonders sensibilisiert, welche die Kulturlandschaft und die menschliche und tierische Nahrung unmittelbar betreffen. Die Sorge um die natürliche Umwelt, wie sie sich in zunehmendem Umweltbewußtsein in der Bundesrepublik zeigt, findet auch im individuellen Bemühen um eine gesunde Ernährung Ausdruck. Die bäuerliche Bevölkerung sieht sich unversehens und meist unvorbereitet im Zentrum der öffentlichen Debatte zur ökologischen Frage, die ich im folgenden als 'ökologischen Diskurs' bezeichne.

Einzelne Umweltprobleme, die in der Medienöffentlichkeit als Skandale präsentiert wurden, wie zum Beispiel Hormonverseuchungen von Kälbern oder Pestizidrückstände in Gemüse und Säften, haben die Öffentlichkeit skeptisch gestimmt. "Machen uns die Bauern krank?" fragt Dietsch (1986) provokativ im Titel eines Sachbuchs. Die Kritik am Einsatz chemischer Mittel in der Landwirtschaft zielt nicht nur auf vereinzelt Mißbrauch. In einer repräsentativen Umfrage 1987 (IMA 1987) herrscht die Meinung vor, in der Landwirtschaft sollten weniger Pflanzenschutzmittel und Düngemittel eingesetzt werden (vgl. 7.2). Diese Kritik richtet sich nicht gegen eine bäuerliche Landwirtschaft mit kleinen und mittelgroßen Betrieben, die auf erstaunlich viel Sympathie trifft. Sie wendet sich vor allem gegen jene Produktionsverfahren, die eine Angleichung der landwirtschaftlichen Erzeugung an industrielle Standards anstreben.

Die öffentliche Kritik ist im Grundsatz berechtigt, auch wenn sie manchmal übertrieben und wenig differenziert vorgebracht wird. Die Umweltgefährdung durch die moderne Landwirtschaft wird heute von namhaften Experten bestätigt, obgleich die Einzelheiten umstritten sind. In seinem Sondergutachten "Umweltprobleme der Landwirtschaft" (RSU 1985) hat 'Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen' eine kritische Einschätzung der Situation geliefert:

- Als schwerwiegendste von der modernen Landwirtschaft ausgehende

Umweltbelastung wird "die Beeinträchtigung, Verkleinerung, Zersplitterung und Beseitigung naturbetonter Biotope und Landschaftsbestandteile" (37) genannt. Sie wird als Hauptursache für den Rückgang wildlebender Pflanzen- und Tierarten angesehen.

- Bedenklich erscheint den Sachverständigen daneben vor allem die "zunehmende Gefährdung des Grundwassers" (38) durch den Eintrag von Nitrat und Pestiziden als Folge einer intensivierten Agrarproduktion.
- Schädliche Auswirkungen für die Landwirtschaft selbst erwarten sie von der Verdichtung und Erosion des Bodens und vom Eintrag von Pestiziden (38f).
- An vierter Stelle nennt das Gutachten die "Beeinträchtigung der Oberflächengewässer" (40) durch Dränage und Schadstoffeintrag.
- Eher gering wird die Belastung der Nahrungsmittel mit Schadstoffen aus der Landwirtschaft eingeschätzt (40).
- Wenig bedeutsam erscheint die Verschmutzung der Luft durch die Agrarproduktion (40f).

In den einschlägigen Problemdarstellungen werden im wesentlichen dieselben Punkte genannt, zum Teil jedoch mit anderen Gewichtungen (vgl. Hampicke 1977 und im Überblick Bechmann 1987: 30ff und 209ff). Die Notwendigkeit durchgreifender Konsequenzen zum Schutz der Natur in der Landwirtschaft, wie sie vom Sachverständigenrat formuliert wird, ist kaum umstritten:

"Die Fortführung intensiver Landwirtschaft macht künftig einschneidende Maßnahmen der Umwelt- und Agrarpolitik erforderlich, die auf eine Umkehr der umweltbelastenden Trends sowie auf eine Wiederherstellung der Lebensraumfunktion der Agrarlandschaft gerichtet sein müssen" (RSU 1985: I).

Auch über die Ursachen ökologischer Belastungen sind sich die Fachleute im Grundsatz einig: Sie werden weniger auf das Fehlverhalten einzelner Landwirte zurückgeführt als vielmehr auf die Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion durch die unbesonnene Anwendung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Die rasche Mechanisierung der Landwirtschaft und der starke Anstieg von Mineraldünger- und Pflanzenschutzmitteleinsatz sowie von Futtermittelzukauf in der Bundesrepublik in den letzten 40 Jahren sind Indikatoren dieser Entwicklung (vgl. 4.2). Sie galt und sie gilt in der Agrarpolitik der Bundesrepublik und der Europäischen Gemeinschaft als 'Motor der landwirtschaftlichen Entwicklung' (vgl. Thiede 1988). Die Intensivierung ermöglichte eine rasche Steigerung der

Arbeitsproduktivität und trug damit entscheidend zur Deckung des Nahrungsmittelbedarfs nach dem Zweiten Weltkrieg bei. Inzwischen aber hat sie in die Überproduktion geführt und die ökonomische Konkurrenz in der Landwirtschaft verschärft. Die Bauern und Bäuerinnen finden sich in einem Teufelskreis von Konkurrenz, Produktionssteigerung und Einkommensrückstand wieder:

"Auf Druck verläuft die technische Entwicklung gleichzeitig mit einer Intensivierung der Produktion, so daß das Angebot an landwirtschaftlichen Produkten bleibend schneller wächst als die Nachfrage, und die landwirtschaftlichen Preise unter Druck bleiben. Die individuellen Versuche von Bauern, ihren Entlohnungsrückstand durch eine schnelle Einführung von Erneuerungen zu kompensieren, sorgen also gerade dafür, daß der Entlohnungsrückstand bestehen bleibt, so daß der individuelle Bauer weiter Erneuerungen einführen wird u.s.w." (Koning 1988: 77f).

Die Vorstellungen darüber, welche Maßnahmen zur Verminderung von Umweltbelastungen durch die Landwirtschaft ergriffen werden sollen, gehen weit auseinander. Das liegt nicht nur an unterschiedlichen Umweltschutzkonzepten, sondern auch an der komplexen und krisengeschüttelten wirtschaftspolitischen Situation der Landwirtschaft in der Europäischen Gemeinschaft. Kennzeichnend dafür sind die Agrarüberschüsse und die hohen öffentlichen Subventionen für die Landwirtschaft. Als "subventionierte Unvernunft" beschreibt Priebe (1985) die agrarpolitische Lage der Europäischen Gemeinschaft:

"Dramatisch wachsende Überschüsse schwächen die wirtschaftlichen Kräfte der Gemeinschaft, belasten die Weltmärkte und beschneiden vielen armen Ländern in der Dritten Welt die Verdienstmöglichkeiten. Während Milliarden für Überschüsse vergeudet werden und nur wenige Landwirte mit größeren Tierbeständen und Flächen davon profitieren, bleibt die Masse der angestammten Bauern auf der Strecke, fehlen die Mittel für die Entwicklung der wirtschaftsschwachen Regionen in Europa" (9).

Ökologische, wirtschaftliche, politische und soziale Problemstellungen überlagern sich in der Landwirtschaft und bilden ein schwer durchschaubares und kaum steuerbares Geflecht. Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, wenn die Unsicherheit in der bäuerlichen Bevölkerung groß und ihr berufliches Selbstverständnis erschüttert ist. Zwar genießen die Bauern und Bäuerinnen auf kleinen und mittleren Betrieben überraschend viel Vertrauen in der Bevölkerung (IMA 1987; vgl. 7.2). In der ökologischen

orientierten Agrarliteratur werden sie meist als Opfer einer verfehlten Agrarpolitik gesehen (z.B. Priebe 1985: 209ff). In Teilen der Agrarwissenschaft wird sogar offen die Forderung "Für eine bäuerliche Landwirtschaft" - so der Titel des von Gödde und Voegelin (1988) herausgegebenen Tagungsbandes - erhoben. Doch Sympathie und Unterstützung, die gerade mit ökologischer Kritik an einer intensivierten Landwirtschaft verbunden sind, erreichen Bauern und Bäuerinnen kaum. Im betrieblichen Alltag sehen sie im Gegenteil zunehmend den Sinn ihrer Arbeit in Frage gestellt.

Trotz harter Arbeit der bäuerlichen Familien bleibt das Einkommen in vielen Fällen unbefriedigend und reicht oft nicht, um die betriebliche Existenz zu sichern (vgl. 4.2.3). Dabei wird von Agrarpolitik und Agrarverwaltung unvermindert die Forderung nach weiteren betrieblichen Modernisierungsmaßnahmen erhoben- oder die Einstellung der landwirtschaftlichen Produktion nahegelegt. Mit der Vernichtung bzw. der kostenaufwendigen Lagerung landwirtschaftlicher Produkte wird die relative Wertlosigkeit der Arbeitsergebnisse demonstriert. Auch der gesellschaftliche Stellenwert der bäuerlichen Arbeit hat sich in einer Dienstleistungsgesellschaft, deren Berufsideal eher Bildung, Büroarbeit und Freizeit sind, nachteilig verändert. "Gestörtes Selbstvertrauen", "Vertrauenskrise", "Unsicherheit", "Unruhe" oder "Verwirrung" - mit diesen Begriffen kennzeichnet Priebe (1985: 204ff) die sozialpsychologische Situation der bäuerlichen Bevölkerung. Empirische Studien belegen die hohe physische und psychische Belastung (z.B. Meyer-Mansour et al. 1990). In einer ohnehin spannungsgeladenen Situation sehen sich die Bauern und Bäuerinnen nun zusätzlich mit ökologischen Ansprüchen konfrontiert.

Die Fragestellung meiner Untersuchung lautet deshalb: Wie reagieren die Bauern¹ vor dem Hintergrund der besonderen gesellschaftlichen Lage der Landwirtschaft auf ökologische Forderungen als Teil eines öffentlichen Diskurses über die Bedrohung der Natur in weiten Teilen der Bevölkerung? Ich folge dabei der These, daß die Bauern ökologische Forderungen als gesellschaftliche Ansprüche wahrnehmen und sie auf der Grundlage ihrer bisherigen gesellschaftlichen Erfahrungen beurteilen. Aus dieser soziologischen Perspektive erscheint die krisenhafte wirtschaftspolitische Situation der Landwirtschaft als Hindernis auch für umweltorientiertes Denken und Handeln der Landwirte. Ich suche damit inhaltlich andere Untersuchungen zum bäuerlichen Umweltbewußtsein zu ergänzen, die Umweltwissen sowie materielle und immaterielle Anreize als vorrangige Bedingungen ökologi-

¹ Zur Eingrenzung der Fragestellung auf die männlichen Leiter landwirtschaftlicher Betriebe siehe die Erläuterungen in 1.3.

schen Denkens und Handelns thematisieren (vgl. 2.2 und 7.1). Beides sind wichtige, aber keineswegs hinreichende Voraussetzungen. Nur wenn eine Berufsgruppe auch soziale Anerkennung findet, wird sie eine ökologische Motivation zum Nutzen der ganzen Gesellschaft entwickeln.

Ziel meiner Untersuchung ist zum einen die Beschreibung des Umweltbewußtseins der Bauern auf der Basis des aktuellen Forschungsstandes und eigener Befragungsergebnisse. Zum anderen strebe ich eine Erklärung der bäuerlichen Reaktionen auf ökologische Forderungen durch die maßgeblichen gesellschaftlichen Bedingungen an. Als soziologisch relevante Rahmenbedingungen des Umweltbewußtseins in der Landwirtschaft untersuche ich die Struktur des ökologischen Diskurses und die gesellschaftliche Lage der Landwirtschaft. Als Strategie zur Förderung bäuerlichen Umweltbewußtseins schlage ich grundlegende Veränderungen im Verhältnis von Landwirtschaft und Gesellschaft vor, die zu einer Steigerung des gesellschaftlichen Ansehens und des Selbstbewußtseins der bäuerlichen Bevölkerung führen. Damit will ich den Bauern und Bäuerinnen den ökologischen Diskurs als Chance nahebringen - nicht als Gefahr, wie sie ihn häufig sehen. Er bietet ihnen größeren Spielraum für Naturerfahrungen in der Arbeit und eröffnet ihnen die Möglichkeit, neue gesellschaftliche Unterstützung in der Auseinandersetzung mit wirtschaftlichen und politischen Zwängen zu finden.

Die Naturverbundenheit bäuerlicher Arbeit ist durch die Intensivierung der Produktion verringert, nicht aber beseitigt worden. Bauern und Bäuerinnen haben in ihrer täglichen Arbeit immer noch engen Kontakt mit der Natur, deren Verlauf und Veränderungen sie unmittelbar erfahren. Sollten sie nicht die ersten sein, die Umweltschädigungen durch die Landwirtschaft wahrnehmen? Und sollte es nicht primär in ihrem Interesse sein, die langfristige Ertragskraft der natürlichen Produktionsgrundlagen zu sichern? Andererseits sind sie es auch, die von den Produktionsergebnissen leben müssen. Geringere Intensivierung bedeutet weniger (momentanen) Ertrag und damit ein niedrigeres Einkommen. Wird nicht angesichts der verschärften agrarwirtschaftlichen Konkurrenz der betriebswirtschaftliche und produktionstechnische Spielraum der Landbewirtschaftung immer geringer? Können wir von den Bauern und Bäuerinnen überhaupt eine Ökologisierung der Produktion erwarten, wenn es sie ihre Existenz kosten kann? läßt sich umgekehrt fragen. Gesellschaftliche Gruppen, die ein Interesse an einer ökologisch orientierten Nahrungsmittelproduktion haben, müssen sich überlegen, welche Form von Landwirtschaft sie unterstützen wollen, und was sie bereit sind, dafür zu tun. Meine Untersuchung soll der Verständigung zwischen beiden Seiten dienen.

Fragestellung und Zielsetzung der Studie haben sich in einem Forschungsprozeß entwickelt, den ich kurz beschreiben möchte, bevor ich den inhaltlichen Aufbau im einzelnen vorstelle. Die Studie ist das Ergebnis der Lernprozesse, die ich während der empirischen und theoretischen Arbeit an dem Thema gemacht habe, und mit ihren Fehlern und Erfolgen untrennbar verbunden. Ich werde im folgenden Abschnitt und fortan im Verlauf der Abhandlung Arbeitsschritte und Thesen immer wieder in der ersten Person, der Ichform, vortragen, um diesem Entwicklungsprozeß Ausdruck zu verleihen.

1.2 Die Geschichte einer Forschungsarbeit

Meine Forschungsarbeit zum Umweltbewußtsein von Bauern hat eine wechselvolle, aber für eine Dissertation vermutlich nicht überraschende Geschichte. Ursprünglich war das Thema viel weiter gefaßt und sollte Aspekte der sozialen, ökonomischen und ökologischen Lage der Landwirtschaft umspannen. "Bäuerliche Arbeit zwischen Ökonomie und Ökologie. Empirische Untersuchung zur Krise im Arbeitsverständnis junger Haupteerwerbs-Landwirte", so hatte ich meinen ersten Arbeitsplan im Mai 1984 überschrieben (Pongratz 1984). Ich ging von den bekannten Problemlagen der Landwirtschaft aus: dem Rückgang der landwirtschaftlich Erwerbstätigen, der Ausbreitung industrieähnlicher Produktionsformen, der Überproduktion und den steigenden Subventionen sowie den wachsenden ökologischen Belastungen. Mein Forschungsvorhaben zielte auf einen "soziologisch besonders bedeutsamen" Aspekt dieser Situation, "nämlich daß alle Anforderungen in der Landwirtschaft letztlich und entscheidend von den Bauern selbst bewältigt werden müssen" (2). Aufgrund der Vielfalt neuer Anforderungen vermutete ich eine "Krise in den subjektiven Bezügen der Bauern zu ihrer Arbeit" (2). Untersuchungsgegenstand sollte die Entwicklung werden, in welcher

"die Bauern in ihrem Arbeitsalltag wie in der Öffentlichkeit zunehmend mit den Unzulänglichkeiten der bisherigen intensiven, industriell orientierten Agrarproduktion und der Notwendigkeit einer ökologischen Besinnung konfrontiert und damit in ihrem bisherigen Arbeitsverständnis erschüttert werden" (3).

Mit dieser Formulierung war ich meinem jetzigen Thema näher, als ich damals wohl selbst ahnte.

Bei der Gestaltung des Forschungsdesigns leitete mich die Perspektive einer subjektorientierten Arbeitssoziologie. Dieser Ansatz ist am Sonderforschungsbereich 101 der Universität München entwickelt worden (siehe Bolte & Treutner 1983), wo ich 1984 als wissenschaftliche Hilfskraft beschäftigt war. Karl Martin Bolte (1984) sieht als zentrales Anliegen des Ansatzes,

"das wechselseitige Konstitutionsverhältnis von Mensch und Gesellschaft besonders ins Blickfeld zu rücken. Dies geschieht dadurch, daß gesellschaftliche Strukturen oder Strukturelemente (...) daraufhin analysiert werden, (1) in welcher speziellen Weise sie menschliches Denken und Handeln prägen, (2) wie Menschen bestimmter sozio-historisch geformter Individualität innerhalb dieses strukturellen Rahmens agieren und so u.a. zu seiner Verfestigung oder Veränderung beitragen und (3) wie schließlich die betrachteten Strukturen selbst einmal aus menschlichen Interessen, Denk- und Verhaltensweisen hervorgegangen sind" (15f).

Es handelt sich nicht um einen neuen Theorieansatz, sondern um ein "Analyseschema" (16), in das sich verschiedene Theorien integrieren lassen. Analog zu Bolte fragte ich

"sowohl nach der gesellschaftlichen Bestimmtheit individuellen Handelns einerseits wie nach den tatsächlichen Verhaltensweisen der sozialen Subjekte, die damit andererseits gesellschaftliche Strukturen erst konstituieren" (Pongratz 1984: 3).

Die gesellschaftliche Bedingtheit bäuerlichen Arbeitshandelns sollte durch eine "theoretisch-systematische Herausarbeitung" der gesellschaftlichen Lage der Landwirtschaft und des betrieblichen und biographischen Kontextes bäuerlichen Lebens analysiert werden. Die subjektiven Handlungsorientierungen der Bauern wollte ich hingegen empirisch untersuchen, und zwar mit einer an qualitativen Methoden ausgerichteten Befragung. Inhaltlich zielten die Interviews "auf die individuelle Verarbeitung der beruflichen Probleme der Bauern im Spannungsfeld zwischen einer industriellen Ökonomie und den Anforderungen der Ökologie" (7).

Ausgestattet mit einem Stipendium², begann ich im Dezember 1984 mit den theoretischen Vorarbeiten. Die Rezeption der Literatur zu den Themenfeldern 'gesellschaftliche Lage der Landwirtschaft', 'Arbeitsbedingungen in

² Ich erhielt ein Stipendium zur "Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses in Bayern", für das ich der Ludwig-Maximilians-Universität München und der Bayerischen Staatsregierung danke.

bäuerlichen Familienbetrieben' und 'Ökologie und Landwirtschaft' führte mir rasch vor Augen, wie komplex mein Ansatz war. In einem ersten Arbeitsbericht im September 1985 versuchte ich, meine Thesen zu konkretisieren. Zum Thema 'Ökologie und Landwirtschaft' resümierte ich,

"daß die allgemeine, öffentliche Ökologie-Diskussion von der Erfahrungswelt der Bauern weit entfernt ist und für diese in wesentlichen Aspekten nur schwer nachzuvollziehen sein dürfte" (Pongratz 1985: 2).

Hinsichtlich der 'gesellschaftlichen Bedingungen bäuerlichen Arbeitens' stellte ich auf verschiedenen Ebenen "Konflikte mit den Ansprüchen der industriegesellschaftlichen Entwicklung" (5) sowie "strukturelle Ungleichgewichte und Widersprüche" (6) fest. Ich vermutete, diese würden "in ambivalenten und zum Teil irrationalen Orientierungen" (7) der Bauern ihren Niederschlag finden. Im Kern war ich damit zwar bereits zu den zentralen Argumenten vorgedrungen, wie sie in diesem Bericht in den Kapiteln 3, 4 und 5 entwickelt werden, doch waren sie noch von einer Fülle zusätzlicher Überlegungen überlagert und weitgehend ohne inneren Zusammenhang.

Der Frageleitfaden, den ich im Herbst 1985 erarbeitete, war deshalb noch sehr breit gefaßt mit den inhaltlichen Dimensionen 'Arbeits- und Berufsorientierung', 'Haltung zur Natur und zu Umweltproblemen', 'Politische Orientierung' und 'Einschätzung der wirtschaftlichen Situation' (vgl. den Fragebogen im Anhang). Ich strebte damit nicht die Überprüfung bestimmter Thesen an, sondern die explorative Erforschung bäuerlicher Orientierungen in verschiedenen Lebensbereichen. Aus pragmatischen Erwägungen - es standen mir keine Mittel zur Transkription von Tiefeninterviews zur Verfügung - entschied ich mich für ein stärker strukturiertes und standardisiertes Erhebungsverfahren. Ich richtete mein methodisches Vorgehen an dem von Sabine Kudera geleiteten Forschungsprojekt 'Lebensverläufe und Orientierungen in Berufsgruppen des deutschen Kleinbürgertums' (vgl. Kudera et al. 1984, Kudera 1988a) aus und gewann damit Vergleichsmöglichkeiten zu dessen Ergebnissen.³ Neben verschiedenen Einzelfragen baute ich den Fragenblock zu den politischen Orientierungen aus Kuderas Projekt in meinen Frageleitfaden ein, der sich als hilfreiches Instrument erweisen sollte.

Die Befragung von 40 Vollerwerbslandwirten in Niederbayern und Oberbayern führte ich von Dezember 1985 bis Februar 1986 durch (vgl.

³ Ich war seit Dezember 1985 Mitarbeiter von Sabine Kudera an der Fakultät für Pädagogik der Universität der Bundeswehr München. Ich glich mein Erhebungs- und Auswertungsverfahren den Methoden ihres Projekts an, die auf einer Kombination qualitativer und quantitativer Verfahren beruhten (zur Beschreibung der Methode siehe 2.3). Die Ergebnisse des Vergleichs sind in Pongratz (1988a) dargestellt.

2.3). Der unmittelbare Kontakt mit den Bauern, für deren Beteiligung ich mich auch an dieser Stelle herzlich bedanke, ließ manches theoretisch ermittelte Problem auf Schreibtischformat schrumpfen. Andere Eindrücke und Erlebnisse traten in den Vordergrund, etwa der unerwartete Eigensinn bäuerlichen Denkens oder die Vielfalt individueller Lebensformen. Bei der Auswertung stellte ich deshalb zunächst mein theoretisches Analyseraster beiseite und 'stürzte' mich auf das für mich beeindruckendste Ergebnis: die Distanz zur Industriegesellschaft, welche die meisten Befragten bei verschiedenen Fragen zum Ausdruck gebracht hatten, ohne daß ich explizit danach gefragt hätte (siehe 4.3.1). Sie folgten einem Argumentationsmuster, demzufolge unsere Gesellschaft als Industriestaat ganz an den Erfordernissen der Industrie ausgerichtet ist, während die Landwirtschaft als kleine Minderheit kaum mehr wirtschaftliche Bedeutung und zu wenig politische Macht hat. Dieser Befund eines Bewußtseins gesellschaftlicher Randständigkeit führte mich zur theoretischen Analyse zurück. Ich versuchte, ihn aus verschiedenen Abhängigkeitsbeziehungen der Landwirtschaft zu industriell-kapitalistischen Gesellschaftsbereichen zu erklären.⁴

In der Verbindung von theoretischer und empirischer Analyse kam mir nun die doppelte Perspektive des subjektorientierten Ansatzes auf das "wechselseitige Konstitutionsverhältnis von Mensch und Gesellschaft" (Bolte 1983: 15) zu Hilfe. Wichtige Anregungen gaben mir die Überlegungen zu einem "Bewußtseinsbegriff aus subjektorientierter Perspektive", die Günter Voß (1984: 394 ff.) aus der Kritik der industriesoziologischen Bewußtseinsforschung entwickelt hat. In Abgrenzung von Konzepten einer bloßen Widerspiegelung sozialer Gegebenheiten im Bewußtsein betont Voß,

"daß 'Bewußtsein' eine aktive, relativ autonome Konstruktionsleistung von Personen ist, mit der sich diese die für sie existentiell relevanten Sphären der alltäglichen Erfahrungswelt ideell verfügbar machen" (394).

Auf der Basis dieser Annahme versuchte ich, das "Wechselspiel zwischen den Vereinnahmungs- und Ausnutzungsstrategien von gesellschaftlichen Akteuren des modernen Sektors einerseits und den eigenlogischen Strategien des Sich-Fügens der Bauern andererseits" (Pongratz 1987: 530) zu untersuchen.

Mit der Analyse des gesellschaftlich-politischen Bewußtseins der Bauern war nun endgültig mein Appetit auf agrarsoziologische Fragen geweckt.

⁴ In dem Aufsatz "Bauern - am Rande der Gesellschaft?" (Pongratz 1987) habe ich den empirischen Befund und meine theoretischen Überlegungen zusammengefaßt. Die dort vorgenommene Charakterisierung der bäuerlichen Abhängigkeit als "Kolonisierungsverhältnis" erscheint mir heute allerdings terminologisch überspitzt (vgl. 4.1).

Durch den Besuch verschiedener Tagungen kam ich in Kontakt und Austausch mit den Kollegen aus der Land- und Agrarsoziologie sowie anderer Agrarwissenschaften. Vor allem im Kreis der Agrarsoziologischen Arbeitsgemeinschaft und in der Arbeitsgruppe Landwirtschaft des Öko-Instituts Freiburg erhielt ich Unterstützung und neue Anregungen. Ich entwickelte meine Ideen in vielerlei Richtungen weiter und schrieb Aufsätze zu unterschiedlichen Fragen der Land- und Agrarsoziologie. Mit dem ursprünglichen Forschungsansatz waren diese Arbeiten locker verknüpft.

Als ich mich 1989 schließlich daran setzte, meine Dissertation zum Abschluß zu bringen, befand ich mich in einer neuen Situation: Meine agrarsoziologischen Studien hatten mir gezeigt, daß das Konzept der Arbeit viel zu breit angelegt war. Gleichzeitig war eine Reihe von Untersuchungen durchgeführt worden, die ebenfalls die Einstellungen und Meinungen der Bauern zur Umweltproblematik in der Landwirtschaft zum Gegenstand hatten (vgl. 2.2). So hatte meine Fragestellung seit Beginn der Forschungsarbeit an Komplexität gewonnen und an Originalität verloren. Ich beschloß daher, aus der Not eine Tugend machend, die Fragestellung auf das Umweltbewußtsein von Bauern und seine gesellschaftlichen Bedingungen einzugrenzen. Ich nahm den aktuellen Forschungsstand als Ausgangspunkt und überlegte, welchen spezifischen Beitrag ich auf der Grundlage meiner empirischen und theoretischen Vorarbeiten leisten könnte.

1.3 Der Inhalt und der Aufbau der Studie

Im Mittelpunkt dieser Studie stehen Thesen und Ergebnisse zum Umweltbewußtsein von Bauern in den alten Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Einen Schwerpunkt bildet die Beschreibung von Meinungen und Einstellungen von Bauern zu ökologischen Aspekten der Landwirtschaft, wie sie sich in meiner eigenen und in verschiedenen anderen empirischen Untersuchungen darstellen. In Kapitel 2 skizziere ich die gegenwärtige Situation der Forschung. Ich umreisse den Stand der sozialwissenschaftlichen Erforschung von Umweltbewußtsein (2.1), stelle die wichtigsten agrarsoziologischen Untersuchungen zum Thema vor (2.2) und erläutere die methodische Vorgehensweise in meiner eigenen explorativen Erhebung (2.3). Die Ergebnisse zum Umweltbewußtsein bayerischer Bauern aus meiner Befragung von 40 Vollerwerbslandwirten sind ausführlich in Kapitel 5 dargestellt. Neben allgemeinen Aspekten des Naturbezugs in der bäuerlichen Ar-

beit (5.1) werden die Urteile zur gesellschaftlichen (5.2) und zur landwirtschaftlichen Umweltproblematik (5.3) vorgestellt. Ferner werden Reaktionen auf die öffentliche Kritik (5.4) sowie Einschätzungen des alternativen Landbaus (5.5) und weiterer Umweltschutzmaßnahmen in der Landwirtschaft (5.6) erfaßt.

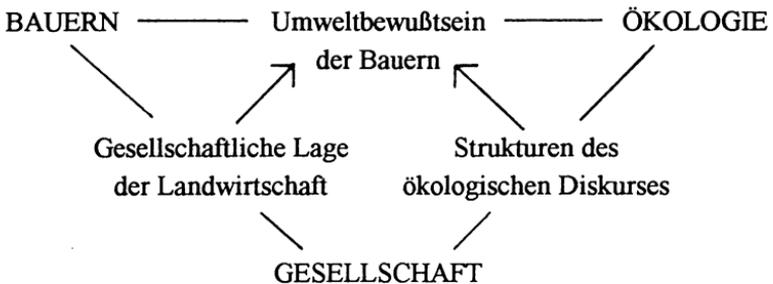
In Kapitel 6 versuche ich dann, aus dem Vergleich meiner Resultate mit den Befunden anderer agrarsoziologischer Erhebungen allgemeine Merkmale des bäuerlichen Umweltbewußtseins abzuleiten. Ich stelle drei Grundtendenzen fest, nämlich (1) eine Abwehrhaltung gegen ökologische Kritik an der Landwirtschaft, (2) Unsicherheit und Inkonsistenz in der Argumentation zu ökologischen Fragen und (3) Aufgeschlossenheit gegenüber ökologischen Maßnahmen und alternativen Produktionsmethoden (6.1). Im Vergleich zu anderen Bevölkerungsgruppen - hier am Beispiel von Industriefacharbeitern belegt - scheinen die Bauern eine berufsspezifische Wahrnehmung und Verarbeitung ökologischer Fragen aufzuweisen (6.2).

Auf der Erklärung dieses Ergebnisses mit zwei unterschiedlichen Argumentationslinien liegt der andere Schwerpunkt der Studie. Erstens gehe ich von der Annahme aus, daß Umweltbewußtsein - zumindest in der Form, in der es üblicherweise erforscht wird - nur zum Teil eine direkte Reaktion auf unmittelbar wahrgenommene Umweltprobleme darstellt. In der Hauptsache ist es Ausdruck der Verarbeitung der gesellschaftlichen Diskussion über Umweltgefährdungen und Umweltschutz, die ich als 'ökologischen Diskurs' bezeichne (3.1). Umweltbewußtsein wird in dieser Studie primär als individuelle Rezeption und Verarbeitung des ökologischen Diskurses thematisiert. In Kapitel 3 erörtere ich vier strukturelle Merkmale des ökologischen Diskurses: die soziale Struktur der Ökologie-Bewegung, die Vermittlungsfunktion der Medien, den 'ökologischen Naturalismus' in der Ökologie-Literatur und die geringe Verhaltensrelevanz des Diskurses (3.2). Meine erste These lautet, daß diese Struktur des ökologischen Diskurses es bestimmten Gruppen, etwa den Bauern, erschwert, daran teilzunehmen und ein entsprechendes Umweltbewußtsein zu entwickeln (3.3).

Zweitens nehme ich an, daß die Bauern ökologische Anforderungen auf der Grundlage ihres gesellschaftlich-politischen Bewußtseins wahrnehmen und interpretieren. In Kapitel 4 versuche ich, ausgehend von einer theoretischen Analyse der Integration der Landwirtschaft in fordistische Gesellschaftsstrukturen (4.1) die gesellschaftliche Marginalisierung der Landwirtschaft aufzuzeigen. Die wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeitsbeziehungen der bäuerlichen Familien werden konkretisiert und ihre sozialen Folgen diskutiert (4.2). Die Auswirkungen werden im bäuerlichen Bewußtsein gesellschaftlicher Randständigkeit sichtbar, wie es neben meiner eige-

nen Befragung auch andere Untersuchungen belegen (4.3). Viele Bauern sehen sich in der Industriegesellschaft benachteiligt und in der öffentlichen Meinung diskriminiert. Meine zweite These besagt, daß sie ökologische Anforderungen nun überwiegend als erneute Zumutung einer übermächtigen Gesellschaft erleben. Sie sehen darin eine weitere Zurücksetzung ihres Berufsstandes und fühlen sich zum "Buhmann" und zum "Sündenbock der Nation" gemacht (6.2). Damit übertragen sie ihre distanzierte Haltung zur Industriegesellschaft auf den ökologischen Diskurs: Sie nehmen ihm gegenüber eine Abwehrhaltung ein, obwohl sie an sich ökologischen Problemen eher mit Unsicherheit und Umweltschutzmaßnahmen zum Teil mit Aufgeschlossenheit begegnen.

Die Grundstruktur meiner Analyse läßt sich mit folgendem Schema veranschaulichen:



Aus den Relationen der drei Eckpunkte der Analyse - Bauern, Ökologie und Gesellschaft - ergeben sich die drei inhaltlichen Schwerpunkte: die Strukturanalyse des ökologischen Diskurses (Kapitel 3), die Untersuchung der gesellschaftlichen Situation der Landwirtschaft und ihrer Wahrnehmung durch die Bauern (Kapitel 4) und die Ergebnisse zum Umweltbewußtsein der Bauern (Kapitel 5). Der ökologische Diskurs und die gesellschaftliche Lage der Landwirte werden als Erklärungsdimensionen für das bäuerliche Umweltbewußtsein herangezogen (Kapitel 6).

Aus meiner Analyse leite ich als entscheidenden Weg zur Förderung umweltorientierten Denkens und Handelns in der Landwirtschaft die soziale Verständigung über ökologische und gesellschaftspolitische Fragen ab. Meine Schlußfolgerungen (Kapitel 7) richten sich deshalb in erster Linie auf grundlegende Möglichkeiten zur Verbesserung des Verhältnisses zwischen Landwirtschaft und Gesellschaft. In Anlehnung an die zweite These halte

ich es für erforderlich, nicht nur die Information und Kommunikation über ökologische Fragen zu verbessern, sondern die gesellschaftliche Anerkennung der bäuerlichen Arbeit insgesamt zu heben.

Das Verhältnis von Empirie und Theorie in der Studie folgt nicht den Ansprüchen der Hypothesenprüfung. Vielmehr ist es an der Entwicklung von Hypothesen ausgerichtet. Ein großer Teil der theoretischen Argumentation ist durch die Auswertung der empirischen Ergebnisse angeregt und auf sie abgestimmt. Andere empirische Untersuchungen wurden im nachhinein im Hinblick auf die entwickelten Thesen ausgewertet. Soweit sich Theorie und Empirie in dieser Studie einer einheitlichen Argumentation fügen, kann darin nur zum Teil eine wechselseitige Bestätigung gesehen werden. Zum Teil ist sie Ergebnis meiner interpretatorischen - und damit theoretischen - Tätigkeit. Insgesamt sehe ich die Studie deshalb als empirisch angeregte und informierte Thesenbildung. Die Gültigkeit dieser Thesen hätte sich in weiteren empirischen Erhebungen zu erweisen. Ähnliches gilt für die Verallgemeinerungsfähigkeit der Befunde und Thesen. Die empirischen Untersuchungen zum Umweltbewußtsein der Bauern sind überwiegend regional begrenzt. Meine Zusammenfassung (Kapitel 6) soll ein Gesamtbild der bundesdeutschen Situation vermitteln, das durch weitere Forschung zu überprüfen wäre.

Aufgrund der nunmehr eingegrenzten Fragestellung bleiben verschiedene Aspekte des ökologischen Diskurses und der Lage der Landwirtschaft unberücksichtigt. Diese Gesichtspunkte beinhalten zwar wichtige Informationen zur Einschätzung der Gesamtproblematik, doch halte ich sie in meiner Argumentation für entbehrlich. So findet der Leser nur eine knappe Darstellung der Inhalte des ökologischen Diskurses in der Bundesrepublik mit all seinen vielfältigen Differenzierungen (siehe 3.1.2). Die pauschale Verwendung der Begriffe 'Umweltbewußtsein' und 'ökologischer Diskurs' spiegelt die analytischen Defizite der sozialwissenschaftlichen Erforschung beider Phänomene in der Bundesrepublik wider (siehe 2.1 und 3.1.1).

Es erfolgt weder eine systematische Darstellung der Umweltprobleme in der Landwirtschaft noch eine Analyse ihrer Ursachen oder eine Skizzierung von Lösungsmöglichkeiten (vgl. 1.1). Diese Fragen übersteigen die Kompetenz eines Sozialwissenschaftlers. Sie erfordern einen interdisziplinären Forschungsansatz, dessen Komplexität den Rahmen dieser Untersuchung gesprengt hätte.⁵ In meiner Studie geht es in erster Linie um Reaktionen auf einen gesellschaftlichen Diskurs, nicht so sehr um die Wahrnehmung und

⁵ Schon 1977 geriet die Dissertation von Hampicke über "Landwirtschaft und Umwelt" zu einem Werk von mehr als 800 Seiten.

das Verhalten hinsichtlich konkreter Umweltprobleme. Deshalb halte ich die genaue Darstellung der ökologischen Situation der Landwirtschaft hier für entbehrlich. In der Beschreibung meiner Befragungsergebnisse werde ich, soweit erforderlich, auf einzelne Aspekte näher eingehen.

Wie so oft in der Agrarsoziologie fehlen die Bäuerinnen in meiner Untersuchung. Die agrarsoziologische empirische Forschung ist ganz überwiegend eine Betriebsleiterforschung.⁶ Frauen werden meist nur zu Fragen von Ehe und Familie gehört (eine wichtige Ausnahme bildet Inhetveen & Blasche 1983; vgl. auch Wimer 1988 und Birnthaler & Hagen 1989). Um die Einbeziehung der Frauen in die Erforschung bäuerlichen Umweltbewußtseins steht es nicht anders: Keine Studie geht explizit auf sie ein.⁷ Auch ich selbst habe in meine Stichprobe nur männliche Betriebsleiter aufgenommen. So bleibt mir - wieder einmal - nur der nachdrückliche Hinweis, daß der Einfluß der Bäuerinnen auch in betrieblichen Fragen sehr hoch ist. In der Forschung müßten betriebliche Entscheidungen wohl weit mehr als gemeinsame Entscheidungen des Betriebsleiterehepaares bzw. der Familie thematisiert werden. Dies sollte gleichfalls für alle Fragen des Umweltbewußtseins und des Umweltschutzes in der Landwirtschaft gelten. Angesichts des Forschungsstandes kann ich mich im folgenden dennoch nur auf die männlichen Betriebsleiter beziehen, weshalb ich in der Regel von Bauern bzw. Landwirten⁸ spreche.

Im Verlauf der Studie dürfte deutlich werden, daß mir sowohl die bäuerliche Bevölkerung als auch der ökologische Diskurs sehr am Herzen liegen. Mit beiden bin ich durch meine Lebensgeschichte eng verbunden. Ich bin auf einem niederbayerischen Bauernhof aufgewachsen. Obwohl ich mit Studium und Beruf einen anderen Weg eingeschlagen habe, ist mir das bäu-

6 Über 90% der Betriebsinhaber, die in der Regel auch die Betriebsleiter sind, sind laut Agrarbericht 1990 (Materialband 12) männlich; bei den Betrieben mit mehr als 20 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche sind es mehr als 95%.

7 Die Stichprobenbeschreibung ist in den Studien, die Frauen ausdrücklich in der Grundgesamtheit oder in der Stichprobe berücksichtigen, geradezu diskriminierend. Bendixen genügt die Feststellung: "Die 156 Befragten sind fast alle männliche Haupterwerbslandwirte oder deren Hofnachfolger" (1984: 11). Wentigmann (1988) verfährt bei ihren drei Stichproben unterschiedlich: Während sie die Zahl der Frauen unter den ausgewählten Berufsschulabsolventen noch angibt (43), heißt es zu den Fachschülern nur noch: "Schülerinnen bilden ... die Ausnahme." (74); in der Beschreibung der Landwirtschafts-Meister finden sich gar keine Angaben mehr über den Frauenanteil. Rau (1989) macht keine Angaben zur Geschlechtszugehörigkeit in seiner Stichprobe, obwohl er seine Grundgesamtheit als "Betriebsleiterinnen und Betriebsleiter" (12) definiert. In der Ergebnisdarstellung sprechen allesamt uneingeschränkt von den Landwirten in der männlichen Form.

8 Die Bezeichnungen 'Bauer' und 'Landwirt' gebrauche ich synonym; das entspricht meiner Auffassung von der Mischung traditioneller und moderner Elemente in der bundesdeutschen Landwirtschaft (Pongratz 1991).

erliche Arbeiten und Leben auch heute noch wert und vertraut. Die ökologische Diskussion hat meine fachliche und politische Bildung begleitet. Mit der Verbindung dieser beiden Erfahrungen hoffe ich, dazu beitragen zu können, daß die Bauern und Bäuerinnen den ökologischen Diskurs nicht als Bedrohung sondern als Chance erleben. Für mich selbst kann ich heute sagen, daß es auch meine bäuerlichen Erfahrungen sind, die mich hinsichtlich der Bewältigung ökologischer Probleme vorsichtig optimistisch stimmen. Gerade weil es in dieser Studie um eine nüchterne und objektivierende Analyse geht, möchte ich diese biographischen Bindungen und politisch-normativen Zielsetzungen, die mich entscheidend motiviert haben, nicht verschweigen. Die Leser mögen sich selbst ein Bild davon machen, ob mein Bemühen, Sachaussagen und Wertungen in der Analyse zu trennen, erfolgreich war.

Ich habe bereits in der Darstellung der Geschichte dieser Forschungsarbeit auf wichtige Anregungen hingewiesen, die ich als Student und Mitarbeiter von Karl Martin Bolte, Sabine Kudera und Günter Voß erhalten habe. Meine agrarsoziologischen Überlegungen sind gewachsen in der Zusammenarbeit und in der Diskussion mit den Kolleginnen und Kollegen der Agrarsoziologischen Arbeitsgemeinschaft und der Arbeitsgruppe Landwirtschaft des Öko-Instituts Freiburg. Vielen von ihnen fühle ich mich heute freundschaftlich verbunden. An der Fakultät für Pädagogik der Universität der Bundeswehr München habe ich großzügige Unterstützung gefunden und unter Mitarbeitern und Professoren gleichermaßen ein offenes und warmes Arbeitsklima erlebt. Ihnen allen danke ich von Herzen.

Meine Eltern und Geschwister leben und arbeiten noch auf Bauernhöfen. Ihre Heimat ist auch für mich ein Rückhalt geblieben. Ich widme diese Arbeit in Dankbarkeit meinen Eltern Anton und Theresia Pongratz.

2 Empirische Grundlagen der Studie

Die Ergebnisse einer eigenen explorativen Befragung von bayerischen Landwirten und Resultate aus der sozialwissenschaftlichen Umweltbewußtseins-Forschung bilden die empirische Grundlage dieser Studie. Ich beziehe mich dabei sowohl auf Untersuchungen ökologischer Einstellungen und Meinungen in der Gesamtbevölkerung wie auf agrarsoziologische Erhebungen in der Landwirtschaft.

Im folgenden referiere ich zunächst den Stand der empirischen und theoretischen Forschung zum Umweltbewußtsein in der Bundesrepublik (2.1). In der Überblicksliteratur wird betont, daß sich die Sozialwissenschaften bisher vergleichsweise wenig mit dem Thema beschäftigt haben (2.1.1). Deshalb bestehen erhebliche empirische und theoretische Defizite. Ich diskutiere die Schwierigkeiten der konzeptionellen Fassung von Umweltbewußtsein (2.1.2), die mit dazu beitragen, daß es weitgehend ein Konstrukt der empirischen Forschung geblieben ist (2.1.3). Mit der Einordnung von Umweltbewußtsein als eigenständiger Dimension des Wertewandels versuche ich, den theoretischen Zugang genauer zu bestimmen (2.1.4). Auf einzelne theoretische Aspekte des ökologischen Diskurses und konkrete empirische Resultate zum Umweltbewußtsein gehe ich ausführlich erst in Kapitel 3 ein.

Der Stand der agrarsoziologischen Forschung zum Umweltbewußtsein in der Landwirtschaft wird anhand besonders wichtiger Studien dokumentiert und zusammenfassend resümiert (2.2). Als empirische Quelle dient mir ferner eine eigene explorative Befragung bayerischer Landwirte (2.3). Ich stelle hier das Erhebungs- und Auswertungsverfahren (2.3.1) und die Vorgehensweise bei der Auswahl der Stichprobe (2.3.2) vor. Das Kapitel schließt mit einer Beschreibung der soziodemographischen und betriebsstrukturellen Merkmale der Untersuchungsgruppe (2.3.3).

2.1 Die sozialwissenschaftliche Forschung zum Umweltbewußtsein in der Bundesrepublik Deutschland

2.1.1 Zum Stand der Forschung

Obwohl sich die Umweltprobleme erschärfen und die ökologische Frage in der öffentlichen Diskussion großen Stellenwert erlangt hat, ist die sozialwissenschaftliche empirische und theoretische Forschung zum Umweltbewußtsein in der Bundesrepublik wenig entwickelt. Einen aktuellen Überblick über einschlägige Untersuchungen geben das Gutachten (für den Rat on Sach erständig en für Umweltfragen) on Dierkes und Fietkau (1988) om Wissenschaftszentrum Berlin zum Thema "Umweltbewußtsein - Umwelt erhalten" sowie die on Bretschneider (1988) bearbeitete Dokumentation on "Umweltbefragungen aus Forschung und Verwaltung" des Deutschen Instituts für Urbanistik. Laut Dierkes und Fietkau (1988) wurden Daten zum Umweltbewußtsein bisher überwiegend im Rahmen demoskopischer Auftragsforschung gewonnen. Diese Untersuchungen sind ihrer Ansicht nach mehr durch aktuelle politische als durch grundlegende wissenschaftliche Interessen moti iert. Daraus erklären sie sich,

"daß eine über die Demoskopie hinausgehende systematische begriffliche und konzeptionelle Diskussion in der Wissenschaft erst in Ansätzen erfolgt ist. ... Einer fast unüberschaubaren Zahl on Einzelfragen und Untersuchungen zum Umweltbewußtsein steht ein Defizit an theoretisch-konzeptioneller Behandlung des Phänomens gegenüber" (1).

Der Mangel an wissenschaftlichen Analysen hat nicht nur zu einem Theoriedefizit geführt, sondern auch in der empirischen Forschung Lücken hinterlassen. Theoriegeleitete Hypothesenprüfungen sind bisher ebenso die Ausnahme wie systematische Zeitreihenuntersuchungen und qualitative Intensi studien.

Die Dokumentation des Deutschen Instituts für Urbanistik (Bretschneider 1988) bestätigt diese Einschätzung. Die 76 dort beschriebenen Befragungen erbringen eine Fülle empirischer Einzelbefunde, die in der Regel regional und thematisch eng begrenzt sind und kaum theoretische

Bezugspunkte aufweisen. Entsprechend den Interessen der Auftraggeber beschäftigen sich die meisten Studien mit Fragen der Stadt- und Raumplanung⁹, wie Wohnqualität oder Lärmbelästigung und Schallschutz, sowie mit der Umweltschutzpolitik von Industrie und öffentlicher Verwaltung. Die Befragungen wurden gleichermaßen (zu jeweils etwa einem Drittel) von privaten Forschungsinstituten, Behörden und Universitätsinstituten durchgeführt. An den Universitäten waren es allerdings überwiegend Institute für Raumplanung, die Befragungen zum Thema Umwelt übernommen hatten. Nur in Ausnahmefällen handelte es sich um psychologische oder soziologische Institute.

Außerhalb der Demoskopie wurden die wichtigsten, theoretisch und methodisch weiterführenden Untersuchungen im Institut für Umwelt und Gesellschaft des Wissenschaftszentrums Berlin ausgeführt (z.B. Fietkau et al. 1982, Kessel & Tischler 1984 und Fietkau 1984). Seit nunmehr über 10 Jahren wird dort relativ kontinuierlich mit verschiedenen Schwerpunkten das Umweltbewußtsein in der Bundesrepublik erforscht. Insbesondere Fietkau (1984) hat sich unter Rückgriff auf sozialpsychologische Konzepte auch um eine theoretische Grundlegung bemüht (vgl. 2.1.4). Aus der wissenschaftlichen Forschung sind daneben die Studien von Langeheine und Lehmann (1986) über die "Bedeutung der Erziehung für das Umweltbewußtsein" und von Heine und Mautz (1989) über das Umweltbewußtsein von Industriefacharbeitern in der chemischen Industrie hervorzuheben (zur agrarsoziologischen Forschung siehe 2.2).

Im Vergleich etwa zu den USA, wo seit Anfang der siebziger Jahre intensiv und mit hohen theoretischen und methodischen Ansprüchen wissenschaftlich geforscht wird (vgl. z.B. die Darstellungen in Milbrath 1984: 74ff, Buttell et al. 1981), nimmt sich die sozialwissenschaftliche Erforschung von Umweltbewußtsein in der Bundesrepublik bescheiden aus. Selbst die US-amerikanische Forschung wurde hier nur vereinzelt rezipiert (z.B. von Fietkau 1984), während sie beispielsweise in den Niederlanden intensiv ausgewertet und umgesetzt wurde (vgl. Ester & van der Meer 1982). Die Begründung des Forschungsstandes mit dem Hinweis, die Umweltbewußtseins-Forschung könne "auf keine etablierte Forschungstradition zurückgreifen" (Dierkes & Fietkau 1988: 6), gilt deshalb nur im nationalen Rahmen. Möglicherweise hängt die Zurückhaltung der Sozialwissenschaftler in der Beschäftigung mit Einstellungen und Meinungen zur Ökologie

⁹ In diesem Themenschwerpunkt kommt wohl auch das Interesse des Herausgeber-Instituts zum Ausdruck.

auch mit den besonderen Schwierigkeiten der Gegenstandsbestimmung zusammen, die ich im folgenden Abschnitt erörerte.

2.1.2 Zur inhaltlichen Bestimmung von Umweltbewußtsein

Ein zentrales, aber bisher wenig diskutiertes Forschungsproblem liegt in der Definition und in der inhaltlichen Abgrenzung des Konstrukts 'Umweltbewußtsein'. In der öffentlichen Diskussion zur Umweltkrise wird dieser Begriff mit großer Selbstverständlichkeit gebraucht. In der Regel wird darunter die verbreitete Sorge um die Gefährdung der Natur durch menschliche Eingriffe und die entsprechende Einsicht in die Notwendigkeit von Maßnahmen zum Umweltschutz verstanden. Diese Auffassung kann sich auf demoskopische Umfragen stützen, in denen Umweltbewußtsein über die Bewertung des pauschalen Ziels 'Erhaltung von Umwelt und Natur' erfaßt wird¹⁰. Für die wissenschaftliche Messung und Interpretation von Umweltbewußtsein reicht dieses Alltagsverständnis kaum aus. Doch stecken die notwendigen begrifflichen und konzeptionellen Differenzierungen erst in den Anfängen. Am ehesten hat sich die Forschung in mehrdimensionalen Analysen mit der Bedeutung verschiedener Einzelkomponenten des Umweltbewußtseins auseinandergesetzt. Unterschiede nach inhaltlichen Bezugspunkten, Reichweiten und Begründungszusammenhänge des Umweltbewußtseins, die ich anschließen erörtere, haben kaum Beachtung gefunden.

In den letzten Jahren haben sich verschiedene Sozialwissenschaftler um eine mehrdimensionale Messung von Umweltbewußtsein bemüht. Als einzelne Dimensionen von Umweltbewußtsein untersuchen sie Umweltwissen, umweltbezogene Meinungen und Einstellungen (einschließlich affektiver Haltungen), umweltrelevante Werthaltungen, ökologische Handlungsbereitschaft sowie (im Rahmen von Befragungen nur begrenzt erfaßbare) entsprechende Aktivitäten (siehe Fietkau et al. 1982, Langeheine & Lehmann 1986, Urban 1986). In den jeweiligen Studien werden diese Dimensionen in unterschiedlicher Weise operationalisiert und untereinander verbunden. Das daraus resultierende 'Umweltbewußtsein' bildet jeweils ein besonderes Konstrukt, das allenfalls in Einzelaspekten mit den anderen Konstrukten vergleichbar ist.

Ungeklärt bleibt in der Regel, wie die einzelnen Dimensionen zusammenwirken. In theoretischen Überlegungen wird oft in Anlehnung an psy-

¹⁰ Da die Zustimmung zu dieser Forderung hoch ist, wird ein entsprechend ausgeprägtes Problembewußtsein der Bevölkerung vermutet (vgl. 3.1.3).

chologische Handlungsmodelle ein direkter Einfluß des Wissens auf die Einstellungen und der Einstellungen auf die Handlungen der Personen angenommen (vgl. Fietkau & Kessel 1981; Rau 1989: 6). Empirische Überprüfungen dieser Zusammenhänge zwischen einzelnen Dimensionen des Umweltbewußtseins weisen ebenfalls in diese Richtung (siehe Langeheine & Lehmann 1986 und Urban 1986). Sie lassen aber zugleich erkennen, daß die tatsächlichen Wechselwirkungen sehr viel komplizierter sind.

Urban (1986) kommt mit einer Pfadanalyse (auf der Basis von 216 Telefoninterviews in einer Großstadt im Ruhrgebiet) zu dem Ergebnis, daß umweltorientierte Werte, Einstellungen und Handlungsbereitschaften "kein konsistentes Kognitionen-System" (374) bilden, sondern relativ eigenständige kognitive Instanzen darstellen. Der Einfluß der Werte und Einstellungen auf die Handlungen sei begrenzt und wesentlich vermittelt über die jeweilige Handlungsbereitschaft (373). Ebenfalls pfadanalytisch ermittelten Langeheine und Lehmann (bei zwei Stichproben von 538 Personen in Schleswig-Holstein und von 436 Personen in Berlin) einen besonderen Einfluß der Affekte zur Umweltzerstörung auf ökologisches Handeln (1986: 381ff). Die Relevanz des ökologischen Wissens für die Affekte und Handlungen ist ihrer Analyse zufolge gering. Die Forschung ergibt damit bisher kein einheitliches Bild, was angesichts der unterschiedlichen Operationalisierungsverfahren kaum überrascht (vgl. 2.1.3). Zudem fehlen qualitative Studien, die sich in der Untersuchung verschiedener Dimensionen von Umweltbewußtsein eng am Alltagsverständnis der Befragten orientieren.

Wenig reflektiert wurde bisher die inhaltliche Frage, anhand welcher Umweltprobleme das Konstrukt Umweltbewußtsein operationalisiert werden kann. Das Thema 'Umweltkrise' wird in der Regel theoretisch nicht vorstrukturiert. Vielmehr werden einzelne Aspekte der öffentlichen Diskussion in fast beliebiger Zusammenstellung abgefragt. In der demoskopischen Forschung werden vor allem die großen nationalen und globalen ökologischen Fragen in den Fragebögen angeführt: z.B. Einstellungen und Meinungen zur Technik, insbesondere zur Kernkraft, zur Luft- und Wasserverschmutzung oder zum Waldsterben. Aber auch mit Fragen zur Umweltpolitik und zur Umweltschutzbewegung wird das Umweltbewußtsein zu ermitteln versucht. In der regionalen Auftragsforschung stehen dagegen die unmittelbaren Lebensbedingungen im Vordergrund: etwa die Wohnsituation, Verkehrslärm und -abgase, Müllvermeidung und Konsumverhalten. Aus ganz verschiedenen Aspekten der Umweltkrise wird auf das Umweltbewußtsein geschlossen, so als wäre dieses unabhängig von den Einzelproblemen und würde sich auf eine Gefährdung der Natur 'an sich' richten.

Doch das Alltagsdenken ist sehr viel komplizierter, wie die Ergebnisse qualitativer Befragungen belegen. Dort unterscheiden sich die Äußerungen der Befragten zu verschiedenen Aspekten der Umweltkrise zum Teil stark voneinander (vgl. Heine & Mautz 1989 und die Ergebnisse in diesem Bericht). Sie hängen von der Art und Weise ab, in der die Befragten im Privat- oder Berufsleben von den jeweiligen Umweltproblemen betroffen sind. Grundsätzlich kann eine Person unterschiedliche Haltungen etwa zum Waldsterben, zur Müllvermeidung oder zur Kernkraft in einer subjektiv konsistent erscheinenden Argumentationen verbinden. Solche Haltungen lassen sich nicht eindimensional als höheres oder niedrigeres Umweltbewußtsein einordnen. Heine und Mautz beschreiben ein Beispiel:

"Eine wichtige Begründung der Option für das Festhalten an der Kernenergie spielt das ökologische Argument, daß 'bei einem völligen Umstieg auf Kohlekraftwerke ... zuviel Luftverschmutzung' (z.B. C46) zu erwarten sei" (127).

Wohl jeder kennt aus Alltagsgesprächen solche Argumentationen, in denen ökologische Kritikpunkte und ihre Ursachenzusammenhänge in ganz unterschiedlichen Kombinationen vertreten werden, die schwer miteinander zu vergleichen sind. Mit demoskopischen Methoden läßt sich nur die grobe Oberfläche dieser Vielfalt an Argumentationsmustern erkunden.

Neben der Frage nach unterschiedlichen Bezugspunkten der Umweltkrise bleibt bei der Operationalisierung von Umweltbewußtsein meist auch die Reichweite der Krisenwahrnehmung unbestimmt. Was im Alltag unter Umweltbewußtsein verstanden und in der Wissenschaft in der Regel unter diesem Begriff erforscht wird, ist strenggenommen das 'Bewußtsein der Naturzerstörung durch die Industriegesellschaft'. Systematisch lassen sich hingegen zumindest vier Ebenen unterscheiden, die der Begriff Umweltbewußtsein berührt:

- ein 'Außenweltbewußtsein', das sich auf die natürliche und künstliche Umwelt insgesamt richtet,
- ein 'Naturbewußtsein', das speziell die natürlich Umwelt zum Gegenstand hat,
- ein 'Bewußtsein der Naturzerstörung' als Sorge um die Bedrohung der natürlichen Umwelt durch menschliche Eingriffe
- und ein 'Umweltschutzbewußtsein', das die Kenntnis und die Anwendungsbereitschaft von Maßnahmen zum Schutz der natürlichen Umwelt vor den negativen Folgen menschlicher Eingriffe umfaßt.

Erst Ergebnisse auf allen vier Ebenen ließen es gerechtfertigt erscheinen, pauschal von Umweltbewußtsein zu sprechen.

Schließlich sind zum Verständnis der Komplexität von Umweltbewußtsein auch dessen unterschiedliche Begründungszusammenhänge zu berücksichtigen. Hinter der Sorge um die Erhaltung der Natur können verschiedene Vorstellungen, Ansprüche und Motivationen stehen. In der Literatur zur ökologischen Frage werden zum Teil hohe Ansprüche mit dem Begriff Umweltbewußtsein verbunden. Häufig wird eine neue Verantwortung des Menschen gegenüber der Natur, welche der Erhaltung der Natur um ihrer selbst willen dient (z.B. Meyer-Abich 1986), für notwendig erachtet. Es werden Vorschläge für eine spezielle Umwelt-Ethik erarbeitet und zum Teil erhebliche gesellschaftliche Veränderungen zum Zweck des Umweltschutzes gefordert¹¹. Von solchen Zielvorstellungen, die man auch als Idealentwürfe eines Umweltbewußtseins kennzeichnen könnte, ist die demoskopisch ermittelte Realität weit entfernt. Hinter der Sorge um die Erhaltung der Natur, wie sie in Umfragen zum Ausdruck kommt, stehen oft individuelle oder kollektive egoistische Motive (vgl. Heine & Mautz 1989: 46f), etwa die Angst vor konkreter persönlicher Schädigung (der Gesundheit aber auch der Lebensqualität allgemein) oder die Befürchtung weiterer Einschränkungen der gewohnten Nutzung der Natur (z.B. ihrer Freizeitqualität). Um eine differenzierte Analyse solcher Begründungszusammenhänge hat sich die Forschung bisher kaum bemüht.

Umweltbewußtsein zeigt sich insgesamt als ein vielschichtiges und vielgestaltiges Phänomen, das mit pauschalen Begriffen und Konzepten nicht angemessen zu erfassen ist. Dierkes und Fietkau (1988) ziehen ein entsprechendes Fazit:

"Die Begriffe 'Umweltbewußtsein', 'ökologische Wertvorstellungen', 'umweltgerechtes Handeln' etc. sind aus wissenschaftlicher Sicht damit ein Sammelbecken für eine Vielzahl psychischer Funktionen (Wahrnehmung, kognitive Verarbeitung, Bewertung, Handlungsintentionen und Handlungen) und inhaltlicher Zielbereiche (schonender Umgang mit Ressourcen, Vermeidung von gesundheitlich und ökologisch belastenden Emissionen, Erhalt von Biotopen, umweltbezogenes gesellschaftliches Engagement usw.)" (12).

¹¹ Siehe die Darstellung unterschiedlicher ökologisch orientierter Gesellschaftsentwürfe bei Oechsle (1988: 42ff).

2.1.3 Umweltbewußtsein als empirisches Konstrukt

Aufgrund fehlender theoretischer Konzeptionen ist Umweltbewußtsein weitgehend ein Konstrukt der empirischen Forschung geblieben. Tatsächlich sind inzwischen einzelne Meinungen, Einstellungen und Verhaltensweisen gut belegt. Welche dieser Einzelfaktoren ausgewählt und wie sie zum Komplex Umweltbewußtsein zusammengefügt werden, bleibt weitgehend dem Geschick und dem Geschmack der jeweiligen Forscher überlassen. Langeheine und Lehmann (1986) kennzeichnen die Situation dadurch,

"daß - je nach spezifischer Fragestellung und Phantasie der einzelnen Forscher(gruppen) - mit einer Vielzahl unterschiedlicher Maße bzw. Meßinstrumente gearbeitet wurde. Im einfachsten Fall wird die abhängige Variable Umweltbewußtsein durch einen einzigen Indikator - etwa Recycling von Flaschen - erfaßt" (49).

Üblicherweise wird Umweltbewußtsein über die Bildung von Indizes, d.h. die Zusammenfassung mehrerer Indikatoren zu einem Gesamtwert, 'konstruiert'. Als hohes Umweltbewußtsein werden dann beispielsweise die stärkere Zustimmung zur Umweltkritik oder die häufigere Nennung von Umweltgefahren interpretiert. Angesichts der skizzierten inhaltlichen Komplexität des Phänomens Umweltbewußtsein erscheint es fraglich, ob solche Formen der Quasi-Skalierung der tatsächlichen Vielfalt in den Haltungen zur Natur und zur Umweltkrise gerecht werden.

Als Beispiel für die Schwierigkeiten dieses Analyseverfahrens mag hier die Indexbildung bei Urban (1986) dienen. Urban versucht zum Beispiel ökologische Einstellungen als "Kernbereich des Umweltbewußtseins" (365) mit drei Stellungnahmen zu erfassen, zu denen jeweils auf einer Fünf-Punkte-Skala Zustimmung bzw. Ablehnung geäußert werden kann. Die Stellungnahmen lauten: 'In unserer Gesellschaft sollten neue Lebens- und Arbeitsformen entwickelt werden', 'Atomkraftwerke sollten stillgelegt werden' und 'Wenn es so weitergeht wie bisher, werden die Rohstoffe knapp' (375). Der Index wird berechnet aus der Addition der Punkte und konstituiert einen Wertebereich von 3 bis 15 Punkten. Diese Vorgehensweise mag für die methodologische Absicht Urbans genügen, ein statistisches Kausalmodell der verschiedenen Dimensionen von Umweltbewußtsein zu testen. Über die Ausprägungen von Umweltbewußtsein lassen sich damit freilich nur vage Aussagen machen.

Die grundlegende Problematik in weiten Teilen der Forschung besteht in der begrenzten Auswahl der Indikatoren und in ihrer Verbindung durch einfache mathematische Operationen. Die Indexbildung nimmt weder bezug

auf theoretische Hypothesen noch auf das Alltagsdenken der Befragten. Zum Beispiel fügt Urban ohne Erläuterung Indikatoren zusammen (etwa 'neue Lebensform' und 'Atomkraft'), die allenfalls unter einer sehr großzügig ausgelegten Postmaterialismus-These vereinbar wären (vgl. 2.1.4).

Langeheine und Lehmann (1986: 63ff) führen als Defizite der bisherigen Untersuchungen an: das Fehlen multivariater Ansätze (es werden nur wenige Determinanten von Umweltbewußtsein analysiert), die Vermischung von Einstellungen und Verhaltensweisen, die Auswahl einseitiger Stichproben und die fehlende Berücksichtigung von Interdependenzen und Interaktionen zwischen den verschiedenen Dimensionen von Umweltbewußtsein.

Sie selbst versuchen, durch komplexe statistische Verfahren die inhaltliche Konsistenz mehrerer Einzelvariablen von Umweltbewußtsein zu überprüfen. Die Indikatoren werden mit Hilfe einer Regressions-Komponenten-Analyse, einer Variante der Faktorenanalyse, ausgewählt und gewichtet (85ff). Um dadurch zu erklärungskräftigen Variablen im statistischen Sinn zu kommen, verzichten die Autoren auf einen erheblichen Teil der erhobenen Daten. So wählen sie zum Beispiel für die Analyse der ökologischen Einstellungen fünf von zwölf Fragen aus. Drei davon fassen sie zu der Variable 'Stärke der Affekte gegenüber der Umweltzerstörung', die beiden anderen zur Variable 'kognitive Einstellung' zusammen (93f). Im Endeffekt reduzieren sie die kognitiven Einstellungen auf drei Antwortmöglichkeiten ('ist völlig richtig', 'stimmt teilweise', 'stimmt nicht') zu zwei Statements ('Intensiver Umweltschutz ist notwendig, weil wir die Verantwortung für die Erhaltung der Schöpfung haben' und 'Intensiver Umweltschutz ist notwendig, damit viele Menschen ihre Freizeit in einer saubereren Umgebung verbringen können'). In der Ergebnisdarstellung taucht diese Variable dann gar nicht mehr auf, sie ist im Verlauf des statistischen Verfahrens überflüssig geworden.

Umweltbewußtsein wird in den Untersuchungen von Urban (1986) und Langeheine und Lehmann (1986) zu einem Konstrukt statistisch erklärungskräftiger Variablen, die kaum theoretisch begründet sind und nicht an ihre Bedeutung im Alltagsverständnis der Befragten rückgebunden sind. So kommt es, daß die Variable 'ökologische Einstellungen' in den beiden Studien zwei völlig unterschiedliche Sachverhalte erfaßt. Trotz des zum Teil erheblichen methodischen Aufwands führen diese Verfahren nur zu begrenzten Aussagemöglichkeiten über das Umweltbewußtsein. Das Dilemma liegt darin begründet, daß hochentwickelte methodische Instrumente auf einen Gegenstandsbereich angewendet werden, dessen spezifische inhaltliche Struktur weitgehend unbekannt ist.

Für die im Anfangsstadium befindliche Forschung zum Umweltbewußtsein scheinen deshalb offene Erhebungsverfahren mit einem breiten Fragespektrum vordringlich. Denn noch wissen wir viel zu wenig darüber, in welchen Zusammenhängen und Formen Umwelt, Natur und Naturzerstörung für die Menschen bedeutsam werden und wie sie sie in ihr Alltagsdenken einordnen. Erstaunlicherweise gibt es kaum entsprechende qualitative Studien, nicht einmal als explorative Vorstudien. Von den 76 von Bretschneider (1988) dokumentierten Umweltbefragungen operierten 56 mit vollstandardisierten und 14 mit teilstandardisierten Fragebögen. Nur in 5 Umfragen kamen offene Erhebungsverfahren, zum Beispiel Interviews mit Gesprächsleitfaden, zum Einsatz (zu einer Befragung ist das Erhebungsinstrument nicht angegeben). Diese Übersicht belegt die überwältigende Dominanz quantitativer Verfahren in der Umweltbewußtseinsforschung.

Umso mehr ist die gründliche qualitative Studie von Heine und Mautz (1989) zum Umweltbewußtsein von Industriefacharbeitern zu begrüßen. Die Autoren untersuchen, "ob es eine 'arbeiterspezifische' Herangehensweise an das Umweltproblem gibt" (18), und kommen zu aufschlußreichen Erkenntnissen über den menschlichen Umgang mit Umweltfragen. Ich möchte deshalb ausführlich auf diese Untersuchung eingehen, auf deren Ergebnisse ich in der Zusammenfassung noch einmal zurückkommen werde (vgl. 6.2.3). Für die Studie wurden im Winter 1985/86 in einer ländlichen norddeutschen Küstenregion 117 Leitfadeninterviews mit Industriefacharbeitern geführt. 58 Facharbeiter waren in der neu angesiedelten Chemie-Industrie tätig, 40 arbeiteten in alteingesessenen Betrieben (Nicht-Chemie) und 19 waren arbeitslos (bzw. mit ABM-Maßnahmen beschäftigt).

Heine und Mautz gehen von der Annahme aus, daß diese Arbeiter durch ihre besonderen Lebens- und Arbeitsbedingungen (die soziale Stellung als Arbeiter, die Tätigkeit in der mit erheblicher Umweltkritik konfrontierten Chemie-Industrie oder regionale Bedingungen) das Umweltproblem in spezifischer Weise wahrnehmen. Sie wählen eine Untersuchungsperspektive, die auch für meine Analyse von zentraler Bedeutung ist (vgl. Kapitel 3): In welcher Weise reagieren die Befragten auf den ökologischen Diskurs, d.h. auf die gesellschaftliche Diskussion über Umweltprobleme. Als Ergebnis stellen sie fest, daß ihre Untersuchungspersonen kaum regional-, arbeiter- oder branchenspezifische Rezeptionsmuster des ökologischen Diskurses aufweisen:

"Es scheint, daß der ökologische Diskurs zu einer gesellschaftlichen Realität geworden ist, der sich auch bei den Industriefacharbeitern niemand mehr ganz entziehen kann, ..." (62).

Aufschlußreich für die genauere Bestimmung des Konstrukts Umweltbewußtsein sind verschiedene Einzelbefunde, die die Vielfältigkeit und Komplexität des Phänomens veranschaulichen. Auf den ersten Blick lassen sich die befragten Industriearbeiter zwar durchaus danach unterscheiden, ob sie eine starke oder geringe Naturgefährdung wahrnehmen und inwieweit sie persönlichen und gesellschaftlichen Handlungsbedarf sehen. Aber unter der Oberfläche einer überwiegenden Anerkennung der besonderen Gefährdung der Natur beispielsweise finden sich ganz verschiedene Wahrnehmungsformen und Interpretationsmuster.

So ist die Einschätzung der Naturgefährdung nicht unabhängig von Erfahrungen mit Gefahren in der unmittelbaren Umwelt (43ff), von affektiver Anteilnahme (42, 48) oder vom ästhetischen Zugang (49). Gerade der ästhetische Aspekt ist in der Umweltbewußtseins-Forschung vernachlässigt worden, obgleich die These von Heine und Mautz überzeugend klingt:

"Daß die sinnliche Fülle und kreative Widerständigkeit der lebendigen Natur in ihren optischen, akustischen und taktilen Aspekten als schön erlebt wird, öffnet zugleich den Blick für die Verarmung, Zurichtung und Abtötung der Natur" (49).

Zudem finden sich bei den Facharbeitern ganz unterschiedliche Begründungen für die Einschätzung einer Entwicklung als Umweltgefahr. Grundsätzlich können Umweltgefährdungen eher anthropozentrisch (z.B. als Problem von Ordnung und Sauberkeit und als Bedrohung der eigenen Gesundheit) oder eher naturorientiert (als Gefahr für die Natur 'an sich') gedeutet werden. Die zweite Deutung verbindet sich mit affektiver Anteilnahme und ästhetischem Urteil häufig "zur Klage um die verloren gegangene Natur" (49). Konkret wird die Naturgefährdung durch chemische Industriebetriebe eher in der Möglichkeit von Katastrophen gesehen als in der Umweltbelastung durch den Normalbetrieb (73ff).

Neben unterschiedlichen Begründungen finden sich auch typische Argumentationsmuster, die den Charakter von Legitimierung, Rechtfertigung, Rückzugslinien oder Ablenkungsmanövern gegenüber dem ökologischen Diskurs annehmen können. Eine distanzierte Haltung zu den - mit normativem Anspruch auftretenden - ökologischen Forderungen wird häufig in verschleierte oder verschlüsselte Form ausgedrückt:

- Die Befragten, die eine Gefährdung der Natur nur teilweise zugestehen, führen typischerweise an, daß die Gefahren "hochgespielt" werden (siehe die Zitate 40f). Sie benennen damit die gesellschaftliche Thematisierung von Naturzerstörung, den ökologischen Diskurs, als Problem.

- In den Argumentationen zu Umweltgefahren, die prinzipiell anerkannt werden, die man aber nicht zu sehr hochgespielt sehen möchte (hier z.B. die Rolle der Industrie) finden sich "Rückzugslinien ..., die die eigene (reale oder mögliche) industrielle Tätigkeit bereits programmatisch aus der ökologischen Schußlinie herausnehmen" (51). Heine und Mautz führen als Beispiele den Verweis auf 'andere Länder' mit höherer Umweltbelastung, den Vergleich mit Industriebereichen mit größerem Gefahrenpotential und generell die Verteilung von Schuld auf mehrere Schultern an.
- Ausgeprägt zeigen sich Relativierungs- und Verschiebungsargumentationen beim Thema 'Auto', auf das die Facharbeiter überraschenderweise besonders empfindlich reagieren:

"Nicht das 'arbeiterspezifische' Motiv der Zurückweisung der ökologischen Industrie-Kritik, sondern das 'arbeiterunspezifische' Motiv der ökologischen Kritik am Auto ist der vorherrschende Grund, um sich vom gesamten ökologischen Diskurs zu distanzieren" (55).

Zur Relativierung der ökologischen Kritik am Auto wird auf fehlende wissenschaftliche Beweise oder auf andere Gefahrenquellen hingewiesen:

"Da der Verursachungszusammenhang komplex ist, wird das Noch-nicht-Bewiesene dieses Verursachers hervorgehoben, wird auf anderes verwiesen, das 'noch schlimmer' wirkt, usw." (56).

Diese Ergebnisse sind eher ein Nebenprodukt der Analyse von Heine und Mautz. Sie beschreiben jeweils nur Positionen von Minderheiten. Dennoch lassen sie die ganze Komplexität des Phänomens Umweltbewußtsein aufscheinen. Die Autoren selbst fassen die Haltungen der Befragten in einer Typologie zusammen, in der die angesprochenen Differenzierungen großenteils wieder verloren gehen. Durch die Verknüpfung der beiden Dimensionen 'Akzeptanz des ökologischen Diskurses' und 'ökologische Handlungsbereitschaft' versuchen sie, "charakteristische Rezeptionsmuster des ökologischen Diskurses zu erfassen" (91). Sie ermitteln fünf Typen, nämlich die 'Verneiner des Umweltproblems', 'nur verbale Umweltschützer', 'moderate Umweltschützer', 'teilengagierte Umweltschützer' und 'entschiedene Umweltschützer'. Die knappe Mehrheit der Befragten ordnen sie als moderate oder teilengagierte Umweltschützer ein.

Die verschiedenen empirischen Untersuchungen bestimmen Umweltbewußtsein bzw. einzelne seiner Komponenten in sehr unterschiedlicher Weise. Bei der Interpretation der Ergebnisse sollte deshalb die jeweilige

Operationalisierung von Umweltbewußtsein beachtet werden. In Zukunft wird es immer wichtiger, sich auf vorhandene Ansätze zu beziehen und die Untersuchungen untereinander abzustimmen. Dazu wäre ein stärkerer Austausch zwischen den Studien wünschenswert, auch wenn sie mit unterschiedlichen, eher quantitativen oder eher qualitativen Methoden arbeiten. Bei einer solchen Abstimmung würden theoretische Defizite weniger ins Gewicht fallen.

2.1.4 Umweltbewußtsein als eigenständige Dimension des Wertewandels

Als theoretisches Erklärungsmuster ist die Einordnung von Umweltbewußtsein in Prozesse des Wertewandels vorherrschend (Dierkes & Fietkau 1988: 25). Die These eines Wandels grundlegender Werthaltungen in den westlichen Industrieländern geht auf die international vergleichenden empirischen Untersuchungen Ingleharts Anfang der siebziger Jahre zurück (Inglehart 1977 und 1979). Inglehart hat unterschiedliche Präferenzen für materialistische und postmaterialistische politische Ziele¹² in der jüngeren und in der älteren Generation festgestellt und daraus gefolgert:

"The values of Western publics have been shifting from an overwhelming emphasis on material well-being and physical security toward greater emphasis on the quality of life" (Inglehart 1977: 3).

Für die jüngere Generation diagnostiziert er "a decline in the legitimacy of hierarchical authority, patriotism, religion, and so on, which leads to declining confidence in institutions" (4) bei gleichzeitiger "increasing emphasis on needs for belonging, esteem and self-realization" (4).

Zur Begründung dieses Wertewandels greift Inglehart auf Maslows (1954) These von der hierarchischen Ordnung der Bedürfnisse zurück:

"Die grundlegende Vermutung ist, kurz gesagt, die, daß Menschen eine Reihe von Bedürfnissen haben, wobei sie jenen die meiste Aufmerksamkeit schenken, deren Befriedigung am wenigsten gewährleistet ist.

¹² Als materialistisch ordnet er die politischen Zielvorstellungen 'Aufrechterhaltung der Ordnung', 'Stabile Wirtschaft', 'Verbrechensbekämpfung', 'Wirtschaftswachstum', 'Starke Verteidigungskräfte' und 'Kampf gegen steigende Preise' ein. Als postmaterialistisch gelten ihm die Ziele 'Mehr Mitbestimmung am Arbeitsplatz', 'Weniger unpersönliche Gesellschaft', 'Ideen zählen mehr als Geld', 'Mehr politische Mitbestimmung', 'Freie Rede' und 'Schönere Städte' (Inglehart 1979: 287).

Die Generation, die nach dem Zweiten Weltkrieg geboren wurde und in einer Zeit noch nie dagewesenen Wohlstands aufwuchs, neigt wahrscheinlich dazu, nichtmateriellen Zielen eine relativ hohe Priorität einzuräumen. Ihre Eltern und Großeltern dagegen, die während der sie prägenden Jahre Hunger und politische Instabilität erfuhren, werden ökonomische und physische Sicherheit höher einschätzen" (Inglehart 1979: 280).

Inglehart geht davon aus, daß die Prägung in beiden Generationen dauerhaft ist und daß sich der Wertewandel den demographischen Veränderungen entsprechend ausbreiten wird. Konsequenzen vermutet er insbesondere für das politische Handeln: Während die Materialisten mit der "Befriedigung ihrer unmittelbaren psychischen Bedürfnisse" (302) beschäftigt seien und dazu auf die Stabilität der herrschenden Ordnung vertrauten, hätten die Postmaterialisten "mehr psychische Energie für die Beschäftigung mit weitergesteckten Zielen" (302). Sie würden deshalb "zu Unzufriedenheit mit dem jetzigen System und zur Unterstützung von sozialem Wandel" (302) neigen.

Ingleharts Analyse hat Ende der siebziger Jahre eine lebhafte Diskussion und zahlreiche empirische Nachfolgestudien ausgelöst. Seine theoretischen Grundannahmen haben ebenso wie sein empirisches Vorgehen deutliche Kritik erfahren, die seine Thesen heute stark relativiert erscheinen lassen. Grundsätzlich wurden in der weiteren Forschung Wertwandeltendenzen auch über den Bereich der politischen Ziele hinaus festgestellt. Intensiv erforscht wurden Einstellungsänderungen zu Arbeit und Beruf (z.B. Pawlowsky 1986) und zu Ehe und Familie (z.B. Bargel 1979).

Klages (1984: 22ff) kritisiert die Eindimensionalität und die inhaltliche Begrenztheit (auf politische Ziele) der Inglehart'schen Postmaterialismus-Skala. Als 'Kern' des Wandels gelten ihm die Veränderungen auf den beiden - unabhängig voneinander zu betrachtenden - Dimensionen 'Pflicht- und Akzeptanzwerte' und 'Selbstentfaltungswerte' (24). Ähnlich wie Inglehart diagnostiziert auch Klages von Mitte der sechziger bis Mitte der siebziger Jahre eine "Phase eines deutlichen Abbaus der Pflicht- und Akzeptanzwerte bei gleichzeitiger Expansion von Selbstentfaltungswerten" (21). Im Unterschied zu Inglehart sieht er darin aber einen zeitlich begrenzten "Wertwandlungsschub" (123ff). Seit Mitte der siebziger Jahre würden sich nun beide Wertdimensionen schwankend entwickeln und in unterschiedlichen Formen wieder verbinden (131ff). Zusammen mit Franz und Herbert hat sich Klages zudem gegen Ingleharts Annahme der relativen lebensgeschichtlichen Stabilität von Werthaltungen ausgesprochen und stattdessen

einen "lebenslangen Prozeß der Wertformierung und Differenzierung" angenommen (Klages et al. 1987: 69).

Ein weiterer Haupteinwand richtet sich gegen Ingleharts Interpretation eines langfristigen und stabilen Wandels grundlegender Werte. Lehner zufolge belegen "die von Inglehart aufgeführten empirischen Befunde nicht langfristig relativ stabile Werte, sondern lediglich situative Einstellungen" (1979: 321). In der Wertwandelthese sieht er deshalb eine "Überinterpretation von unbestrittenen Einstellungsveränderungen" (322). Auch Bolte und Voß (1988) interpretieren die empirisch ermittelten Veränderungen in den subjektiven Haltungen zur Erwerbsarbeit - beispielsweise die abnehmende Arbeitszufriedenheit, die wachsende Freizeitorientierung oder das gestiegene Interesse am Inhalt (statt an der Entlohnung) der Arbeit - als Einstellungswandel¹³. Dieser soll "keineswegs als Teil eines grundlegenden Wandels der unsere Industriekultur tragenden Werte interpretiert werden" (79), sondern als Versuch, die Wertbasis der modernen Industriegesellschaften unter veränderten gesellschaftlichen Lebensbedingungen zu verwirklichen. Für die Arbeitsmoral bedeutet das:

"Nicht nur nach wie vor, sondern sogar zunehmend ist ein aktives und produktives, 'engagiertes' und 'erfülltes' Leben ein ein hoch akzeptierter Wert; was sich relativiert, ist die Erwerbstätigkeit als ausschließliches Medium dessen" (84).

Zusammenfassend läßt sich festhalten, daß mit der Wertwandelthese bedeutende Einstellungsänderungen in verschiedenen Lebensbereichen bezeichnet werden. Diese haben vor allem Anfang der siebziger Jahre zu einer Bedeutungszunahme von Selbstbestimmungswerten gegenüber traditionellen Pflichtwerten geführt. Sie sind aber in erster Linie als zeitlich begrenzte Reaktion auf sozialökonomische Veränderungen zu verstehen. Die gewandelten Einstellungsmuster sind zur Basis der weiteren gesellschaftlichen Entwicklung geworden, ohne sich seit Mitte der siebziger Jahre noch gravierend zu verändern. Das wachsende Umweltbewußtsein wird in der Regel als Teil dieses Wertewandels interpretiert und insbesondere mit der Entwicklung postmaterialistischer Werthaltung in Zusammenhang gebracht.

¹³ Zur Abgrenzung der Begriffe 'Einstellung' und 'Wert' scheint es mir sinnvoll, wie Bolte und Voß (1988) "einerseits kulturelle, d.h. gesellschaftlich geprägte und überlieferte Basiswerte und andererseits darauf aufbauende, von Menschen in Auseinandersetzung mit ihrer Lebenserfahrung und mit vorgefundenen Lebensbedingungen hervorgebrachte Einstellungen sowie Formen praktischer Lebensführung zu unterscheiden" (80). Vgl. auch die Definitionen des Wertbegriffs bei Vaassen (1984: 99) und Klages (1984: 9f).

Hillmann (1979 und 1981) hat frühzeitig auf den Zusammenhang zwischen Wertewandel und Umweltkrise hingewiesen. Für ihn ist die Umweltkrise Ausdruck eines soziokulturell geprägten Verhaltens, das er als einen wachstumsorientierten, weitgehend ökonomisch ausgerichteten "Egoismus" (Hillmann 1981: 20) charakterisiert. Hillmann folgert daraus, daß die Lösung der Umweltkrise "nicht nur ein technisches, ökonomisches und staatlich-politisches Problem darstellt, sondern in fundamentalem Sinne zu allererst ein wertethisch-normatives" (126). Ein grundlegender Wertewandel bilde dafür die Voraussetzung:

"Die Bewältigung der Umweltkrise erfordert bis zu einem gewissen Grade die Abwertung der für den früheren Industrialisierungsprozeß bedeutsamen bürgerlich-konservativen Leistungsethik, ..." (Hillmann 1979: 630f).

Die empirisch festgestellten Einstellungsänderungen würden diesen Anforderungen nur zum Teil genügen. Insbesondere widerspricht die "Aufwertung der konsumhedonistisch-freizeitorientierten Wertvorstellungen" (Hillmann 1981: 178) Hillmanns Postulat einer neuen, ökologisch ausgerichteten "innerweltlichen Askese" (138). In den Forderungen nach einer beschleunigten Umwertung und einer rationalen Wertesteuerung (198ff) zeigt sich die ganze Problematik dieser Analyse, wiewohl Hillmann selbst auf die Gefahren eines "Wertemanagements" (202) hinweist. Mit der Verbindung von Umweltkrise und Wertewandel trifft Hillmann einen richtigen Kern. Er vernachlässigt aber die Analyse ihrer realen Wechselwirkung. Mit der normativen Instrumentalisierung von Wertewandelprozessen für die Bewältigung der Umweltkrise überfordert er die Wertdimension und übersieht andere Einflußfaktoren.

Üblicherweise wird die Verbindung von Wertewandel und Umweltkrise über die politische Unzufriedenheit und das politische Protestpotential hergestellt, das dem Postmaterialismus zugeordnet wird. Dierkes und Fietkau (1988) vertreten im Anschluß an Inglehart (siehe oben) die These:

"Postmaterialisten sind mit einer Vielzahl unserer politischen und sozialen Lebensbedingungen unzufriedener als Materialisten, wobei die Besorgnisse um den Zustand der natürlichen Umwelt in hervorgehobener Weise politische Unzufriedenheiten und Besorgnisse der Postmaterialisten konstituieren" (33).

Sie verweisen auf empirische Belege für die hohe Unzufriedenheit von Postmaterialisten mit der Umweltsituation und auf gemeinsame soziodemographische Merkmale von Postmaterialisten und Mitgliedern der Umwelt-

bewegungen (vgl. auch 3.2.1). In verschiedenen Untersuchungen sind deutliche Zusammenhänge zwischen postmaterialistischen Haltungen und dem Bewußtsein um ökologische Gefahren nachgewiesen worden.

Inglehart (1982) selbst hat diese Beziehung mit den Daten des European Community Survey von 1981 überprüft. Mehr Umweltschutz¹⁴ wurde demzufolge in der Bundesrepublik von 50% der Materialisten und von 75% der Postmaterialisten befürwortet (40)¹⁵. Dieses Ergebnis belegt sowohl die relativ stärkere Umweltschutzmotivation der Postmaterialisten als auch eine erhebliche Unterstützung von Umweltschutzzielen über alle Bevölkerungsgruppen hinweg. Als deutlicheres Unterscheidungsmerkmal hat sich in dieser Auswertung die Befürwortung der Kernenergie¹⁶ durch 73% der Materialisten aber nur 46% der Postmaterialisten erwiesen (46)¹⁷. Die Kernenergie-diskussion stand lange im Zentrum des ökologischen Diskurses und ist mit grundlegenden gesellschaftstheoretischen Implikationen verknüpft (vgl. Kitschelt 1984). Doch auch hier befürwortete überraschenderweise fast die Hälfte der Postmaterialisten eine Entwicklung, gegen die sich die Umweltbewegungen engagiert zur Wehr setzen. Insgesamt erscheint Ingleharts Interpretation überzogen: "A materialist/postmaterialist polarization of attitudes toward environmental protection seems to characterize the politics of economically advanced nations" (Inglehart 1982: 39).

Umgekehrt kommt Lehner (1979) durch die Auswertung eigenen Befragungsmaterials zu der Deutung, daß sich Sympathisanten der Umweltbewegung zwar im Umweltschutzgedanken einig sind, "aber sie unterscheiden sich voneinander erheblich hinsichtlich anderer Interessen und den Prioritäts-Beziehungen zwischen diesen und den Umweltinteressen" (324). Allzu schnell schließt Lehner allerdings aus der politisch-ideologischen (und sozialökonomischen) Heterogenität der Umweltbewegung auf eine geringe Organisations- und Konfliktfähigkeit ihrer Interessen.

Nicht nur in der theoretischen Einordnung, sondern auch in der empirischen Ermittlung ist umstritten, ob Umweltbewußtsein als Teil von postmaterialistischen Werthaltungen oder unabhängig davon gemessen werden soll. Entgegen einem weit verbreiteten Eindruck enthält Ingleharts Materialismus-Postmaterialismus-Katalog kein umweltpolitisches Ziel (vgl. den

14 Antwort "Agree strongly" zum Statement "Stronger measures should be taken to protect the environment against pollution".

15 In den anderen Ländern der Europäischen Gemeinschaft waren die Unterschiede eher geringer.

16 Antwort "Agree" oder "Agree strongly" zum Statement "Nuclear energy should be developed to meet future energy needs".

17 In den anderen Ländern der Europäischen Gemeinschaft war die Differenz zum Teil noch größer.

Zielkatalog in Anmerkung 4). Aufgrund welcher Quelle Dierkes und Fietkau (1988: 29) in Ingleharts Liste das Item "Versuche unsere Städte und ländlichen Gebiete zu verschönern" durch das Ziel "Schutz der Natur vor Verschmutzung" ersetzen, ist mir nicht bekannt. Ingleharts (1982) empirische Prüfung des Zusammenhangs von Postmaterialismus und Umweltschutzmotivation ist methodisch nur dann sinnvoll durchzuführen, wenn beide Dimensionen unabhängig voneinander operationalisiert sind. In der empirischen Forschung aber werden beide Dimensionen zum Teil in fast beliebiger Form vermischt. So benutzen Kessel und Tischler (1984: 74) Umweltschutzziele als Bestimmungsfaktor für Postmaterialismus, während Urban (1986: 375) umgekehrt das Postmaterialismus-Item zur Operationalisierung ökologischer Einstellungen verwendet. Eine solche Vermischung wird meiner Ansicht nach dem Stand der theoretischen und empirischen Forschung nicht gerecht.

Ich halte es eher für angemessen, Umweltbewußtsein und Postmaterialismus (in der Definition von Inglehart) als analytisch getrennte Dimensionen des Wertewandels zu bestimmen. In ihrer Entstehung und in ihrer Erscheinungsform nicht unabhängig voneinander, wie die empirischen Ergebnisse belegen, erfassen sie grundsätzlich unterschiedliche Lebensbereiche. Zusammen mit den Einstellungsänderungen in den Bereichen 'Arbeit und Beruf' und 'Ehe und Familie' konstituieren sie den grundlegenden Orientierungswandel, der in den Sozialwissenschaften üblicherweise als Wertewandel bezeichnet wird.

Die Eigenständigkeit der Entwicklung des Umweltbewußtseins im Wertewandelprozeß läßt sich auch mit ihrer zeitlichen Verzögerung begründen. Im Vergleich zu den anderen Einstellungsänderungen scheint sich die Dynamik des Umweltbewußtseins erst relativ spät entfaltet zu haben. Umweltgefahren wurden zwar schon Anfang der siebziger Jahre von der Bevölkerung mit Sorge betrachtet (vgl. Kmiecik 1976: 375ff). Doch die sich zuspitzende objektive Problemlage und ihre zunehmende Darstellung in den Medien haben das Bewußtsein der Bevölkerung weiter geschärft (vgl. 3.1.3). Zurecht erscheint deshalb heute das Umweltbewußtsein als ein wesentliches Merkmal des Wertewandels. In enger Anlehnung an die Postmaterialismus-These behauptet Kaase: "Die im eher linken Teil des politischen Spektrums damals und noch heute angesiedelten Postmaterialismuspräferenzen fanden mit der Umweltproblematik 'ihr' Thema (...)" (Kaase 1986: 299). Allgemeiner läßt sich die These formulieren, daß der Wertewandel durch die Umweltkrise neue Impulse erhalten hat. Wenn uns heute das Umweltbewußtsein als ein "Kristallisationspunkt des Wertewandels" (Fietkau 1984: 20) erscheint, mag das unter anderem an dieser zeitlichen Verschiebung liegen.

Doch durch den Mangel an Zeitreihendaten zum Umweltbewußtsein (zumal für die siebziger Jahre) gibt es kaum empirische Belege für diesen Zusammenhang.

Fietkau (1984: 55ff) hat für die Einordnung des Umweltbewußtseins in den Wertwandelprozeß eine übergreifende handlungstheoretische Erklärung angeboten. Er geht von der Annahme aus,

"daß Menschen bestrebt sind, ihre Lebensumwelt zu verstehen und sich so zu verhalten, daß ihr Handeln vorhersehbare, kontrollierbare und gewünschte Folgen und Veränderungen in ihrem Lebensraum hervorruft" (59f).

Entsprechend interpretiert er neue Werte als Reaktionen auf verlorengegangene Handlungskontrolle:

"Bei postmateriellen Werten und bei den modernen Formen sozialen Engagements handelt es sich um den Versuch des Menschen, eine ihm fremd gewordene soziale und natürliche Umwelt in den persönlichen Einflußbereich zu integrieren" (60).

Fietkau beschreibt den Kontrollverlust in den Lebensbereichen Arbeit, Politik, soziales Umfeld (Familie), Technik und natürliche Umwelt und diskutiert als Reaktionsmöglichkeiten Resignation, Kompensation und Protestverhalten. Diese Interpretation scheint geeignet, gleichzeitig den Zusammenhang und die Differenz von Wertewandel und Umweltbewußtsein zu thematisieren. Ihr Verhältnis resultiert aus der Wechselwirkung objektiver Veränderungen der Handlungsbedingungen und subjektiver Reaktionsmuster:

"Da Umweltprobleme und ökologische Fragen in die Handlungsstrukturen des einzelnen eingreifen, er aber die Problemlage nicht rational bewältigen kann, ist er zur Entwicklung von Wertvorstellungen gezwungen, die für ihn handlungsleitenden Charakter haben und umweltpolitische Bewertungen ermöglichen" (71).

Bisher ist jedoch noch recht wenig untersucht, in welcher Weise Umweltprobleme individuelle Handlungsbedingungen konkret beeinflussen. Die Überlegungen zur "Risikogesellschaft" von Beck (1986) machen die Schwierigkeiten solcher Analysen deutlich. Nach Beck werden - wie er in einer gewissen Parallelität zur Postmaterialismus-These formuliert -

"die Verteilungsprobleme und -konflikte der Mangelgesellschaft überlagert durch die Probleme und Konflikte, die aus der Produktion, Defini-

tion und Verteilung wissenschaftlich-technisch produzierter Risiken entstehen" (25).

Neben die "Logik der Reichtumsverteilung" trete nun die "Logik der Risikoverteilung" (25). Die neuen Modernisierungsrisiken weisen nach Beck spezifische Eigenschaften auf: Sie führen oft zu irreversiblen Schäden, haben vielfach globalen Charakter und betreffen alle gesellschaftlichen Schichten; sie bleiben oft unsichtbar, sind in hohem Maße wissensabhängig und offen für soziale Definitionsprozesse (29f; vgl. 3.2.2). Sie verändern dadurch nicht nur die Handlungsbedingungen, sondern schaffen zugleich eine Art "Gefährdungsschicksal in der entwickelten Zivilisation" (54), die kaum noch Entscheidungsalternativen läßt. "Das Erlebnis dieser entscheidungsverschlossenen Risikobetroffenheit macht viel von dem Schock verständlich, der ohnmächtigen Wut und dem 'no future-Gefühl', ..." (54) folgert Beck und beschreibt als neue Grundhaltung: "An die Stelle der Gemeinsamkeit der Not tritt die Gemeinsamkeit der Angst" (66).

Obgleich die Dramatik der Beck'schen Formulierungen angesichts der empirischen Ergebnisse zum Umweltbewußtsein übertrieben erscheint, so weist er doch auf die neuartige Problemstellung hin, die Umweltrisiken für gesellschaftliche und individuelle Entscheidungen und Handlungen mit sich bringen. Die Bewältigung von Unsicherheit wird zu einer entscheidenden Aufgabe für die Zukunft (101). In dieser Hinsicht dürfte der Umgang mit ökologischen Problemen in seiner Bedeutung für die Bewältigung der modernen Welt noch weiter steigen.

2.2 Untersuchungen zum Umweltbewußtsein von Landwirten

Im Vergleich zu der insgesamt wenig befriedigenden Forschungssituation zum Umweltbewußtsein der bundesdeutschen Bevölkerung sind die entsprechenden Meinungen, Einstellungen und Verhaltensweisen in der Berufsgruppe der Landwirte recht eingehend erforscht worden. Dabei kamen unterschiedliche Methoden, unter anderem auch qualitative Verfahren, zur Anwendung. Zwar finden sich die beschriebenen Defizite der Umweltbewußtseins-Forschung auch in diesen Arbeiten wieder, doch ergänzen sich ihre Ergebnisse zu einem insgesamt zufriedenstellenden Gesamtbild vom Umweltbewußtsein der Bauern in der Bundesrepublik. Ich stelle besonders

wichtige Untersuchungen im folgenden in ihrer Fragestellung, ihrem methodischem Vorgehen und den zentralen Ergebnissen dar und nehme eine kurze Bewertung vor (2.2.1 bis 2.2.6).¹⁸ Abschließend versuche ich, den Stand der agrarsoziologischen Umweltbewußtseins-Forschung zu resümieren (2.2.7). In Kapitel 6 werde ich beim zusammenfassenden Vergleich dieser Studien mit meinen eigenen empirischen Ergebnissen noch einmal auf einzelne Resultate zurückkommen und inhaltliche Verbindungen herstellen.

2.2.1 "Umweltinformation in der Landwirtschaft" (Fietkau et al. 1982)

Fragestellung

Ziel der von Fietkau, Glaeser, Hennecke und Kessel am Wissenschaftszentrum Berlin erstellten Studie ist es, "umweltschonendes Handeln von Landwirten über die Vermittlung entsprechender Informationen zu fördern" (3). Die Problemstellung der Arbeit umfaßt drei Stufen. Da einschlägige Erhebungen Anfang der siebziger Jahre noch fehlten, war zunächst "ein Erhebungsinstrument in Form eines Fragebogens zu entwickeln" (7), mit dem in einem zweiten Schritt umweltbezogene Einstellungen und Handlungsweisen von Landwirten ermittelt wurden. Auf dieser Basis sollte schließlich eine Informationsstrategie für die Landwirte erarbeitet werden, was nur noch ansatzweise geschah (165ff).

Methode

Die Entwicklung des Fragebogens erfolgte in mehreren Schritten. Experteninterviews und eine schriftliche Befragung der Schulleiter der berufsbildenden Schulen in Niedersachsen bildeten die Grundlage für die Entwicklung eines Fragerasters, das in 12 Tiefeninterviews mit Landwirten geprüft wurde. Anschließend wurde eine für schriftliche Befragungen geeignete Fragebogenfassung erstellt und mit 25 Landwirten getestet. Mit der nächsten Fragebogenfassung wurde im Jahr 1980 eine schriftliche Befragung von 102 konventionellen und 51 biologisch wirtschaftenden Landwirten aus ver-

¹⁸ Nicht berücksichtigt wurden die gruppenspezifischen empirischen Studien zu Nebenerwerbslandwirten (Haris 1987) und zu alternativ wirtschaftenden Bauern und Bäuerinnen (Fischer 1982; Birnthal & Hagen 1989). Aus der Studie von Schur (1988) kann ich nur einzelne Resultate in die zusammenfassende Darstellung (Kapitel 6) aufnehmen, da mir der ausführliche Untersuchungsbericht (Dissertation) noch nicht zur Verfügung steht.

schiedenen Regionen der Bundesrepublik durchgeführt. Inhaltlich umfaßte der Fragebogen die Bereiche 'Umweltbezogene Einstellungen, Meinungen und Verhaltensweisen' (zu den Themen 'Umwelt allgemein', 'Energie', 'Düngung' und 'Pflanzenbehandlung'), 'Informationsbedürfnisse' (Informationsquellen, -defizite und -wünsche), 'Gesellschaftspolitische und umweltbezogene Grundeinstellungen', 'Tätigkeitsbezogene Perzeption' (Zukunftsperspektiven des Betriebs und Arbeitszufriedenheit) sowie soziodemographische und betriebsstrukturelle Merkmale.

Die Stichprobenauswahl war nicht repräsentativ. Fietkau et al. vertreten die Meinung, daß sich die soziodemographischen Merkmale ihrer Stichprobe konventioneller Landwirte kaum von den Werten der Agrarstatistik unterscheiden (129), doch zeigen sich im einzelnen erhebliche Abweichungen: Die Stichprobe (siehe 130, 132, 136) ist jünger und besteht zu fast 90% aus Vollerwerbslandwirten (gegenüber ca. 50% in der Bundesrepublik). Landwirte mit höheren Ausbildungsabschlüssen sind deutlich überrepräsentiert: In der Stichprobe verfügen 9,9% der Landwirte über einen Hochschul- oder Fachhochschulabschluß und 34,7% über einen Meisterabschluß, während die bundesdeutschen Betriebsinhaber im Jahr 1979 nur zu 0,6% bzw. 3,4% entsprechende Ausbildungen aufweisen konnten (Statistisches Jahrbuch für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 1988: 58). Soweit ersichtlich, sind die Betriebe der Befragten im Durchschnitt auch weit größer als in der Bundesrepublik.¹⁹ Insgesamt ergibt sich der Eindruck, daß überwiegend Personen aus der wirtschaftlichen Elite der Landwirtschaft befragt worden sind.

Befund

In bezug auf allgemeine umweltrelevante Einstellungen stellen die Autoren fest: "Das 'Umweltbewußtsein' konventioneller Landwirte entspricht dem Bewußtseinsstand der Durchschnittsbevölkerung der Bundesrepublik Deutschland" (111). Die konventionellen Landwirte erkennen "zu einem beachtlichen Teil die Notwendigkeit umweltpolitischer Steuerungsmaßnahmen für die Landwirtschaft" (159). Doch fühlen sie sich im Vergleich zu

¹⁹ Die Daten zur landwirtschaftlichen Nutzfläche sind allerdings nicht eindeutig interpretierbar (133): Offenbar fehlt eine Kategorie (bis 75 ha) und die angegebenen Daten der Agrarstatistik sind nicht haltbar. Angeblich waren "laut Agrarstatistik 1979" 19,5% der Betriebe über 75 ha groß. Der Agrarbericht 1990 (9) weist dagegen für das Jahr 1979 weniger als 4% der Betriebe mit einer Betriebsgröße über 50 ha aus! Unklar ist mir zudem der Befund, wonach alle Befragten familienfremde Arbeitskräfte auf dem Betrieb beschäftigen (139), was in der Bundesrepublik eher die Ausnahme ist. 17,9% der konventionell wirtschaftenden Landwirte wollen gar mehr als 5 Mitarbeiter beschäftigen.

anderen gesellschaftlichen Bereichen, etwa der Industrie, "nur in geringem Maße für die gegebenen Umweltbelastungen verantwortlich" (160). Der Stand der Informationen über Umweltgefahren und einzelne umweltrelevante Verhaltensweisen erscheinen problematisch; beispielsweise stützen sich die Landwirte beim Einsatz von Düngemitteln überwiegend auf eigene Erfahrungen (67f). Das Interesse an Informationen ist hoch, richtet sich aber in erster Linie auf Bereiche, "die für ihn handlungsrelevant sind, wie z.B. Buchführung und moderne Produktionstechniken" (161).

Im Vergleich zwischen konventionell und ökologisch wirtschaftenden Landwirten zeigen sich meist die zu erwartenden charakteristischen Unterschiede, aber auch einige Ähnlichkeiten. Die ökologisch wirtschaftenden Landwirte schätzen die Landwirtschaft als umweltbelastender ein (63), beurteilen den Einsatz von Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln wesentlich kritischer (66ff) und rezipieren weniger die Informationsmedien der Industrie und offizieller landwirtschaftlicher Institutionen (83ff). Interessanterweise unterscheiden sie sich nur in den umweltbezogenen Einstellungen, kaum aber in den gesellschaftspolitischen Haltungen von ihren konventionell wirtschaftenden Kollegen. Fietkau et al. folgern daraus:

" Dies zeigt deutlich, daß diese Landwirte nicht sogenannte Aussteiger mit völlig anderen Wertvorstellungen sind, sondern 'normale' Landwirte mit lediglich spezifisch umweltbezogenen Einstellungsmustern" (111).

Gering sind die Unterschiede zwischen beiden Gruppen auch in der Arbeitszufriedenheit (122ff) und in der Einschätzung von Hindernissen der eigenen Betriebsentwicklung (125). Überraschend unvoreingenommen erscheint das Urteil der konventionell wirtschaftenden Landwirte zum ökologischen Landbau. Nur etwa ein Fünftel von ihnen sieht in den alternativ wirtschaftenden Berufskollegen 'realitätsferne Menschen' oder 'Weltverbesserer' (60). Knapp drei Viertel wären sogar bereit, selbst 'ökologisch' zu produzieren, wenn sie dadurch keine finanziellen Nachteile hätten (61).

Evaluation

Die Studie gibt erste wichtige Hinweise auf das Umweltbewußtsein der Landwirte, doch ist ihr explorativer Charakter zu beachten. Angesichts der geringen Stichprobenzahl und der offensichtlich verzerrten Stichprobenauswahl wirken die aufwendigen statistischen Verfahren oft überdimensioniert. Die gewonnenen Ergebnisse sollten nicht überinterpretiert werden: In der Gruppe der ökologisch wirtschaftenden Landwirte entspricht dem Anteil von 2% in der Ergebnisdarstellung gerade ein befragter Landwirt. Eine an-

gemessene Einschätzung der Ergebnisse ist umso schwieriger, als theoretische Vorannahmen zum Zusammenhang von Landwirtschaft und Umweltproblemen fehlen. Die abschließende "Konzeptualisierung einer Informationsstrategie" (165) enthält deshalb nur recht allgemeine Hinweise.

2.2.2 "Umweltinformation für Landwirte" (Hülßen 1982)

Fragestellung

Die von der Agrarsozialen Gesellschaft in Göttingen durch Hülßen erstellte Folgestudie setzte den am Wissenschaftszentrum entwickelten Fragebogen in leicht modifizierter Form bei einer repräsentativen Auswahl von Landwirten ein. Als Ziel sollte sie analog zur Studie von Fietkau et al. (1982)

"Grundlagen für eine Informationsstrategie erarbeiten, um das Handeln des einzelnen Landwirts so zu beeinflussen, daß er vermehrt die Notwendigkeit einer umweltschonenden Landwirtschaft einsieht und sich danach richtet" (Hülßen 1982: 3).

Konkret will die Arbeit ferner Aufschluß geben über soziodemographische und betriebsstrukturelle Determinanten bäuerlichen Umweltbewußtseins und zu einer Typologisierung entsprechender Informations-, Einstellungs- und Verhaltensweisen der Landwirte führen. In theoretischen Vorüberlegungen werden entscheidungs-, verhaltens- und kommunikationstheoretische Grundlagen erörtert. Hülßen leitet daraus zwei Ansatzpunkte zur Beeinflussung bäuerlichen Umweltverhaltens ab: "Zum einen muß die Problematisierung des bisherigen Tuns erfolgen und gleichzeitig muß über gangbare, akzeptable Alternativen aufgeklärt werden" (25).

Methode

Der Fragebogen von Fietkau et al. (1982) wurde von Hülßen (1982) "lediglich in Teilbereichen modifiziert, gekürzt oder erweitert" (4). Er wurde (entsprechend der ursprünglichen Konzeption) für eine schriftliche Befragung aufbereitet, dann jedoch durch Interviewer persönlich überbracht, um einen möglichst hohen Rücklauf zu gewährleisten. Die Interviewer sollten den Fragebogen nur übergeben und ausgefüllt wieder an sich nehmen.²⁰ Die Befragung im November 1981 erfaßte 1.193 Landwirte. Die

²⁰ In einer zusammenfassenden Darstellung der Studie durch das Umweltbundesamt (1985) werden Zweifel angemeldet, ob bei einer solchen, den Interviewereinfluß minimierenden In-

Grundgesamtheit der mit einem zweistufigen Randomverfahren ausgewählten repräsentativen Stichprobe bildeten Landwirte mit Betrieben über 10 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche (Hülßen 1982: 4), das waren im Jahr 1980 knapp 50% der landwirtschaftlichen Betriebe (Agrimente 1989: 25). Die Stichprobe kann deshalb nur als repräsentativ für die Grundgesamtheit und nicht, wie Hülßen (1982) anführt, "als repräsentativ für die Landwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland angesehen werden" (5). Ausgeklammert blieben nicht nur etwa 90% der Nebenerwerbsbetriebe, sondern auch ungefähr ein Viertel der Haupterwerbsbetriebe (Agrimente 1989: 30)²¹. Entsprechend der Auswahl eher wirtschaftsstarker Betriebe ist auch das Niveau der beruflichen Ausbildung (Hülßen 1982: 33) deutlich höher als im Bundesdurchschnitt.

Befund

Die Ergebnisse scheinen mir nur zum Teil das von Hülßen behauptete "relativ stark ausgeprägte Umweltbewußtsein der Landwirte" (71) zu belegen. Meiner Ansicht nach ist das festgestellte Umweltbewußtsein von (vom Autor nicht als solchen beschriebenen) Ambivalenzen gekennzeichnet: Auf der einen Seite findet sich grundsätzliche Aufgeschlossenheit für Fragen des Umweltschutzes, auf der anderen Seite werden die Umweltprobleme der Landwirtschaft eher heruntergespielt. Die befragten Landwirte sehen in einzelnen Teilbereichen der Landwirtschaft Handlungsbedarf (69) und stehen in der Mehrheit dem Umweltschutz positiv gegenüber (83). Die alternative Landwirtschaft beurteilen sie "eher neutral bis positiv" (89) und "mehr als die Hälfte der Befragten ist grundsätzlich bereit, auf Intensivierungsmaßnahmen zugunsten des Naturschutzes zu verzichten" (89).

Eine Auseinandersetzung mit den Umweltproblemen der modernen Landwirtschaft scheint allerdings (im Jahr 1981) noch kaum stattgefunden zu haben. Die meisten Landwirte sind der Ansicht, die Landwirtschaft belastete die Umwelt nur wenig (82). Hülßen betont, "daß die Masse der Land-

interviewtechnik "die Reliabilität (Zuverlässigkeit) und die Validität (Gültigkeit) der Ergebnisse gewährleistet sind" (12). Zumindest werden die Vorteile des mündlichen Interviews, z.B. Erläuterungen und Hilfestellungen durch den Interviewer, nicht genutzt. Hülßens (1982) Begründung, bestimmte Themen aus dem Komplex Umwelt-Landwirtschaft seien "durch die bisherige Diskussion so emotionsbeladen, daß eine 'normale' mündliche Befragung zu verzerrten Ergebnissen hätte führen können" (4), überzeugt nicht. In den übrigen Befragungen wurden keine entsprechenden Probleme festgestellt.

²¹ Von daher kann auch die spätere Relativierung des Repräsentativitätsanspruchs durch Hülßen (1982) darauf, "daß die Aussagen dieser Studie für die Haupterwerbslandwirtschaft weitgehend repräsentativ sind" (37), nicht akzeptiert werden.

wirte ihr berufliches Tun als nicht für die Natur schädlich ansieht und sich auch deshalb von den Angriffen in den Massenmedien als zu Unrecht angegriffen fühlt" (83). Entsprechend ist umweltschonendes Handeln "im Rahmen der üblichen Agrarproduktion "relativ wenig nachzuweisen" (71) und Umweltschutzüberlegungen sind erst in "geringem Umfang" (89) in konkreten Handlungen wirksam geworden. Viele Landwirte fühlen sich in der Öffentlichkeit zu Unrecht angegriffen. Deshalb wird die bisherige Umweltschutzdiskussion in der Landwirtschaft "vorwiegend mit negativen Assoziationen (Zukunftsängste, Einschränkungen, Verbote) bei dem einzelnen verknüpft" (96).

Offenbar besteht bei den befragten Landwirten ein großes Informationsdefizit: Nur etwa ein Viertel fühlt sich in Fragen des Natur- und Umweltschutzes "ausreichend informiert" (71). Unsicher sind sich viele Befragte vor allem auf dem Gebiet des Pflanzenschutzes (60f). Bei betrieblichen Probleme informieren sich die Landwirte in erster Linie untereinander (40). Die Officialberatung genießt jedoch in Fragen des Natur- und Umweltschutzes "das größte Vertrauen" (70). Dennoch stehen gerade die beratungsnahen, gut ausgebildeten Landwirte Umweltschutzforderungen "besonders kritisch" (89) gegenüber. Hülsen sieht deshalb als Aufgabe einer erfolversprechenden Informationsstrategie,

"zum einen Landwirt und Berater die ökonomischen Vorteile (...) vor Augen zu führen, zum anderen aber auch auf die sozialpsychologischen Vorteile entsprechenden Handelns hinzuweisen, wie etwa höheres Ansehen, Anerkennung usw., aus denen sie dann letztlich auch eine größere persönliche Zufriedenheit gewinnen können" (89f).

Evaluation

Obgleich die Studie nicht repräsentativ für die Landwirtschaft der Bundesrepublik ist, umfaßt sie im Vergleich zu den anderen Untersuchungen die größte Grundgesamtheit, nämlich alle bundesdeutschen Betriebe über 10 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche. Das hochstandardisierte Erhebungs- und Auswertungsverfahren gibt einen aufschlußreichen Einblick in das vorhandene Meinungsspektrum, läßt allerdings umweltrelevante Haltungen und Argumentationsmuster im einzelnen kaum erkennen.

Die allgemeine Folgerung von Hülsen, daß eine erfolversprechende Strategie von den "negativen Assoziationen wegkommen und die positiven Effekte des Umweltschutzes für den einzelnen und die Allgemeinheit herausstreichen" (98) muß, erscheint folgerichtig. Doch die konkreten Vor-

schläge, ethische Werte und soziale Normen über die Massenmedien oder über eine "Einführungselite" (93f) zu verändern und der Officialberatung eine "Schlüsselrolle bei der Beeinflussung des Umweltverhaltens der Landwirte" (97) zuzuweisen, dürften angesichts der Forschungsergebnisse nicht unproblematisch sein. Denn die Landwirte fühlen sich in den Medien zu Unrecht angegriffen (71) und die gut ausgebildeten, beratungsnahen Landwirte weisen vergleichsweise das niedrigste Umweltbewußtsein auf.

2.2.3 "Umweltschutz und Agrarproduktion aus der Sicht von Landwirten und Beratern in Hessen" (Bendixen 1984)

Fragestellung

Auch die von Bendixen (unter Mitarbeit von Clausen und Hülsen) für die Agrarsoziale Gesellschaft durchgeführte Studie verfolgt die Absicht, das Problembewußtsein der Landwirte "zu wecken oder zu schärfen" (2).²² Ähnlich wie in den vorangehenden Untersuchungen werden Ansatzpunkte für Strategien zur Beeinflussung des Umweltverhaltens von Landwirten in den vorhandenen Einstellungen gesucht. Bereits zu Beginn verweist Bendixen auf das Unbehagen der Landwirte mit ökologischen Fragen und warnt davor, durch pauschale Anklagen der Landwirte als Umweltzerstörer deren Abwehrmechanismen zu mobilisieren (2). Entsprechend formuliert er die untersuchungsleitenden Hypothesen:

"Landwirte haben aufgrund umweltrelevanter Informationen vielfältige Kenntnisse über Fragen des Umweltschutzes erlangt. Die Kenntnisse der Landwirte werden von ihnen bislang nicht in ausreichendem Ausmaß in die Praxis umgesetzt. Vornehmlich sehen sie sich einerseits aus ökonomischen Gründen daran gehindert und andererseits werden sie durch mehr oder weniger polemische Angriffe aus der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung in 'Verteidigungspositionen' gedrängt, die ihnen zu wenig Raum für die Übernahme neuer Verhaltensweisen belassen" (4).

Methode

Die Studie hat explorativen Charakter (8ff). Die Befragung im Jahr 1982 erfaßte 156 nicht repräsentativ ausgewählte landwirtschaftliche Betriebsleiter

²² Als "explorative Studie zum Umweltverhalten von Landwirten in Abhängigkeit von agrarstrukturellen Verhältnissen" vgl. auch Bendixen & Clausen 1984.

und Hofnachfolger in Haupterwerbsbetrieben in Hessen. Die Befragten waren "im Vergleich zum Mittel hessischer Landwirte jünger, qualifizierter ausgebildet sowie von größeren, spezialisierten Betrieben" (75). Die Unterschiede sind zum Teil beträchtlich, wie die Zahlen von 27% der Befragten mit Betrieben über 50 ha LF und von 14% mit Hochschul- oder Fachhochschulabschluß belegen (107ff)²³. Der teilstandardisierte Fragebogen wurde zum Teil in mündlichen Interviews (insgesamt 72 Einzelbefragungen), zum Teil in schriftlichen Befragungen (jeweils zu Beginn von 10 kaum strukturierten Gruppendiskussionen zum Thema) eingesetzt. Der Schwerpunkt der Auswertung lag auf den qualitativen Ergebnissen, die durch die quantitative Auszählung ergänzt werden sollten. Der Fragebogen umspannte die Themen 'Umweltprobleme in der Agrarproduktion', 'Erforderliche Umweltschutzmaßnahmen', 'Allgemeine Einstellungen zu Gesellschaft und Umwelt' sowie soziodemographische und betriebsstrukturelle Merkmale. Zusätzlich wurden 102 landwirtschaftliche Berater in Hessen schriftlich befragt, die - ohne hier näher auf einzelne Ergebnisse einzugehen - in erstaunlichem Maße mit den Landwirten übereinstimmen: "Die Aussagen der Landwirte und der Berater differieren kaum" (87).

Befund

Die Resultate lassen sich in zwei Thesen zusammenfassen. Auf der einen Seite zeigen sich die befragten Landwirte "im weitesten Sinne - betroffen" (13). Sie meinen zwar, nur wenige Berufskollegen hätten schwerwiegende Fehler begangen, und äußern überwiegend, "daß von der Agrarproduktion keine umfassenden Gefährdungen der Umwelt ausgehen" (13). Doch werden zum Beispiel beim Pflanzenschutz durchaus Bedenken angemeldet und: "Die Mehrzahl der Befragten sieht (auch) in der Landwirtschaft Umweltschutzmaßnahmen als erforderlich an und nur jeder Fünfte vertritt eine gegenteilige Meinung" (76). Dabei wird vor allem auf Verbesserungen der Einsicht und des Wissens gesetzt, restriktive gesetzliche Regelungen (78) und Sanktionen (81) werden eher abgelehnt. Die Einschätzung des alternativen Landbaus ist überwiegend positiv oder neutral (38), aber zugleich von "großer Unsicherheit" (39) geprägt: "Man weiß zu wenig über den alternativen Landbau und urteilt infolgedessen intuitiv, denn davon gehört hat letztlich jeder" (39). Bendixen zieht daraus den Schluß, daß die Landwirte

²³ Die Vergleichswerte für die Bundesrepublik weisen (für 1979) einen Anteil von knapp 4% der Betriebe mit mehr als 50 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche (Agrarbericht 1990: 9) und (für 1978) von 0,6% der Betriebsleiter mit Hochschul- oder Fachhochschulabschluß aus (Statistisches Jahrbuch für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 1988: 58).

"durchaus über ein bemerkenswertes Umweltbewußtsein verfügen, welches als Voraussetzung für ein Natur- und Umweltschutz berücksichtigendes Handeln anzusehen ist" (86).

Damit kontrastiert die zweite These:

"Polemische, verallgemeinernde und inhaltlich falsche Angriffe aus anderen gesellschaftlichen Gruppen bringen Landwirte jedoch in Positionen, in denen ihnen eine entsprechende Verteidigungshaltung aufgezwungen wird, die ihnen wenig Raum für Informationsaufnahme, sachliche Überlegungen und ein darauf aufbauendes Handeln belassen, welches der Ökologie genügend Rechnung trägt" (86).

Die befragten Landwirte halten andere Wirtschaftsbereiche, insbesondere Industrie und private Haushalte, für wesentlich größere Umweltsünder. Sie fühlen sich in der Öffentlichkeit zu unrecht "pauschal als 'Umweltsünder' und 'Nahrungsmittelvergifter' verurteilt" (75) und wännen sich "teilweise als 'Prügelknaben der Nation'" (45). Eine zentrale Rolle wird dabei den Medien zugesprochen:

"Die öffentliche Diskussion über die Umweltverträglichkeit der Agrarproduktion wird nach Ansicht der Landwirte von aufbauscheid, einseitig und fachlich unqualifiziert berichtenden Medien beherrscht" (85).

Welch große Bedeutung dieser Aspekt für die befragten Landwirte offenbar hat, zeigt auch ihr Antwortverhalten:

"Immer wieder wurde den Erhebern und Diskussionsgruppenleitern deutlich, daß diese öffentliche Diskussion sofort im Mittelpunkt aller Überlegungen der Landwirte steht, sobald sie auf Probleme zwischen Landwirtschaft und Umweltschutz angesprochen werden" (44).

Bendixen plädiert deshalb abschließend dafür, alles zu tun, "um gegenwärtige Gegensätze abzubauen und zum wechselseitigen Verstehen beizutragen" (86).

Evaluation

Die Studie von Bendixen gibt einen lebensnahen und lehrreichen Einblick in die Argumentationsmuster von Landwirten zum Umweltproblem. Sie erbringt eindrucksvolle Belege für die Distanz der Landwirte zum ökologischen Diskurs. Die Studie wurde damit zu einem zentralen Bezugspunkt für meine eigene Untersuchung, mit der ich diesem Sachverhalt weiter auf den Grund gehen will. Bei alledem ist der explorative Charakter der Erhebung

zu beachten. Insbesondere die prozentualen Verteilungen von Meinungen sind mit Vorsicht zu interpretieren. Es muß auch berücksichtigt werden, daß die Ergebnisse auf unterschiedlichen Erhebungsverfahren (Einzelinterview, schriftliche Befragung und Gruppendiskussion) beruhen, ohne daß die Quelle im einzelnen zu erkennen ist.

2.2.4 "Umweltkenntnisse und -bewußtsein bei Junglandwirten" (Wentingmann 1988)

Fragestellung

Wentingmann versucht in der an der Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie in Bonn durchgeführten Untersuchung zu klären,

"welches Wissen und Bewußtsein über umweltrelevante Zusammenhänge bei Teilnehmern der Aus- und Fortbildung im Agrarbereich vorhanden ist. Außerdem interessieren Einfluß und Ausmaß betrieblicher Gegebenheiten, um auf diese Weise die Voraussetzungen für Umweltverhalten zu erfassen" (37).

Sie geht davon aus, daß über die Schulung nachfolgender Bewirtschaftergenerationen "die Weichen für eine umweltfreundliche landwirtschaftliche Produktion in Zukunft gestellt werden" (2) können und fragt,

"inwieweit es während der Berufsbildung gelingt, ökologische Belange so zu integrieren, daß der spätere Betriebsleiter in seiner Betriebsplanung und seiner täglichen Arbeit mögliche Gefahren einer Umweltbelastung erkennt, die gegenseitigen Wechselwirkungen einkalkuliert und im Ergebnis zu einer abgewogenen, umweltschonenden Entscheidung kommt" (2f).

In der theoretischen Einführung werden Umweltbelastungen der modernen Landbewirtschaftung beschrieben und Faktoren der Umwelterziehung erörtert. Die verhaltensdeterminierenden Variablen werden in einem Modell menschlichen Entscheidungshandelns (nach Langenheder) zusammengefaßt.

Methode

Befragt wurden von Mai bis Oktober 1985 Schüler und Absolventen der drei wichtigsten Qualifikationsstufen der landwirtschaftlichen Berufsbildung,

nämlich 2.369 Absolventen von landwirtschaftlichen Berufsschulen, 658 Schüler der Höheren Landbauschulen bzw. vergleichbarer Fachschulen (jeweils die Abschlußklassen 1984/85) und 775 Landwirtschaftsmeister (aus dem Prüfungsjahr 1984). Grundgesamtheit waren die jeweiligen Prüfungsjahrgänge: "Die Stichprobenauswahl für die drei Befragungen richtete sich nach den Anforderungen der Repräsentativität für die gesamte Bundesrepublik Deutschland" (40). Die Landwirtschaftsmeister wurden auf ihrem Betrieb mit einem standardisierten Fragebogen mündlich befragt, die anderen beiden Gruppen füllten die standardisierten Fragebögen in den Schulklassen unter Aufsicht selbst aus (37). Für jede Untersuchungsgruppe gab es eine eigene Fragebogenversion.

Der inhaltliche Schwerpunkt der Befragung der beiden Schülergruppen lag auf der Messung von Umweltwissen (meist mit geschlossenen Fragen nach dem Multiple-Choice-Prinzip). Betriebliche Situation, Einstellungen und Wirtschaftsweise der Meister wurden überwiegend mit offenen Fragen erhoben (38f). Die Themen waren aus den Bereichen 'Bodenschutz und Bodenpflege', 'Düngung', 'Pflanzenschutz' und (zum Teil) 'Naturschutz' ausgewählt (dazu Fragen zur Person und zum Betrieb).

Befund

Zusammenfassend kommt Wentingmann zu dem Ergebnis, daß alle Untersuchungsgruppen "grundlegende Kenntnisse über wichtige Begriffe und Definitionen aus dem Bereich eines umweltgerechten Pflanzenbaues" (160) besitzen. Ein Bewußtsein umweltbeeinträchtigender Konsequenzen der Agrarproduktion scheint bei allen drei Gruppen vorhanden zu sein (160). Weiter resümiert sie:

"Größere Schwierigkeiten bereitet dagegen das Verständnis komplexer Sachverhalte, bei denen verschiedene Faktoren zu berücksichtigen sind. Dies gilt insbesondere für umweltverträgliche Produktionsweisen, für die konkrete Vorgaben für ihre praktische Durchführung noch nicht vorliegen" (160).

Zur Ermittlung der Determinanten unterschiedlichen Umweltwissens hat Wentingmann zusätzlich Wissensindizes für jede der drei Gruppen gebildet. Die Indizes belegen deutliche Differenzierungen des Umweltwissens innerhalb der Untersuchungsgruppen. Bei den Berufsschulabsolventen läßt sich ein starker Zusammenhang des Wissensindex mit der schulischen Vorbildung und ein weniger starker, aber noch signifikanter Zusammenhang mit der landwirtschaftlichen Nutzungsform im Lehrbetrieb nachweisen. Überra-

schenderweise finden sich diese Beziehungen bei den Fachschulabsolventen nicht mehr. Auch für die Meistergruppe wird einerseits festgestellt, "daß das Wissen im allgemeinen weniger von der vorherrschenden Nutzung abhängt" (155). In bezug auf das Umweltverhalten wird diese Differenzierung dann aber auch für die befragten Meister bestätigt:

"Meister von Ackerbaubetrieben gehören vergleichsweise häufig zu der Gruppe der umweltschonend wirtschaftenden Landwirte, während die Meister aus Grünlandbetrieben sich eher gegenteilig verhalten" (155).

Evaluation

Es erscheint mir fraglich, ob die gewählte Form der Indexbildung solche Schlußfolgerungen zuläßt. Zum einen ist nämlich die Themenstellung der Fragebogen an ackerbaulichen Fragen ausgerichtet. Das für die Berufsschulabsolventen festgehaltene Ergebnis, daß "die Befragten mit Ackerbauhintergrund jeweils stärker als die Grünlandschüler in den oberen Wissensvierteln vertreten sind" (69), dürfte somit unterschiedliche Ausbildungsschwerpunkte widerspiegeln. Die entsprechenden Kenntnisse bei Landwirtschaftsmeistern aus Grünlandbetrieben sind schon deshalb vergleichsweise niedrig, weil etwa ein Fünftel von ihnen selten oder nie chemische Präparate anwendet (136) und weil sie auch deutlich öfter Pflanzenschutzmaßnahmen von fremden Personen ausführen lassen (137). Auf das Niveau ihres Umweltwissens oder auf ihr Umweltbewußtsein läßt sich daraus kaum schließen. Zum anderen erlaubt die Methode der Indexbildung nur sehr beschränkte Aussagen: Bei den Fachschulabsolventen beispielsweise wurde die durchschnittliche Anzahl der Antworten je Frage als Maßstab des Wissens genommen - das scheint mir der denkbar größte Indikator zu sein. Es überrascht nicht, wenn mit diesem Vorgehen keine signifikanten Zusammenhänge zu ermitteln sind.²⁴

In der Studie wird auch deutlich, daß die isolierte Betrachtung einzelner Wissens- oder Verhaltensindikatoren irreführend sein kann. Zum Beispiel ergibt die Befragung der Meister, daß (als Indikator für Maßnahmen zur Landschaftspflege) die Abgrenzung von Acker- und Grünlandschlägen durch Hecken und Feldgehölze in den intensiv bewirtschafteten Bundesländern Schleswig-Holstein und Niedersachsen wesentlich häufiger erfolgt als etwa in Bayern oder Baden-Württemberg mit ihrer eher kleinbäuerlichen

²⁴ Bei den beiden anderen Gruppen erfolgt die Indexbildung über eine Bewertung der Antworten nach den drei Kategorien 'richtig', 'teilweise richtig' und 'falsch bzw. keine Angaben'. Diese Indizes messen genauer, haben aber große Ähnlichkeit mit dem schulischen Prüfungsverfahren.

extensivierteren Landwirtschaft (142). Wentingmann stellt klar, daß dieses Resultat weniger Ausdruck unterschiedlichen Umweltverhaltens als vielmehr verschiedener Schlaggrößen ist:

"Unter diesem Gesichtspunkt entsprechen die Verhältnisse in Baden-Württemberg, die durch kleine Felder mit teilweiser Abgrenzung durch Feldgehölze gekennzeichnet sind, eher den ökologischen Anforderungen als die Verhältnisse in Schleswig-Holstein mit großen Schlägen und überwiegender Abgrenzung durch Hecken" (143, Anmerkung 1).²⁵

Die Bedeutung der Studie liegt in der Aufdeckung von Wissensbeständen und Wissenslücken des landwirtschaftlichen Betriebsleiternachwuchses in ökologischen Fragen, mit der wichtige Hinweise für die Gestaltung der beruflichen Bildung gegeben werden. Da umweltrelevante Meinungen und Einstellungen, die zentralen Dimensionen von Umweltbewußtsein, kaum erhoben wurden, ist der sozialwissenschaftliche Ertrag dagegen eher gering.

2.2.5 "Umweltprobleme und umweltorientierte Landbewirtschaftung im Meinungsbild der Landwirte Nordrhein-Westfalens" (Rau 1989)

Fragestellung

Die Dissertation von Rau zielt "auf die Analyse ausgewählter Aspekte von Umwelteinstellungen und Umweltverhalten bei Landwirten in Nordrhein-Westfalen" (2). Ähnlich wie die anderen Studien soll sie dazu beitragen, "Ansatzstellen für Strategien aufzuzeigen, die einer weiteren Verankerung von umweltorientiertem Verhalten in der Landwirtschaft dienen können" (2). Angesichts der "Komplexität des Problemfeldes" (1) wird keine Einteilung der Landwirte in mehr oder weniger 'Umweltbewußte' angestrebt. Vielmehr versucht Rau, durch die Ermittlung sozialer Einstellungen ein Meinungsbild der Landwirte zu erstellen,

"das deren relativ überdauernde Wahrnehmungs-, Bewertungs- und Handlungstendenzen gegenüber Umweltproblemen (in der Landwirtschaft) und gegenüber umweltorientierter Landbewirtschaftung widerspiegelt" (3).

²⁵ Eine solch differenzierende und die jeweiligen betrieblichen Rahmenbedingungen berücksichtigende Interpretation wäre für manche Befunde der agrarsoziologischen Umweltbewußtseinsforschung angebracht.

Ebenso wie Wentingmann beruft er sich auf ein Modell menschlichen Entscheidungshandelns (nach Langenheder) zur Bestimmung von abhängigen, intervenierenden und unabhängigen Variablen, ohne daß diese Variablen systematisch operationalisiert werden.

Methode

Mit einem vollstandardisierten Fragebogen wurden im Jahr 1987 insgesamt 998 Leiter landwirtschaftlicher Betriebe in Nordrhein-Westfalen mündlich befragt²⁶. Die Ziehung einer repräsentativen Stichprobe erbrachte - bei einer Teilnahmequote von nur 15% - eine Zahl von 621 Interviews und wurde nach Quotenvorgaben aufgestockt. In der endgültigen Stichprobe sind größere Betriebe und Haupterwerbsbetriebe deutlich überproportional vertreten, was Rau seiner Fragestellung nicht abträglich sieht, wenngleich die Stichprobe nicht repräsentativ "im 'idealen' Sinne" (15) ist. Themen der Befragung waren (der Ergebnisdarstellung zufolge, denn der Fragebogen ist nicht abgedruckt) die Wahrnehmung landwirtschaftlicher Umweltprobleme, umweltrelevante Verhaltensweisen im Betrieb, Aufgeschlossenheit gegenüber Verhaltensänderungen und die Beurteilung von Umweltmaßnahmen (sowie Angaben zur Person und zum Betrieb).

Befund

Rau kommt zusammenfassend zu dem Ergebnis, daß die Wahrnehmung von Umweltproblemen durch die Landwirte in sich nicht einheitlich ist:

"Einerseits gilt den Landwirten das Verhältnis zwischen Landwirtschaft und Umwelt grundsätzlich weitgehend als konfliktfrei. ... Andererseits ist zu beobachten, daß Landwirte von einzelnen, konkret benannten Umweltproblemen durchaus Kenntnis haben - wenngleich sie die tatsächliche Belastungssituation nicht immer realistisch einschätzen" (178).

Als Teilgruppe fallen vor allem die Nebenerwerbslandwirte mit einer deutlich realistischeren Problemeinschätzung auf. Daneben verweist Rau auf Informationsdefizite (36ff) und auf eine Verteidigungshaltung gegenüber von außen kommender Kritik (32).

²⁶ Für die Erhebung von Einstellungen setzt die Beschränkung der Antwortmöglichkeiten bei den geschlossenen Fragen auf die drei Kategorien 'stimme zu', 'stimme teils zu' und 'lehne ab' (unnötig) enge Grenzen (üblicherweise wird eine Skala mit fünf oder mit sieben Werten angeboten). Die Kategorie 'weiß nicht' oder 'keine Angaben' ist in der Studie nicht ausgewiesen (obgleich bei einigen Fragen die Grundgesamtheit deutlich geringer ist, siehe z.B. Seite 40).

In der Anwendung von Umweltschutzmaßnahmen scheinen die Leiter flächen- und wirtschaftsstarker Betriebe aktiver zu sein (179f). Insgesamt aber sind umweltrelevante Verhaltensweisen noch wenig verbreitet, denn "wichtige Kontrollinstrumente (nämlich Bodenuntersuchungen, Betriebsaufzeichnungen, Feldspritzgerätekontrollen) werden erst von einem Teil der Landwirte genutzt" (179). Doch umweltpolitische Maßnahmen und Vorschläge werden überwiegend positiv aufgenommen. Die Landwirte plädieren zwar vor allem für freiwillige Maßnahmen (142), zeigen sich aber auch gegenüber Vorschlägen mit Vorschriftcharakter (z.B. der Gülleverordnung) überraschend aufgeschlossen (155ff).

Evaluation

Die Studie von Rau liefert wichtige Ergebnisse über ein breites Spektrum von umweltrelevanten Einstellungen und Verhaltensweisen. Durch zusätzliche inhaltliche Aspekte ergänzt sie andere Studien. Da die Stichprobe für ein Bundesland annähernd repräsentativ ist, trägt sie wesentlich zur Absicherung gemeinsamer Erkenntnisse bei.

In einigen Punkten scheinen mir die Daten überinterpretiert - vor allem als Folge mehrdeutiger Frageformulierungen bei sehr eingegrenzten Antwortmöglichkeiten. Wenn etwa die Befragten überwiegend der Aussage zustimmen, "Die Böden sind viel gesünder, als oft behauptet wird" (48), so läßt sich daraus nicht - wie geschehen - folgern, "daß die meisten Landwirte die Bodengesundheit derzeit als nicht gefährdet ansehen (...)" (47). Unabhängig davon, ob sie selbst Gefährdungen sehen, hatten die Befragten mit dieser Frageformulierung nur über Fehleinschätzungen anderer zu urteilen.²⁷ Auch die "betont positive Bewertung des Verhältnisses Landwirtschaft/Umwelt" (32), die Rau ermittelt, scheint nicht unabhängig von der Frageformulierung zu sein, die in diesem Fall große Ähnlichkeit mit einer verbreiteten Parole des Bauernverbands aufweist: "Landwirte sind die besten Naturschützer, auch wenn hier und da einmal ein Fehler gemacht wird" (33).²⁸ Eine Folge dieses Vorgehens scheint mir zu sein, daß in dieser Stu-

²⁷ Dasselbe gilt für die Zustimmung zur Aussage: "Die Gefährlichkeit von Pflanzenschutzmittelrückständen in Lebensmitteln wird von den Medien meistens hochgespielt" (55). Sie rechtfertigt nicht die Interpretation: "Landwirte bewerten demnach ihre Produkte als (weitgehend) unbedenklich" (53). Beide Fragen zielen auf das Verhältnis der Landwirte zum ökologischen Diskurs und können auch nur in diesem Sinn gedeutet werden.

²⁸ Eine andere Frage zu diesem Komplex hat Suggestivcharakter: "Die hohen Erträge in der Landwirtschaft sind ein Zeichen dafür, daß die Landwirtschaft gar nicht so schlecht mit der Umwelt auskommt" (34). Daß nur 929 Befragte diese Frage beantwortet haben, könnte auf ein gewisses Unbehagen mit dieser Formulierung hindeuten.

die insbesondere die Kritiklosigkeit der Landwirte gegenüber Umweltbelastungen überschätzt wird. Mit diesem Urteil soll nicht die beträchtliche Relevanz der referierten Befunde geschmälert werden.

2.2.6 "Agrarindustrie und Umwelt - die Folgen einer Entwicklung" (Kölsch & Dettmer 1989)²⁹

Fragestellung

Die von Kölsch und Dettmer am Institut für Rurale Entwicklung der Universität Göttingen durchgeführte Forschungsarbeit strebt an, "die Einstellungen von Agrarproduzenten zum Umweltschutz und ihr zukünftiges Umwelthandeln mit Hilfe einer Lebensweltanalyse zu ermitteln" (212). Sie unterscheidet sich in zweierlei Hinsicht ausdrücklich von anderen Erhebungen. Zum einen wurde die Befragung in einem Gebiet durchgeführt, dem Landkreis Vechta in Niedersachsen, das durch eine außergewöhnliche Konzentration und Spezialisierung in der Veredelungswirtschaft ('Agrarfabriken') gekennzeichnet ist. Als Folge davon ist es durch besondere Umweltprobleme belastet, z.B. erhöhte Nitratmengen im Grundwasser (21ff).

Zum anderen grenzen sich die Autoren durch eine auf qualitativen Erhebungs- und Auswertungsverfahren beruhende Lebensweltanalyse explizit von der vorherrschenden quantifizierenden Einstellungsforschung ab. Sie definieren Lebenswelt als alltägliche Welt des Menschen,

"in der er mit seinen gesammelten Erfahrungen, Welt-, Selbst- und Fremdbildern und Wissensbeständen an der Nahtstelle zwischen subjektiv Erlebtem und Wahrgenommenen aus der Vergangenheit und Antizipation der Zukunft lebt" (7).

Als "intersubjektiv von den Mitgliedern der Gemeinschaft, in der man lebt, fraglos geteilte Welt" (7) bildet sie die Grundlage für das Verstehen sozialer Handlungen. Der Forschungsgegenstand Umweltbewußtsein wird in diesen Rahmen eingeordnet als

"die in der Lebenswelt des Individuums verankerte bewußte Beziehung des Menschen zur Natur, die grundsätzlich nicht zu trennen ist von den

²⁹ Die Studie erscheint in leicht überarbeiteter Form im Sommer 1990 unter dem Titel "Agrarfabriken oder bäuerliche Wirtschaftsweise?" als Band 16 der Schriftenreihe des Fachbereichs Stadtplanung/Landschaftsplanung der Gesamthochschule Kassel.

den Individuen bewußten ökonomischen, sozialen und gesellschaftlichen Lebensbereichen" (8).

Methode

Befragt wurden Anfang 1988 insgesamt 48 Leiter landwirtschaftlicher Betriebe (und 13 Landwirtschafts-Experten aus dem Landkreis) in Intensivinterviews mit einem flexibel gehandhabten Gesprächsleitfaden (und einem standardisierten Fragebogen für Personen- und Betriebsdaten). Die Stichprobe setzte sich zusammen aus 4 in der gewerblichen Agrarproduktion tätigen Betriebsleitern ('Agrarindustrielle'), allen 16 Landvolkvertretern im Landkreis, 8 Repräsentanten der örtlichen agraroppositionellen Vereinigungen sowie 20 zufällig ausgewählten Landwirten. Angesichts der ungewöhnlichen Agrarstruktur des Landkreises erscheint die Stichprobe ausgesprochen heterogen (sehr große und sehr kleine Betriebe, Landvolkvertreter und Agraroppositionelle) und für die Bundesrepublik insgesamt untypisch. Die Auswahl wird jedoch durch das Auswertungsverfahren gerechtfertigt, das nicht auf die Auszählung der Häufigkeit von Meinungen, sondern auf die Ermittlung von Handlungstypen ausgerichtet ist. Die Stichprobe gewährleistet eine große Vielfalt von Handlungsorientierungen, über deren quantitative Verbreitung dann allerdings kaum mehr Aussagen möglich sind (und von den Autoren auch nicht gemacht werden). Die Interviews erfaßten die Themen 'Umweltprobleme und umweltpolitische Maßnahmen', 'soziale und ökonomische Situation', 'gesellschaftliches und politisches Bewußtsein' und 'unternehmerisches Selbstbild und betriebliche Zukunftsperspektive'.

Befund

Als zentrales Ergebnis ermitteln Kölsch und Dettmer sieben Typen, die die ganze Spannweite vom Agrarindustriellen bis zum modern-naturorientierten Landwirt umfassen (145ff). Sie beschreiben drei Typen, bei denen wachstums-ökonomisches Denken dominiert, während die Natur als Sache gilt, die man sich uneingeschränkt aneignen kann: den ausschließlich an optimaler Kapitalverwertung interessierten 'Agrarindustriellen', den 'modernen Wachstumslandwirt', für den die Expansion des Betriebs im Vordergrund steht, und den 'traditionalen Wachstumstyp', der daneben im nicht-produktiven Bereich noch traditionale Einstellungen aufweist. Der 'Landwirt zwischen Ökonomie und Ökologie' stellt dagegen schon einen Übergangstyp dar, der zwar ökologische Gefährdungen durch die agrarindustrielle Pro-

duktion kritisiert, selbst jedoch auf dem Weg zu betrieblichem Wachstum Umweltaspekte nicht berücksichtigt.

Diesen wachstums-orientierten Typen stehen zwei naturorientierte Typen gegenüber, die ökologische Belange für wichtiger erachten als das Wachstum des Betriebs: der 'traditional naturorientierte' und der 'modern naturorientierte Landwirt'. Die Basis dafür bildet im ersten Fall eine Neuinterpretation traditionaler Werte, während im zweiten Fall eher moderne postmaterialistische Werthaltungen aufgegriffen werden. Schließlich wird als siebter ein 'Typ des traditionellen Landwirts' ermittelt, der weder besonders natur- noch wachstumsorientiert ist. Vielmehr läßt er sich von traditionellen bäuerlichen Werten leiten - und handelt damit im Endeffekt häufig umweltschonend.

Neben der Typenbildung (die jeweils mit einem Fallbeispiel belegt wird) erbringt die Studie eine Vielzahl von Informationen über Einstellungen und Meinungen der Befragten. Dabei werden wesentliche Ergebnisse anderer Erhebungen bestätigt, etwa die Abwehrhaltung gegenüber öffentlicher Umweltkritik an der Landwirtschaft (126 und 130), der Zweifel an umweltgefährdenden Wirkungen der Landwirtschaft (125) und der Verweis auf die "schwarzen Schafe" (129) und "einzelne individuelle Fehlhandlungen" (130). Zugleich wird der Zusammenhang mit der auch hier festgestellten sozialen Marginalisierung der Landwirtschaft (104ff) deutlich: "Die Spannungen zum Naturschutz, die Angst vor Enteignungen weisen auf die fehlende Integration der Landwirte in die Gesellschaft hin" (144).

Durch die besondere Stichprobenauswahl lassen sich die unterschiedlichen Interessenlagen von agrarindustriellen und eher traditionell wirtschaftenden Landwirten markant erfassen. Die Autoren deuten sie als "Dichotomisierung innerhalb der Gruppe der Agrarproduzenten" (80), die sich in deutlichen sozialen Spannungen äußert (80ff). So sind zwar beide Gruppen mit der bisherigen Agrarpolitik und mit der Interessenvertretung durch den Berufsverband äußerst unzufrieden (95ff), aber aus entgegengesetzten Gründen: Während Betriebsleiter stark gewachsener Betriebe anführen, "daß die Agrarpolitik zu stark auf die Erhaltung von Kleinbetrieben abzielt und eine sinnvolle Konzentration in der Produktion verhindert" (99), meinen viele Leiter kleinerer Betriebe, "die bisherige Agrarpolitik habe einseitig die größeren oder aber kaufmännisch ausgerichtete Betriebe begünstigt" (100).

Evaluation

In der exemplarischen Darstellung der Differenzierungen innerhalb der Landwirtschaft liegt der besondere Ertrag dieser Studie. Unterschiede wer-

den nicht nur in einzelnen Meinungen und Verhaltensweisen aufgezeigt, sondern gerade auch in den Grundorientierungen der Landwirte zur Frage ökonomischen Wachstums und ökologischer Erhaltung. Damit wird eine wichtige Bedingung des Umwelthandelns von Landwirten erfaßt, auch wenn sie wohl nicht ausreicht, "um auf zukünftiges Handeln und Verhalten von Landwirten bei Änderungen von Rahmenbedingungen schließen zu können" (44). Meiner Ansicht nach überschätzen die Autoren allerdings ihr eigenes Verfahren einer qualitativen Lebensweltanalyse, wenn sie es nicht als Ergänzung anderer Methoden, sondern als wissenschaftlich besseres, insbesondere valideres Verfahren kennzeichnen (36, vgl. auch 6 und 12ff).

Der Versuch einer Prognostizierung des zukünftigen Umwelthandelns der Landwirte (196ff) geht über eine erneute Charakterisierung der Handlungstypen kaum hinaus. Er mündet im Schlußteil in normativen Forderungen, wobei die einzelnen Handlungstypen an den - nicht explizierten - Vorstellungen der Autoren von einer umweltgerechten Landwirtschaft gemessen werden. In der Analyse bestehender Orientierungen ist es den Autoren dagegen gelungen, unterschiedliche Argumentations- und Deutungsmuster von Landwirten lebendig darzustellen.

2.2.7 Resümee zum Stand der agrarsoziologischen Umweltbewußtseins-Forschung

Ein Gesamtbild des Umweltbewußtseins der Landwirte in der Bundesrepublik, wie es sich aus diesen Untersuchungen ergibt, versuche ich, ausgehend von meinen eigenen empirischen Ergebnissen in Kapitel 6 zu erstellen. Im folgenden resümiere ich zunächst die methodische und konzeptionelle Basis dieser Forschungsrichtung.

Die Spannbreite der Methoden der vorgestellten Studien ist groß. Die Stichprobenauswahl reicht von der gezielten Auswahl von Meinungsträgern bis zu annähernd repräsentativen Stichproben. Die Stichprobengröße variiert von kleinen Fallzahlen bis zu sehr großen Stichproben. Die Befragungsmethoden gehen von schriftlichen Multiple-Choice-Befragungen bis zu qualitativen Tiefeninterviews und die Auswertungsverfahren erstrecken sich von Einzelfallanalysen bis zu aufwendigen statistischen Indexbildungen. Im Vergleich zur sozialwissenschaftlichen Umweltbewußtseins-Forschung allgemein ist das Methodenspektrum deutlich ausgeglichener. Während qualitative Methoden häufiger angewandt wurden, fanden die entwik-

keltsten statistischen Auswertungsverfahren, z.B. die Pfadanalyse oder die Faktorenanalyse, noch keine Verwendung.

Die Befragungen haben damit unterschiedliche Tiefenstrukturen des Umweltbewußtseins erreicht: vom Abfragen vorgegebener Wissens Elemente bis zur Auswertung offener Fragen; von der Messung von Einstellungen (anhand der Bewertung verschiedener Statements) bis zum wenig strukturierten Tiefeninterview und zur Gruppendiskussion, in denen die Befragten ihren Äußerungen weitgehend freien Lauf lassen können. Akzeptiert man einen Methodenpluralismus (vgl. 2.3.1), so sind nicht die einen Ergebnisse besser als die anderen, sondern sie erfassen jeweils unterschiedliche Bewußtseinsdimensionen und ergänzen sich in ihrer Aussagekraft. Die Verbindung der einzelnen Ergebnisse zu einem Gesamtbild (siehe 6.1) bleibt dennoch ein interpretatorischer Akt, der sich empirisch begründen, aber nicht beweisen läßt. Insgesamt kann man mit dem Stand der agrarsoziologischen Umweltbewußtseins-Forschung durchaus zufrieden sein. Im Hinblick auf eine angemessene Interpretation der Resultate und die künftige Weiterentwicklung der Forschung möchte ich noch einige ergänzende Hinweise anfügen.

Zunächst sollte bei einer Gesamtdarstellung die unterschiedliche Qualität der Stichproben berücksichtigt werden. Das geringere Problem scheinen mir dabei die jeweiligen regionalen Begrenzungen der Stichproben zu sein. Die Studien von Bendixen, Rau und Kölsch & Dettmer erfassen mit den Bundesländern Hessen, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen jeweils unterschiedliche Agrarräume³⁰. Da sich kaum regionalspezifische Aspekte ausmachen lassen, scheint diese Differenzierung von nachrangiger Bedeutung zu sein. Das Gesamtbild dürfte für die Bundesrepublik insgesamt hohe Aussagekraft besitzen, obwohl repräsentative Studien fehlen³¹.

Eine andere Eigenschaft der Stichproben halte ich für problematischer: Alle Studien erfassen - wenn auch in unterschiedlichem Maße - eher jüngere, besser qualifizierte Landwirte mit überdurchschnittlich großen Betrieben. In den Untersuchungen von Hülsen, Wentingmann und Kölsch & Dettmer wurden solche Gruppen gezielt ausgewählt. In den anderen Erhebungen ergab sich diese Selektion unbeabsichtigt bei der Stichprobenaus-

³⁰ Mit meiner Erhebung kommt Bayern dazu; zu Baden-Württemberg vgl. Schur 1988.

³¹ Auch in den anderen Studien wurden nur Teilgruppen der Landwirte erfaßt, jedoch nicht regional differenziert. Fietkau et al., Hülsen und Wentingmann haben zwar Landwirte aus der ganzen Bundesrepublik in ihren Stichproben vertreten, doch weisen diese andere Besonderheiten auf: Hülsen beschränkte die Grundgesamtheit auf Landwirte mit Betrieben über 10 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche, Wentingmann wählte gezielt einzelne Prüfungsjahrgänge bei Junglandwirten aus, Fietkau et al. befragten unbeabsichtigt eher eine wirtschaftliche Elite.

wahl (und ist dennoch bei Bendixen und besonders bei Fietkau et al. stark ausgeprägt). Tendenziell erfaßten diese Studien also die Bildungs- und Wirtschaftselite unter den Landwirten.

Da aufgrund der Ergebnisse der sozialwissenschaftlichen Umweltbewußtseins-Forschung (vgl. 3.2.1) zu erwarten ist, daß sich die Faktoren Bildung und wirtschaftliche Situation deutlich auf Meinungen und Einstellungen zum Umweltschutz auswirken, sind entsprechende Verzerrungen des Gesamtbildes bei den Landwirten zu vermuten. Die Differenzierungen nach Bildung und Betriebsgröße in den Studien selbst (vgl. Hülsen, Wentingmann und Rau) liefern Hinweise auf einen eher großen Einfluß der Bildung und einen eher geringen Einfluß der Betriebsgröße auf das Umweltwissen und das Umweltbewußtsein der Landwirte. Da dieser Stichprobeneffekt aber in unterschiedlicher Ausprägung alle Studien durchzieht, läßt sich seine Wirkung aus dem Vergleich der Studien kaum abschätzen.

Ungewiß bleibt auch, ob nicht die Themenstellungen der Untersuchungen selbst die Teilnahmebereitschaft an der Befragung beeinflusst haben. Bei der starken Abwehrhaltung vieler Bauern gegen den ökologischen Diskurs könnte in vielen Fällen eine themenspezifische Selektion erfolgt sein, die gravierende Auswirkungen für das Gesamtbild hätte. Das Argument von Rau, daß die Auswahl von Betriebsleitern größerer Betriebe "eher von Vorteil" (13) ist, da sie in ihrer Existenz gesicherter sind und "stärkere umweltrelevante Wirkungen auf die landwirtschaftliche Fläche im ganzen" (13) erzielen können, trägt dieser Möglichkeit nicht Rechnung. Zumindest sollte klar getrennt werden zwischen Studien mit Anspruch auf Repräsentativität und solchen, die (wie Wentingmann und Kölsch & Dettmer) gezielt Teilgruppen untersuchen, die zum Beispiel für die künftige Entwicklung besonders wichtig sind.

Ein anderes Merkmal, das sich durch alle Studien zieht, ist ihre geringe theoretische Fundierung. Die Untersuchungen haben - mehr oder weniger - durchweg den Charakter einer sozialwissenschaftlichen Auftragsforschung, in der unter Zeitdruck empirische Resultate erzielt werden müssen. Als theoretische Vorbemerkungen werden in der Regel allgemeine Problembeschreibungen oder generelle Handlungsmodelle mit geringem Bezug zur Fragestellung gewählt. Konkrete Thesen zur Form und zu den Bedingungen bäuerlichen Umweltbewußtseins werden kaum ausgearbeitet. Fast alle Studien (außer Kölsch & Dettmer) beziehen sich auf psychologische Entscheidungs-, Verhaltens- oder Kommunikationstheorien. Üblicherweise wird damit auf grundsätzliche Wechselwirkungen zwischen Wissen, Einstellungen und Handeln oder zwischen sozialen und psychischen Faktoren hingewiesen. Soziologische Ansätze zu den gesellschaftlichen Bedingungen von

Umweltbewußtsein finden dagegen selten Berücksichtigung. Sicherlich ist dies auch eine Folge der fehlenden theoretisch-konzeptionellen Vorarbeiten in der sozialwissenschaftlichen Forschung über Umweltbewußtsein und Umwelterziehung (vgl. 2.1.). Die Agrarsoziologie kann dieses Defizit nicht in einzelnen Untersuchungen ausgleichen. Zu bedenken ist auch der explorative Charakter der meisten Studien.

Dennoch scheint mir die theoretische Vorarbeit in besonderer Weise vernachlässigt worden zu sein. So werden die Problembeschreibungen kaum systematisch in konkrete Fragestellungen umgesetzt und theoriegeleitet in der Fragebogenkonstruktion operationalisiert. (Zumindest wird dies in den Berichten nicht deutlich.) Die mangelnde theoretische Orientierung macht sich auch bei der Interpretation der Ergebnisse bemerkbar. Es überwiegen Ad-hoc-Interpretationen, die kaum in Zusammenhang miteinander, geschweige denn mit weiteren Entwicklungen der Landwirtschaft oder der Gesellschaft gebracht werden. Für die Interpretation konkreter Befunde im Rahmen des betrieblichen und sozialen Kontextes liefern sie kaum Leitlinien. Die Schlußfolgerungen der Autoren zielen denn auch überwiegend auf die Behebung festgestellter Defizite durch verbesserte landwirtschaftliche Informations-, Beratungs- und Ausbildungsangebote sowie durch den Ausbau direkter Handlungsanreize bzw. Handlungsvorschriften (vgl. Wentingmann S. 160ff und Rau S. 181ff). Diese Empfehlungen sind sicher nicht falsch, aber sie berücksichtigen zu wenig die sozialökonomischen Rahmenbedingungen bäuerlichen Arbeitens. Sie erwecken den Eindruck, als ließe sich das bäuerliche Umweltverhalten durch Bildungs- und Umweltschutzmaßnahmen unabhängig von der weiteren sozialen, politischen und wirtschaftlichen Entwicklung steuern. Einige Autoren scheinen sich dieser Begrenzung der Perspektive durchaus bewußt zu sein. Fietkau et al. und Wentingmann haben die Themen ihrer Studien ausdrücklich auf Fragen der Aus- und Weiterbildung beschränkt. Rau stellt am Schluß seiner Untersuchung fest:

"Allerdings wäre es Illusion, davon auszugehen, daß sich mit Hilfe solcher Maßnahmen die negativen ökologischen Wirkungen einer produktionsorientierten Agrarpolitik auffangen lassen - sie lassen sich allenfalls begrenzen. Langfristig sollte man es deshalb nicht dabei bewenden lassen, mit Hilfe immer neuer umweltpolitischer Maßnahmen Schadensbegrenzung zu betreiben" (189).

Kölsch & Dettmer neigen dagegen zum anderen Extrem, wenn sie am Schluß ihres Berichts die verschiedenen Verhaltensformen der Landwirte an ihren eigenen normativen Annahmen zu einer umweltverträglichen Land-

wirtschaft messen, ohne diese zu explizieren. Im übrigen aber enthält ihre Studie durch die ausdrückliche Berücksichtigung (obgleich nicht theoretische Ausarbeitung) der gesellschaftlichen und der wirtschaftlichen Situation der befragten Landwirte am ehesten über bloße Bildungsmaßnahmen hinausführende Hinweise. Sie münden in dem Urteil, daß "die Umweltproblematik nicht von der sozialen Frage in der Landwirtschaft zu trennen" (220) ist. Auch Bendixen hat mit der Einbeziehung des sozialen Umfeldes in seine Leithypothesen eine zusätzliche Perspektive aufgezeigt. Er appelliert deshalb am Schluß nicht nur an den landwirtschaftlichen Berufsstand, sondern auch an "andere gesellschaftliche Gruppen" (86), zur Verbesserung der Kommunikation über ökologische Probleme der Landwirtschaft beizutragen.

Eine stärkere Berücksichtigung der sozialen, ökonomischen und politischen Bedingungen des Umwelthandelns in der Landwirtschaft in der empirischen und theoretischen Analyse wird zu den zentralen Aufgaben der künftigen Forschung zum bäuerlichen Umweltbewußtsein zählen. Ich selbst kann mit meiner eigenen Untersuchung diesem Anspruch nur in theoretischer Hinsicht gerecht zu werden versuchen. Meine empirische Erhebung ist, ähnlich wie die hier referierten Studien, von der explorativen Absicht geprägt, mit geringer theoretischer Vorstrukturierung Informationen zu einer vergleichsweise neuen Fragestellung zu ermitteln.

2.3 Grundlagen der eigenen empirischen Untersuchung

Ich habe meine eigene empirische Erhebung nicht auf der Grundlage vorhandener Studien zum Umweltbewußtsein der Bauern konzipiert. Zum einen war der Großteil dieser Studien damals noch nicht erschienen, zum anderen war die ursprüngliche Fragestellung breiter angelegt (vgl. 1.2). Die vorliegende Arbeit stellt daher keinen Versuch dar, einzelne Defizite der bisherigen Forschung, wie ich sie in den beiden letzten Kapiteln aufgezeigt habe, durch die eigene Erhebung auszugleichen. Sowohl hinsichtlich der Konzeption des Untersuchungsgegenstandes Umweltbewußtsein (vgl. Kapitel 5) als auch in der methodischen Vorgehensweise bleibt sie auf dem explorativem Stand vieler anderer Studien.

In einem Punkt möchte ich jedoch gezielt über die bisherige Forschungspraxis hinausgehen: nämlich durch die Analyse der gesellschaftli-

chen Rahmenbedingungen bäuerlichen Umweltbewußtseins. Die Ergebnisse meiner Befragung zum gesellschaftlich-politischen und zum ökologischen Bewußtsein der Bauern bilden die empirische Grundlage dieser Vorgehensweise. Sie werden verbunden mit theoretischen Analysen zur Bedeutung des ökologischen Diskurses (Kapitel 3) und zur gesellschaftlichen Stellung der Landwirtschaft (Kapitel 4). Die Untersuchung der Bestimmungsgründe bäuerlichen Umweltbewußtseins durch die Verknüpfung empirischer und theoretischer Forschungsergebnisse betrachte ich als die eigentliche Besonderheit meiner Studie. Dieser Schritt erfolgte im wesentlichen erst nach der Planung und Durchführung der empirischen Erhebung (vgl. 1.2). Deshalb ist in der Studie keine empirische Prüfung von Thesen möglich, sondern lediglich die Entwicklung von Thesen auf theoretischer und empirischer Grundlage.

Ausgehend von der explorativen Untersuchungsabsicht, einen breiten Überblick über Meinungen und Orientierungen der Bauern zu verschiedenen Aspekten ihrer Arbeit zu gewinnen, deckt meine Befragung Aspekte der Arbeits- und Wirtschaftsorientierungen der Bauern und ihres gesellschaftlichen und ökologischen Umweltbewußtseins ab (vgl. den Fragebogen im Anhang). Sie ist damit inhaltlich wesentlich breiter angelegt als die anderen Studien mit Ausnahme von Kölsch & Dettmer (1989). Das hat sich als günstige Voraussetzung für die Analyse der gesellschaftlichen Bedingungen bäuerlichen Umweltbewußtseins erwiesen. Im Methodenspektrum der vorliegenden Studien steht sie, Elemente aus beiden Richtungen verbindend, zwischen den quantitativen und den qualitativen Untersuchungen (siehe 2.3.1).³² Mit dem bayerischen Untersuchungsraum werden die vorliegenden Ergebnisse regional erweitert und abgerundet.

2.3.1 Das Erhebungs- und Auswertungsverfahren

Ziel der empirischen Untersuchung war die explorative Ermittlung von Meinungen und Haltungen von Bauern zu Aspekten ihrer Arbeitssituation, insbesondere zu ökonomischen, politischen und ökologischen Gesichtspunkten. Der explorative Ansatz erlaubte eine kleine Stichprobe von 40 Befragten, erforderte jedoch ein eher qualitatives Erhebungs- und Auswer-

³² Die explorative Vorgehensweise ermöglichte mir viele Lernschritte vor, während und nach der Untersuchung. Ich gestehe gerne zu, daß ich heute bei der Vorbereitung und Durchführung der Erhebung einiges anders machen würde. In manchen Punkten, die ich an der Umweltbewußtseinsforschung kritisiere, bin ich selbst erst durch meine eigene Untersuchung sensibler und aufmerksamer geworden.

tungsverfahren. Wie in der Einleitung (1.1) erläutert, habe ich mich vor allem aus forschungspragmatischen Gründen gegen qualitative Tiefeninterviews und für eine teilstandardisierte Befragung entschieden. In Anlehnung an Kudera (1984) wählte ich einen teilstandardisierten Fragebogen mit überwiegend offenen Fragen und mit der Möglichkeit der freien Nachfrage durch den Interviewer. Dieses Verfahren kann als Verbindung von Elementen der quantitativen und der qualitativen Sozialforschung beschrieben werden. Zur Standardisierung der Erhebungssituation wurden die Fragen in identischer Formulierung und in festgelegter Reihenfolge vorgetragen. Bei einigen wenigen Fragen waren die Antwortkategorien vorgegeben. Durch die teilweise Standardisierung ließ sich die Auswertung entscheidend erleichtern und der Vergleich mit den Ergebnissen der Befragung von Berufsgruppen des städtischen Kleinbürgertums aus dem Projekt von Kudera herstellen (siehe Pongratz 1988).

Innerhalb dieses Rahmens aber sollten die beiden Grundprinzipien der qualitativen Sozialforschung 'Offenheit' und 'Kommunikation' (vgl. Hoffmann-Riem 1980: 343ff) soweit wie möglich verwirklicht werden. Das Prinzip der Offenheit besagt,

"daß die theoretische Strukturierung des Forschungsgegenstandes zurückgestellt wird, bis sich die Strukturierung des Forschungsgegenstandes durch die Forschungssubjekte herausgebildet hat" (343).

Für das Prinzip der Kommunikation formuliert Hoffmann-Riem die Vorgabe,

"daß der Forscher den Zugang zu bedeutungsstrukturierten Daten im allgemeinen nur gewinnt, wenn er eine Kommunikationsbeziehung mit dem Forschungssubjekt eingeht und dabei das kommunikative Regelsystem des Forschungssubjekts in Geltung läßt" (346f).

Diesen Zielen diente die Verwendung offener Fragen und das ausführliche Nachfragen durch den Interviewer. Insbesondere durch die häufige Verwendung von Nachfragen versuchte ich, zusätzliche Erzählanreize zu setzen und auf die besondere Situation jedes Befragten einzugehen. Dennoch kann nicht von einer qualitativen Erhebung gesprochen werden. Durch den Fragenkatalog waren die Gesprächsthemen vorstrukturiert. Die festgelegte Reihenfolge der Fragen beließ die bestimmende Rolle im Gespräch beim Interviewer, der immer wieder sein eigenes 'kommunikatives Regelsystem' durchsetzte. Wo sich Spielräume ergaben, wurden sie allerdings im Sinne qualitativer Sozialforschung genutzt.

Dieses Vorgehen setzt ein Methodenverständnis voraus, welches quantitative und qualitative Verfahren nicht als Gegensätze oder als grundsätzlich bessere oder schlechtere Alternativen, sondern als unterschiedliche Zugangsweisen zur sozialen Wirklichkeit mit jeweils spezifischen Aussagequalitäten begreift. Die Verfahren stehen sich nicht einander ausschließend gegenüber. Sie konstituieren vielmehr zusammen ein Methodenfeld, zum Beispiel entlang der Dimensionen Offenheit und Kommunikation. Innerhalb dieses Feldes kann das Ausmaß an Offenheit und Kommunikation den Erfordernissen der Fragestellung und der Projektdurchführung entsprechend bestimmt und mit unterschiedlichen Methoden verwirklicht werden. Grundsätzlich lassen sich mit keinem Verfahren Einschränkungen der Prinzipien der Offenheit und der Kommunikation vermeiden. So stellen Buchmann & Gurry (1984) auch für die qualitative Sozialforschung fest:

"Bei der Generierung sozialwissenschaftlicher Daten findet generell eine Rollenzuweisung zwischen Forscher und Beobachtetem statt. ... Im Falle des narrativen Interviews findet die Strukturierung der Situation viel unerschwerter statt und die Vielfalt der Rollensysteme, die sich konstituieren, ist bedeutend größer" (777).

Der Sozialforscher steht (zumindest bei Befragungen) stets in einem grundsätzlichen Dilemma:

- Einerseits erfordert die kommunikative Forschungssituation, daß er sich - gestützt auf vortheoretisches Wissen und soziale Kompetenz - so weit wie möglich auf die Alltagswelt der Untersuchten einläßt;
- andererseits aber verlangt die wissenschaftliche Untersuchungsabsicht, daß er die Bedingungen der Erhebung und der Auswertung - in welcher Form auch immer - kontrolliert, um daraus verallgemeinerbare Aussagen ableiten zu können.

Dieses Dilemma macht den Forschungsprozeß zu einem Spannungsfeld widerstreitender Interessen, für die es keine optimale Lösung gibt. Wilson (1982) ist entsprechend der Meinung, "daß die extreme quantitative und qualitative Auffassung jeweils ganz bestimmte Züge betont und andere vernachlässigt" (492). Er plädierte daher für die Ergänzung beider Verfahren: "Jeder liefert eine Art von Information, die sich nicht nur von der anderen unterscheidet, sondern auch für deren Verständnis wesentlich ist" (501). In meiner Erhebung habe ich Abstriche nach beiden Seiten gemacht, aber auch aus den Möglichkeiten beider Verfahren gewonnen.

Zur inhaltlichen Gestaltung des Fragebogens (siehe Anhang) habe ich aus theoretischen Vorarbeiten folgende Problemdimensionen abgeleitet:

I. Merkmale der Lebens- und Arbeitssituation

A. Persönliche Daten

- demographische Daten
- biographische Merkmale

B. Betriebsbezogene Daten

- Produktionsstruktur
- betrieblicher Wandel

II. Meinungen und Orientierungen

A. Arbeits- und Berufsorientierung

- evaluative Beurteilung der bäuerlichen Arbeit
- affektive Haltungen zu Arbeit und Beruf
- Bedeutung des Berufs im Lebenszusammenhang
- berufliche Zukunftsorientierung

B. Haltungen zur Natur und zu Umweltproblemen

- Naturbezug in der Arbeit
- Haltung zur allgemeinen Umweltproblematik
- Einschätzung von Umweltproblemen in der Landwirtschaft
- Beurteilung von Alternativen im Landbau
- Einschätzung von weiteren Umweltschutzmaßnahmen und Bereitschaft zur Verhaltensänderung

C. Wirtschaftliche Disposition

- Beurteilung der wirtschaftlichen Lage
- unternehmerisches Verhalten

D. Gesellschaftlich-politische Orientierung

- 'politisches Bewußtsein' (vgl. Kudera 1984)
- Haltung zur Agrarpolitik
- Haltung zur bäuerlichen Interessenvertretung

Die theoretische Vorarbeit beruhte auf einem breiten Literaturstudium der Agrarsoziologie und relevanter Arbeiten der übrigen Agrarwissenschaften. Ferner habe ich zur Vorbereitung unstrukturierte Dokumentenanalysen (vor allem von Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln) und Experteninterviews (mit landwirtschaftlichen Fachleuten in den Untersuchungsgebieten) durchgeführt. Auf dieser Basis wurden die verschiedenen Problemdimensionen durch einzelne Variablen und entsprechende Frageformulierungen operatio-

nalisiert. Ich war bemüht, den sozialwissenschaftlichen Kriterien der Konstruktion von Fragebögen und der Formulierung von Fragen (in Anlehnung an Kreuz & Titscher 1974) gerecht zu werden (vgl. Fragebogen im Anhang). Der Einstieg wurde über personennahe Fragen gesucht, die den Bezug zur Lebenssituation des Befragten herstellen und leicht zu beantworten sind. An den Schluß des Fragebogens wurden die betriebsbezogenen Angaben gestellt, bei denen gewisse Vorbehalte seitens der Bauern zu erwarten sind. (Betriebliche Daten werden nicht gerne nach außen gegeben.) Ich achtete darauf, die Reihenfolge nach dem Charakter der Fragen (offen - geschlossen, abstrakt - konkret, alltagsnah - alltagsfern) systematisch zu variieren, um das Gespräch abwechslungsreich und die Aufmerksamkeit hoch zu halten. Heute bin ich der Meinung, daß dennoch zu viele Fragen ein hohes Abstraktionsniveau aufweisen.

Die erste Fragebogenfassung habe ich im September 1985 mit vier Landwirten getestet und anschließend leicht überarbeitet. Die Erhebung führte ich von Dezember 1985 bis Februar 1986 bei 40 Landwirten in Niederbayern und Oberbayern durch (zur Auswahl und Beschreibung der Stichprobe siehe die nächsten Abschnitte). Die Interviews dauerten im Durchschnitt 2 Stunden und 15 Minuten (bei einer Spannbreite von 1,5 bis 4,5 Stunden). Sie wurden in den Wohnräumen der Befragten durchgeführt. In einzelnen Fällen war die Ehefrau (teilweise oder die ganze Zeit) anwesend. Ich habe die Interviews auf Tonband aufgezeichnet und gleichzeitig in Stichworten mitgeschrieben.

Zu Beginn der Auswertung hörte ich die Interviews nochmals ab, ergänzte die protokollierten Stichworte und übertrug einzelne charakteristische Zitate³³. Die so erweiterten Stichwort-Protokolle dienten als Grundlage der Auswertung. Die Auswertung beruhte zum einen auf der Auszählung der geäußerten Meinungen zu den verschiedenen Fragen und zum anderen auf der Auswahl von entsprechenden Zitaten und Argumentationsmustern. Ersteres diente zur Ermittlung des Meinungsspektrums und seiner quantitativen Verteilung. Mit dem zweiten Schritt sollten die einzelnen Meinungen veranschaulicht und genauer charakterisiert werden. Nach meinen Erfahrungen ist dieses Verfahren ausgezeichnet geeignet, in relativ kurzer Zeit ein aussagekräftiges Meinungsbild einer kleinen Untersuchungsgruppe zu liefern.

Zwei Einschränkungen sind jedoch zu beachten. Erstens beschreiben die Häufigkeitsangaben von Meinungen deren Gewicht innerhalb der Untersu-

³³ Die Belegangaben für Zitate, wie z.B. E6/2/387, bezeichnen die jeweilige Tonbandsequenz nach dem Schema: Nummer des Interviews/Tonbandseite/Zählerstand.

chungsgruppe. Sie lassen aber keine Rückschlüsse auf Verteilungen in einer Grundgesamtheit zu. Um keinen falschen Eindruck zu erwecken, habe ich auf die Angabe von Prozentzahlen völlig verzichtet. In der Regel nenne ich die konkreten Fallzahlen, vereinzelt gebrauche ich grobe Relationsangaben, wie z.B. 'ein Drittel' oder 'die Meisten'. In jedem Fall handelt es sich nur um die Beschreibung der Stichprobe.

Zweitens dient die Angabe von wörtlichen Zitaten nur der exemplarischen Charakterisierung einzelner Meinungen und Haltungen. Ihr liegen keine intensiven Fallanalysen oder Auswertungen von Erzählstrukturen zugrunde, wie sie in der qualitativen Sozialforschung zur Rekonstruktion von Sinnzusammenhängen herangezogen werden. Der gewählte Mittelweg zwischen quantitativen und qualitativen Verfahren macht - falls das in einer zukünftigen Forschungsarbeit möglich sein sollte - die Studie also in zweierlei Hinsicht ergänzungsbedürftig. Einmal müßte mit größeren repräsentativen Stichproben die quantitative Verteilung der ermittelten Meinungen untersucht werden. Auf der anderen Seite sollten qualitative Tiefeninterviews die Fundierung dieser Meinungen in individuellen und kollektiven Sinnstrukturen genauer klären.

2.3.2 Auswahl der Stichprobe

Befragt wurden 40 männliche Leiter von landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieben in der Größe zwischen 20 und 50 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche in den bayerischen Landkreisen Landshut und Ebersberg³⁴. Es sollten (nach regionalem Maßstab) mittelgroße Betriebe erreicht werden, die den Kern der vorherrschenden bäuerlichen Landwirtschaft in Bayern bilden³⁵. Hinsichtlich der Betriebsform wurden keine Vorgaben gemacht. Dagegen versuchte ich, das Alter der Betriebsleiter und die Stadtnähe der Höfe bei der Stichprobenauswahl systematisch zu berücksichtigen. Diese beiden Faktoren, so vermutete ich, könnten von besonderer Bedeutung für die Ausprägung politischer und ökologischer Orientierungen sein. Die Stichprobe wurde deshalb unterteilt in 20 jüngere Landwirte im Alter zwischen 20 und 40 Jahren und 20 ältere Landwirte, die das fünfzigste Lebensjahr bereits

³⁴ Die Auswahl der Untersuchungsgebiete folgte in erster Linie pragmatischen Erwägungen der möglichst problemlosen Erreichbarkeit durch den Interviewer.

³⁵ Die durchschnittliche Betriebsgröße der Haupterwerbsbetriebe betrug in Bayern im Jahr 1987 22,3 ha LF (Bayerischer Agrarbericht 1988: 29) und in der Bundesrepublik 25,8 ha LF (Agrarbericht 1990: Materialband 16). In den ausgewählten Landkreisen sind größere Betriebe überproportional häufig vertreten (siehe Bayerischer Agrarbericht 1988, Karte 2 im Anhang).

überschritten hatten. Diese beiden Gruppen unterscheiden sich in ihren biographischen und zeitgeschichtlichen Erfahrungen sehr deutlich voneinander. Die älteren Landwirte (geboren vor 1935) erlebten zumindest im Kindesalter noch die Kriegs- und Wiederaufbaujahre und wuchsen dann in die erste größere Mechanisierungsphase der Landwirtschaft hinein. Sie wurden noch mit starker Orientierung am traditionellen Wirtschaftsverhalten ausgebildet. Die meisten von ihnen haben keine Lehre absolviert. Die jüngeren Landwirte (geboren zwischen 1945 und 1965) erlebten dagegen bereits in ihrer Jugend die Wohlfahrtsentwicklung der Bundesrepublik. Sie fanden weitgehend mechanisierte Betriebe vor und wurden intensiv in modernen Produktionsverfahren geschult.

Die Unterscheidung nach Stadtnähe ließ sich weniger eindeutig vornehmen³⁶: Als 'stadtfern' werden jene 20 Befragte aus dem Süden des Landkreises Landshut eingestuft, die in ca. 20 bis 30 km Entfernung von den nächsten mittelgroßen Städten (Landshut, Erding) leben. Als 'stadtnah' gelten dagegen die anderen 20 Befragten, die entweder im nördlichen Raum Landshut in unmittelbarer Nähe einer mittelgroßen Stadt (Landshut) oder die im Landkreis Ebersberg im Einzugsbereich (Schnellbahnverbindung) einer Großstadt (München) wohnen. Durch die größere Stadtnähe dieser Gruppe wurde eine stärkere Konfrontation mit Ansprüchen der modernen städtisch-industriellen Kultur vermutet, insbesondere mit ökologischen Forderungen. Insgesamt sollte das Sample also hinsichtlich der betrieblichen Ausgangssituation eher homogen sein, während nach Alter und Stadtnähe systematisch differenziert wurde.

Eine Zufallsauswahl der Stichprobe war nicht möglich, da ich keinen Zugang zu einzelbetrieblichen Daten hatte³⁷. Ich wählte deshalb zwei andere Auswahlverfahren. In dem stadtfernen Gebiet (Landkreis Landshut Süd) versuchte ich, in einer kleinen Region möglichst alle Betriebsleiter, die die vorgegebenen Kriterien erfüllten, zu erfassen und füllte so mit einer lokalen Vollerhebung die eine Hälfte der Untersuchungsgruppe. In den stadtnahen Gebieten (Landkreis Landshut Nord und Landkreis Ebersberg) vermittelten mir Kontaktpersonen den Zugang zu den Landwirten. Als Kontaktpersonen wählte ich im ersten Schritt die örtlichen Landjugend-

³⁶ Bei der Interpretation dieser Differenzierung ist das unterschiedliche Auswahlverfahren in den jeweiligen Regionen zu beachten (siehe unten). Hingewiesen sei auch auf die unterschiedliche Siedlungsstruktur in den Befragungsgebieten: In den stadtfernen Gebieten herrschen Einzelgehöfte vor, während die Höfe in den stadtnahen Regionen überwiegend in Dörfern angesiedelt sind.

³⁷ Das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hatte eine Hilfestellung abgelehnt.

vorsitzenden und (falls nötig) im weiteren Verlauf - in einer Art Schneeballverfahren - die befragten Landwirte. Beide Verfahren der Stichprobenauswahl führen zu spezifischen Verzerrungen. Im Fall der Vollerhebung treten lokale Besonderheiten in den Vordergrund. Bei der Auswahl über Kontaktpersonen ist eine bewußte oder unbewußte subjektive Selektion kaum zu vermeiden. Durch die Kombination beider Verfahren habe ich versucht, den jeweiligen Fehler für die Gesamtstichprobe gering zu halten.

Den ersten Kontakt mit den Bauern knüpfte ich durch einen persönlichen Besuch. Hierbei stellte ich das Projekt kurz vor, klärte die Teilnahmebereitschaft und vereinbarte einen Interviewtermin. Die meisten Bauern reagierten zunächst freundlich, aber zurückhaltend. Für die Bereitschaft, sich am Interview zu beteiligen, erwiesen sich als wichtig meine Herkunft aus einem niederbayerischen Bauernhof, über die man oft ins Gespräch kam, und ein (überraschendes) Helfermotiv der Bauern, durch das Interview einen Beitrag zu meiner Doktorarbeit zu leisten. Insgesamt haben 13 Bauern, davon 11 aus der älteren Gruppe, eine Befragung abgelehnt. Bei den älteren Landwirten war die Skepsis deutlich größer. Häufig wurde eine Überforderung durch das Interview befürchtet. In 6 dieser 11 Fälle hatte der Betrieb, dem äußeren Eindruck nach zu urteilen, seit längerem kaum mehr Modernisierungsmaßnahmen erfahren. Einzelne dieser Bauern standen offenbar unter starken psychischen und gesundheitlichen Belastungen. Aufgrund dieser Erfahrungen vermute ich, daß wirtschaftlich und psychisch belastete Landwirte bei agrarsoziologischen Befragungen in besonders großer Zahl die Auskunft verweigern.

2.3.3 Beschreibung der Untersuchungsgruppe

Im folgenden beschreibe ich die über die Auswahlkriterien hinausgehenden demographischen, biographischen und betriebsbezogenen Merkmale der befragten Bauern. Das Durchschnittsalter beträgt bei den jüngeren Bauern 32 Jahre, bei den älteren Bauern 54 Jahre. Alle älteren und 11 von den jüngeren Bauern sind verheiratet. Die Kinderzahl (alle Verheirateten haben mindestens ein Kind) variiert altersbedingt: Während die jüngeren verheirateten Befragten überwiegend 2 Kinder haben, sind es bei den älteren in der Regel 3 oder 4 Kinder, darunter meist auch ein potentieller männlicher Hoferbe im Alter um 20 Jahre. Das Heiratsalter liegt in beiden Gruppen im Durchschnitt bei etwa 29 Jahren. Die durchschnittliche Dauer der Betriebsführung hängt vom Lebensalter ab: Sie beträgt in der jüngeren Gruppe durchschnittlich 6 Jahre gegenüber 22 Jahren in der älteren Gruppe. Die

jüngeren Bauern haben jedoch deutlich früher die Betriebsführung übernommen (im Durchschnitt im Alter von 26 Jahren) als die älteren Bauern (im Durchschnitt im Alter von 32 Jahren).

Die demographischen Daten verweisen - unabhängig vom Alter - auf ein typisches biographisches Muster, das als Teil der Normalbiographie des männlichen Vollerwerbslandwirts gelten kann. So läßt sich bei 17 der 31 verheirateten Landwirte folgende Konstellation beobachten: Sie haben im Alter zwischen 27 und 32 Jahren geheiratet; das erste Kind wurde spätestens 2 Jahre danach geboren, und die Hofübernahme erfolgte im Zeitraum von 2 bis 3 Jahren vor und nach der Heirat. (Für die übrigen verheirateten Bauern gelten ebenfalls eines oder zwei der beschriebenen Merkmale.) Heirat, Kinderwunsch und Hofübernahme sind offenbar eng miteinander verbunden. Sie konzentrieren sich zum entscheidenden Wendepunkt im Leben dieser Bauern, der ihre private Situation und ihre soziale Stellung grundlegend ändert. Berücksichtigt man zudem, daß fast alle diese Bauern keine Ausbildung außerhalb des eigenen Betriebs gemacht haben und allenfalls kurzfristig in nicht-landwirtschaftlichen Betrieben tätig waren, so wird deutlich, wie sehr die Bindung an den Hof ihren Lebenslauf prägt.

Die berufliche Sozialisation der meisten Befragten ist bestimmt durch eine sehr frühe Berufsentscheidung und durch das Hineinwachsen in den Beruf durch die Mitarbeit auf dem Hof von Kind auf. Für 21 Befragte stand "schon immer" fest, daß sie Bauer werden würden, 7 entschieden sich nach dem Abschluß der Schule dafür, weitere 6 nach dem Weggang eines Bruders (6 Befragte mit sonstigen Nennungen). 28 Befragte waren als älteste Söhne auf dem Hof der Tradition entsprechend für diese Aufgabe gleichsam prädestiniert. Die Mitarbeit auf dem Hof im Kindesalter wird weder besonders positiv noch negativ geschildert. Den meisten Bauern machte sie Freude (25 Befragte), viele empfanden sie aber doch als sehr anstrengend (13 Befragte).

Die Berufsentscheidung entsprach durchaus nicht immer den Wünschen der Befragten. Nur die Hälfte der Befragten (20 Bauern) meint uneingeschränkt, sie hätten selber Bauer werden wollen. 10 Befragte antworten eher zögernd aber zustimmend mit der Tendenz 'eigentlich schon'. Die übrigen 10 Befragten (6 ältere und 4 jüngere) wollten dagegen 'eher nicht' Bauer werden. Viele hatten auch einen konkreten (16 Befragte) oder vagen (6 Befragte) alternativen Berufswunsch, überwiegend im Bereich technischer Berufe (meist Mechaniker). Von den Bauern, die den Hof 'eher nicht' hatten übernehmen wollen, nennen fast alle einen anderen konkreten Berufswunsch. Für sie scheint die Berufsentscheidung in der Tat mit erheblichen Zwangselementen verbunden gewesen zu sein.

Im Vergleich zu den Stichproben anderer agrarsoziologischer Umweltbewußtseins-Untersuchungen haben die Befragten in meiner Erhebung ein deutlich niedrigeres berufliches Ausbildungsniveau³⁸. 15 Befragte (davon 12 ältere) verfügen über keinen landwirtschaftlichen Ausbildungsabschluß, 17 Befragte (davon 12 jüngere) haben eine landwirtschaftliche Lehre absolviert und/oder eine Fachschule besucht, und 8 Befragte (3 ältere und 5 jüngere) haben die Meisterprüfung gemacht. Kennzeichnend für die Entwicklung ist der Unterschied zwischen den älteren und den jüngeren Bauern: Erst in den sechziger und siebziger Jahren wurden die landwirtschaftliche Lehre und der Besuch der Fachschule zum Standard, während die Meisterprüfung auch heute noch vergleichsweise wenig Verbreitung findet.

Die Durchschnittsgröße der ausgewählten Betriebe liegt - bei vorgegebenen Auswahlgrenzen von minimal 20 ha und maximal 50 ha - bei 31 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche, darunter durchschnittlich 5 ha Pachtfläche. Sie ist deutlich höher als der bayerische Durchschnitt der Haupterwerbsbetriebe von 22,3 ha LF. Dies war aufgrund der Auswahlkriterien zu erwarten. Die Betriebsleiter im Landkreis Landshut nutzen den Boden überwiegend als Ackerland. Im Kreis Ebersberg dagegen dominiert die Grünlandbewirtschaftung mit Milchviehhaltung (alle 10 Betriebe). Auch in den ausgewählten Betrieben des Landkreises Landshut ist die Milchwirtschaft (16 Betriebe) am meisten verbreitet. Daneben sind Bullenmast (8 Betriebe) und Schweinezucht und -mast (6 Betriebe) anzutreffen.³⁹ Die Durchschnittszahl von 31 Kühen pro Milchviehbetrieb (Minimum bei 16 Kühen, Maximum bei 48 Kühen) zeigt, daß es sich um bäuerliche Betriebe, nicht um Agrarfabriken handelt.⁴⁰ Doch liegt die Zahl noch deutlich über dem Mittel von 18,3 Milchkühen je Halter in den bayerischen Haupterwerbsbetrieben im Jahr 1987 (Bayerischer Agrarbericht 1988: Tabellenband 26). Diese Differenz erklärt sich zum Teil aus der Spezialisierung auf Milchwirtschaft im Landkreis Ebersberg. Die dort befragten Bauern verzichten auf die Mast der eigenen Nachzucht und haben entsprechend höhere Kuhbestände, nämlich

³⁸ Insbesondere der Anteil der Landwirte ohne Ausbildung dürfte eher der bundesdeutschen Realität entsprechen (vgl. Statistisches Jahrbuch für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 1988: 58). Da die statistischen Daten wenig differenziert sind, läßt sich kein direkter Vergleich (mit bundesdeutschen Vollerwerbslandwirten in den ausgewählten Jahrgängen und mit entsprechenden Betriebsgrößen) ziehen.

³⁹ Nach dem agrarstatistischen Kriterium der Betriebsform handelt es sich also überwiegend um Futterbaubetriebe. Dies entspricht der Dominanz der Futterbaubetriebe in Bayern (73,4% der Betriebe im Jahr 1987; Bayerischer Agrarbericht 1988: Tabellenband 55). Daneben sind einige Veredelungsbetriebe, aber kaum Ackerbau- oder Dauerkulturbetriebe in der Stichprobe vertreten.

⁴⁰ Bei den Bullenmästern, den Schweinezüchtern und den Schweinemästern erreicht der Viehbestand vergleichbare Größenordnungen.

im Durchschnitt 37 Kühe gegenüber 27 Kühen der ausgewählten Milchviehhalter im Landkreis Landshut. Dennoch handelt es sich insgesamt um überdurchschnittlich wirtschaftsstarke, wenngleich in ihrer Existenz keineswegs dauerhaft gesicherte Betriebe (vgl. den Hinweis am Ende des Abschnitts).

Obwohl die Tierbestände nicht übermäßig groß sind, können je nach lokalen und betrieblichen Gegebenheiten erhebliche Umweltbelastungen auftreten. So beansprucht der Maisanbau in einzelnen Betrieben des Landkreises Landshut bis zu 50% der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche. Ein angemessener Fruchtwechsel ist dort nicht mehr durchführbar. Verschärfend kommt hinzu, daß viele dieser Betriebe in einer Hügellandschaft liegen, in der die Erosionsgefahr im Maisanbau besonders groß ist. Tatsächlich waren kurz vor der Befragung durch Unwetter erhebliche Ausschwemmungen bei einigen der besuchten Betriebe aufgetreten (zu den Reaktionen der Bauern vergleiche Abschnitt 5.3). Abgesehen von solchen spezifischen Problemlagen leben und arbeiten die befragten Bauern aber meist noch in einer vielgestaltigen und kleinräumigen Kulturlandschaft, die manchem Urlaubsprospekt zur Ehre gereichen würde. Auch durch verstärkte Industrieansiedlungen sind die Untersuchungsgebiete kaum betroffen. Nur die Landwirte im Norden des Landkreises Landshut leben in unmittelbarer Nähe zum Atomkraftwerk Ohu.

Die Betriebsleiter wirtschaften auf den Höfen in der Regel zusammen mit der Ehefrau und meist noch mit einem oder zwei weiteren Familienmitgliedern (die älteren Landwirte mit dem Hofnachfolger, die jüngeren mit den eigenen Eltern). In 4 Betrieben wird ein familienfremder Lehrling ausgebildet, ansonsten sind keine familienfremden Arbeitskräfte angestellt. Es handelt sich also um charakteristische Familienbetriebe, in denen in der Regel zwei Generationen an der Arbeit mitwirken (wenn auch nicht immer als vollbeschäftigte Arbeitskräfte).

Seit Anfang der siebziger Jahre bestimmt die zunehmende Spezialisierung der Produktion die betriebliche Entwicklung: 14 Betriebsleiter haben eine Spezialisierung vorgenommen, 15 Betriebsleiter (vor allem Milchviehhalter) haben eine vorhandene Spezialisierung erweitert und 6 Betriebsleiter (überwiegend Schweinehalter) haben einen Wechsel der Spezialisierungsrichtung vorgenommen. Nur in 5 Betrieben ist keine entsprechende Maßnahme erfolgt. Die Spezialisierungsmaßnahmen konzentrieren sich um 1970 sowie in den Jahren 1975 bis 1977, später wurden nur noch vereinzelt welche durchgeführt. Für die Zukunft sind weder von den jüngeren noch von den älteren Landwirten größere Umstellungen geplant. Die Spezialisierung bzw. deren Erweiterung oder Umstellung war in der Regel mit aufwendigen

Baumaßnahmen verbunden. Die meisten dieser Betriebe dürfte heute noch finanzielle Belastungen als Folge dieser Maßnahmen zu tragen haben (was aber nicht ermittelt wurde).

Insgesamt stellt die Untersuchungsgruppe eine Auswahl typischer bäuerlicher Familienbetriebe in Bayern dar, die in der Arbeits- und Lebensform noch deutlich an traditionellen Mustern orientiert sind. Durch Spezialisierungsmaßnahmen haben sie in den letzten Jahrzehnten mit der wirtschaftlichen Entwicklung Schritt zu halten versucht. Vom Ausbildungsniveau her eher im Durchschnitt liegend, leiten die Befragten überdurchschnittlich große und wirtschaftsstarke Betriebe, aber keine ausgesprochenen Groß- oder Intensivbetriebe. Vermutlich haben wirtschaftlich und psychisch besonders belastete Betriebsleiter das Interview öfter verweigert und sind deshalb weniger häufig in der Stichprobe vertreten. Angesichts des anhaltenden wirtschaftlichen und politischen Veränderungsdrucks in der Landwirtschaft kann jedoch auch für viele der befragten Landwirte die berufliche Zukunft keineswegs als gesichert gelten. Im Vergleich mit den agrarpolitischen Zielsetzungen der Bayerischen Staatsregierung befinden sich die ausgewählten Betriebe eher "an der untersten Grenze für einen (...) Vollerwerbsbetrieb" (Schuh 1988: 525).

3 Strukturen des ökologischen Diskurses

Die Bauern können ökologische Probleme nur zum Teil unmittelbar in ihrem Arbeitsalltag wahrnehmen. In erster Linie werden sie in der öffentlichen Auseinandersetzung um die Umweltkrise mit ökologischen Fragen konfrontiert. Die gesellschaftlichen Wahrnehmungsweisen und Diskussionsformen der Umweltkrise bezeichne ich im folgenden mit dem Begriff 'ökologischer Diskurs' (3.1.1). Der ökologische Diskurs hat sich in den letzten 20 Jahren in der Bundesrepublik in vielfältigen Formen entwickelt (3.1.2). Er ist, den Befunden empirischer Forschung zufolge, mit einem hohen Umweltbewußtsein verbunden, hat jedoch nur zum Teil zu entsprechenden Maßnahmen und Konsequenzen geführt (3.1.3).

Ich vertrete in diesem Kapitel die These, daß sich im ökologischen Diskurs Strukturen herausgebildet haben, die es bestimmten Bevölkerungsgruppen, so etwa den Bauern, erschweren, in vollem Umfang daran teilzunehmen. Wie jeder Diskurs folgt auch die Umweltdebatte nicht nur Sachgesichtspunkten, sondern ist an den Bedürfnissen und Interessen jener Gruppen ausgerichtet, die sie tragen. Ich werde vier Strukturmerkmale genauer herausarbeiten, denen im Hinblick auf die bäuerliche Bevölkerung besondere Relevanz zukommt: die sozialstrukturelle Basis der Ökologie-Bewegung (3.2.1), die Vermittlungsfunktion von Wissenschaft und Medien (3.2.2), die Tendenz zu einem 'ökologischen Naturalismus' (3.2.3) und die begrenzte Verhaltensrelevanz des Umweltbewußtseins (3.2.4). Anschließend erläutere ich mit einigen Thesen, in welcher Weise diese Strukturmerkmale die Beteiligung der Bauern am ökologischen Diskurs behindern können (3.3).

3.1 Zur Analyse des ökologischen Diskurses in der Bundesrepublik Deutschland

3.1.1 Theoretisch-konzeptionelle Überlegungen zum Diskursbegriff

Der Diskursbegriff hat in den letzten Jahren in der wissenschaftlichen Literatur zur Ökologie-Bewegung und zum Umweltbewußtsein wiederholt Verwendung gefunden. Kitschelt (1984) nimmt unter dem Titel, "Der ökologische Diskurs", eine Analyse von Gesellschaftskonzeptionen in der Energiedebatte vor. Oechsle (1988) diskutiert Natur- und Gesellschaftsbilder in zentralen Werken des ökologischen Diskurses. Heine und Mautz (1989) untersuchen die Rezeption des ökologischen Diskurses durch eine bestimmte Gruppe, die Industriefacharbeiter.

Eine Klärung des Begriffs oder gar seine Ausarbeitung im Rahmen eines theoretischen Konzeptes hat dabei kaum stattgefunden. Kitschelt (1984) geht es um

"eine Rekonstruktion des soziologischen Bedeutungsfeldes, welches die einzelnen Akteure im Energiekonflikt nutzen, um für oder gegen bestimmte energietechnologische Optionen und breitere Energiestrategien zu argumentieren" (8).

Mit dem Diskursbegriff verbindet er vor allem grundlegende Deutungsmuster des Verhältnisses von Technik und Gesellschaft, die über die bloßen Sachfragen hinaus die Energiedebatte bestimmen. Sein Ziel ist eine Art "'Wissenssoziologie' des Energiekonflikts" (8).

Wie Kitschelt definiert auch Oechsle (1988) den Begriff nicht explizit. Sie bezeichnet als ökologischen Diskurs allgemein Argumentationsmuster und Diskussionen zur Umweltkrise (7ff). Ihr Untersuchungsmaterial sucht sie "auf einer mittleren Ebene theoretischer Verallgemeinerung" (38). Das sind Schriften, "die eine gewisse theoretische Verallgemeinerung der verschiedenen Positionen innerhalb der Ökologiebewegung darstellen und gleichzeitig Einfluß hatten auf die Diskussion in der Ökologiebewegung" (38f). Inhaltlich richtet sich ihre Analyse auf die Thematisierung des Ver-

hältnisses von Natur und Gesellschaft in verschiedenen ökologischen Konzepten (vgl. 3.2.3). Enger und konkreter ist die Bestimmung des ökologischen Diskurses als das "in den sozialen Kommunikationszusammenhang aufgenommene Umweltbewußtsein" durch Heine und Mautz (1989: 241f). Sie gehen kurz auch auf einige Strukturmerkmale des ökologischen Diskurses ein (vgl. 3.2).

In den unterschiedlichen Begriffsbestimmungen kommen verschiedene Facetten der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit der Umweltkrise zum Ausdruck. Für die weitere Forschung scheint mir daher eine eher allgemeine und übergreifende Definition angebracht. Unter ökologischem Diskurs verstehe ich in dieser Studie die in der Öffentlichkeit zu beobachtenden Wahrnehmungsweisen und Diskussionsformen der Umweltkrise. Zentrale Elemente dieses Diskurses sind:

- das Umweltbewußtsein der Bevölkerung (ermittelt über die empirische Sozialforschung),
- die Forschung und Information zu ökologischen Fragen (in Wissenschaft, Medien, Schulen usw.),
- die Entwicklung und Vertretung politischer Ansprüche zur Lösung der Umweltkrise (von Bürgerinitiativen bis zu den politischen Parteien)
- und die grundlegenden theoretischen Interpretationen und Konzepte zum Verhältnis von Natur und Gesellschaft.

Eine Abgrenzung des ökologischen Diskurses gegenüber anderen gesellschaftlichen Kommunikationszusammenhängen rechtfertigt sich aus seiner thematischen Kontingenz, der zeitlichen Verbundenheit und der relativen Unabhängigkeit von anderen gesellschaftlichen Fragen. Diese weite Begriffsbestimmung erleichtert es, verschiedene sozialwissenschaftliche Analysen zur Umweltfrage zu verbinden: empirische Studien zum Umweltbewußtsein, zur Ökologie-Bewegung oder zur Umweltinformation der Medien und theoretische Analysen der gesellschaftlichen Bedeutung ökologischer Risiken oder der Deutungsmuster zum Verhältnis von Natur und Gesellschaft.

Mit der Begriffsbestimmung ist keine spezifische theoretische Erklärungsperspektive verbunden, wie sie etwa die Diskursanalysen des französischen Sozialphilosophen Foucault (1981 und 1983) auszeichnen. Foucaults Untersuchungsfragen lauten: Wie werden Verhaltensweisen zu Wissensobjekten? Wie verbinden sich Wissens Elemente zu Diskursen? In welcher Weise sind Diskurse mit Mechanismen und Institutionen der Macht verbunden? Im Mittelpunkt seiner historischen Diskursanalysen steht der Zusammenhang von Wissen und Macht:

"Wissen kann nach dieser Hypothese nur entstehen dank eines Systems von Kommunikation, Registrierung und Akkumulation, also dank Machtformen, während umgekehrt Macht nur ausgeübt werden kann mittels Aneignung und kontrollierter Verteilung von Wissen" (Marti 1988: 83).

Ich kann im folgenden keine Diskursanalyse im Sinne Foucaults durchführen. Eine solche Analyse wäre nicht nur sehr aufwendig und anspruchsvoll, sondern sie könnte sich nur vage an Foucaults Arbeiten orientieren, der keine systematisch anwendbare Methode entwickelt hat⁴¹. Dennoch haben seine Analysen meine Sichtweise auf den ökologischen Diskurs geprägt und insbesondere den Blick für Verbindungen mit gesellschaftlichen Phänomenen der Macht geschärft. Ich möchte diesen Zusammenhang deshalb am Beispiel von Foucaults (1983) Analyse der Geschichte des Diskurses über die Sexualität kurz ausführen.

Foucaults provozierende These lautet, daß der als Befreiung von der sexuellen Repression des 19. Jahrhunderts gefeierte Diskurs über die Sexualität selbst als Machttechnik wirksam geworden ist. Mit historischen Quellen versucht er zu belegen, wie man bereits seit dem 17. Jahrhundert

"um den Sex herum einen unübersehbaren Apparat konstruiert hat, der die Wahrheit produzieren soll - wenn er sie auch im letzten Augenblick verhüllt. Entscheidend ist, daß der Sex nicht nur eine Angelegenheit von Gefühl und Lust, Gesetz und Verbot, sondern ebenfalls eine von wahr und falsch, daß die Wahrheit des Sexes eine wesentliche Sache, eine nützliche oder bedrohliche, wertvolle oder zweifelhafte Sache geworden ist, kurz, daß der Sex zum Einsatz im Wahrheitsspiel geworden ist" (73).

Die "Wahrheit des Sexes" zu ermitteln, sei zur Aufgabe der Wissenschaft von der Sexualität (der "scientia sexualis" im Unterschied zur "ars erotica") geworden, in deren Tradition sich auch die Psychoanalyse einfügt (73ff). Wichtigstes Werkzeug dieser Wissenschaft sei - in Fortführung und wissenschaftlicher Anpassung kirchlicher und staatlicher Machttechniken - der "Geständniszwang" (87). Die Diskursivierung des Sexes in der Wissenschaft von der Sexualität gehört nach Foucault zu den entscheidenden Machtmechanismen der bürgerlichen Gesellschaft, mit der sie ihr Ziel erreicht: "die

⁴¹ Die theoretisch-grundlegenden wissenssoziologischen Arbeiten (z.B. Foucault 1981) stehen den historischen Analysen (z.B. Foucault 1983) recht unvermittelt gegenüber. Foucault selbst wollte sich in seinem Denken nicht festlegen lassen. Bekanntgeworden ist sein Diktum: "Man frage mich nicht, wer ich bin, und man sage mir nicht, ich solle der gleiche bleiben" (1981: 30).

Subjektivierung der Menschen, das heißt ihre Konstituierung als Untertanen/Subjekte" (78).

Diese Thesen entwickelt Foucault vor dem Hintergrund einer spezifischen "Analytik der Macht" (102ff). Er wendet sich gegen zentralistische Machtkonzeptionen, z.B. eine "juridisch-diskursive" Machtvorstellung (102), die auf der Verkündung von Gesetzen und dem Funktionieren von Verboten beruht. Ihnen stellt er die These vom polymorphen Charakter der Macht entgegen:

"Unter Macht, scheint mir, ist zunächst zu verstehen: die Vielfältigkeit von Kräfteverhältnissen, die ein Gebiet bevölkern und organisieren; das Spiel, das in unaufhörlichen Kämpfen und Auseinandersetzungen diese Kraftverhältnisse verwandelt, verstärkt, verkehrt; die Stützen, die diese Kraftverhältnisse aneinander finden, indem sie sich zu Systemen verketteten - oder die Verschiebungen und Widersprüche, die sie gegeneinander isolieren; und schließlich die Strategien, in denen sie zur Wirkung gelangen und deren große Linien und institutionelle Kristallisierungen sich in den Staatsapparaten, in der Gesetzgebung und in den gesellschaftlichen Hegemonien verkörpern" (113f).

Macht in diesem Sinn bezeichnet eine komplexe strategische Situation in der Gesellschaft (114). Sie ist allen gesellschaftlichen Verhältnissen immanent. In ihren Formen und Wirkungen ist sie produktiv und erfindungsreich. Diskurse sind grundsätzlich in das Spiel der Kräfteverhältnisse eingebunden. Weil sich "Macht und Wissen im Diskurs ineinander fügen" (122), ist die Welt des Diskurses

"nicht zweigeteilt zwischen dem zugelassenen und dem ausgeschlossenen oder dem herrschenden und dem beherrschten Diskurs. Sie ist als eine Vielfältigkeit von diskursiven Elementen, die in verschiedenartigen Strategien ihre Rolle spielen können, zu rekonstruieren" (122).

Mit Foucault könnte man auch an den ökologischen Diskurs die Fragen richten: In welche strategischen Machtsituationen sind unsere Reden und Forschungen über die Umweltkrise eingebunden? In welcher Weise wird die Natur in den verschiedenen Diskussions- und Aktionszusammenhängen thematisiert? Welche Machtmechanismen werden wirksam, wenn die Natur im ökologischen Diskurs zum Gegenstand öffentlicher Auseinandersetzung gemacht wird? In Analogie zu Foucaults Analyse des Diskurses über Sexualität liegt die Vermutung nahe, daß auch im ökologischen Diskurs ein neues Machtverhältnis etabliert wird - eine neue strategische Position gegenüber der Natur, aber ebenso eine Umstrukturierung der Kräfteverhält-

nisse innerhalb der Gesellschaft. Die 'Diskursivierung der Natur' könnte dann unter anderem als Strategie zur Sicherung und Erweiterung gesellschaftlicher Machtbeziehungen interpretiert werden.

Eine solche Perspektive mag dazu verleiten, den notwendigen Handlungsbedarf angesichts der Umweltkrise zu unterschätzen. Neben dem Machtaspekt von Diskursen muß deshalb ihr Verständigungsaspekt herausgestellt werden. Denn Diskurse nehmen immer auch reale Probleme auf (als Anlaß, als Thema, als Ziel usw.). Sie führen zu Erkenntnissen und Übereinkünften und werden in konkrete Lösungen umgesetzt. Sie schaffen stets Macht und Verständigung zugleich.

Der Verständigungsaspekt läßt sich im Anschluß an Habermas' "Theorie kommunikativen Handelns" (1981, Band 1) präzisieren. Im Mittelpunkt der Überlegungen von Habermas steht der Begriff der kommunikativen Rationalität, den er auf die "Kritisierbarkeit und Begründungsfähigkeit" (27) einer Äußerung zurückführt:

"Eine Äußerung erfüllt die Voraussetzungen für Rationalität, wenn und soweit sie fehlbares Wissen verkörpert, damit einen Bezug zur objektiven Welt, d.h. einen Tatsachenbezug hat, und einer objektiven Beurteilung zugänglich ist. Objektiv kann eine Beurteilung dann sein, wenn sie anhand eines transsubjektiven Geltungsanspruches vorgenommen wird, der für beliebige Beobachter und Adressaten dieselbe Bedeutung hat wie für das jeweils handelnde Subjekt selbst" (27).

Als Geltungsansprüche dieser Art erkennt Habermas neben Wahrheit und Effizienz auch die Richtigkeit von Handlungsnormen, die Angemessenheit von Wertstandards, die Wahrhaftigkeit von Expressionen und die Verständlichkeit symbolischer Konstrukte an (28ff). Diesen Geltungsansprüchen liegen verschiedene Formen von Argumentation zugrunde, nämlich der theoretische Diskurs, der praktische Diskurs, die ästhetische Kritik, die therapeutische Kritik und der explikative Diskurs (45). Der Diskursbegriff von Habermas zielt damit auf Argumentationsformen, die Anspruch auf kulturell oder universal geteilte Zustimmung erheben können (41). So wird die "Erreichung eines intersubjektiven Einverständnisses" kommunikativem Handeln "als eingeborenes Telos" (Weiß 1983: 111) zugeschrieben. Die diskursive Einlösung von Geltungsansprüchen bildet nicht nur die Grundlage von Habermas' Handlungsbegriff, sondern auch seiner gesellschaftstheoretischen Ausführungen (vgl. auch Haferkamp 1984).

Dies kommt vor allem in der Analyse des Verhältnisses von System und Lebenswelt zum Ausdruck (Habermas 1981, Band 2: 229ff). Während System die institutionell vergegenständlichte Sozialstruktur bezeichnet, umfaßt

Lebenswelt die Sphäre alltäglicher Interaktion und kommunikativen Handelns. Habermas deutet soziale Evolution als Differenzierungsprozeß von System und Lebenswelt, "indem die Komplexität des einen und die Rationalität des anderen wächst" (230). Für moderne Gesellschaften stellt er sogar die "Entkoppelung von System und Lebenswelt" (230) fest. Diese resultiere aus den ambivalenten Wirkungen von Rationalisierungsprozessen im Gefolge der Aufklärung:

"die Rationalisierung der Lebenswelt ermöglicht eine Steigerung der Systemkomplexität, die so hypertrophiert, daß die losgelassenen Systemimperative die Fassungskraft der Lebenswelt, die von ihnen instrumentalisiert wird, sprengen" (232f).

Über Prozesse der Monetarisierung, der Verrechtlichung und der Bürokratisierung erzwingen die verselbständigten gesellschaftlichen Subsysteme eine Anpassung des kommunikativen Handelns an formal organisierte Handlungsbereiche (470ff). Die Rationalisierung der Lebenswelt korrespondiere also mit einer Systementwicklung, die ihre eigenen Grundlagen der kommunikativen, symbolisch vermittelten Reproduktion gefährde. Habermas spricht von einer Mediatisierung oder Kolonialisierung der Lebenswelt (471, 522ff), die sich in kultureller Verarmung und einseitiger Rationalisierung und Verdinglichung äußert (488).

Vor diesem Hintergrund ortet Habermas die neuen Protestpotentiale, wie sie sich beispielsweise im ökologischen Diskurs äußern, an den Konfliktlinien zwischen System und Lebenswelt (575ff). Er interpretiert sie als Reaktionen auf erkennbare Gefährdungen der "organischen Grundlagen der Lebenswelt" (580), auf der Lebenswelt aufgenötigten, unsichtbaren Risiken und auf "Überlastungen der kommunikativen Infrastruktur" (580). Die Protestbewegungen richten sich demzufolge gegen charakteristische Aspekte der Kolonialisierung der Lebenswelt. Sie wollen

"einen Teil der formal organisierten Handlungsbereiche entdifferenzieren, dem Zugriff der Steuerungsmedien entziehen und diese 'befreiten Gebiete' dem handlungskordinierenden Mechanismus der Verständigung zurückgeben" (582).

Die Überlegungen von Habermas haben für die Untersuchung des ökologischen Diskurses eine doppelte Bedeutung. Zum einen erlaubt seine Analyse der modernen Gesellschaft eine Einordnung und Interpretation der Ökologie-Bewegung als Reaktion auf grundlegende gesellschaftliche Entwicklungstendenzen. Zum zweiten ermöglichen seine handlungstheoretischen Überlegungen die Integration des Verständigungsaspekts und der kommuni-

kativen Rationalität in den Diskursbegriff. Hierzu erscheint vor allem die Unterscheidung verschiedener Geltungsansprüche hilfreich. Auch im ökologischen Diskurs stehen unterschiedliche Ansprüche nebeneinander oder konkurrieren gar miteinander: etwa der naturwissenschaftliche Wahrheitsanspruch (Messung von Umweltbelastungen), der praktische Anspruch auf Effizienz (Naturerfahrung), verschiedene ethische Wertstandards (Kritik am anthropozentrischen Weltbild) und ästhetische Urteile (Kriterien der Landschaftsgestaltung). Mit Bezug auf Habermas lassen sie sich als gleichwertige Aspekte kommunikativer Rationalität nebeneinander stellen. Einverständnis über einzelne Ansprüche wäre dann nur in getrennten Argumentationsformen zu erzielen.

Der Machtaspekt und der Verständigungsaspekt ergänzen einander, indem sie zwei unterschiedliche Seiten von Diskursen erfassen. Ob sich hingegen die Analysen von Foucault und Habermas einem integrierenden Schema fügen, bleibt fraglich (und muß hier offengelassen werden). Die theoriegeschichtliche Bedeutung der beiden Ansätze ist beträchtlich. Honneth (1989) beschreibt sie als "die beiden seit den siebziger Jahren einflußreichsten Neuansätze einer kritischen Gesellschaftstheorie" (7). Vor dem Hintergrund der Geschichte der Frankfurter Schule stellt Honneth die zwei Konzeptionen eher kontrastierend dar. Röttgers (1987) verweist dagegen in Kritik an Honneth auf die Möglichkeit der Ergänzung beider Auffassungen, indem er empfiehlt,

"nicht nur neben Verständigung den Kampf als Grundkategorie des Sozialen zu akzeptieren, und nicht nur neben der Sprache den Körper (neben Texten die Menschen), sondern auch neben Handlungen Systeme" (17).

Es wird mir im folgenden nicht möglich sein, die beiden Analysestränge der Macht und der Verständigung systematisch und konsequent zu verfolgen. Dennoch bilden sie den konzeptionellen Hintergrund für die folgenden Ausführungen.

3.1.2 Entwicklungslinien und Stand der Diskussion zur Umweltkrise

Die Beschreibung des ökologischen Diskurses in der Bundesrepublik beginne ich mit einer Darstellung wichtiger Entwicklungslinien, wie sie sich vor allem in der Literatur zur Umweltfrage zeigen. Die breite und nach-

drückliche Thematisierung ökologischer Probleme in der gesellschaftspolitischen Diskussion ist ein verhältnismäßig neues geschichtliches Phänomen. Zwar gibt es Klagen über die Auswirkungen der Industrie auf die Umwelt (vgl. Margedant 1987) und Bestrebungen zu einer "ökologischen Ganzheitschau" bereits seit dem 19. Jahrhundert (vgl. Mayer-Tasch 1985: 14ff). Als "eine frühe ökologische Bewegung" (18) lassen sich die Jugendbewegung und die damit in Zusammenhang stehenden Gründungen von Landkommunen⁴² Anfang dieses Jahrhunderts charakterisieren. Doch blieben diese Aktivitäten eher Randerscheinungen der industriegesellschaftlichen Entwicklung und ihrer gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen.

Die eigentliche Ökologie-Bewegung nahm ihren Ausgang von den USA, wo sie seit den sechziger Jahren im Rahmen einer allgemeinen Kritik der modernen Zivilisation auftrat und eindringlich auf Formen und Ausmaße industrieller Umweltgefährdungen hinwies. Zu Beginn der siebziger Jahre setzte dann auch in der Bundesrepublik die Ökologie-Diskussion recht unvermittelt, aber mit Macht ein. Als äußeres Indiz kann "das rapide Ansteigen von Zeitungsmeldungen, Artikelserien auch in Illustrierten und in der Boulevardpresse" (Margedant 1987: 19) zur Umweltfrage in den Jahren 1970 und 1971 gelten. In der Ökologie-Literatur wurden von Anfang an verschiedene Standpunkte und Entwicklungsrichtungen vertreten (vgl. Huber 1982: 199ff). Mit unerwarteter Vehemenz entfaltete sich eine breite Bürgerinitiativbewegung, die zunächst ohne ausgeprägt ökologisches Profil blieb (vgl. Margedant 1987: 24). International höchste Aufmerksamkeit erregte der Bericht zu den "Grenzen des Wachstums" (Meadows et al. 1972) des Massachusetts Institute of Technology an den 'Club of Rome', einer internationalen Vereinigung führender Wirtschaftsfachleute. Seine Modellrechnungen führten der Öffentlichkeit die globalen Dimensionen und die zeitlichen Perspektiven der Umweltproblematik drastisch vor Augen. Wenn die Berechnungen im einzelnen auch kritisch zu beurteilen sein mögen (vgl. Bühl 1981), so haben sie doch nachhaltig bedrohliche Tendenzen der industriegesellschaftlichen Entwicklung und ihre möglichen Folgen ins öffentliche Bewußtsein gehoben.

Etwa zur gleichen Zeit stellten eine Reihe renommierter Autoren engagierte ökologisch orientierte Alternativentwürfe zur industriell-kapitalistischen Modernisierung vor (z.B. Schumacher 1985, Illich 1975). Illich zum Beispiel formuliert folgendes Anliegen:

"Der Drohung einer technokratischen Apokalypse setze ich die Vision

⁴² Mit reichhaltigem Material informiert dazu Linse 1983.

einer konvivialen Gesellschaft entgegen. Die konviviale Gesellschaft wird auf Sozialverträgen beruhen, die einem jeden den größtmöglichen und freiesten Zugang zu den Werkzeugen der Gemeinschaft garantieren - unter der einzigen Bedingung, daß er eben diese Freiheit des anderen nicht beeinträchtigt" (35).

Neben grundsätzlicher Kritik an der modernen Gesellschaftsentwicklung enthalten sie eine Vielzahl von Vorschlägen für einen neuen Umgang mit der Natur (bekannt wurde z.B. Schumachers Motto "Small is beautiful"). Vielfach zeichnen sie sich dadurch aus, wie Bühl (1981) urteilt, daß es

"gar nicht um ökologische Probleme im Sinne der ökologischen Wissenschaftsdisziplinen geht, sondern vielmehr nur um die politisch-ökonomische Reorganisation des industriellen Systems - wobei sich 'ökologische' Verbesserungen offenbar ganz von selbst ergeben sollen" (12f).

Die Ökologie-Bewegung erreichte einen frühen Höhepunkt in der Anti-Atomkraft-Bewegung Mitte der siebziger Jahre, in der sie eine erste konkrete gemeinsame Zielsetzung fand. In Verbindung mit den Auswirkungen der Ölkrise von 1973 löste sie eine breite Auseinandersetzung über Energiekonzepte aus und regte die Suche nach Alternativen in der Energieversorgung an (vgl. Kitschelt 1984). Die Bürgerinitiativbewegung wandte sich nun verstärkt den drohenden Umweltgefahren zu:

"Was erst vergleichsweise wenige auf allgemeinere Formeln zu bringen versuchten, versuchten nun Bürgerinitiativen landauf, landab im Kampf um die Alltagsqualität des Lebens zum Ausdruck zu bringen - ..." (Mayer-Tasch 1985: 19).

Zugleich verbreiterte sich die theoretische Basis der Bewegung durch eine Fülle von Neuerscheinungen zum Thema. Schumacher, Illich und andere Autoren führten ihre Alternativentwürfe - in sozialer, ökonomischer oder ökologischer Hinsicht - weiter aus. Es erfolgten umfassende Bestandsaufnahmen der Umweltgefährdung, etwa durch den Bericht der US-Regierung 'Global 2000' (CEQ 1985). Das Thema fand nun verstärkt Eingang in die verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen. Die wissenschaftliche Ökologie und die Humanökologie erlebten einen raschen Aufschwung. Aber auch in den Sozialwissenschaften nahmen sich unter anderem Philosophen (z.B. Meyer-Abich 1984), Theologen (z.B. Altner 1975), Soziologen (z.B. Bühl 1981) und Politologen (z.B. Mayer-Tasch 1985) ökologischer Fragestellungen an.

Ende der siebziger Jahre erfolgte dann die politische Formierung der Alternativ- und Ökologie-Bewegung, zunächst in den grünen und alternativen Listen, später vor allem in der neugegründeten bundesweiten Partei 'Die Grünen' (vgl. 3.1.3). Diese Entwicklung erforderte von den etablierten politischen Gruppierungen eine verstärkte Beschäftigung mit dem Thema. Insbesondere in linksorientierten Gruppen, die traditionellerweise beanspruchen, wesentliche Teile des politischen Protestpotentials zu vertreten, wurden Bemühungen um eine theoretische Analyse der ökologischen Lage sichtbar (z.B. Gorz 1977, Bahro 1980). In welcher Weise sich Politik und Ökologie zum Beispiel in einem Konzept 'Politischer Ökologie' verbinden lassen, ist umstritten geblieben (vgl. 3.2.3). In unterschiedlichem Ausmaß und Tempo ist das Thema von den etablierten Parteien aufgegriffen worden (vgl. Malunat 1987). Inzwischen wird Umweltpolitik - wie Malunat resümiert - von allen Parteien "als wichtiger Aufgabenbereich erkannt", doch besteht "deutlicher Dissens zwischen den Parteien über die anzuwendenden Mittel und die einzuschlagenden Wege" (40).

Parallel zur Entwicklung eher kulturkritischer und zukunfts pessimistischer Standpunkte und Deutungen wurden immer wieder optimistische Zukunftsmodelle vertreten. Vor allem Futurologen interpretieren die Umweltgefährdung als Übergangsproblem zu einer besseren Gesellschaft (z.B. Toffler 1980). Sie schätzen das technische, wirtschaftliche und soziale Potential als ausreichend für die Lösung ökologischer Probleme ein. So überwiegt bei Toffler die Hoffnung, "daß die gleichen Bedingungen, die heute für die größten Gefahren verantwortlich sind, oftmals auch faszinierende neue Möglichkeiten eröffnen" (15). Auch in anderen Analysen wird die Lösung der Umweltkrise nicht über einen Bruch mit den vorherrschenden Wirtschaftsprinzipien, sondern in deren Weiterentwicklung gesehen. Für Bühl (1981) besteht die Aufgabe darin, "die Chancen einer Situation der ökologischen Knappheit oder Krise wahrzunehmen" (50f), und er folgert:

"Dies wird bestimmt nicht dadurch möglich sein, daß man Stimmung macht gegen die technische Zivilisation, gegen Wissenschaft und Wirtschaft, gegen politische und kulturelle Großorganisationen, sondern nur in der Weiterentwicklung dieser Mittel" (51).

Anfang der achtziger Jahre zeichneten sich die unterschiedlichen Grundpositionen in der ökologischen Diskussion deutlich ab. So resümiert bereits Huber (1982): "Die Jahre ab 1978 bringen im wesentlichen nur noch Ausgestaltungen und Fundierungen von bereits formulierten Standpunkten" (203). Mit dem Waldsterben, dem Robbensterben, dem Ozonloch, der Klima-Katastrophe und anderem mehr, hat die ökologische Diskussion zwar

neue Aspekte erhalten, aber kaum mehr grundsätzlich neue Argumente und Interpretationen hervorgebracht. Huber unterscheidet vier Richtungen:

"die restaurative Position der ökologischen Anpassung, die sich zu Beginn der 70er Jahre bildete; die liberalen Positionen eines differenzierten selektiven Wachstums, die sich um 74/5 bildeten; die technokratische Position einer ökologisch angepaßten Superindustrialisierung, die ab 76 offensiv auftrat; schließlich mit dem Ende der 70er Jahre die linke Position einer ökologischen Transformation" (204).

Trotz der immer noch wachsenden Fülle von Umwelt-Literatur und der erreichten Intensität der Ökologie-Diskussion fehlt es immer noch an übergreifenden Ordnungsschemata, die jeweils für größere Teile der Gesellschaft mehr oder weniger verbindliche Orientierungsfunktionen erfüllen könnten (vgl. 204ff). Auch im Hinblick auf die Definition und die Diagnose von Umweltgefahren zeichnen sich erst allmählich festere Konturen ab. Angesichts des frühen Entwicklungsstadiums einer interdisziplinären ökologie-orientierten Forschung und Diskussion mag die mangelnde Ordnung der Standpunkte und Argumentationslinien nicht überraschen. Doch die Konzepte zur Ursachenermittlung und die entsprechenden Lösungsvorstellungen sind nicht nur vielfältig, sondern insgesamt auch noch recht diffus.

Für die jeweilige Ausprägung der Erklärungsmodelle sind eine Vielzahl von meist subjektiv geprägten Faktoren maßgeblich: beispielsweise eine eher optimistische oder pessimistische Grundhaltung, das Vertrauen in technische Lösungsmöglichkeiten oder in politische Steuerungspotentiale, die Ausrichtung der politischen Grundanschauung, Einstellungen zu transzendenten Phänomenen oder der Einfluß emotionaler Empfindungen. Viele dieser Kriterien verlaufen quer zu bisherigen Abgrenzungen gesellschaftspolitischer Positionen. Wie die Auseinandersetzungen in Parteien und Verbänden zeigen, verlieren bestehende Differenzen im ökologischen Diskurs an Bedeutung, und neue Interessenkoalitionen bahnen sich an (vgl. Magedant 1987). Der Prozeß der gesellschaftspolitischen Meinungsbildung erhält durch die ökologische Frage eine neue Dynamik, mit der die Unsicherheit zunächst jedoch eher noch zunimmt.

Eine aufschlußreiche Interpretation dieser Situation des ökologischen Diskurses unternimmt Beck (1986) mit dem Versuch einer "politischen Wissenstheorie der Risikogesellschaft" (67ff). Beck führt Unsicherheit und Angst in der ökologischen Diskussion hauptsächlich auf die Krise der Wissenschaften zurück. Mit dem Entstehen ökologischer Risikolagen schwinde ihre Definitionsmacht: "Die Geschichte der Bewußtwerdung und sozialen Anerkennung von Risiken fällt zusammen mit der Geschichte der Demysti-

fizierung der Wissenschaften" (79). Das "Versagen der wissenschaftlich-technischen Rationalität angesichts wachsender Risiken und Zivilisationsgefährdungen" (78) beruhe wesentlich auf der Verstrickung der Wissenschaften in die Produktion der Risiken. Die Wissenschaften seien "ökonomisch einäugig" am Produktivitätsnutzen orientiert (80). Sie bleiben nach Beck in der Analyse latenter Nebenwirkungen und ungesicherter Zusammenhänge unverbindlich (81) und erleiden durch das Hochschrauben von Wissenschaftlichkeitsstandards einen "Wirklichkeitsverlust" (82ff). Sie verlieren damit ihre im Industrialisierungsprozeß erworbene Orientierungsfunktion für sachlich-materielle Zusammenhänge und sehen sich einer neuen Konkurrenz ausgesetzt: "Die Bewußtwerdung von Risiken muß als ein Kampf konkurrierender, teils gegensätzlicher, teils sich überlagernder Rationalitätsansprüche rekonstruiert werden" (78).

Konkurrierende Rationalitätsansprüche (vgl. die Ausführungen zu Habermas in 3.1.1) werden in der Analyse der Umweltkrise insbesondere von der Ökologie, der Ethik und von der Politik erhoben. 'Ökologisches Gleichgewicht', 'Frieden mit der Natur' oder 'ökologischer Umbau der Industriegesellschaft', so lauten entsprechende Leitlinien. Doch ihr Verhältnis untereinander und zu den naturwissenschaftlichen Disziplinen ist bisher völlig ungeklärt. Auch ökologisch orientierte Konzepte bleiben auf naturwissenschaftliche Grundlagen angewiesen. Die Ökologie als Wissenschaftsdisziplin unterliegt selbst den Anforderungen wissenschaftlich-technischer Rationalität. Ethische Konzepte und politische Gesellschaftsentwürfe sind in modernen Gesellschaften Demystifizierungsprozessen eigener Art (Rationalisierung und Entideologisierung) unterworfen und können nur begrenzt Orientierungssicherheit schaffen.

So wird der ökologische Diskurs zum Ausdruck eines, wie Beck (1986) formuliert, "spekulativen Zeitalters" (96), das durch Angst und Unsicherheit gekennzeichnet ist. Darin

"wird das, was das Alltagsbewußtsein nicht sieht, nicht wahrnehmen kann: die Radioaktivität, die Schadstoffe, die Zukunftsbedrohungen, in seinem Wirklichkeitsgehalt kontrovers" (98).

Die Orientierungslosigkeit, die die Diskussion zur Umweltkrise in weiten Bereichen auszeichnet, scheint deshalb nicht nur Ausdruck der Konstitution eines neuen Diskurses, sozusagen dessen Kinderkrankheit, zu sein. Wenn wir Becks Analyse folgen, unterliegt ihr vielmehr ein grundsätzlicher Mangel an verbindlichen Deutungssystemen, ausgelöst durch die Krise der wissenschaftlich-technischen Rationalität. Die Demystifizierung der Welterklärungsschemata im Modernisierungsprozeß erfaßt nach den Religionen und

den politischen Ideologien nun offenbar auch das nomologisch-erfahrungswissenschaftlich ausgerichtete Wissenschaftssystem. Im ökologischen Diskurs werden ethische Normen und politische Vorstellungen ebenso wie wissenschaftliche Alternativen (z.B. neue systemtheoretische Varianten) mobilisiert, um dieses Sinndefizit zu füllen. Zur Orientierung in diesem Feld bleiben die Individuen vorläufig auf ihren gesunden Menschenverstand angewiesen.

3.1.3 Zwischen Anspruch und Wirklichkeit - empirische Befunde zum ökologischen Diskurs

Entsprechend der weiten Fassung des Diskursbegriffs in dieser Studie (vgl. 3.1.1) steht ein großes Spektrum empirischer Datenquellen zur Verfügung, um die Entwicklung des ökologischen Diskurses in der Bundesrepublik Deutschland zu belegen. Ich greife im folgenden in erster Linie auf Befragungen zum Umweltbewußtsein, auf Untersuchungen zur Ökologie-Bewegung als einer neuen sozialen Bewegung und auf Studien über die Relevanz ökologischer Fragen in verschiedenen gesellschaftlichen Institutionen zurück (hier am Beispiel der Medien und der Schulen). Auf dieses Material werde ich mich auch bei der Analyse einzelner Strukturmerkmale des ökologischen Diskurses (vgl. 3.2) stützen. Zunächst geht es mir darum, anhand zentraler Forschungsergebnisse ein zusammenfassendes Bild vom ökologischen Diskurs zu entwerfen.

Der ökologische Diskurs gilt als eine wesentliche Entwicklung in der gesellschaftspolitischen Diskussion der letzten 20 Jahre. Dieses Urteil wird vor allem mit dem hohen Umweltbewußtsein der Bevölkerung begründet. In einer Zwischenbilanz der Umfrageergebnisse stellte der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen bereits 1978 eine weit verbreitete Sorge um den Zustand der natürlichen Umwelt fest (nach Dierkes & Fietkau 1988: 4). Dierkes und Fietkau fassen 1988 die Befunde erneut zusammen. Umweltschutzmaßnahmen gelten danach "seit vielen Jahren als die wichtigsten gesellschaftlichen Aufgaben" (67). Die Bevölkerung zählt sie neben der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu den wichtigsten politischen Aufgaben (75). Luftreinhaltung und Wasserschutz werden als dringendste Anliegen in Umfragen genannt (77). Hinsichtlich der Einschätzung der künftigen Entwicklung der natürlichen Umwelt sind die Bundesbürger "außerordentlich skeptisch" (69). Die Meinungen über mögliche Problembewältigungsstrategien gehen deutlich auseinander:

"Hinsichtlich der Art der zu ergreifenden Maßnahmen setzen etwa gleich viele Befragte auf bessere technische Entwicklungen als Problemlösung wie auf grundsätzliche Änderungen von Lebensstilen und gesellschaftlichen Strukturen, ..." (83f).

Internationale Vergleiche zeigen, daß in den westlichen Industrieländern Umweltfragen offenbar in recht ähnlicher Weise wahrgenommen werden (87ff). Die Unterschiede zwischen den Ländern fallen geringer aus als die Differenzen zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen innerhalb der Länder (90). Einer vergleichenden Untersuchung jeweils repräsentativer Bevölkerungsstichproben aus der Bundesrepublik, England und den USA (Kessel & Tischler 1984) läßt sich entnehmen, daß in der Bundesrepublik die Sorge um die natürliche Umwelt ebenso wie die Zahlungsbereitschaft für den Umweltschutz besonders hoch ist (27ff). Die Bundesbürger nehmen zudem eher Grenzen des Wachstums für die industrielle Entwicklung wahr (19). Sie heben sich hingegen kaum in ihren Einstellungen zur Technik und zur Kernkraft von den befragten Angelsachsen ab (16ff). Befragungsergebnisse zur Technikakzeptanz in der Bundesrepublik erweisen, "daß bezogen auf die allgemeine Bevölkerung weniger von allgemeiner Technikfeindlichkeit als von Technikambivalenz gesprochen werden kann" (Dierkes & Fietkau 1988: 94). Die Mehrheit wägt Vor- und Nachteile des technischen Fortschritts offenbar differenziert und von Fall zu Fall variierend ab (94ff).

Als sozialer Kern des ökologischen Diskurses werden in der Regel jene Gruppen identifiziert, welche die Ökologie-Bewegung als neue soziale Bewegung tragen. Im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses stehen dabei in den achtziger Jahren die Partei 'Die Grünen', die ihre Programmatik primär an Zielen des Umweltschutzes ausgerichtet hat, und die internationale Umweltschutzorganisation 'Greenpeace', die mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen weltweit die Aufmerksamkeit der Medien gewonnen hat. Die gesellschaftliche Unterstützung für die Ökologie-Bewegung kommt in der Tatsache zum Ausdruck, daß die Grünen 1983 mit 5,6% und 1987 sogar mit 8,3% der Stimmen in den deutschen Bundestag gewählt wurden und sich als vierte Partei etabliert haben (Statistisches Bundesamt 1989: 78).

Zunächst jedoch erhielt die Ökologie-Bewegung mit der Gründung zahlreicher Bürgerinitiativen seit Anfang der siebziger Jahre entscheidende Impulse. Als Zusammenschluß verschiedener Bürgerinitiativen hat der 1972 gegründete Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) überregionale Bedeutung erlangt. Leonhard (1986: 142) berichtet über Angaben der Verbandsführung, wonach 1980 dem BBU 1.000 bis 1.200 Initiativen mit insgesamt 300.000 bis 500.000 Einzelmitgliedern angeschlossen gewe-

sen seien. Er selbst schätzt die Zahl wesentlich niedriger ein. Im Jahr 1975 wurde der Bund Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND) gegründet, der im Jahr 1985 mehr als 85.000 Mitglieder in seinen Verbandsgruppen zählte (141).

Neben diesen unmittelbar der Ökologie-Bewegung zuzurechnenden Verbänden bestehen die traditionellen Naturschutzverbände weiter, in die große Bevölkerungsgruppen eingebunden sind. Die im Deutschen Naturschutzring (DNR) seit 1950 kooperierenden Verbände, u.a. der Deutsche Tierschutzbund (1982 ausgetreten), der Verband Deutscher Gebirgs- und Wandervereine und der Deutsche Alpenverein, repräsentierten im Jahr 1980 nach Verbandsangaben 3,14 Millionen Mitglieder (133). Allein der Deutsche Tierschutzbund weist rund 500.000 Mitglieder aus (133). Umweltschutzinteressen sind also in vielfältigen Formen und mit erheblichem Gewicht in Verbänden organisiert. Sie sind jedoch häufig an gruppenspezifische Partikularinteressen gekoppelt, z.B. Tierschutz, Wandern, Jagen, Angeln oder Reiten.

In der Bevölkerung treffen Bürgerinitiativen überwiegend auf Sympathie; nur von wenigen Bundesbürgern werden sie generell abgelehnt (vgl. Dierkes & Fietkau 1988: 124f; Kessel & Tischler 1984: 35f). In der Umweltberichterstattung der Presse werden Umweltschutzverbände neben staatlichen Institutionen und politischen Parteien am häufigsten als Akteure angeführt (Leonhard 1986: 222ff). In einer Auswertung von 20 Zeitungen fand Leonhard die Umweltschutzverbände in etwa einem Drittel der Umweltartikel im Hauptteil der Zeitungen erwähnt (224). Besonders häufig wurde der BUND genannt (229). Trotzdem kommt Leonhard insgesamt zu dem Ergebnis, daß die Umweltverbände die Interessen des Umweltschutzes "im Konfliktfall nicht oder nur unzureichend zu organisieren" (298) vermögen. Die Mehrzahl der Verbände neige eher dazu, "den Konflikten auszuweichen" (298).

In den Medien kam das Umweltthema Mitte der siebziger Jahre zum "Durchbruch" (Krämer 1986: 135). Die Medien haben nach Krämer bei der Thematisierung ökologischer Inhalte keine Initiatorrolle übernommen, "sondern eher reaktiv die Etablierung der Umweltissue forciert" (135). Anfang der achtziger Jahre nahm die Berichterstattung über Umweltfragen noch einmal beträchtlich zu (147). In einer Studie des Forschungsinstituts Billig, Briefs & Partner (hier zitiert nach Umweltbundesamt 1985) wird festgestellt, "daß die Umwelt in allen Zeitungen im Vergleichszeitraum 1983/1984 zu den wichtigsten Themen gehörte und entsprechend auf den Titelseiten behandelt bzw. avisiert wurde" (54). Luftverschmutzung und Waldsterben waren die beherrschenden Themen (57). Auch im Fernsehen stieg mit dem

Thema Waldsterben die Zahl der Sendungen zu Umweltfragen sprunghaft an (Krämer 1986: 148).

Defizite sieht Krämer "weniger in der Quantität der Medienbotschaften, als im konkreten 'Umgang' mit dem Themenkreis 'Umwelt', das heißt in dessen medialer Wahrnehmung und Verarbeitung" (149). Die Berichterstattung sei "ereignisorientiert, überwiegend personen- und nicht sachbezogen, vor allem aber unsystematisch und punktuell" (202). Bei den Tageszeitungen bestehe "eine eindeutige Diskrepanz zwischen den realen Entwicklungen (...) und der Problemdarstellung bzw. -gewichtung der Umweltberichterstattung" (204). Zu einer ähnlichen Einschätzung gelangt Thorbrietz (1987): Die Umweltberichterstattung lasse sich "als weitgehend oberflächlich, reaktiv und mit großer zeitlicher Verzögerung einsetzend beschreiben" (305).

Ökologische Themen haben gleichfalls Eingang in die Lehrpläne und Unterrichtsmaterialien der Schulen gefunden und eine grundlegende Information und Diskussion im Unterricht ermöglicht: "Umwelterziehung ist in den letzten Jahren zum verbindlichen Teil im Unterricht des allgemeinbildenden Schulwesens geworden" (Eulefeld et al. 1986: 48). Die Bundesländer haben sich darauf geeinigt, Umwelterziehung nicht als eigenständiges Fach einzuführen, sondern "zum Unterrichtsprinzip in allen Fächern zu machen und die Beiträge der einzelnen Fächer aufeinander abzustimmen" (49). Dieses Vorgehen erweist sich, übrigens in fast allen Ländern der Europäischen Gemeinschaft, in der Sekundarstufe II (11. bis 13. Klassenstufe des Gymnasiums) als besonders schwierig. Denn auf dieser Stufe sind die Fächer "so systematisch an den Strukturen der jeweiligen wissenschaftlichen Disziplinen ausgerichtet, daß fast keine fächerübergreifenden Aspekte Platz darin finden" (164).

In einer Analyse der Lehrpläne bayerischer Schulen kommt Klenk (1987) zu einem ähnlichen Befund: Die Umweltproblematik ist in relativ großem Umfang in die Lehrpläne aufgenommen worden, doch bleibt durch die Zuordnung zu den traditionellen Fächern eine Vernetzung schwierig (150). Klenk stellt fest, daß die wesentlichen Belange der Umweltproblematik Berücksichtigung gefunden haben (171), es aber an lebenspraktischen Bezügen fehlt (173). Zudem würde der Konflikt zwischen Ökonomie und Ökologie nicht thematisiert (175). Eine schriftliche Befragung von 328 Lehrern und Lehrerinnen an Schulen im Regierungsbezirk Mittelfranken zeigt, daß sich die Lehrkräfte nicht genügend durch Aus- und Fortbildung auf ihre umwelterzieherische Aufgabe vorbereitet fühlen (252ff). Die zur Verfügung stehenden Unterrichtsmaterialien werden ganz überwiegend als unzurei-

chend eingeschätzt (267). Insgesamt sind die Lehrer und Lehrerinnen unzufrieden:

"Die überwiegende Mehrheit der befragten Lehrer ist der Ansicht, daß Umwelterziehung zu wenig betrieben werde. Hauptursachen dafür werden in der mangelnden Ausbildung, dem mangelnden Umweltwissen und der Stofffülle der einzelnen Fächer gesehen" (277).

Anspruch und Wirklichkeit der schulischen Umwelterziehung klaffen offenbar weit auseinander. Das bestätigt eine Befragung von insgesamt 720 Haupt- und Gymnasialschülern der Klassenstufe 10 im Raum Ostwestfalen von 1980/81 (Braun 1983). Zwar weisen die befragten Schüler ein hohes Problembewußtsein auf (36ff), doch die Resultate zum Stand ihrer kognitiven Problemlösungskompetenz "sind insgesamt wenig ermutigend" (32). Nur wenige Schüler sind in der Lage,

"die Komplexität von Umweltproblemen rational zu durchdringen, sich von ideologieträchtigen Argumentationen zu distanzieren oder eigene Interessen auf der Grundlage rationaler Urteilskraft zu wahren" (48).

In vielen Fällen stößt "geringe Sachkompetenz auf hohe Gefühlsbeteiligung" (48). In einer zusammenfassenden Darstellung von Untersuchungen über das Umweltbewußtsein bei Schülern kommt Braun (1987) zu dem Ergebnis, daß generell "Defizite bei der ökologischen Begriffsbildung und beim allgemeinen Kenntnisstand angegeben" (58) werden.

Die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit, wie sie im Umgang von Medien und Schulen mit dem Umweltthema augenfällig wird, dürfte auch für andere gesellschaftliche Institutionen, z.B. Betriebe, Ämter oder Wirtschaftsverbände, charakteristisch sein. Ökologische Anforderungen haben Eingang in die Institutionen der Wissenschaft, des Rechts, der Politik und der Wirtschaft gefunden. Die Wirksamkeit von Maßnahmen und Konzepten läßt jedoch, wie sich am anhaltend hohen Stand der Umweltbelastungen zeigt, zu wünschen übrig. Margedant (1987) vertritt die Einschätzung:

"Umweltbewußtsein und Umweltverantwortung der Bürger waren in dieser Phase (Mitte der siebziger Jahre, d.V.) stärker ausgeprägt als die Bereitschaft der politisch Handelnden und der Sozialpartner, einen Ausgleich von Ökonomie und Ökologie anzustreben. ... Viele der ab etwa 1972/73 erlassenen Umweltgesetze litten unter einem Vollzugsdefizit wegen der Widerstände von Kommunen, privaten und industriellen

Umweltverschmutzern, von Interessenverbänden oder einfach wegen Kompetenzstreitigkeiten der Vollzugsorgane untereinander" (27).

Man sollte deshalb den ökologischen Diskurs in der Bundesrepublik (wie in anderen westlichen Industrieländern) nicht überschätzen: Hinter einem hohen Maß an Problembewußtsein und emotionalem Engagement steht nur selten die Bereitschaft zu konsequentem Handeln und zu durchgreifenden Maßnahmen. Man sollte aber auch nicht die Geduld verlieren. Aus einer historisch orientierten Perspektive erscheint der ökologische Diskurs als vergleichsweise neues Phänomen. 20 Jahre sind eine kurze Zeit, um in gesellschaftlichen Grundfragen neue Orientierungen und neue Positionen zu gewinnen. Der ökologische Diskurs wird noch lange Zeit die gesellschaftliche Entwicklung prägen.

3.2 Ausgewählte Strukturmerkmale des ökologischen Diskurses

Trotz der inzwischen unübersehbaren Literatur zur Umweltkrise sind systematische Analysen des ökologischen Diskurses selten geblieben. Meist beschränken sich solche Untersuchungen auf einzelne Bereiche, etwa das Umweltbewußtsein (z.B. Dierkes & Fietkau 1988) oder Konzepte einer ökologischen Gesellschaft (z.B. Kitschelt 1984, Oechsle 1988). Der ökologische Diskurs in einem umfassenden Sinn (vgl. 3.1.3) als theoretische Diskussion, als soziale und politische Bewegung und als Bewußtwerdungsprozeß der Bevölkerung wird hingegen kaum zum Thema gemacht. Beck (1986) hat aus soziologischer Sicht eine Gesamtschau der "Risikogesellschaft" vorgelegt, die grundlegende Strukturmerkmale auch des ökologischen Diskurses deutlich werden läßt.

Im Anschluß an Beck formulieren Heine und Mautz (1989) explizit aber knapp "einige Struktureigenschaften des ökologischen Risikobewußtseins" (20). Sie verweisen darauf, daß ökologische Krisensymptome "hochgradig wissens- und theorievermittelt" (20) sind. Ökologisches Alltagswissen müsse sich "im Normalfall auf Fremdwissen stützen" (20), das in einer für die strenge wissenschaftliche Beweisführung überkomplexen Wirklichkeit in hohem Maße spekulativen Charakter annehme. Das kognitive Profil des ökologischen Risikobewußtseins sehen sie durch eine spezifische "Janus-

köpfigkeit" (21) gekennzeichnet: Während einerseits die Verdachtsmomente tendenziell grenzenlos seien, bestünde gleichzeitig großer Spielraum für relativierende oder verschiebende Argumentationen (21). Schließlich verweisen sie auf den Anspruch des ökologischen Diskurses auf "eine tendenziell unbegrenzte und unabsehbare Umsetzungs- und Verhaltensrelevanz" (22).

Einige dieser Merkmale werde ich im folgenden aufgreifen. Auch mir ist es in dieser Studie nicht möglich, eine systematische Strukturanalyse des ökologischen Diskurses in der Bundesrepublik zu erarbeiten. Ich beschränke mich darauf, vier Strukturmerkmale näher zu untersuchen, die mir im Hinblick auf die Beteiligung der Bauern am ökologischen Diskurs von besonderer Bedeutung erscheinen. Diese versuche ich mit empirischen Daten zu belegen und mit theoretischen Analysekonzepten zu verbinden. Dabei leitet mich die Frage, in welcher Hinsicht diese Merkmale die weitere Verbreitung des ökologischen Diskurses, zum Beispiel bei der bäuerlichen Bevölkerung, erschweren können.

3.2.1 Die sozialstrukturelle Verankerung des ökologischen Diskurses

Der ökologische Diskurs, so lautet die These dieses Abschnitts, hat sich entwickelt innerhalb und wird getragen von sozialen Gruppen, die in vergleichsweise großer sozialer und kultureller Distanz zur bäuerlichen Bevölkerung leben. Es sind vor allem Gruppen der sogenannten neuen Mittelschichten, d.h. Personen mit hoher Bildung in Dienstleistungsberufen, in denen der ökologische Diskurs den stärksten Rückhalt findet. Vielfach ist die Sensibilisierung für die Umweltkrise verbunden mit der Suche nach alternativen Lebensformen und manifestiert sich in entsprechenden Lebensstilen und Milieus. Im ökologischen Diskurs drückt sich zugleich ein politisches Protestpotential in Fortsetzung der Studentenbewegung Ende der sechziger Jahre aus. Allen diesen Bewegungen stehen die Bauern mit ihrer eher konservativ-ordnungsstaatlichen Grundhaltung fern. Empirische Belege für diese Thesen finden sich in Studien über Bürgerinitiativen als Teil der neuen sozialen Bewegungen und in Untersuchungen zum Umweltbewußtsein der Bevölkerung.

In Analysen von Bürgerinitiativen zum Umweltschutz (wie bei den neuen sozialen Bewegungen generell) wird in der Regel von einer heterogenen sozialen Rekrutierung ausgegangen (vgl. Brand et al. 1983: 243). Damit

wird deutlich gemacht, daß die Mitglieder von Bürgerinitiativen, je nach Gegend und Anlaß, aus sehr unterschiedlichen sozialen Schichten stammen können. Gleichzeitig ist jedoch die besondere Stellung der "in der Nachkriegszeit geborenen Gruppen der in Ausbildung befindlichen und der hochqualifizierten, in sozialen Dienstleistungsberufen beschäftigten neuen Mittelschichten" (244) unübersehbar. Verschiedene empirische Untersuchungsergebnisse zusammenfassend, trifft Wessoleck (1985) das Urteil, "daß die Dominanz der neuen sozialen Mittelschichten in Bürger- und Umweltschutzinitiativen als gesichert gelten kann" (43). Den Kern dieser Gruppe bilden nach Brand (1982: 158) die Angehörigen der sogenannten Humandienstleistungsberufe, wie Lehrer, Ärzte, Künstler, Journalisten, Wissenschaftler oder Sozialarbeiter⁴³. Brand führt ihre überproportionale Beteiligung auf Wirkungen der schulischen und beruflichen Sozialisation zurück:

"Mit den Problemen der Lebensweise, der personalen Identität, der ästhetischen Selbstverwirklichung, der Sinnfrage professionell beschäftigt, neigen die Angehörigen dieser Berufsgruppen dazu, eine besondere Sensibilität für Identitäts- und Sinnkrisen, für die destruktiven Folgen der 'Kolonialisierung der Lebenswelt' und der Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen auszubilden" (158).

Die Relevanz der sozialstrukturellen Merkmale der Bildung, des Berufs und des Haushaltseinkommens für ökologisches Engagement geht auch aus einer Befragung aktiver Umweltschützer aus dem Jahr 1982 hervor (Kessel & Tischler 1984)⁴⁴. Jeweils ein Viertel der befragten Umweltschützer arbeiten in mittleren und in höheren (leitenden) Beamten- oder Angestelltenpositionen (230). Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung sind sie vor allem in den Berufsbereichen Erziehung und Wissenschaft überrepräsentiert (231). 42% der Umweltschützer haben ein abgeschlossenes Studium aufzuweisen gegenüber 7% in der allgemeinen Bevölkerungsauswahl (234). Ihr Haushaltseinkommen ist im Durchschnitt höher (235), und sie wohnen eher in Stadtgebieten (236). Eine andere international vergleichende Studie (Watts 1987 mit Daten zur Europäischen Gemeinschaft von 1982 und 1986) belegt den

⁴³ Leonhard (1986) nimmt an, daß die Mitglieder des Bund Umwelt- und Naturschutz Deutschland ganz überwiegend der gehobenen Mittelschicht entstammen (141). In einer südbadischen Kreisgruppe zum Beispiel waren "überwiegend Ärzte und sonstige Freiberufler, Lehrer und Wissenschaftler" (141) vertreten.

⁴⁴ Ausgewählt wurden Personen aus dem Adressenverzeichnis 'Bürger im Umweltschutz' des Umweltbundesamtes. Von den 268 interviewten Umweltschützern (Rücklauf 46%) waren 68% Mitglieder in Bürgerinitiativen.

Zusammenhang zwischen dem Mobilisierungspotential neuer sozialer Bewegungen (besonders der Ökologiebewegungen) und den demographischen Variablen Alter und Bildung (57). Im Vergleich mit anderen europäischen Ländern ist diese Beziehung in der Bundesrepublik am stärksten ausgeprägt (57).

Ähnlich wie die soziale Basis der Umweltschutzinitiativen, wenn auch weniger markant, stellt sich die sozialdemographische Differenzierung des Umweltbewußtseins dar. Dierkes & Fietkau (1988) fassen die Umfrageergebnisse folgendermaßen zusammen:

"Träger postmaterieller Werthaltungen und Vorreiter der Umweltbewegung sind gesellschaftliche 'Innovationseliten': Es sind eher jüngere, besser ausgebildete Menschen, die überproportional häufig im Dienstleistungsbereich arbeiten, die auf dem Hintergrund neuer Werthaltungen das politische Protestpotential der neuen sozialen Bewegungen, als auch der Umweltbewegung, tragen" (32)⁴⁵.

Vor allem die Indikatoren Alter, Schulbildung und Berufsfeld weisen stabile, obgleich nicht übermäßig hohe Interdependenzen mit dem Umweltbewußtsein auf (85; vgl. auch Piorkowsky & Rohwer 1988: 39).

In den USA hat sich frühzeitig eine fundierte Debatte zum Zusammenhang von sozialer Schichtung und Umweltbewußtsein auf der Basis vielfältiger Forschungsergebnisse entwickelt. Darauf soll hier ergänzend eingegangen werden. Ester und van der Meer (1982) geben folgende Zusammenfassung der Resultate:

"In general, research shows that the highest degree of concern for the environment is to be found among people with higher incomes and higher levels of education (in short, a higher socio-economic status) and among younger people (...)" (76).

Gegen eine Überbewertung dieser Zusammenhänge macht Milbrath (1984: 74ff) geltend, daß die demographischen Variablen dennoch nur einen kleinen Teil der Differenzierung des Umweltbewußtseins erklären (vgl. auch van Liere & Dunlap 1980). Vor allem das Verhältnis zwischen sozialer Schicht und Umweltbewußtsein sei ausgesprochen komplex (Milbrath 1984: 76f). So seien zum Beispiel Personen sowohl mit den höchsten als auch mit den niedrigsten Einkommen weniger umweltbewußt als Personen mit mittleren Einkommen (77). Milbrath widerspricht der Interpretation der Um-

⁴⁵ Auf die erforderliche Trennung der Wertwandeldimensionen 'Postmaterialismus' und 'Umweltbewußtsein' habe ich oben (vgl. 2.1.4) hingewiesen. Dies spricht nicht gegen die ähnliche sozialstrukturelle Verankerung beider Dimensionen.

weltbewegung als einer "upper class movement" (76), die auf dem egoistischen Eigeninteresse einer ökonomisch gesicherten Schicht an einer erholbaren Natur beruhe. Er führt dagegen an, daß die Mittelschicht in vielen Organisationen die führenden Positionen einnimmt:

"In unraveling this mystery, it is important to remember that, while environmental concern is strong at all ranks of socio-economic status, the people who are active in environmental organizations come mainly from the middle class (...); nearly all organizations with a broad base are led by people from the middle class" (76).

Milbrath zieht das Fazit:

"Simple measures of class status cannot capture the richness of the relationships just discussed; that is why they do a poor job of explaining environmentalism" (77).

Ein theoretisches Analyseschema zur Erklärung der Entstehung der neuen sozialen Bewegungen hat Brand (1982) vorgelegt. Er unterscheidet

- a) die Entstehung aufgrund spezifischer Betroffenheit durch die Folgekosten der industriellen Modernisierung,
- b) die Entstehung aufgrund spezifischer Sensibilitäten gegenüber den Folgeproblemen der industriellen Zivilisationsweise" (154).

Von besonderen Belastungen nach a) betroffen sieht er beruflich oder sozial marginalisierte Gruppen, wie Jugendliche, Frauen, ältere Arbeitnehmer und die Bewohner peripherer ländlicher Regionen; dazu zählt er auch unmittelbar von industriellen Großprojekten betroffene Gruppen. Eine spezifische Sensibilität nach b) vermutet Brand im neuen Mittelstand, bei den Beschäftigten im Humandienstleistungsbereich sowie bei der postmaterialistisch orientierten Nachkriegsgeneration generell (154). Er leitet daraus systematisch drei relevante Konfliktlinien ab (155):

- 'industrieller Leistungskern/Peripherie',
- 'Materialismus/Postmaterialismus'
- und 'Modernismus/Antimodernismus'.

Die Wahrscheinlichkeit einer Beteiligung an den neuen sozialen Bewegungen sieht Brand vor allem dann als hoch an, wenn marginalisierte Gruppen auf postmaterialistische und/oder antimodernistische Haltungen zurückgreifen können (157).

Zum anti-modernistischen Potential rechnet Brand auch das "ländliche, kleinbäuerlich-handwerkliche Milieu" (159). Er vermutet darin den Erfah-

rungskontext von "Erinnerungen und Traditionen eines gemeinschaftlichen Lebens, das in einen ganzheitlichen, an natürliche Zyklen gebundenen Arbeits- und Lebensrhythmus eingebettet war" (159f). Entsprechende Anknüpfungspunkte im bäuerlichen Milieu sind nicht zu leugnen. Doch ist es angesichts der Forschungsergebnisse zum gesellschaftlichen Bewußtsein der Bauern (vgl. 4.3) fraglich, ob solche Traditionsbestände zu einem "Kristallisationspunkt für die Ausbildung antimodernistischer Deutungsmuster und Widerstandsformen" (160) werden können. Meist weisen die Bauern weder ausgesprochen antimodernistische noch modernistische Haltungen auf. Häufig wenden sie sich explizit gegen romantisierende Einstellungen zur Natur (vgl. 5.1) oder zum bäuerlichen Leben. Obschon sie von Modernisierungsprozessen vergleichsweise stark betroffen sind, lehnen sie sie in der Regel nicht grundsätzlich ab. Ihr Protest zielt eher auf einen angemessenen Anteil am Modernisierungserfolg.

Hinsichtlich der Konfliktdimension 'Materialismus/Postmaterialismus' neigen die Bauern zu materialistischen Haltungen und stehen damit im Gegensatz zu einem zentralen Orientierungsmuster der neuen sozialen Bewegungen. Inglehart (1981) selbst erwähnt diesen Sachverhalt:

"In Deutschland sind z.B. nur 5 Prozent der Mitglieder von landwirtschaftlichen Haushalten überwiegend Postmaterialisten, verglichen mit 24 Prozent von solchen mit einem nichtmanuell arbeitenden Haushaltsvorstand" (298).

In meiner eigenen Erhebung bestätigt sich dieser Befund in der konservativordnungsstaatlichen Grundhaltung der befragten Bauern (vgl. 4.3.1).⁴⁶

Allein die Konfliktdimension 'industrieller Leistungskern/Peripherie' weist demnach große Teile der bäuerlichen Bevölkerung als Mobilisierungspotential für neue soziale Bewegungen aus. Tatsächlich befindet sich die Landwirtschaft in vielfältigen Abhängigkeitsbeziehungen zum städtisch-industriellen Sektor (vgl. 4.1.2 und 4.2). Vor allem die kleineren und mittleren Betriebe in peripheren Regionen sind von Marginalisierungsprozessen bedroht. Auf der Grundlage von Brands Erklärungsschema läßt sich deshalb für die Beteiligung der Bauern an neuen sozialen Bewegungen folgern: Sie sind zwar von Marginalisierungsprozessen besonders betroffen, doch fehlen ihnen die postmaterialistischen oder antimodernistischen Orientierungsmuster, um vollen Anschluß zu finden. Unter welchen Bedingungen sich die

⁴⁶ Diesem Befund widerspricht Schur (1988). Er stellt bei einer Befragung von 100 baden-württembergischen Landwirten in bezug auf postmaterialistische Haltungen fest, "daß die Landwirte in der Ausprägung der Einstellungen mit der Gruppe der Umweltschützer vor ca. 3 Jahren durchaus vergleichbar sind" (21).

bäuerliche Bevölkerung dennoch an lokalen Protestaktionen und Bürgerinitiativen beteiligt, werde ich später erörtern (vgl. 3.3).

Neben empirischen Befunden und theoretisch-systematischen Überlegungen bietet sich auch noch eine historische Betrachtungsweise an. Die Ökologie-Bewegung hat sich als Teil der Bürgerinitiativbewegung der siebziger Jahre in geschichtlicher Nachfolge der Studentenbewegung der späten sechziger Jahre herausgebildet. Rolke (1987) betont mit anderen Autoren diese historische Kontinuität:

"Als direkter Vorläufer der Bürgerinitiativbewegung aber - Mayer-Tasch spricht vom 'Überspringen des Kontinuitätsfunken' (...), Roth von einem 'Geburtshelfer' (...) bzw. der 'Kontinuität der Motive' (...) - und politisch-kultureller Wegbereiter muß die Studentenbewegung betrachtet werden" (319).

Der Zusammenhang wird über Personen und Organisationsformen hergestellt:

"Nicht nur Akteure, die zuvor in der studentischen Apo aktiv waren, begannen sich dort - wie gezeigt - zu engagieren, sondern auch die Aktions- und Organisationsmittel wurden zum Teil übernommen und weiterentwickelt" (320).

Unterschiede liegen vor allem in der inhaltlichen Zielsetzung begründet: Während die Studentenbewegung auf grundsätzliche Veränderungen der ganzen Gesellschaft gerichtet war, ging es in den Bürgerinitiativen zunächst - Rolke spricht von den "Ein-Punkt-Initiativen" (322f) - um lokal begrenzte, konkrete Mißstände. Die Bürgerinitiativen arbeiteten entsprechend dezentral und singular. Anlaß für eine thematische Ausweitung gaben im Lauf der siebziger Jahre zuerst die Diskussion um die Nutzung der Atomkraft und später Fragen von Umweltschutz und Friedenssicherung allgemein.

Brand (1987) macht sowohl Merkmale des Bruchs als auch der Kontinuität mit der Studentenbewegung aus. Der Bruch beruhe auf der Abkehr von den ideologischen Orientierungsmustern der Studentenbewegung, von "den ökonomistischen und produktivistischen Implikationen des marxistischen Denkens, mit Seminarmarxismus und Kaderpolitik" (35). Gegen die "Emphase des emanzipativen Aufbruchs" setzten die neuen sozialen Bewegungen eine "Rückbesinnung auf das Kleine und Überschaubare" (35).

"Im studentischen, linken und alternativen Milieu verschieben sich die Aktivitäten von der politischen zur soziokulturellen Sphäre, zum Aufbau gegenkultureller Netzwerke, zur Praxis einer neuen Lebensweise" (35).

Die Kontinuität liegt für Brand in der "für die antiautoritäre Bewegung typische(n) 'Politisierung des Alltags'" (36) sowie in personellen und organisatorischen Verbindungen. Insgesamt erscheint es ihm sinnvoll,

"die Bewegungen der sechziger Jahre und den Mitte der siebziger Jahre neu anhebenden Protestzyklus nur als unterschiedliche Mobilisierungswellen eines neuen Typus sozialer Bewegungen - eben der 'neuen sozialen Bewegungen' zu begreifen" (38).

An dieser Traditionslinie der Studentenbewegung hatte die bäuerliche Bevölkerung wenig Anteil. Die Bauern dürften im Gegenteil mit ihrer strukturkonservativen politischen Einstellung die Studentenbewegung von Anfang an mit Skepsis beobachtet haben. Diese ist heute noch spürbar in der häufig emotional geprägten Abwehr gegen die Partei der Grünen und den Lebensstil, den sie für die Bauern repräsentieren (vgl. 4.3.1). Mit solchen Formen von Alternativ- und Gegenkultur wollen sie in der Regel nichts zu tun haben. Der ökologische Diskurs hat sich zwar mittlerweile weit über den Rahmen dieser Traditionslinie hinausentwickelt. "Die Themen des ökologischen, des feministischen, alternativen und pazifistischen Protests sind ins 'System' diffundiert", meint Brand (1987: 31). Diese Entwicklung wird aber möglicherweise von Gruppen, die diesen Bewegungen bisher distanziert gegenüberstanden, nur begrenzt erkannt. Für viele von ihnen scheint der ökologische Diskurs immer noch verbunden mit der Infragestellung der gesellschaftlichen Normalität.

3.2.2 Die Vermittlungsfunktion von Wissenschaft und Medien

Mit der Verbreitung des ökologischen Diskurses über die Ökologie-Bewegung als einer Bürgerinitiativbewegung hinaus haben die Medien eine entscheidende Vermittlungsfunktion erlangt. Das Bewußtsein ökologischer Gefährdungen in der Bundesrepublik beruht weniger auf konkreten Erfahrungen und Wahrnehmungen von Umweltbelastungen im Alltag, sondern eher auf der Information der Medien über die ökologische Gesamtsituation. Viele ökologische Gefahren sind nur mit technischen Apparaten meßbar und mit wissenschaftlichen Verfahren nachweisbar. Wissenschaft und Medien erfüllen daher eine unerläßliche Informationspflicht. Sie verwandeln jedoch zugleich den ökologischen Diskurs in ein Medienereignis mit seinen besonderen Gesetzmäßigkeiten. Da sich die Bauern von den Medien ohnehin benachteiligt fühlen (vgl. 4.3.1), kann deren Vermittlungsfunktion die bäuerliche Beteiligung am ökologischen Diskurs erschweren.

Belege für diese Thesen finden sich zunächst in der Umfrageforschung zum Umweltbewußtsein. Dort wird auf die vergleichsweise geringe Wahrnehmung von ökologischen Belastungen in alltäglichen Lebenssituationen hingewiesen:

"Die Einschätzung des Umfangs der Umweltproblematik und die wahrgenommene Dringlichkeit von Problemlösungen darf nicht zu der Vermutung verleiten, daß sich die Mehrzahl der Bundesbürger durch Umweltbelastungen in ihrem täglichen Leben beeinträchtigt fühlt" (Dierkes & Fietkau 1988: 73).

Die Umweltkrise wird in erster Linie als allgemeines gesellschaftliches Problem erlebt. Dierkes und Fietkau führen eine Untersuchung des Sozialdata-Instituts von 1983 an, derzufolge sich lediglich 26% der Befragten (nicht-repräsentative Quotenauswahl von 160 Haushalten) konkret im alltäglichen Leben Umweltbelastungen wahrnehmen. 57% sehen sich nur allgemein in der Gesellschaft ökologischen Gefahren gegenüber, 17% fühlen sich durch Umweltschäden gar nicht betroffen (73). Ganz ähnlich lauten die Ergebnisse einer Repräsentativbefragung von 1982, die im Auftrag der Europäischen Gemeinschaft in zehn EG-Staaten durchgeführt wurde: "Die Europäer in der Mehrheit meinen, wenig Grund zur Klage über Umweltbelastungen an ihrem Wohnort zu haben" (zitiert nach Umweltbundesamt 1985: 82). Trotzdem besteht ein starkes gesellschaftliches Bedrohungsgefühl, denn umgekehrt ist "die Furcht der EG-Europäer vor Umweltbelastungen im eigenen Land durchgängig dreimal so hoch wie die Klagen über Umweltbelastungen am eigenen Wohnort" (84). Zum Beispiel sehen sich 54% der befragten EG-Bürger von Luftverschmutzung am Wohnort gar nicht betroffen (ziemlich oder sehr stark betroffen sind 24%), aber 69% sind ziemlich oder sehr besorgt über die Luftverschmutzung in ihrem Land (85). Das Gefährdungsbewußtsein beruht offenbar weniger auf der Verallgemeinerung konkreter Erfahrungen von Umweltschäden, als vielmehr auf Informationen über deren gesellschaftliche Verbreitung und Relevanz.

Solche Informationen sind wegen der "Wissensabhängigkeit und Unsichtbarkeit ökologischer Modernisierungsrisiken" (Beck 1986: 35ff) unentbehrlich:

"Viele der neuartigen Risiken (nukleare oder chemische Verseuchungen, Schadstoffe in Nahrungsmitteln, Zivilisationskrankheiten) entziehen sich vollständig dem unmittelbaren menschlichen Wahrnehmungsvermögen. Ins Zentrum rücken mehr und mehr Gefährdungen, die für die Betroffenen oft weder sichtbar noch spürbar sind, ... Gefährdungen, die der

'Wahrnehmungsorgane' der Wissenschaft bedürfen - Theorien, Experimente, Meßinstrumente -, um überhaupt als Gefährdungen 'sichtbar', interpretierbar zu werden" (35).

Die Schwierigkeiten der Wahrnehmung, Definition und Beurteilung von Risiken werden offenkundig in den Diskussionen über die "Definitions-vielfalt von Zivilisationsrisiken" (40), über latente Nebenwirkungen (80ff) und die Festlegung von Grenzwerten (85ff). Ein besonderes Problem bildet die Ermittlung von kausalen Zusammenhängen, "deren Nachweis bereits aus wissenschaftstheoretischen Gründen schwer bis unmöglich ist" (83), wie Beck feststellt. Diese "Erfahrungslosigkeit" (70) des ökologischen Bewußtseins verstärkt die Abhängigkeit von fremdem Wissen:

"Gefährdungslagen schaffen auf diese Weise Abhängigkeiten, die Klassenlagen nicht kennen: Die Betroffenen werden in Sachen ihrer eigenen Betroffenheit unzuständig. Sie verlieren ein wesentliches Stück Wissenssouveränität" (70).

Die "Verwissenschaftlichung" (73) ökologischer Risiken macht die Betroffenheit in hohem Maße zu einer Frage des Informationszugangs: "Es zeigen sich Gruppen betroffen, die besser ausgebildet sind und sich rege informieren" (69). Becks These wird durch die empirischen Ergebnisse zur sozialstrukturellen Verankerung der Ökologie-Bewegung (vgl. 3.2.1) bestätigt. Umgekehrt erweist sich der Zusammenhang zwischen objektiver Belastungssituation und subjektiver Wahrnehmung von Umweltproblemen als eher gering (vgl. Kaase 1986: 295; Fietkau 1984: 42f). Nicht immer fühlen sich die Bürger, die Umweltbelastungen ausgesetzt sind, subjektiv betroffen. Sie können im Gegenteil eine Abwehrhaltung gegen ökologische Kritik entwickeln, die ihren gewohnten Lebensalltag in Frage zu stellen droht. Heine und Mautz (1989) vermuten ebenfalls,

"daß die Sensibilität für Umweltprobleme keineswegs mit der objektiven Stärke der Umweltbelastungen (...) zunimmt - im Gegenteil, häufig scheint die Umweltbelastung in alten Industrieregionen den Menschen bereits dermaßen zur 'zweiten Natur' geworden zu sein, daß sie, sofern sie sie überhaupt noch wahrnehmen, eher als 'Umweltfatalisten' einzu-stufen sind" (24).

Der ökologische Diskurs kann damit für Gruppen, die durch die Umweltkrise ohnehin benachteiligt sind, eine weitere Belastung mit sich bringen: Aufgrund der Verwissenschaftlichung ökologischer Informationen nur be-

grenzt informiert, werden sie nun mit besonders hohen Verhaltenserwartungen konfrontiert.

Aus der Diskrepanz von individueller Erfahrungslosigkeit und wissenschaftlicher Definitionsmacht leitet sich die Vermittlungsfunktion der Medien ab. Dierkes und Fietkau (1988) gehen von einem bisher wenig erforschten "Wechselspiel zwischen alltäglicher und wissenschaftlicher Umweltrekonstruktion" (21) aus. Während Beck (1986) die Notwendigkeit der ökologischen Kritik, "wissenschaftskritisch und wissenschaftsgläubig" (96) zugleich sein zu müssen, eher als problematisches Paradoxon schildert, betonen Dierkes und Fietkau (1988) die notwendige Vermittlungsleistung:

"Zur Lösung der Umweltproblematik ist es offenkundig erforderlich, Erfahrungen und Handlungsmuster aus Alltag und Wissenschaft in ein geeignetes wechselseitiges Ergänzungsverhältnis zu setzen" (24).

Unmittelbare Umwelterfahrungen werden durch "Berichterstattung in den Medien über umweltbezogene Forschungsergebnisse und Umweltkatastrophen ergänzt, verändert oder gar erst ermöglicht" (19). Auch Krämer (1986) spricht die grundlegende Vermittlungsaufgabe der Medien für den ökologischen Diskurs an:

"Ökologie und die Umweltthematik generell sind in mehrfacher Hinsicht auf massenmediale Öffentlichkeit angewiesen. Die Medien können nicht nur einem breiten 'Publikum' diejenigen Informationen und Kenntnisse zur Verfügung stellen, die es für die Wahrnehmung und Einschätzung von Umweltschäden benötigt, sie liefern ebenso wesentliche Orientierungshilfen für das individuelle (politische) Handeln und Entscheiden" (281).

Wie die Studie von Krämer zeigt (vgl. auch 3.1.3), haben die Medien diese Informationsfunktion in zunehmendem Maße übernommen. Sie hatten das Thema allerdings nicht von sich aus aufgegriffen, sondern reagierten auf das verstärkte Engagement der Bürger in Umweltfragen (135). Dies ist zugleich als Hinweis darauf zu werten, daß die Massenmedien nicht als neutrale Vermittler wirken (und wirken können), sondern die Informationsleistung mit ihren eigenen Interessen und Strukturen beeinflussen. Journalistische Standards und Gewohnheiten, wie die Selektion von Informationen nach der Dynamik eines Geschehens oder nach seinem Neuigkeits- und Überraschungswert (Aktualität), bestimmen auch die Berichterstattung über Umweltfragen (217ff). Sie erschweren eine kontinuierliche und systematische Berichterstattung, wie sie einer komplexen und langfristig wirksamen Problematik wie der ökologischen Krise angemessen wäre. Die durch

Schnelligkeit der Informationsvermittlung dokumentierte "vermeintliche Aktualität der Massenmedien" (224) führt laut Krämer zu einer "starken Ereignisorientierung" (224):

"Im Zusammenhang mit der Umweltberichterstattung dominieren vor allem die sensationsmäßig präsentierten Negativ-Meldungen (z.B. Giftmüll-Skandale, Unfälle in der chemischen Industrie), welche immer neue 'Themenwellen' kreieren, aber selten zu einer kontinuierlichen Erörterung der Sachverhalte führen" (221).

Aus dem Bereich der Landwirtschaft ließe sich die Berichterstattung über verschiedene 'Hormon-Skandale' in der Kälbermast als Beispiel anführen. Die diesbezüglichen Meldungen konzentrierten sich meist kurzfristig ('aktuell') auf einzelne betroffene Mäster und die Zahl der belasteten Kälber. Darüberhinaus wurden kaum differenzierte Informationen über die Bedingungen der Lohnmast und über den Arzneimittelgebrauch in verschiedenen Formen der landwirtschaftlichen Produktion gegeben.

Die Umweltschutzorganisation Greenpeace hat sich die Ereignisorientierung der Medien ihrerseits zunutze gemacht. Mit spektakulären und exemplarischen Aktionen macht sie medienwirksam auf einzelne ökologische Mißstände aufmerksam. Nicht zuletzt diese medienorientierte Strategie dürfte den großen Erfolg von Greenpeace in der Öffentlichkeit ausmachen (vgl. Heine & Mautz 1989: 133ff). In weiten Bereichen findet anscheinend "eine massenmediale Ökologiediskussion letztlich nur unter dem Gesichtspunkt statt, Spannung zu produzieren anstelle zu informieren" (Krämer 1986: 221).

Die Berichterstattung zu ökologischen Problemen wird darüberhinaus geprägt durch grundsätzliche Unzulänglichkeiten der Wissenschaftsberichterstattung sowie durch den starken Einfluß etablierter Machtgruppen (Parteien, Verbände, Gewerkschaften u.a.), welche die Massenkommunikation für Legitimationszwecke zu instrumentalisieren versuchen (vgl. 231ff).

"Gesellschaftliche Bedürfnisse und Interessen, denen 'ein organisationsfähiges und konfliktfähiges Substrat' fehlt, deren Droh- und Verweigerungspotential gering ist, haben es schwer, von den Massenmedien aufgegriffen zu werden"

stellt Krämer (236) umgekehrt fest. Mit dem gestiegenen Umweltbewußtsein, der Ökologie-Bewegung und der Partei der Grünen hat die gefährdete Natur zwar eine beachtliche Lobby gefunden. Ungleichgewichte in der Medienberichterstattung sind dennoch bestehen geblieben.

Die Rolle von Wissenschaft und Massenmedien im ökologischen Diskurs ist insgesamt ambivalent einzuschätzen. Einerseits liefern sie unverzichtbare Informationen und machen zum Teil die Bewußtwerdung von Gefährdungen erst möglich. Andererseits produzieren sie systematisch (wenn auch nicht notwendigerweise absichtlich) verzerrte Darstellungen und Analysen der Situation: Die Auswahl und Präsentation ökologisch relevanter Sachverhalte folgt dem Eigeninteresse der beteiligten Personen und Institutionen (Forscherruhm bzw. Forschungsmittel, Sensationswert bzw. Auflagensteigerung). Eine systematische und kontinuierliche Information kann dabei selten stattfinden, Zusammenhänge insbesondere mit gesellschaftlichen Bedingungen werden nur begrenzt berücksichtigt. Dies dürfte kaum am mangelnden individuellen Interesse und Engagement von Wissenschaftlern und Journalisten liegen. Beide Gruppen zählen eher zu den Befürwortern oder gar Aktivisten des ökologischen Diskurses (vgl. 3.2.1). Die Gründe für Informationsdefizite sind eher in den Strukturen von Wissenschaft und massenmedialer Kommunikation zu suchen, in Verhaltensstandards, institutionellen Abhängigkeiten und gesellschaftlichen Zwängen.

Darüberhinaus erscheint mir die beschriebene Erfahrungslosigkeit des ökologischen Diskurses von ganz grundsätzlicher Bedeutung. Es ist erstaunlich, mit welcher Selbstverständlichkeit sie in der Literatur als Faktum akzeptiert wird. Wenn konkrete Alltagserfahrungen bisher von geringer Bedeutung für die Ausbildung von Umweltbewußtsein waren, heißt das noch nicht, daß sie nicht eine wesentlich stärkere Rolle spielen könnten (und sollten). Zweifellos liegt für viele Bürger der Anlaß für ihr Engagement in Bürgerinitiativen in konkreten Bedrohungen ihres alltäglichen Lebens. Lokale Bürgerproteste gegen Autobahnen, Mülldeponien und Kernkraftwerke zeugen ebenso wie Elterninitiativen gegen Luftverschmutzung und radioaktive Belastung von solch unmittelbarer Betroffenheit. Beck (1986) führt eindringlich vor Augen, warum Eltern, deren Kinder unter Pseudo-Krupp-Anfällen leiden, weniger auf Vermittlungsleistungen angewiesen sind:

"Was für die Wissenschaft 'latente Nebenwirkungen' und 'ungesicherte Zusammenhänge' sind, sind für sie ihre 'bellenden Kinder', die bei nebliger Wetterlage blau anlaufen und röchelnd um Luft ringen. Auf ihrer Seite des Zaunes haben 'Nebenwirkungen' Stimmen, Augen, Gesichter, Tränen" (81).

Wenn viele Menschen trotz hohen Umweltbewußtseins keine 'Augen und Ohren' für Umweltgefährdungen haben, liegt das nicht nur an der Unsichtbarkeit der Risiken. Es hat auch mit der geringen Sensibilität für solche

Wahrnehmungen zu tun. Trotzdem zielen Strategien zur Steigerung von Umweltbewußtsein in der Regel ausschließlich auf die Erhöhung kognitiver Leistungen, wobei emotionale Motivationseffekte gerne in Kauf genommen werden. In dem "Einflußschema für umweltbewußtes Verhalten" von Fietkau und Kessel (1981: 10), das viele nachfolgende Forschungsprojekte geleitet hat, ist die sinnliche Erfahrung von Natur und ihrer Gefährdungen nicht berücksichtigt. Als relevante Kategorien werden Wissen, Einstellungen und Werte, Verhaltensangebote, Rückkoppelungsmöglichkeiten und Handlungsanreize angeführt. Auch in den 'Ansatzpunkten und Lernfeldern zur Hebung des Umweltbewußtseins' (13) finden sich keine Hinweise auf die unmittelbare Anschauung der Umwelt. Ich werde in meinen Schlußfolgerungen (vgl. 7.4) auf den Aspekt der Naturerfahrung zurückkommen, der mir von zentraler Bedeutung für die Entwicklung von Umweltbewußtsein erscheint.

3.2.3 'Ökologischer Naturalismus' - zur Thematisierung des Verhältnisses von Natur und Gesellschaft

Auch die inhaltliche Struktur des ökologischen Diskurses weist Ungleichgewichte auf. Mit der Kritik am 'ökologischen Naturalismus' (Oechsle 1988, Beck 1988) wird die Überbetonung der Natur gegenüber der Gesellschaft problematisiert, die vor allem in der Vorstellung von der Ökologie als neuer Leitwissenschaft ihren Ausdruck findet. Der ökologische Naturalismus wird nicht nur den gesellschaftlichen Gestaltungsaufgaben von Natur nicht gerecht. Er unterschätzt vor allem bestehende (alte und neue) gesellschaftliche Problemlagen. Gruppen, die in sozialen Randlagen leben oder sich marginalisiert fühlen (wie die Bauern, vgl. 4.3), dürften in dieser Position ihre unmittelbarsten und dringendsten Anliegen vernachlässigt finden. Dies könnte für sie zu einem wesentlichen Hindernis für die Beteiligung am ökologischen Diskurs werden.

Die Diskussion um das Verhältnis von Natur und Gesellschaft im ökologischen Diskurs erfolgt auf hohem theoretisch-abstrakten Niveau. Die grobe Darstellung der Entwicklungslinien des ökologischen Diskurses (vgl. 3.1.2) hat eine große Vielfalt von Argumenten und Positionen erkennen lassen. Tatsächlich ist es schwierig, charakteristische Strukturen in diesem sich rasch entfaltenden Diskussionszusammenhang auszumachen. Noch haben sich kaum feste Positionen herausgebildet, an denen sich die Diskutanten orientieren und entlang derer der Diskurs inhaltlich Struktur gewinnt. Eine

Haltung, die sich in dem eher diffusen Spektrum inzwischen etabliert zu haben scheint, ist die Überzeugung von der Ökologie als neuer Leitwissenschaft. Da diese Position auch innerhalb des ökologischen Diskurses auf Widerstand gestoßen ist, dürfte das Verhältnis von Natur und Gesellschaft weiterhin ein zentrales Diskussionsthema bleiben.

Die These von der Ökologie als neuer Leitwissenschaft wird in unterschiedlichen Formen von verschiedenen Exponenten des ökologischen Diskurses vertreten, z.B. von Amery (1976), Bahro (1980) oder Gruhl (1982). Sie wird im Zusammenhang sowohl mit konservativen als auch mit sozialistischen Politikvorstellungen vorgebracht. Sie hat nicht nur die Literatur zu ökologischen Fragen geprägt, sondern auch große Wirkung in der Ökologie-Bewegung gezeigt, z.B. in der Partei der Grünen. Unzweideutig findet sich der Anspruch einer politischen Ökologie in Amerys Position eines 'ökologischen Materialismus', die als Beispiel vorgestellt werden soll. Unter dem programmatischen Titel "Natur als Politik" schlägt Amery (1976) vor, die Ansprüche der Menschen gegenüber den Ansprüchen der Natur zu minimieren:

"Der Einsatz von politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen Mitteln erfolgt in der Praxis des ökologischen Materialismus nicht mehr nach anthropozentrischen Gesichtspunkten. Entscheidend ist vielmehr die möglichst umfassend gesicherte Ökostabilität und das Minimum an impact, das heißt an nicht-menschlicher Auswirkung" (184).

Amerys Ausführungen gipfeln in dem Verdikt, "die ökologisch beste Produktionsform wäre - keine Produktion" (167). Seine konkreten Veränderungsvorstellungen zielen auf eine kleinstrukturierte Kreislaufwirtschaft. Kleinprojekte, Assoziation unabhängiger Produzenten und Kreativität statt Rentabilität, so lauten einige Stichworte dazu.

Zweifellos werden mit solch utopisch anmutenden Entwürfen vielfältige gesellschaftliche Interessen berührt. Es ist verständlich, wenn die betroffenen Gruppen besorgt nach dem Realitätsgehalt derartiger Vorstellungen fragen. Doch auch in weniger utopischen Entwürfen wird die Priorität der Ökologie vehement vertreten. Mayer-Tasch (1985) ordnet die politische Ökologie zwar zunächst als Teildisziplin der Politikwissenschaft ein (13), meint indes wenig später:

"Grundlage der Politischen Ökologie bleiben aber jedenfalls die Erkenntnisse der Ökologie als naturwissenschaftliche (und hoffentlich bald auch in stärkerem Maße geisteswissenschaftliche) Disziplin" (14).

Die Schwierigkeiten der Abgrenzung des politischen vom naturwissenschaftlichen Anspruch hat Enzensberger (1973) schon frühzeitig am Beispiel der Humanökologie erörtert:

"Die Humanökologie ist zunächst einmal eine hybride Disziplin, in der natur- und sozialwissenschaftliche Kategorien und Methoden nebeneinander her angewandt werden müssen, ohne daß die Weiterungen, die sich hieraus ergeben, theoretisch in irgendeiner Weise geklärt wären" (1).

Enzensberger kritisiert, "daß dieser Wissenschaft ein Totalitätsanspruch zu gewachsen ist, dem sie in keiner Weise gewachsen ist" (1f). Grundlegende soziale Konflikte, z.B. nationale und internationale Klassenunterschiede, würden durch die Globalisierung ökologischer Probleme und den Entwurf apokalyptischer Szenarien verleugnet (18ff). Die ökologischen Programme entfalteten einen eigentümlichen Gegensatz zwischen der "Entsetzlichkeit der angekündigten Katastrophen" und der "Harmlosigkeit der Ermahnungen, mit denen wir entlassen werden" (33). Enzensberger sieht die politische Ökologie letztendlich in eine "Entpolitisierung der ökologischen Frage" (33) münden: "Ihre gesellschaftlichen Anteile und Konsequenzen sind vollständig eliminiert" (34)⁴⁷.

Diese Kritik hat in der jüngsten Zeit mit der These vom 'ökologischen Naturalismus' (Oechsle 1988, Beck 1988) eine Wiederbelebung erfahren. Oechsle versteht darunter den

"Versuch, die Gesellschaft von bestimmten Gesetzmäßigkeiten der Natur her zu erklären und zu verstehen, gesellschaftliche Organisationsprinzipien und Normen des Zusammenlebens aus ökologischen Prinzipien abzuleiten und zu begründen" (9).

Die Autorin führt ihre Kritik daran in einer exemplarischen Analyse verschiedener Positionen der politischen Ökologie aus. Zwei Merkmale erachtet sie als charakteristisch für den ökologischen Naturalismus. Zum einen verweist sie, ähnlich wie Enzensberger, auf den Totalitätsanspruch der politischen Ökologie, als den

"Anspruch, als neue Leitwissenschaft eine verbindliche Orientierung für

⁴⁷ Enzensberger selbst bleibt in seinen Schlußfolgerungen eng dem marxistischen Politikmodell verhaftet. Seine Beurteilung der ökologischen Überlebenschancen verschiedener Gesellschaftssysteme erscheint aus heutiger Sicht überholt: Er sieht die 'revisionistischen' sozialistischen Länder, z.B. die Sowjetunion, und vor allem die chinesische Gesellschaft deutlich besser gerüstet für ökologische Aufgaben als die westlichen Industrieländer.

die vielfältigen Krisen des ausgehenden Jahrhunderts, die in der ökologischen Krise zu kulminieren scheinen, zu leisten" (37).

Als zweites Merkmal führt sie die "Überzeugung von der politischen Originalität ökologischen Denkens" (38) an, der die herkömmlichen politischen und sozialen Konfliktlinien untergeordnet würden: "Angesichts der existentiellen Bedeutung der Ökologie für die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen erscheint jede politische Differenzierung als zweitrangig" (38). Bei aller Verschiedenheit der Positionen der politischen Ökologie sei ihnen gemeinsam die "Berufung auf die Ökologie und die Gesetze der Natur als der Basis all jener Gesellschaftsentwürfe" (41). Der ökologische Diskurs droht, so läßt sich resümieren, in einer Art Gegenreaktion in ein neuerliches Extrem zu verfallen: War das Verhältnis von Natur und Gesellschaft bisher einseitig an gesellschaftlichen Bedürfnissen orientiert, so wird es nun im ökologischen Diskurs oft nicht weniger einseitig an der Natur auszurichten versucht.

An welcher Natur?, fragt Beck (1988) zurecht. Er sieht die Ökologie-Bewegung ebenfalls "in einem naturalistischen Selbstmißverständnis befangen" (65). Denn "Natur ist nicht Natur, sondern ein Begriff, eine Norm, eine Erinnerung, eine Utopie, ein Gegenentwurf" (65). Natur ist nach Beck in doppeltem Sinne vom Menschen vereinnahmt: Zum einen gibt es keine unbeeinflusste Natur mehr, denn die Natur, die uns umgibt,

"ist die gesellschaftlich verinnerlichte, durch Arbeit, Produktion, Verwaltung, Wissenschaft rekonstruierte, normierte und an diesen Maßstäben gefährdete und zerstörte Außen-Innen-Ausstattung der zivilisierten Welt" (64).

Zum anderen sei aber auch der menschliche Gegenentwurf einer unzerstörten Natur Ausdruck der Bedürfnisse des Menschen, der damit seine Schöpfer- und Herrscherrolle gegenüber der Natur zu negieren suche. So wie die Definition von Natur, so sei auch die Bestimmung von Natur-Zerstörung kulturell vermittelt, das heißt das Ergebnis sozialer Wahrnehmungsformen und Normen (75ff). Was als Zerstörung empfunden und wogegen protestiert wird, sei kulturell bestimmt und symbolisch vermittelt:

"Es handelt sich beim ökologischen Protest also nicht um ein Naturfaktum, sondern um ein Kulturfaktum, um ein Phänomen innergesellschaftlicher Sensibilität und institutioneller Aufmerksamkeit, auf dessen Hintergrund die Naturzerstörung als kulturelle und politische Alarmierung erfahren und zum Gegenstand sozialer Aktionen und Proteste wird" (81).

Da demzufolge in die Definition von Natur ebenso wie von Naturzerstörung stets menschliche Interessen eingehen, ist eine 'Befreiung der Natur' durch die Menschen prinzipiell nicht möglich. Genausowenig kann eine 'Befreiung der Menschen' über eine 'Befreiung der Natur' erfolgen.

"Natur erlöst nicht", unter diesem Titel kritisieren Bastian und Hilgers (1989) eine unreflektierte Natursehnsucht. Sie verweisen auf den gemeinsamen Kern der antagonistischen Positionen der Naturbeherrschung und der Naturbefreiung:

"Beide Leitvorstellungen - die der technisch-industriellen Allgewalt wie die des Zurück-zur-(verklärten)Natur - sind verbunden in der Leugnung verschlingender, destruktiver Anteile des 'Draußen': Das Konzept der technologischen Allmacht sucht diese zu kontrollieren und zu manipulieren; die idealisierende Naturvergötterung zaubert sie durch Verklärung hinweg" (668).

Bastian und Hilgers lenken den Blick auf ein "Drittes", das die gesellschaftliche ebenso wie die natürliche Einbindung des Menschen akzeptiert, "das sowohl die positiven Bedeutungen technischer Errungenschaft wertschätzt als auch das Bewußtsein um kreisförmige Prozesse, in die wir eingebettet sind, integriert" (671).

Die Erlösungshoffnungen, die in die Natur gesetzt werden, die Stilisierung der Ökologie zur Leitwissenschaft - so lassen sich diese Überlegungen zusammenfassen -, sie verweisen auf eine zutiefst gesellschaftliche Aufgabe: auf die Notwendigkeit, das Verhältnis von Natur und Gesellschaft in Verantwortung gegenüber beiden Bereichen zu gestalten. Das setzt die Einsicht voraus, daß es auch im ökologischen Diskurs um gesellschaftliche Probleme geht, daß die unterschiedlichen Problemwahrnehmungen und -beurteilungen das Ergebnis gesellschaftlicher Erfahrungen und Bedürfnisse sind. "Die Ökologiebewegung ist keine Umwelt-, sondern eine gesellschaftliche Innenweltbewegung", behauptet Beck (1988: 92).

Im ökologischen Diskurs kommen gesellschaftliche Probleme an die Oberfläche, die für verschiedene Gruppen in unterschiedlicher Weise relevant sind. Gruppen, die ihre vordringlichen Anliegen darin nicht ausgedrückt sehen, werden es schwer haben, den ökologischen Diskurs zu akzeptieren oder selbst zu vertreten. Umgekehrt werden sich vor allem jene Schichten mit dem ökologischen Diskurs identifizieren, "in denen die Entzauberung, Entselbstverständlichung, also 'Individualisierung' weit fortgeschritten ist" (Beck 1988: 93). Auch im ökologischen Diskurs sind die Menschen primär mit sich selbst, den eigenen Ansprüchen, Wünschen und Bedürfnissen konfrontiert. Die Natur dient - ob als zerstörte oder als verehrte -

als Projektionsfläche menschlicher Interessen. Für ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Natur und Gesellschaft erscheint mir die Erfahrung im praktischen Umgang mit der Natur von entscheidender Bedeutung (vgl. 7.4). Den theoretischen und politischen Diskurs über die Natur durch einen praktischen Diskurs mit der Natur zu ergänzen, könnte nicht nur neue Erkenntnismöglichkeiten schaffen, sondern auch die Beteiligung weiterer gesellschaftlicher Gruppen fördern.

3.2.4 Die Diskrepanz zwischen Einstellungen und Verhaltensweisen im ökologischen Diskurs

In der Forschung zum Umweltbewußtsein und zum Verbraucherverhalten ist wiederholt festgestellt worden, daß ökologische Orientierungen häufig nicht mit entsprechenden Handlungsabsichten oder Verhaltensweisen verbunden sind. Diese Diskrepanz zwischen Einstellung und Verhalten erschwert nicht bloß die Umsetzung ökologischer Konzepte. Sie läßt grundsätzlich die Ernsthaftigkeit und Glaubwürdigkeit des ökologischen Diskurses zweifelhaft erscheinen. Gruppen, die dem ökologischen Diskurs skeptisch gegenüberstehen, können sich dadurch in ihrer distanzierten Haltung bestärkt fühlen. Denn im ökologischen Diskurs werden weitreichende Verhaltenserwartungen an verschiedene gesellschaftliche Gruppen, unter anderem die Bauern, gerichtet. Ohne entsprechende Veränderungen im eigenen Verhalten, dürften Forderungen an andere Gruppen wenig überzeugend und letztlich wirkungslos bleiben.

Die Diskrepanz zwischen Umweltbewußtsein und Umweltverhalten gehört zu den charakteristischen Ergebnissen der sozialwissenschaftlichen Umweltforschung. Dierkes und Fietkau (1988) resümieren:

"Der hohe Stellenwert, den Umweltschutz sowohl im Denken der Bevölkerung als auch im Denken von Entscheidungsträgern in Politik und Wirtschaft einnimmt, findet nicht immer und nicht im gewünschten Umfang seine Entsprechung im konkreten Alltagshandeln. Diese Diskrepanz wird insbesondere da deutlich, wo sich tradierte umweltbelastende Handlungsmuster nicht einfach gegen neue umweltschonendere austauschen lassen, sondern tiefer verwurzelte Überzeugungen, gewohnte Lebensstile oder anders gelagerte Interessen in Frage stellen" (5).

Wichtige Beiträge zu dieser Fragestellung liefert auch die Konsumforschung, die sich im letzten Jahrzehnt verstärkt der ökologischen Aspekte des

Konsumverhaltens angenommen hat (vgl. Joerges 1982; Balderjahn 1986; Piorkowsky & Rohmer 1988). Ich stütze meine Ausführungen auf beide Forschungsrichtungen.

Insgesamt sind die Ergebnisse differenziert zu betrachten und mit Vorsicht zu interpretieren, bestehen doch erhebliche theoretisch-konzeptionelle und methodische Schwierigkeiten. Ebenso wie beim Umweltbewußtsein mangelt es an Konzepten zur Definition und Operationalisierung von Umwelthandeln bzw. von umweltbewußtem Konsumverhalten. Die Erhebung von Handlungsweisen mit sozialwissenschaftlichen Methoden ist ausgesprochen schwierig und aufwendig. Um zuverlässige Resultate zu erhalten, müßten aktuelle Handlungen (z.B. durch Beobachtung) erfaßt werden. In den meisten Studien werden aber nur die Handlungsbereitschaft oder vergangene Handlungen durch Befragung ermittelt. Die Zuverlässigkeit solcher Daten ist begrenzt, zumal wenn Aspekte der sozialen Erwünschtheit wirksam werden. Das ist im Hinblick auf umweltbewußtes Verhalten in besonderer Weise der Fall (vgl. Piorkowsky & Rohmer 1988: 22).

Im einzelnen zeigen sich durchaus unterschiedliche Befunde, die die pauschale Behauptung einer "Lücke zwischen Umweltbewußtsein und Umwelthandeln" (40ff) nicht gerechtfertigt erscheinen lassen. Zunächst ist festzuhalten, daß umweltorientierte Verhaltensweisen mit der Ausbreitung des ökologischen Diskurses zugenommen haben. Eine vom Verlagshaus Gruner & Jahr in Auftrag gegebene repräsentative Studie von 1980 (durchgeführt vom Marplan-Institut) gibt deutliche Hinweise auf Energiesparmaßnahmen und auf die Vermeidung umweltbelastender Produkte: 51,8% der befragten Konsumenten geben an, weniger zu heizen, 37,8% wollen nur noch Getränke in Pfandflaschen kaufen (nach Balderjahn 1986: 11). Besonders hoch ist die Akzeptanz von Recycling-Maßnahmen. Befragungen des Emnid-Instituts zufolge ist die Beteiligung der Bürger an der Sammlung von Altpapier und Pappe von 58% im Jahr 1978 auf 87% im Jahr 1985 gestiegen, an der Sammlung von Altglas im selben Zeitraum gar von 27% auf 79% (nach Kaase 1986: 316). Da zugleich das Aufkommen an wiederverwendbaren Rohstoffen beträchtlich gestiegen ist, stehen hinter diesen Angaben der Befragten in beträchtlichem Maße reale Verhaltensänderungen.

Nichtsdestotrotz ist das Müllaufkommen der privaten Haushalte nicht entscheidend zurückgegangen. Unter Bezug auf eine Studie der Technischen Universität Berlin verweisen Dierkes und Fietkau (1988) sogar darauf, daß in Berlin "das Müllaufkommen privater Haushalte von 1977/78 bis 1985 von 262 Kilogramm pro Haushalt und Jahr auf 274 Kilogramm gestiegen" (131f) ist. Das läßt vermuten, daß sich trotz der Beteiligung an Recycling-Maßnahmen grundsätzlich an dem ökologisch belastenden und ressourcen-

aufwendigen Konsumstil wenig geändert hat. Irritierend wirkt auch ein Befund, den Fietkau & Schiffer (1982) bei einer Befragung von 254 Benutzern von Altglascontainern in Berlin ermittelten:

"Übereinstimmend mit den Ergebnissen von Tuminski und Doedens konnten wir feststellen, daß etwa die Hälfte aller Benutzer von Altglascontainern ihr Glas mit dem eigenen PKW anliefern. Fußwege von mehr als 800 m bzw. 1000 m werden nicht in Kauf genommen" (113).

Offenbar stößt das Recycling-Verhalten auf große Akzeptanz, ohne daß damit weitergehende Veränderungen im Lebensstil verbunden sind. Fietkau und Schiffer geben gar der Vermutung Ausdruck, einzelne Umweltschutzmaßnahmen müßten als Beruhigung für ein schlechtes Konsumenten-Gewissen dienen:

"Es ist vorstellbar, daß wir unseren Lebensstil, ohne oft darüber zu reden und ohne es uns selbst einzugestehen, als verschwenderisch und rücksichtslos gegenüber den Armen im eigenen Land und den Hungernden in der Dritten Welt erleben. Wenn dies so ist, könnten Recycling-Aktionen im Erleben der sich Beteiligten dazu dienen, die mit ihrem Lebensstil verbundenen Schuldgefühle zu reduzieren" (118).

Diskrepanzen zwischen der Einsicht in Umweltprobleme und in Handlungsnotwendigkeiten auf der einen Seite und der konkreten Handlungsbereitschaft auf der anderen Seite werden auch durch Befunde der Umweltbewußtseinsforschung belegt. Dierkes und Fietkau (1988) zitieren eine Untersuchung des Instituts für Jugendforschung bei Jugendlichen im Alter von 14 bis 25 Jahren von 1982:

"Einerseits wird das Auto zutreffend als große Umweltbelastung gesehen, andererseits ist kaum ein junger Mensch bereit, auf den PKW oder das Kraftrad ganz zu verzichten. ... Wie stark der Trend zum Auto immer noch ist, zeigt sich auch daran, daß von der Mehrheit ein weiterer - geringfügiger - Ausbau des Straßennetzes befürwortet wird" (82).

Generell zeigt die Studie,

"daß (schwankend bei unterschiedlichen Maßnahmen) 50 - 60% derer, die eine Maßnahme als sinnvoll ansehen, auch bereit wären, sich persönlich auf eine solche Maßnahme verpflichten zu lassen" (83).

Wie ernst ist es den Bundesbürgern also mit ihrer Sorge um die Umwelt, der in Umfragen so vehement Ausdruck verliehen wird? Die Aussagen jener Studien, die ausdrücklich den Zusammenhang zwischen Umweltbewußtsein

und Umwelthandeln zum Thema haben, sind nicht eindeutig. In einer methodisch anspruchsvollen Sekundäranalyse der oben erwähnten Gruner & Jahr-Studie stellt Balderjahn (1986) keinen Zusammenhang fest: "Die Einstellung zum Problem der Umweltverschmutzung ist kaum verhaltensrelevant" (226). Generell sind die Kausalzusammenhänge, die Balderjahn zur Erklärung umweltbewußten Konsumentenverhaltens findet, schwach ausgeprägt (243). Die relativ stärksten Einflüsse auf ökologisch orientierten Konsum gehen von den Wertvariablen 'Soziale Sicherheit' und 'Sparsamkeit' aus. Überraschenderweise findet Balderjahn entsprechend die umweltbewußteren Konsumenten im konservativen Milieu (245).

Den Untersuchungen eines für die Bundesrepublik repräsentativen Haushaltspanels von 1985 bis 1987 durch die G&I Forschungsgemeinschaft für Marketing zufolge unterscheiden sich umweltbewußte und umweltindifferente Haushalte dagegen sehr wohl in ihrem Konsumverhalten:

"Die umweltbewußten Haushalte kauften (und verbrauchten) - jeweils von Januar bis September bzw. Oktober gemessen - im Vergleich mit den nicht umweltbewußten Haushalten von den Gütern des täglichen Bedarfs insgesamt weniger gesundheits- und umweltschädliche bzw. -bedenkliche und mehr gesundheits- und umweltverträgliche Güter (...)" (nach Piorkowsky & Rohmer 1988: 23).

So erwarben umweltbewußte Haushalte im Jahr 1985 33% weniger Weichspüler, 32% weniger Dosenbier, 30% weniger Deomittel oder 28% weniger WC-Reiniger. Auf ihrem Haushaltszettel fanden sich dagegen deutlich mehr Cerealien (36%), Fruchtsäfte (15%) und Getränke in Mehrwegflaschen (12%). Da der Konsum durch die Führung von Haushaltsbüchern ermittelt wurde, können diese Ergebnisse deutlich höhere Reliabilität beanspruchen als bloße Befragungen.

Aus den verschiedenen Forschungsbefunden versucht Piorkowsky eine "Umweltverhaltens-Typologie" (42f) abzuleiten, die Umweltbewußtsein und Umwelthandeln als getrennte Faktoren verbindet. Die jeweiligen Gruppengrößen werden auf der Grundlage des Stands der empirischen Forschung geschätzt. Piorkowsky kommt zu dem Ergebnis,

"daß lediglich etwa 10 v.H. der Verbraucher als umweltbewußte 'Avantgarde' in dem Sinne gelten kann, daß diese Grundhaltung auch für weite Bereiche des Arbeits- und Konsumverhaltens maßgeblich ist. Und rund 20 v.H. der Verbraucher können aufgrund des Umweltverhaltens zum 'Harten Kern' der Umweltbewußten gezählt werden. Weitere rund 20 v.H. gehören zusammen mit den bereits genannten Segmenten zu den

'Umweltbewußten i.e.S.'. Und etwa 30 v.H. der Verbraucher sind nur in einem sehr oberflächlichen Sinn umweltbewußt, d.h. diese äußern in Umfragen zwar Betroffenheit und sogar Handlungsbereitschaft, aber sie handeln umweltfreundlich nur ausnahmsweise in einzelnen Handlungsbereichen und nur unter besonders günstigen Rahmenbedingungen" (67f).

Weitere 20% gelten Piorkowsky als umweltindifferent, da sie weder ökologisch denken noch handeln. Im Vergleich zum Umweltbewußtsein schätzt er das ökologische Verhaltenspotential also eher gering ein.

Konsequent und kontinuierlich umgesetzt werden ökologische Einsichten offenbar nur von einer kleinen Gruppe. Die meisten Verbraucher dürften eher als Gelegenheits-Umweltschützer zu bezeichnen sein. Sie verhalten sich in einzelnen 'günstigen' Situationen umweltbewußt, passen aber ihren Lebensstil nicht grundsätzlich ökologischen Erfordernissen an. Ihre Motivation für ökologisches Handeln dürfte einerseits in der sozialen Erwünschtheit begründet liegen, andererseits in konkretem Nutzen, etwa wenn umweltbewußtes Handeln mit Sparsamkeit (z.B. Energiesparen, Waschmittelverbrauch) oder mit positiven Auswirkungen auf die Gesundheit (z.B. Fitness, Ernährung) verbunden ist. Grundsätzlich aber gilt:

"Den meisten derzeit beobachtbaren umweltbezogenen Verhaltensänderungen ist gemeinsam, daß sie ohne weitreichende Umstellungen im allgemeinen 'Lebensstil' vollziehbar waren. Sie fügten sich relativ leicht in den Kontext tradierter Lebensgewohnheiten ein" (Dierkes & Fietkau 1988: 183).

In der Förderung umweltgerechten Handelns sehen Dierkes und Fietkau denn auch die zentrale Aufgabe für die Zukunft. Diese Notwendigkeit gilt nicht nur für einzelne Bevölkerungsgruppen, sondern für die große Bevölkerungsmehrheit. Es ist deshalb nicht unproblematisch, wenn im ökologischen Diskurs bestimmte Gruppen in spezifischer Weise zu ökologischem Handeln aufgefordert werden. Zwar sind in einzelnen Gesellschaftsbereichen, wie z.B. in der Landwirtschaft, ökologische Maßnahmen besonders dringlich. Doch finden die davon betroffenen Gruppen eine willkommene Entschuldigung im allgemeinen Handlungsdefizit. Warum gerade wir?, können sie nicht ganz zu unrecht fragen und auf die relative Untätigkeit anderer Gruppen verweisen.

3.3 Thesen zur Beteiligung der Bauern am ökologischen Diskurs

Die Ausführungen in diesem Kapitel haben zum Ziel, strukturelle Merkmale des ökologischen Diskurses aufzuzeigen, die der bäuerlichen Bevölkerung eine Beteiligung erschweren können. Denn, so lautet die These, die Schwierigkeiten der Bauern im Umgang mit der Umweltkrise hängen auch mit immanenten Merkmalen des ökologischen Diskurses zusammen. Wenn die Bauern ökologische Ansprüche zurückweisen, dann liegt das nicht nur an betrieblich-ökonomischen Zwängen oder an mangelndem Willen und Wissen, sondern auch an der Art und Weise, in der ökologische Forderungen in der Gesellschaft diskutiert und vermittelt werden.

Da Diskurse neben dem Kennzeichen der Verständigung auch Machtspekte einschließen, wie ich im Anschluß an Foucault erläutert habe (3.1.1), können soziale Ungleichgewichte und Einseitigkeiten in Diskursstrukturen verankert sein. Der ökologische Diskurs hat sich bisher eher uneinheitlich und diffus entwickelt und noch kaum feste Orientierungsmuster etabliert (3.1.2). Das liegt nicht nur an seiner mit 20 Jahren vergleichsweise kurzen Existenz. Die Unsicherheit hängt, wie Beck herausarbeitet, auch mit systematischen Schwierigkeiten der Wissensproduktion und Wissensvermittlung über das ökologische Risikopotential zusammen. Es ist deshalb nicht verwunderlich, wenn die Realität des ökologischen Diskurses in vielen Bereichen, z.B. Schulen und Medien, noch nicht den hohen Ansprüchen genügt, wie sie im Umweltbewußtsein der Bundesbürger zum Ausdruck kommen (3.1.3). Die historische Entwicklung des ökologischen Diskurses aus der Studentenbewegung und in enger Verbindung mit der Bürgerinitiativbewegung macht es verständlich, daß verschiedene Gruppen in unterschiedlichem Ausmaß Anteil daran genommen haben.

Vier Strukturmerkmale des ökologischen Diskurses scheinen mir in besonderer Weise für die Bauern ein Hindernis darzustellen. Erstens hat sich der ökologische Diskurs in einem soziokulturellen Milieu entwickelt, mit dem die Bauern wenig Kontakt haben und dem sie mit einer gewissen skeptischen Distanz gegenüberstehen. Die Ökologie-Bewegung ist aus der ganz akademisch und städtisch ausgerichteten Studentenbewegung heraus entstanden und hat vor allem im Bereich der neuen Mittelschichten (Personen mit hoher Bildung, häufig in Humandienstleistungsberufen beschäftigt)

Unterstützung gefunden (3.2.1). Zum zweiten ist die Wahrnehmung und Deutung der Umweltkrise in hohem Maße auf die Vermittlungsfunktion von Wissenschaft und Medien angewiesen (3.2.2). Das in der Umfrageforschung festgestellte hohe Umweltbewußtsein in der Bundesrepublik entspringt zum geringeren Teil - Beck spricht von 'Erfahrungslosigkeit' - konkreten Alltagserfahrungen von Umweltbelastungen. Im wesentlichen beruht es auf den Informationen über nationale und globale ökologische Gefährdungen, wie sie die Medien verbreiten. Die Informationsvermittlung durch Wissenschaft und Medien ist einerseits unerläßlich. Andererseits prägt sie den ökologischen Diskurs mit ihren institutionsspezifischen Normen und Regeln in einseitiger Weise.

Diese beiden Strukturmerkmale tragen dazu bei, daß der ökologische Diskurs den Bauern als äußerliche und fremde Anforderung gegenübertritt. Sie verbinden die ökologische Diskussion mit Gruppen, deren soziales und kulturelles Erscheinungsbild ihnen eher als Gegenkultur gilt. Mit ökologischer Kritik sehen sie sich vor allem in den Medien konfrontiert, von denen sie sich ohnehin diskriminiert fühlen und auf die sie wenig Einfluß zu haben meinen (vgl. 4.3.1). Diese Distanz wird durch die Zurückhaltung landwirtschaftlicher Institutionen in der Information über ökologische Probleme und in der Auseinandersetzung mit ökologischen Ansprüchen der Gesellschaft begünstigt.

Erst vor wenigen Jahren haben ökologische Fragen Eingang in die landwirtschaftliche Ausbildung und Beratung gefunden. Kaiser-Zülch (1987) schätzt diesen Einstieg im Vergleich zu anderen Ausbildungsbereichen zwar als erfreulich ein, macht aber angesichts des Problemdrucks darauf aufmerksam, "daß der momentane Stand der Umweltinformation und erziehung nicht befriedigt" (150). Nur in zwei Bundesländern (Baden-Württemberg und Hessen) ist Umweltschutz als eigenes Fach oder Teilgebiet im Lehrplan der Landwirtschaftsschulen ausgewiesen (nach Wentingmann 1988: 31). In den Höheren Landbauschulen "tritt Umweltschutz nicht als selbstständiges Fach auf" (31). Der Deutsche Bauernverband pflegt das Selbstbild vom Landwirt als bestem Umweltschützer.

"Niemand ist mehr am Schutz des Bodens interessiert als derjenige, für den die wiederkehrende Nutzung die Grundlage seiner Existenz und der seiner Familie bildet. Aus diesem Eigeninteresse leistet die Landwirtschaft einen wesentlichen Beitrag zur Erhaltung und Pflege der natürlichen Lebensgrundlagen, zur Gestaltung und Bewahrung unserer Kulturlandschaft",

urteilt zum Beispiel von Heereman (1985: 3), der Präsident des Verbandes.

Die Abwehrhaltung gegen ökologische Kritik ist in den agrarischen Institutionen selbst verwurzelt und wird zum Teil über die Fachpresse verbreitet (vgl. auch 7.2).

Die Agrarwissenschaften vermitteln und vermitteln weitgehend den Eindruck, eindeutige Aussagen zur Umweltbelastung durch die Landwirtschaft ließen sich nicht treffen und eventuelle Probleme seien ohne weiteres technisch in den Griff zu bekommen. Die Sonderstellung der Landwirtschaft im ökologischen Diskurs ist sogar gesetzlich festgeschrieben: Das Bundesnaturschutzgesetz enthält eine Landwirtschaftsklausel (§1, Abs. 3), derzufolge einer ordnungsgemäßen Landwirtschaft für die Erhaltung der Kultur- und Erholungslandschaft eine zentrale Bedeutung zukommt und sie in der Regel den Zielen des Bundesnaturschutzgesetzes dient⁴⁸. Die Bauern konnten sich mit diesem Rückhalt lange Zeit im Recht und in einer sicheren Verteidigungsposition fühlen. Sie hatten zunächst wenig Veranlassung, sich auf die von außen kommende ökologische Kritik einzulassen.

Als weitere für die Bauern hinderliche Strukturmerkmale des ökologischen Diskurses habe ich den ökologischen Naturalismus (3.2.3) und die Diskrepanz zwischen Einstellungen und Verhaltensweisen im ökologischen Diskurs (3.2.4) angeführt. Beide Aspekte betreffen die Glaubwürdigkeit des ökologischen Diskurses für die Bauern. Sie sind deshalb besonders wichtig, weil die ökologische Kritik an der Landwirtschaft häufig verbunden ist mit Erwartungen an weitreichende Verhaltensänderungen der Landbewirtschafteter. Zwar gelten als Voraussetzungen für eine umweltgerechte landwirtschaftliche Produktion zunächst nur Änderungen der Produktionsverfahren. Aufgrund der engen Verflechtung von Familie und Betrieb auf dem bäuerlichen Hof sind ökologisch orientierte Maßnahmen mittelbar jedoch mit erheblichen sozialen Konsequenzen verbunden. Umstellungen der Produktionsverfahren wirken sich auf die ökonomische Ertragslage aus und können die Arbeitssituation und die Arbeitsbelastung beeinflussen. Der Wechsel zum alternativen Landbau hat gar einen grundlegenden Wandel im Wirtschaftsstil zur Folge. Solche Auswirkungen können für den einzelnen Betrieb positiv oder negativ ausfallen. Sie können als Chance begriffen oder als Belastung erfahren werden. In jedem Falle erfordern sie Verhaltensänderungen und prägen sich im Arbeitsalltag ein.

⁴⁸ Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen hält in seinem Gutachten (RSU 1985) diese Sonderstellung für eine ungerechtfertigte Privilegierung der Landwirtschaft: "Die Landwirtschaftsklauseln befreien - trotz einiger auslegungsfähiger einschränkender Formulierungen - einen Hauptverursacher von Umweltbelastungen weitgehend von den Regelungen des Naturschutzrechts, dadurch wird die Glaubwürdigkeit dieses Rechts beeinträchtigt" (64f).

Solche weitreichenden Erwartungen an die Umstellung von Arbeits- und Lebensgewohnheiten einer Berufsgruppe werden sich im ökologischen Diskurs nur dann glaubhaft vertreten lassen, wenn auch andere gesellschaftliche Gruppen zu einer ökologisch ausgerichteten Lebenspraxis bereit sind. Wie die empirischen Befunde zeigen, gilt das nur in beschränktem Maße. Das Umwelthandeln fällt wesentlich schwächer aus als das Umweltbewußtsein. Die bäuerliche Bevölkerung findet in den anderen Gesellschaftsschichten nur wenig Vorbilder für eine ökologisch orientierte Arbeits- und Lebensweise.

Zugleich ist das Verhältnis von Natur und Gesellschaft im ökologischen Diskurs einseitig an der Ökologie als neuer Leitwissenschaft ausgerichtet. Gesellschaftliche Problemlagen werden demgegenüber häufig als zweitrangig eingestuft. Eine solche Sichtweise ist zum einen wirklichkeitsfremd, weil sie die gesellschaftliche Definitions- und Gestaltungsnotwendigkeit für Natur unterschätzt. Auf der anderen Seite wird sie den Bedürfnissen sozial und ökonomisch besonders belasteter Gruppen in der Gesellschaft nicht gerecht. Für diese ist das soziale Risiko immer noch bedeutend höher als das ökologische (oder scheint es zu sein). Die Bauern befinden sich in verschiedener Hinsicht in einer marginalisierten, von sozialen, politischen und ökonomischen Abhängigkeiten gekennzeichneten Situation und empfinden sich zum Teil selbst als gesellschaftlich randständig (siehe Kapitel 4). Einseitig an ökologischen Erfordernissen ausgerichtete Forderungen werden dieser Problemlage nicht gerecht. Sie können von den Bauern verständlicherweise nur als Zumutung empfunden werden.

So besteht die Gefahr, daß der ökologische Diskurs mit seinen Strukturmerkmalen bei den Bauern eine Abwehrhaltung auslöst, wie sie Beck (1986) in der "immanente(n) Tendenz zur 'Sündenbock-Gesellschaft'" (101) gekennzeichnet hat. Nach Beck besteht eine Möglichkeit, auf die Betroffenheit durch ökologische Gefährdungen zu reagieren, in der "Leugnung aus Angst" (100). Betroffenheit löst in diesem Fall Abwehr aus:

"Mit dem Ausmaß der Gefahr wächst die Wahrscheinlichkeit ihrer Leugnung, Verharmlosung. Dafür gibt es immer Gründe. Risiken entstehen ja im Wissen und können damit im Wissen verkleinert, vergrößert oder einfach von der Bildfläche des Bewußtseins verdrängt werden" (100).

Mit dieser Reaktionsweise lassen sich Befürchtungen unterdrücken und Ansprüche ersticken. Letztendlich kann sogar die Schuld den Kritikern selbst zugeschoben werden, die nun ihrerseits zu 'Sündenböcken' werden: "Plötz-

lich sind es nicht die Gefährdungen, sondern diejenigen die sie aufzeigen, die die allgemeine Unruhe provozieren" (101).

Ich kann hier nur Thesen zur Beteiligung der Bauern am ökologischen Diskurs formulieren. Auf empirische Ergebnisse dazu werde ich später (Kapitel 5 und 6) ausführlich eingehen. Dabei wird sich zeigen, daß die von Beck beschriebene Abwehrhaltung tatsächlich ein wesentliches Merkmal bäuerlichen Umweltbewußtseins ist. Grundsätzlich aber ist zu beachten: Die geschilderten Zusammenhänge können wirksam werden (zumindest erscheinen sie mir theoretisch plausibel), sie müssen es aber nicht. In keinem Fall sollten die Bauern vorschnell zu bloßen Opfern der gesellschaftlichen Verhältnisse stilisiert werden. Die geschilderten Strukturmerkmale mögen es den Bauern erschweren, am ökologischen Diskurs teilzunehmen. Sie machen es ihnen sicher nicht unmöglich. Auch andere gesellschaftliche Gruppen stoßen auf spezifische Hindernisse und sind gefordert, mit ihnen umzugehen und sie zu bewältigen. Vor allem Gruppen, deren Handeln in hohem Maße umweltrelevant ist, haben diesbezüglich eine gewichtige Aufgabe. Die Bauern tragen als Bearbeiter und Gestalter der Kulturlandschaft und als Produzenten tierischer und menschlicher Nahrung eine große Verantwortung für die Natur und für die Gesundheit der Menschen. Sie bleiben gefordert, Konsequenzen aus der ökologischen Krise zu ziehen.

Umgekehrt mag es durchaus auch Merkmale des ökologischen Diskurses geben, die den Bauern eine Beteiligung erleichtern können. Der Modernisierungsprozeß der Landwirtschaft hat seit über 40 Jahren erhebliche Verhaltensänderungen von den Bauern verlangt und neben Erleichterungen auch neue Belastungen mit sich gebracht (vgl. Pongratz 1990). Brand (1982: 156) nennt eine Stellung an der Peripherie der industriellen Leistungsgesellschaft, wie man sie für die Bauern annehmen kann, als günstige Bedingung für die Teilnahme an sozialen Bewegungen. Ferner haben die Bauern über ihre Arbeit besonders engen Kontakt mit der Natur und damit direkten Zugang zu bestimmten Umweltproblemen (z.B. Waldsterben oder Bodenerosion).

Zahlreiche umweltbelastende industrielle Großprojekte sind im ländlichen Raum durchgeführt worden und haben dort erheblichen Widerstand der Bevölkerung ausgelöst. In den lokalen Bürgerinitiativen gegen Atomkraftwerke, atomare Lager oder Wiederaufbereitungsanlagen, Autobahnen, Flughäfen usw. hat es nicht an bäuerlicher Beteiligung gefehlt. Sie fällt aber in den einzelnen Fällen unterschiedlich aus und hängt offenbar von verschiedenartigen Bedingungen ab. Schritt (1977) beschreibt drei grundverschiedene Beispiele bäuerlichen Widerstands gegen Atomanlagen (57ff): Während in dem einen Fall (Esenshamm an der Unterweser) weder die bäu-

erliche noch die übrige Bevölkerung aktiv wurde, bildeten Bauern und Winzer (und vermutlich auch Bäuerinnen und Winzerinnen) in Whyll (Südbaden) die wichtigste Gruppe im Widerstand gegen ein geplantes Kernkraftwerk, in dem sich die gesamte Bevölkerung zusammenfand. In Hümmling (im Emsland) wurde die Bürgerbewegung gegen die Planung einer atomaren Wiederaufbereitungsanlage sogar vom Kreislandvolksverband initiiert und getragen. Aus diesen Beispielen läßt sich schließen, daß die Bereitschaft zur Beteiligung an Bürgerinitiativen von den Informationsmöglichkeiten, von der Kommunikation der Bauern untereinander (die zum Beispiel in Dörfern leichter zustande kommt als in Siedlungen mit Einzelgehöften) und von der Haltung der Bauernverbände abhängen kann (vgl. Schritt 1977). Wenn sie erst einmal aktiviert sind, zählen Bauern und Bäuerinnen offenbar zu den besonders engagierten Verfechtern: "Bauern, die das Problem begriffen haben, lassen sich nicht mehr beschwichtigen" (64).

Aufschluß über die Beteiligung von Bauern an Bürgerinitiativen liefert auch eine Studie zum Bürgerprotest gegen den Neubau der Bahnstrecke Mannheim-Stuttgart (Hagstotz 1981). Mit einem schriftlichen Fragebogen wurden im Jahr 1979 insgesamt 320 Mitglieder der entsprechenden Bürgerinitiativen befragt, darunter 55 Vollerwerbslandwirte, 16 Nebenerwerbslandwirte und 5 anderweitig landwirtschaftlich Erwerbstätige (149, 355). Die befragten Bauern (und vermutlich Bäuerinnen) nehmen in verschiedener Hinsicht eine Sonderstellung in der Bürgerinitiative ein. Sie haben früher als andere Gruppen vom geplanten Neubau erfahren (123), da sie in höherem Maße durch Gemeinderatsmitglieder informiert oder mit den Vorbereitungsarbeiten, z.B. Probebohrungen und Vermessungsarbeiten, konfrontiert worden sind (125). Weil die Trassenführung der Neubaustrecke viele landwirtschaftliche Betriebe unmittelbar in ihrer Existenz bedrohte, war ein rasches und aktives Vorgehen gefordert: Die Landwirte zählten zu den ersten Mitgliedern der Bürgerinitiative (130). Als Motiv steht für sie die Bedrohung der beruflichen Existenz im Vordergrund, während die anderen Gruppen eher den Widerstand gegen Landschaftszerstörung und die Verhinderung der Verschwendung öffentlicher Mittel als Beitrittsgrund angeben (138). Die Bewahrung vor materiellem Schaden gilt für die landwirtschaftliche Berufsgruppe auch häufiger als Vorteil der Mitgliedschaft (172). Nach der Berufsgruppe differenziert sind die Landwirte fast bei allen Unterstützungsmaßnahmen die aktivste Gruppe (179) mit der größten Kontakthäufigkeit in der Bürgerinitiative (181).

Obwohl die existentielle Betroffenheit durch die Gefährdung der Weiterbewirtschaftung des Hofes sicher ein wesentliches Motiv für das Engagement vieler Landwirte darstellt, läßt sich ihre Tatkraft nicht auf die bloße

Verfolgung privater Interessen reduzieren. Der Naturschutz ist für sie eine wichtiges Ziel (138 und 172). Außerdem scheint ihnen die Kommunikation mit anderen Mitgliedern der Bürgerinitiative ausgesprochen am Herzen zu liegen: Sie geben öfter als die anderen Gruppen an, interessante und nette Leute kennengelernt zu haben (172), und sie haben eine bessere Meinung von der Einsatzbereitschaft der Mitglieder insgesamt (190). Eine spezifische soziale Distanz der Bauern zum ökologischen Diskurs oder zu den sozialen Gruppen, die ihn vertreten, läßt sich in diesem Beispiel jedenfalls nicht feststellen.

Aus den Erfahrungen mit der Beteiligung von Bauern an Bürgerinitiativen läßt sich das Fazit ziehen, daß das Zusammentreffen verschiedener Faktoren zu einem beträchtlichen ökologisch orientierten Engagement führen kann. Zu diesen Faktoren zählen rechtzeitige Information, funktionierende Kommunikation innerhalb der bäuerlichen Bevölkerung wie mit anderen Gruppen und Betroffenheit in der beruflichen Existenz. Ein entscheidender Ansatz für die Förderung einer Beteiligung der Bauern am ökologischen Diskurs über lokale Initiativen hinaus könnte es deshalb sein, die Kommunikation mit der nicht-landwirtschaftlichen Bevölkerung zu intensivieren und Möglichkeiten der Existenzsicherung vermittels einer ökologisch ausgerichteten Landbewirtschaftung aufzuzeigen. Denn nicht durch den ökologischen Diskurs, sondern durch den anhaltenden Modernisierungsprozeß der Landwirtschaft sind viele landwirtschaftliche Betriebe in ihrer Existenz bedroht. In dieser Situation kommt es darauf an aufzuzeigen, daß der ökologische Diskurs nicht nur für die Natur und für die Gesellschaft eine Chance darstellt. Es kommt darauf an, den Bauern und Bäuerinnen verständlich und glaubhaft zu machen, daß sie im ökologischen Diskurs neue Unterstützung für die Sicherung ihrer beruflichen Zukunft und für die Erhaltung ihrer kulturellen Eigenständigkeit finden können.

4 Gesellschaftliche Lage der Landwirtschaft

Die Art und Weise, wie die Bauern ökologische Probleme der Landwirtschaft betrachten und auf entsprechende Forderungen reagieren, steht im Zusammenhang mit der gesellschaftlichen Lage der Landwirtschaft und mit dem gesellschaftspolitischen Bewußtsein der Bauern. Die Bauern nehmen den ökologischen Diskurs nicht als thematisch begrenzten und von den wirtschaftlichen und politischen Bedingungen der Landwirtschaft unabhängigen Bereich wahr. Vielmehr interpretieren sie ökologische Ansprüche vor dem Hintergrund des Bildes, das sie von dieser Gesellschaft im allgemeinen und von ihrer Position im besonderen entwickelt haben. Für diese zweite zentrale These zur Erklärung des Umweltbewußtseins der Bauern wird im folgenden die theoretische und empirische Grundlage gelegt. Ich erörtere theoretische Annahmen zur Stellung der Landwirtschaft in der Gesellschaft und stelle empirische Ergebnisse zur Wahrnehmung dieses Verhältnisses durch die Bauern vor.

Zunächst beschreibe ich in groben Umrissen die Stellung der Landwirtschaft in einer entwickelten industriell-kapitalistischen Gesellschaft (4.1). Dazu greife ich im wesentlichen auf theoretische Grundannahmen zurück, die der Analyse der Bundesrepublik Deutschland als einer fordistischen Gesellschaft zugrunde liegen (4.1.1). Innerhalb dieses gesellschaftstheoretischen Bezugsrahmens wird das Verhältnis zwischen der Landwirtschaft und dem dominanten städtisch-industriellen Gesellschaftsbereich als historisch spezifische Abhängigkeitsbeziehung bestimmt (4.1.2). Das Verhältnis zwischen Landwirtschaft und Gesellschaft in der Bundesrepublik wird anschließend im Hinblick auf wirtschaftliche (4.2.1) und politische Interdependenzen (4.2.2) konkretisiert. Bezeichnenderweise ist auch die soziale Lage der bäuerlichen Bevölkerung durch teils erhebliche Differenzierungen gekennzeichnet (4.2.3). Im Rahmen dieser Arbeit können freilich nur Thesen zur gesellschaftlichen Stellung der Landwirtschaft aufgestellt werden, die sich theoretisch plausibilisieren und durch exemplarische Studien und ausgewählte statistische Daten veranschaulichen lassen.

Die theoretischen Ausführungen sollen verdeutlichen, daß das Bewußtsein sozialer Randständigkeit, wie es sich in empirischen Untersuchungen bei Bauern abzeichnet (4.3), in der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Marginalisierung der Landwirtschaft eine reale gesellschaftliche Basis

besitzt. Den Ergebnissen meiner explorativen Befragung zufolge, fühlen sich viele bayerische Bauern an den Rand der Industriegesellschaft gedrängt (4.3.1). Ähnliche Resultate lassen sich auch in anderen empirischen Untersuchungen zum gesellschaftlichen Bewußtsein von Landwirten finden (4.3.2). Die Bauern haben sich den Modernisierungsanforderungen stets mit Bezug auf traditionelle Denk- und Verhaltensweisen gefügt. In der Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Ansprüchen haben sie überwiegend defensive Strategien entwickelt. Nur mit Konsumverzicht und hohem Arbeitseinsatz konnten viele bäuerliche Familien ihre berufliche Existenz sichern. Ökologische Forderungen treten ihnen nun als erneute Ansprüche einer übermächtigen Gesellschaft entgegen. Es besteht die Gefahr, daß die Bauern das gesellschaftliche Interpretationsmuster der sozialen Randständigkeit auf die Wahrnehmung des ökologischen Diskurses übertragen und eine Abwehrhaltung entwickeln (4.4).

4.1 Zur Situation der Landwirtschaft in einer fordistischen Gesellschaft

4.1.1 Die Bundesrepublik Deutschland als fordistische Gesellschaft

Die gesellschaftstheoretischen Konzepte, die unter der Bezeichnung 'Fordismus-Theorien' diskutiert werden, sind seit Mitte der siebziger Jahre zur Erklärung der weltweiten Krisenerscheinungen entwickelter industriell-kapitalistischer Gesellschaften erarbeitet worden. Die grundlegenden Arbeiten dazu stammen von den französischen 'Regulationstheoretikern', vor allem Aglietta (1987) und Lipietz (1985 und 1987), die im Anschluß an Marx die ökonomische Theorie der Kapitalakkumulation auf die neue historische Situation anwenden. In der bundesdeutschen Rezeption dieser Theorien werden vor allem die sozialen und politischen Implikationen verschiedener Akkumulationsstrategien ausgeführt (Hirsch & Roth 1986, Hirsch 1985a und 1985b, Hurtienne 1986). Lutz (1984) hat ein ähnliches theoretisches Erklärungsschema für die bundesdeutsche Nachkriegsentwicklung vorgelegt, ohne sich auf die Regulationstheorie zu stützen.

All diesen Analysen liegt die These zugrunde, daß die gegenwärtige Krise der kapitalistisch verfaßten Wirtschaft nicht konjunkturell, sondern strukturell bedingt ist. Die spezifische Prosperitätskonstellation der letzten Jahrzehnte, die mit dem Begriff 'Fordismus' charakterisiert wird, stößt demzufolge mit ihrer typischen Akkumulationsstrategie zunehmend auf immannente Grenzen. Als entscheidendes Moment der Krise gilt Hirsch und Roth (1986)

"der Widerspruch zwischen einer sich verfestigenden, durch spezifische Klassenrelationen, gesellschaftlich-politische Institutionen, Interessenorganisationen und 'Werte' gekennzeichneten Struktur der Gesellschaftsformation und den (sich verändernden) Verwertungsbedingungen des Kapitals. Säkulare oder strukturelle Krisen entstehen dann, wenn der kapitalistische Verwertungsprozeß an die Grenzen einer historischen Vergesellschaftungsform stößt, in deren Rahmen er ursprünglich prosperieren konnte" (36).

Diese Theorieansätze sind für meine Analyse auch deshalb von besonderem Wert, weil sie häufig zur Interpretation der gesellschaftlichen Lage der Landwirtschaft herangezogen werden (z.B. von Ipsen 1987, Kampeter 1986, Sauer 1990, Kenney et al. 1989; siehe 4.1.2). Bei der folgenden Erläuterung des Konzepts einer fordistischen Gesellschaft gehe ich weder auf die theoretischen Grundlagen der Fordismus-Theorien ein noch führe ich ihre Thesen in Einzelheiten aus. Es geht mir in diesem Abschnitt vornehmlich um die Beschreibung der Bundesrepublik als einer fordistischen Gesellschaft und der Erklärung ihrer Wohlstandsentwicklung aus der Verbindung neuer Akkumulationsstrategien des Kapitals mit spezifischen sozialen und politischen Bedingungen.

Einige allgemeine Bemerkungen möchte ich dennoch zur Kennzeichnung dieser Theorieansätze vorausschicken. Sie weichen von klassisch marxistischen Annahmen insofern ab, als sie von einer grundsätzlich offenen Entwicklung des Kapitalismus ausgehen, die nicht notwendigerweise in Zusammenbrüchen oder in Revolutionen enden muß. Lutz (1984) betrachtet Umbrüche und Diskontinuitäten im sozialen Wandel eben nicht "als Ausdruck tiefliegender und langfristig wirkender Entwicklungsgesetzmäßigkeiten industrieller bzw. kapitalistischer Gesellschaften" (34). Er interpretiert sie stattdessen "als Ergebnis einer historisch ganz einmaligen und unwiederholbaren Konstellation" (9). Der Verlauf der kapitalistischen Entwicklung wird durch große Zyklen strukturiert gesehen, in denen sich jeweils spezifische, relativ stabile Konstellationen wirtschaftlicher, sozialer und politischer Bedingungen bilden. Der Übergang zwischen historischen Kon-

stellationen (oder Formationen) ist krisenhaft, ohne daß sich der Ausgang dieser Übergangsphasen im vorhinein bestimmen ließe. In der bisherigen Geschichte des industriellen Kapitalismus werden zwei grundlegende Formationen angenommen:

- Bis zum ersten Weltkrieg war eine 'extensive' Akkumulationsstrategie vorherrschend, deren Erfolg der Ausweitung industrieller Produktionsmethoden auf immer mehr Produktionsbereiche und der Einbeziehung immer weiterer Wirtschaftsräume entsprang. Doch blieb der Mechanisierungsgrad gering und die Expansion vorwiegend auf die Produktionsmittelindustrie beschränkt. Traditionelle Sozialbeziehungen und Lebensformen in der noch stark agrarisch geprägten Gesellschaft blieben in hohem Maße bestehen. Lutz (1986: 125ff) sieht diese Phase sogar durch symbiotische Austauschbeziehungen zwischen Landwirtschaft und Industrie gekennzeichnet.
- Nach einer krisenhaften Übergangszeit zwischen den Kriegen setzt sich nach dem Zweiten Weltkrieg in der Bundesrepublik (wie in anderen westlichen Ländern) eine 'intensive' Akkumulationsstrategie durch. Sie beruht auf der Intensivierung der Arbeitsprozesse durch neue Formen der Arbeitsorganisation, der Technisierung und der Entlohnung. Ihre sozialen und politischen Grundlagen findet sie im Massenkonsum und in sozialstaatlichen Regelungen. Vorindustriell geprägte Sozial- und Wirtschaftsbereiche wie die Landwirtschaft geraten unter massiven Anpassungsdruck. Sie werden weitgehend in die industrielle Produktion einbezogen oder gänzlich ausgeschaltet. Diese Phase wird nach dem US-amerikanischen Automobilfabrikanten Henry Ford als 'Fordismus' bezeichnet (vgl. unten).

Trotz der Betonung ökonomischer Prozesse in der gesellschaftlichen Entwicklung, wird in diesen Theorieansätzen den sozialen, politischen und kulturellen Faktoren entscheidendes Gewicht beigemessen. Eine kapitalistische Gesellschaftsformation wird stets als gemeinsames Resultat von Akkumulationsstrategien und (davon nicht determinierten) sozialen und politischen Strukturen betrachtet. Die Abstimmung dieser Faktoren untereinander macht die Stabilität einer historischen Konstellation aus. Ein Primat der Ökonomie wird insofern aufrechterhalten, als die gesellschaftliche Entwicklungsdynamik in der Regulationstheorie auf Mechanismen der Kapitalakkumulation zurückgeführt wird. Ich sehe dagegen die verschiedenen Faktoren als prinzipiell gleichrangig an und gehe davon aus, daß sie in verschiedenen historischen Situationen unterschiedliche Relevanz für den gesellschaftlichen Wandel erlangen können. Neben der gesamtgesellschaftlichen

Reichweite liegt ein weiterer Vorteil dieser Theorieansätze in ihrer historischen Perspektive. Gesellschaftliche Erscheinungen werden stets dynamisch und in Zusammenhang mit ihren geschichtlichen Grundlagen betrachtet. Damit werden Theorieelemente aus marxistischer Tradition⁴⁹ mit neueren soziologischen Erkenntnissen verbunden.

Die Bundesrepublik Deutschland wurde in einer Zeit gegründet, in der sich die fordistische Prosperitätskonstellation ausgehend von den USA international stabilisierte. Sie ist in ihrer Entwicklung maßgeblich durch fordistische Akkumulationsstrategien und entsprechende gesellschaftliche Bedingungen bestimmt. Sie läßt sich damit als fordistische Gesellschaft charakterisieren, obgleich nationale Besonderheiten (z.B. Kriegszerstörung, Aufbauhilfen, kulturelle Traditionen) zu berücksichtigen sind (vgl. Hirsch & Roth 1986: 46ff).

Als Grundlage der fordistischen Akkumulationsstrategie gelten die mit der tayloristischen Arbeitsorganisation und der Massenproduktion von Konsumgütern verbundenen Veränderungen der industriellen Arbeitsprozesse (vgl. Aglietta 1987: 111ff). Die Intensivierung der Industriearbeit findet ihren klassischen Ausdruck in den Grundsätzen einer 'wissenschaftlichen Betriebsführung' des Ingenieurs Taylor (1977, zuerst 1913) und in den Arbeits- teilungs- und Entlohnungsformen, die der Fabrikant Ford (1923) in seinen Automobilwerken durchsetzte. Die vier Grundprinzipien der Arbeitsorganisation nach Taylor sind (vgl. auch Rammert 1982: 51ff):

- die wissenschaftliche Untersuchung und Festlegung der Arbeitsbewegungen und die Normierung der Arbeitsgeräte und Arbeitsbedingungen (durch die Betriebsleitung);

⁴⁹ Angesichts erheblicher antimarxistischer Ressentiments in der bundesdeutschen Land- und Agrarsoziologie erscheint mir an dieser Stelle eine Anmerkung angebracht, die im Kontext soziologischer Analysen eigentlich überflüssig sein sollte. Der soziologische Bezug auf marxistische Theorieansätze oder Theorieelemente (um die es sich in meiner Untersuchung allenfalls handelt), ist nicht notwendigerweise verbunden mit Absichten einer sozialistischen Revolution oder mit dem 'Traum von der anderen Republik'. Auch hat das Scheitern sozialistischer Gesellschaftsexperimente in Osteuropa mit der Gültigkeit marxistischer Analysen nur begrenzt zu tun. Wir lernen daraus, daß die Marx'schen Ausführungen (ebenso wie andere Theorien) keine Anleitung zur Konstruktion idealer Gesellschaften liefern. Diese Tatsache macht jedoch nicht den Erklärungswert der Theorie für die Entwicklung von Sozialordnungen zunichte. Wenn ich im folgenden von Kapitalismus oder von gesellschaftlichen Abhängigkeitsbeziehungen spreche, beschreibe ich Herrschaftsverhältnisse. Das bedeutet nicht, daß solche Erscheinungen grundsätzlich verwerflich sind. Gesellschaftliche Abhängigkeits- und Herrschaftsbeziehungen haben, soweit ich die menschliche Geschichte überblicke, stets bestanden und die gegenwärtig vorherrschenden kapitalistischen Machtverhältnisse dürften eher zu den menschenfreundlichen Formen zählen. Dies sollte aber niemanden davon abhalten zu überlegen, wie sich Macht gleichmäßiger verteilen und einseitige Belastung als Folge von wirtschaftlicher oder politischer Abhängigkeit abbauen läßt.

- die Auswahl der Arbeitenden nach Qualifikation und nach Motivation und ihre adäquate Erziehung;
- die ständige Kontrolle und Motivation der Arbeitenden durch die Betriebsleitung;
- und die Trennung von disponierender Kopfarbeit (Betriebsleitung) und ausführender Handarbeit mit dem Ziel einer "Verstärkung der zentralen Funktionen der Planung, Kalkulation und Kontrolle gegenüber den Ausführenden, denen das Wissen, die Initiative und die Kontrolle über den Arbeitsprozeß zunehmend entzogen wird" (Rammert 1982: 53).

Mit diesen Prinzipien, die in den Arbeitswissenschaften weiter ausgebaut und verfeinert worden sind, ließen sich neue Leistungspotentiale der Arbeitenden erschließen. Mit der Einführung der Fließbandproduktion zerlegte Ford den Arbeitsprozeß in kleinste Abschnitte und erweiterte die Kontrollmöglichkeiten der Betriebsleitung. Er schöpfte das Mechanisierungspotential voll aus und motivierte zugleich die Arbeitenden über vergleichsweise hohe Löhne und verschiedene Wohlfahrtsmaßnahmen (vgl. Volpert 1977: LXXXI). Ford gilt deshalb als der "paradigmatische Organisator des neuen kapitalistischen Produktions-Reproduktionszusammenhangs" (Hirsch & Roth 1986: 51). Seine Strategien geben dem einzelnen Unternehmen die Möglichkeit, "die Arbeitskräfte durchgehend einem nach seinen Bedürfnissen konstruierten System von Regeln und Kontrollen zu unterwerfen" (Rammert 1982: 55).

Die Intensivierung der Arbeitsprozesse in Verbindung mit der Forcierung des technischen Fortschritts ermöglichte eine enorme Steigerung der Arbeitsproduktivität und legte die Basis für die Massenproduktion billiger Güter. Gleichzeitig wurde mit der Steigerung der Reallöhne ein massenhafter Verbrauch von Konsumgütern (v.a. von mechanischen und elektrischen Geräten für den privaten Haushalt) angeregt, der neue inländische Absatzmärkte schuf. Die fordistische Akkumulationsstrategie ließ nicht nur die Gewinne der Kapitaleigner steigen, sondern brachte auch für die Arbeitenden wesentliche Verbesserungen mit sich. Mit der Zunahme der materiellen Ressourcen und des Lebensstandards großer Teile der Bevölkerung entstand ein "neues, traditionelle Reproduktionsformen ersetzendes Konsummodell" (51). Trotz häufiger Dequalifikation und oftmals hohen Arbeitsbelastungen, läßt sich der Fordismus keineswegs als bloßes Ausbeutungssystem beschreiben.

Von zentraler Integrationskraft erwies sich die Koppelung der Löhne an die Produktivitätsentwicklung, mit der die Grundlage für den Massenkonsum geschaffen wurde:

"Fordism refers to the fundamental linkage developed in the US economy between mass consumption and mass production and given formal expression in the 1948 General Motors/United Auto Workers pact which connected wage and productivity increases" (Kenney et al. 1989: 135).

Taylor (1977) selbst postulierte explizit als Grundgedanken seines Systems die Interessenübereinstimmung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern:

"Das Hauptaugenmerk einer Verwaltung sollte darauf gerichtet sein, gleichzeitig die größte Prosperität des Arbeitgebers und des Arbeitnehmers herbeizuführen und so beider Interessen zu vereinen" (7).

Zugleich wird in seinen Ausführungen deutlich, daß die Kosten dafür ungleichmäßig verteilt bleiben, denn "die größte Prosperität ist das Resultat einer möglichst ökonomischen Ausnutzung des Arbeiters und der Maschinen" (10).

Trotz der Beteuerungen führender Vordenker des Fordismus⁵⁰ wurde der Interessenausgleich zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern nicht innerhalb der Betriebe, sondern in erster Linie über politische Regulierungsformen erreicht (vgl. zum folgenden Hirsch & Roth 1986: 64ff). Zum Kennzeichen der fordistischen Gesellschaft wurde der Sozial- und Interventionsstaat mit seinen klassischen Ausprägungen in der europäischen Sozialdemokratie der siebziger Jahre. Sowohl die wachsende internationale Konkurrenz der Unternehmen als auch der zunehmende Einfluß hochorganisierter Interessenverbände drängte den Staat immer mehr in die Rolle einer Vermittlungsinstanz. Sie führten dazu,

"daß die staatliche Interventionstätigkeit erheblich zunahm und tendenziell die Züge einer systematischen 'Gesellschaftspolitik', d.h. einer

⁵⁰ Man sollte die Bedeutung einzelner Vordenker und Unternehmerpersönlichkeiten allerdings nicht überschätzen (vgl. auch die Kritik von Foster 1989 an der Überbetonung der Rolle Fords). Sie haben wichtige Prinzipien formuliert oder praktiziert, aber keineswegs den Fordismus als gesellschaftliche Konstellation beabsichtigt oder auch nur geahnt. Das belegen zweifelsfrei ihre gesellschaftspolitischen Vorstellungen. Zum Beispiel sind die Ansichten Fords (1923) zur Funktion des Staatsapparates der tatsächlichen Entfaltung des fordistischen Sozialstaates völlig entgegengesetzt: "Durch die Gesetzgebung läßt sich überhaupt sehr wenig erreichen: sie ist niemals konstruktiv. Sie vermag über die Rolle einer Polizeimacht nicht hinauszugehen, und darum ist es Zeitverschwendung, von unseren behördlichen Instanzen in Washington oder in den staatlichen Hauptstädten zu erwarten, daß sie tun, wozu die Gesetzgebung nicht imstande ist" (8).

komplexen Regulierung technischer, ökonomischer und gesellschaftsorganisatorischer Bedingungen erhielt" (65).

Neue Aufgaben erwuchsen der staatlichen Regulierung aus den Risiken der Lohnarbeiterexistenz immer größerer Teile der Bevölkerung in Verbindung mit der Verdrängung traditioneller sozialer Versorgungsmechanismen (z.B. Verwandtschaft oder Subsistenzproduktion). Zentrale Herausforderungen lagen im Aufbau eines staatlichen Versicherungssystems (der Kranken-, Alters- und Arbeitslosenversicherung), im Ausbau der sozialen Infrastruktur (z.B. Krankenhäuser, Altersheime oder Kindergärten) und in der Einrichtung eines öffentlichen Ausbildungssystems (allgemeinbildende und berufsbildende Schulen, Weiterbildung).

Begleitet wurde die Ausweitung staatlicher Einfluß- und Regelungsbereiche von einer "Bürokratisierung und Etatisierung von Parteien und Gewerkschaften" (68). Mit dem Anwachsen der Mitgliederzahlen und der Lösung von traditionellen Milieus verselbständigten sich die Apparate von Parteien und Gewerkschaften und entwickelten sich zu zentralisierten und bürokratisierten Großorganisationen. Sie fanden ihr Leitziel in der gesellschaftlichen Integration der Bevölkerung über partikulare Gruppeninteressen hinweg. Die Gewerkschaften wandelten sich mit der Normierung der Arbeitskämpfe und entsprechender Lohndisziplin zu einer substantiell integrativen Kraft. Als verbindende ideologische Grundlage diente ein breiter "produktivistischer Wachstums- und Fortschrittskonsens" (Hirsch 1985a: 168) mit den Zielen kontinuierlichen ökonomischen Wachstums und relativer Vollbeschäftigung. Hirsch und Roth (1986) kennzeichnen das Verhältnis der Großorganisationen Staat, Parteien, Unternehmen und Gewerkschaften durch

"das Entstehen funktionsfähiger korporativer Regulierungsformen auf zentralstaatlicher Ebene, d.h. der Etablierung formeller oder informeller Kooperationsverbünde zwischen den hochvermachteten und zentralisierten Interessenorganisationen der Unternehmer und der Lohnabhängigen sowie der Staatsadministration, verbunden mit der Durchsetzung 'sozialpartnerschaftlicher', institutionalisierter und verrechtlichter Kompromißbildungsformen (...)" (71).

Mit der fordistischen Akkumulationsstrategie änderten sich auch die sozialen Lebensformen und Lebensbedingungen der Bevölkerung grundlegend (vgl. Hirsch & Roth 1986: 53ff)⁵¹. Ein entscheidender Effekt fordistischer

⁵¹ Die Veränderungen reichen bis in die ästhetische Gestaltung hinein: "Sachlichkeit, Funktion, die Faszination schierer Größe und Quantität waren ihre Kennzeichen. ... Die Warenwelt wurde

Vergesellschaftung liegt in der allmählichen Auflösung traditioneller sozialer Milieus. Er zeigt sich unmißverständlich im Wandel der Berufsstruktur: Der Anteil der Selbständigen ging, unter anderem aufgrund des Strukturwandels der Landwirtschaft, stark zurück. Heute sind etwa 90% der Erwerbsbevölkerung lohnabhängig. Unter ihnen nahm der Anteil der Angestellten und Beamten erheblich zu, was auf die gestiegene Bedeutung von Dienstleistungs- gegenüber Produktionsarbeiten verweist. Das soziale und kulturelle Leben ordnete sich immer mehr dem oben erwähnten, auf Massenwohlstand gründenden neuen Konsummodell unter. Aufgrund des gestiegenen Lohnniveaus und des Massenangebots billiger Konsumgüter konnten große Teile der Bevölkerung ihren materiellen Lebensstandard entscheidend erhöhen. Vor allem technische Produkte (Auto, Haushaltsgeräte, Unterhaltungselektronik) fanden Eingang in die private Lebenssphäre und veränderten soziale Einstellungen und Verhaltensweisen. Mit verringerten betrieblichen Arbeitszeiten und entsprechend wachsender Freizeit gewann die private Lebensgestaltung zusätzlich an Bedeutung. Mit Begriffen wie 'Individualisierung', 'Subjektivität', 'Narzißmus' oder 'Wertwandel' werden neue Lebensorientierungen und Formen der Lebensgestaltung zu kennzeichnen versucht. Der Wandel hat zwei Seiten: Zum einen trägt er die "Züge einer warenkonsumvermittelten sozialen Isolierung, Normierung und Verhaltensstandardisierung" (60). Auf der anderen Seite aber zerstört er "viele der damit (mit traditionellen Vergesellschaftungsformen, H.P.) verbundenen Bornierungen, Beschränkungen und Unterdrückungszusammenhänge, ließ neue Bedürfnisse, Freiheiten und Sensibilitäten entstehen" (63).

Die hier beschriebenen Merkmale der Bundesrepublik als einer fordistischen Gesellschaft sind aus verschiedensten Gesellschaftsanalysen wohlbekannt. Die Leistung der Fordismus-Theorien liegt darin, sie miteinander zu verknüpfen, gemeinsame, grundlegende Erklärungszusammenhänge zu finden und sie in den historischen Kontext einzuordnen. Daraus resultieren ihre Qualitäten als Interpretationsrahmen für einzelne gesellschaftliche

ästhetisiert (pop art), Stahl, Glas und Beton gerieten zu den beherrschenden Insignien moderner Architektur" (Hirsch & Roth 1986: 76). Man vergleiche die ästhetischen Vorstellungen von Ford (1923) in ihrer Verbindung mit seinen Geschäftsprinzipien: "Mein Ziel ist Einfachheit. ... Unsere Kleidung, unsere Nahrung, unsere Wohnungseinrichtung, alles könnte viel einfacher und zugleich schöner sein. ... Die echte Einfachheit ist zugleich mit dem Sinn für das Praktische und Zweckmäßige verbunden. ... Man nehme einen passenden, bewährten Artikel und suche dann alles Überflüssige zu eliminieren. ... Indem wir die überflüssigen Teile abbauen und die notwendigen vereinfachen, bauen wir zugleich die Herstellungskosten ab. Das ist einfache Logik" (15f).

Phänomene, beispielsweise der Entwicklung der Landwirtschaft, die ich im folgenden aus dieser Perspektive betrachten will.

Eine solche theoretische Synthese bringt es naturgemäß mit sich, daß Grundzüge betont, verschiedene Ausprägungen vereinheitlicht und einzelne Abweichungen übergangen werden. Die beschriebenen Prozesse haben sich nicht in allen Gesellschaftsbereichen und in allen Staaten in gleicher Weise abgespielt. Sie waren auch nicht auf den angegebenen Zeitraum begrenzt, sondern haben früher begonnen und werden noch lange wirksam bleiben, auch wenn heute eine Krise des Fordismus und der bevorstehende Übergang zum Postfordismus angenommen wird (vgl. Hirsch & Roth 1986: 78ff und 104ff). In dieser Hinsicht hat die Warnung vor überzogenen Erklärungsansprüchen und vor der Überbetonung des kapitalistischen Profitstrebens als Erklärungsfaktor in den Fordismus-Theorien durchaus ihre Berechtigung (siehe Becker 1989; vgl. auch Foster 1989). Der Pfad zwischen analytischer Verallgemeinerung und historischer Genauigkeit bleibt auch für diese Theorieansätze eine ständige Herausforderung. Gerade in der Analyse der Entwicklung der modernen Landwirtschaft haben sie dabei meiner Meinung nach ihre Tauglichkeit erwiesen.

4.1.2 Die Entwicklung der Landwirtschaft in einer fordistischen Gesellschaft

Die Landwirtschaft ist in das fordistische Gesellschaftssystem über ökonomische, politische und soziale Strukturen umfassend eingebunden. Die fordistische Integration der Landwirtschaft ist von verschiedenen Autoren genauer untersucht worden. Lutz (1984 und 1986) erachtet die Wechselwirkung zwischen einem traditionellen und einem modernen Gesellschaftssegment als entscheidendes Element der Entwicklungsdynamik moderner Gesellschaften. Koning (1988) geht dem Zusammenhang zwischen Agrarpolitik und fordistischer Wirtschaftspolitik in Europa nach. Die Agrarentwicklung in der Bundesrepublik und in Mexiko unterzieht Kampeter (1986) einem Vergleich im Hinblick auf die fordistische Integration. Kenney et al. (1989) nehmen sich die Landwirtschaft im US-Fordismus zum Untersuchungsgegenstand. Raumentwicklung und räumliche Vergesellschaftung in der Bundesrepublik untersucht Ipsen (1987) unter Bezug auf die Regulationstheorie. Sauer (1990) betrachtet die jüngste Entwicklung der bundesdeutschen Agrarpolitik aus dieser Perspektive. Damit sind die Theorieansätze zum Fordismus international zu einem der bedeutsamsten soziologi-

schen Interpretationsrahmen für die Entwicklung der modernen Landwirtschaft geworden.

Einen ersten Zugang eröffnen Konzepte eines ökonomischen Dualismus (vgl. Pongratz 1988b), wonach zwei verschiedene Wirtschaftsbereiche im industriellen Kapitalismus bis in die Mitte dieses Jahrhunderts nebeneinander bestehen (Lutz 1984 und 1986; vgl. auch Jochimsen 1968)⁵²:

- ein traditioneller, ursprünglich subsistenzwirtschaftlich ausgerichteter Sektor, in welchem sich der Familienbetrieb mit überwiegend familien-eigenen Arbeitskräften weitgehend erhalten hat; dazu zählen Kleinbetriebe vor allem in Landwirtschaft und Handwerk, aber auch im Bereich von Handel, Verkehr und Dienstleistungen, sowie die Hauswirtschaft;
- und ein moderner, industriell-marktwirtschaftlicher Sektor, der charakterisiert ist "durch großbetrieblich-kapitalistische Organisation und Wirtschaftsweise, durch Lohnarbeit als dominante Form der Erwerbstätigkeit und durch überwiegende Orientierung an großräumigen (...) Märkten" (Lutz 1984: 21).

Zwischen beiden Segmenten bestehen "spezifisch strukturierte Austauschbeziehungen" (Lutz 1986: 125ff) von Waren und Menschen, die sich historisch wandeln. Lutz unterscheidet in der Geschichte des industriellen Kapitalismus drei Phasen, in denen die Wechselwirkung zwischen beiden Segmenten jeweils charakteristische Formen angenommen hat:

- Bis zum Ersten Weltkrieg stabilisierten sich beide Sektoren gegenseitig in einer 'Prosperitätsspirale', für die drei Austauschbeziehungen maßgeblich waren: (1) Überzählige Arbeitskräfte wanderten aus dem traditionellen Sektor in den modernen Sektor ab. (2) Sie erwarben mit dem dort verdienten Lohn Waren des alltäglichen Bedarfs aus dem traditionellen Sektor. (3) Dieser war in der Folge wiederum zu verstärkten Käufen von industriell gefertigten Gütern des modernen Sektors in der Lage. Diese Wechselwirkungen begründeten "ein symbiotisches Verhältnis zwischen dem modernen und dem traditionellen Segment, da sie essen-

⁵² In der Imperialismus-Debatte (vgl. Senghaas 1972 und 1974) der sechziger und siebziger Jahre wurde das Dualismus-Konzept sehr kritisch betrachtet, weil es den übergeordneten Zusammenhang der Abhängigkeit der Entwicklungsländer von den kapitalistischen Metropolen vernachlässigt. Demgegenüber sollten Modelle etwa der 'abhängigen Reproduktion' oder des 'peripheren Kapitalismus' zeigen, wie innerhalb einer asymmetrischen Herrschaftsstruktur die kapitalistischen Metropolen die Entwicklung der Peripherie-Länder nach ihren eigenen Erfordernissen bestimmen. Das Dualismus-Konzept wurde - obwohl es solchen Abhängigkeitsstrukturen nicht notwendig widerspricht - als Ideologie der Verschleierung dieses imperialistischen Verhältnisses gewertet (mehr Verständnis äußerte Martinelli 1972).

tielle Interessen beider Segmente gleichzeitig und gleichermaßen befriedigen" (125).

- Anschließend kehrte sich das Verhältnis etwa bis zum Zweiten Weltkrieg in eine "degressive Spirale" um, "die beide Segmente auf jeweils spezifische Weise in Mitleidenschaft zieht" (133). Die Ursache sieht Lutz darin, daß der Export ins Stocken gerät und die bisher expansive Wirtschaftsdynamik lähmt.
- Nach dem Zweiten Weltkrieg wird in wenigen Jahrzehnten das traditionelle Segment durch das moderne zerstört, womit der Struktur dualismus sein Ende findet⁵³. Lutz hat dies - in knappen Ausführungen - als einen Prozeß innerer Landnahme charakterisiert. Danach werden die bäuerlichen und handwerklichen Wirtschafts- und Lebensbereiche

"in der Prosperität nach dem Zweiten Weltkrieg selbst zum Objekt von - nunmehr innerer - Landnahme, nachdem der Kapitalismus, gewissermaßen über seinen Schatten springend, durch eine in ihrem materiellen Funktionieren (wenn auch nicht in allen institutionellen Elementen) grundlegend neue wohlfahrtsstaatliche Konstellation das Lohngesetz weitgehend neutralisiert und somit die Möglichkeit eröffnet hat, auf Kosten derer zu expandieren, die bisher seine Partner waren" (134).

Dieses Entwicklungsszenario schließt die Landwirtschaft als einen gewichtigen Teil des traditionellen Segments ein. Es läßt deutlich hervortreten, wie sich die gesellschaftliche Lage der Landwirtschaft in Abhängigkeit von der Dynamik des städtisch-industriellen 'modernen' Segments verändert hat. Kritisch wäre zu fragen, ob nicht schon für die ersten beiden Phasen statt des von Lutz unterstellten ausgeglichenen Verhältnisses der beiden Sektoren, in dem sie von positiven und negativen Entwicklungen gleichermaßen betroffen sind, ein grundlegendes strukturelles Ungleichgewicht angenommen werden muß (vgl. Pongratz 1987). So vernachlässigt Lutz die Krisen- und Verelendungserscheinungen (vgl. Kriedte et al. 1977: 309ff), welche die frühe Industrialisierung für weite Teile der ländlichen Bevölkerung brachte.

⁵³ Die These vom Verschwinden des traditionellen Sektors scheint überzogen. Denn auch wenn dieser Sektor in den fünfziger und sechziger Jahren erheblich geschrumpft ist, bleibt er doch ein bedeutender volkswirtschaftlicher Faktor mit deutlichen Stabilisierungstendenzen in den siebziger Jahren (vgl. die Angaben über die Zahl der Selbständigen und der Kleinbetriebe bei Bögenhold 1985). Berger und Piore (1980) nehmen an, daß der traditionelle Sektor auch weiterhin wichtige Funktionen für die Entwicklung des modernen Sektors erfüllt und resümieren mit Blick auf die internationale Lage: "Yet the evidence from both developed and developing countries suggests the persistence, not the disappearance, of the traditional or informal sector" (5).

Für die Analyse der Landwirtschaft in der Bundesrepublik ist die dritte Phase, die innere Landnahme im Fordismus zu betrachten.

Die fordistische Integration der Landwirtschaft beruht auf drei Funktionen der Landwirtschaft für das industriell-kapitalistische Segment (vgl. Sauer 1990: 8): Sie dient als Arbeitskräftereservoir für das expandierende moderne Segment, als Abnehmer industrieller Erzeugnisse (vor allem landwirtschaftlicher Produktionsmittel) und als Lieferant möglichst billiger Nahrungsmittel. Diese Leistungen erbringt sie nicht nur im Interesse der Industrie, die unmittelbar davon profitiert. Auch die Gewerkschaften und staatliche Institutionen fordern sie ein. Denn sie bilden eine essentielle Grundlage für den Interessenkompromiß zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, der auf der Koppelung von Massenproduktion und Massenkonsum, von Lohn und Produktivität beruht (vgl. 4.1.1).

Seit Anfang des Jahrhunderts waren niedrige Nahrungsmittelpreise ein gemeinsames Ziel der Akteure des modernen Segments:

"Denn dann konnten die Löhne schneller steigen, ohne zu Lasten der Gewinne zu gehen. Dann hatten die Arbeiter mehr Geld übrig für Autos, Fernseher und ähnliches, nämlich die Produkte der zentralen Wachstumsindustrien" (Koning 1988: 80).

Mit dem fordistischen Konsummodell wandelten sich auch die Ernährungsgewohnheiten und schufen neue Anforderungen an das Angebot und an die Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte (vgl. Kampeter 1986: 123ff). Stark gestiegen ist die Nachfrage nach tierischen Produkten, nach Fleisch, Eiern und Milcherzeugnissen. Fleischkonsum scheint geradezu zu einem Wohlstandssymbol geworden zu sein. Dagegen ging der Verbrauch der "am wenigsten verarbeiteten und am wenigsten mit Wohlstand und Modernität identifizierten Produkte wie Trinkmilch, Kartoffeln und Getreide" (124) in der Bundesrepublik zurück. In diesem Prozeß konnte die Industrie ihren Einfluß entscheidend ausbauen

"durch die Übernahme vorher der Landwirtschaft zugehöriger Aktivitäten wie Nahrungsmittelaufbereitung und -vermarktung, Nährstoffgewinnung (durch Mineraldünger), Unkrautkontrolle (durch Herbizide), Zucht und Vermehrung (Saatgut, Hybridzucht und Vermehrung von Geflügel und zunehmend auch Schweinen) und als Zulieferer von Anlagen und Maschinen" (114).

Die Landwirtschaft wurde immer mehr zum bloßen Rohstoffproduzenten für die Nahrungsmittelindustrie. Sie selbst war aber zunehmend auf industriell erzeugte Produktionsmittel angewiesen. Die Landwirtschaft wurde zu einem

wichtigen Absatzmarkt für die Chemie- und die Maschinenbau-Industrie. Zum einen bildete die Mechanisierung der Landwirtschaft die Voraussetzung für die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität und für eine entsprechende Preissenkung der Nahrungsmittel. Andererseits konstituierte sie einen ausbaufähigen Absatzmarkt für die Industrie. Kenney et al. (1989: 136) fassen die Entwicklung prägnant zusammen: "Thus, the farmer was integrated into the circuits of capital, in a double sense, as producer and consumer".

Zusammen mit anderen Bereichen des traditionellen Segments bildete die Landwirtschaft ein flexibles Arbeitskräftereservoir. Auch das war eine wichtige Voraussetzung der fordistischen Prosperitätskonstellation:

"Denn das schnelle Wachstum der Industrie durfte nicht zu einem Mangel an Arbeitskräften führen. Dadurch würden die Arbeiter zu stark werden und würden die Löhne schneller steigen als die Produktivität" (Koning 1988: 80).

Die bäuerliche Bevölkerung eignet sich deshalb ausgezeichnet als Arbeitskraftreserve, weil der landwirtschaftliche Betrieb, wenn er im Nebenerwerb weiter bewirtschaftet wird, eine alternative Einkommensquelle bietet. Zudem ist sie durch die bäuerliche Arbeitssozialisation an schweres und ausdauerndes Arbeiten gewöhnt. Nebenerwerbslandwirte bleiben dem bäuerlichen Milieu verbunden und sind für die gewerkschaftliche Aktivierung schwerer zugänglich. Umgekehrt ist der Anreiz für Arbeitskräfte aus dem traditionellen Sektor hoch, in die Industrie zu wechseln. Sichere Löhne und die soziale Absicherung der Lohnarbeiterexistenz versprechen eine neue, von Wohlstand geprägte Lebensweise. Das führte historisch zu einer "Mobilisierung eines großen Teils der bisher im traditionellen Sektor gebundenen Arbeitskräfte für Lohnarbeit in Betrieben industriell-marktwirtschaftlicher Art" (Lutz 1984: 213).

Trotz der mannigfaltigen Integration ist die Landwirtschaft (selbst in den USA) nicht gänzlich in fordistischen Strukturen aufgegangen. Die Forderung nach Anpassung an die Produktionsmethoden und -strukturen industriell-kapitalistischer Betriebe hat die Landwirtschaft seit Ende des letzten Jahrhunderts begleitet. Doch sie ließ sich bis heute nicht durchgehend verwirklichen. Bereits Ford (1923) beklagte die geringe Produktivität der Landwirtschaft und beanspruchte die Gültigkeit seiner Geschäftsprinzipien auch für die Agrarproduktion:

"Sowie der Farmer gelernt hat, sich als einen Industriellen zu betrachten, mit der ganzen Abscheu des Industriellen vor Verschwendung, sei es an

Material oder an Arbeitskraft, werden auch die Farmprodukte so billig und die Gewinne so hoch werden, daß jeder genug zu essen haben und die Landwirtschaft zu den gewinnbringendsten und wenigst risikoreichen Beschäftigungen zählen wird" (18).

Die Zweifelhaftigkeit seiner Vorhersage hätte Ford allerdings bereits aus den Ereignissen seiner Zeit ersehen können, als kapitalistisch organisierte Landwirtschaftsbetriebe in verschiedenen Ländern scheiterten. Friedmann (1978) hat diese Entwicklung am Beispiel des Weltweizenmarktes um die Jahrhundertwende (1873 - 1935) eindrucksvoll nachvollzogen. Jene Zeit war durch die Einführung technischer Neuerungen und durch die Ausweitung der überseeischen Anbaugelände für Getreide bestimmt. Friedmann zeigt, wie damals spezialisierte Familienbetriebe weltweit erfolgreich mit kapitalistischen landwirtschaftlichen Betrieben konkurrierten und sie am Getreidemarkt zurückgedrängten (564ff). Auch die Agrarschutzpolitik in Deutschland sollte zur damaligen Zeit hauptsächlich die kapitalistisch organisierten Gutsbetriebe in Ostpreußen im internationalen Konkurrenzkampf unterstützen (vgl. Priebe 1985: 42ff; Koning 1988: 73ff). Doch sogar staatliche Hilfen konnten die Rentabilität kapitalistischer Landwirtschaftsunternehmen nicht gewährleisten:

"Die echten Großbetriebe zogen sich schließlich aus der Landwirtschaft zurück. Die kapitalistischen Bauern blieben, aber waren in stets geringem Maße im Stande, Arbeiter zu bezahlen. Letztendlich veränderten sie sich in Familienbetriebe" (Koning 1988: 74f).

Bis heute ist die Agrarstruktur der Bundesrepublik trotz eines kontinuierlichen Strukturwandels von vergleichsweise kleinen Familienbetrieben ohne Lohnarbeitskräfte dominiert geblieben. Industriegewirtschaftliche Strukturen mit fordistischen Formen der Arbeitsorganisation haben sich nur in der intensiven Massentierhaltung von Geflügel und von Schweinen etabliert (vgl. Kampeter 1986: 114ff). Selbst weite Bereiche der Massentierhaltung sind jedoch kaum mit modernen Kapitalunternehmen vergleichbar:

"Beim größten Teil zumindest der bundesdeutschen Massentierhaltungsbetriebe dürfte es sich um 'kleine' Warenproduktion bäuerlicher Betriebe handeln, in denen das eingesetzte Kapital noch wesentlich vom landwirtschaftlichen Betrieb kontrolliert wird, marktübliche Verwertungs- und Entlohnungsansprüche aber in der Regel nicht durchgesetzt werden können" (122).

Wir stehen heute vor der paradoxen Situation, daß sich fordistische Produktionsstrukturen in der Landwirtschaft erst ansatzweise durchgesetzt haben zu einer Zeit, da sich die fordistische Prosperitätskonstellation in einer Krise und möglicherweise in einer Übergangsphase in eine postfordistische Formation befindet. Ungewißheit und Unsicherheit sind in diesem Zustand besonders hoch:

- Agrarökonominnen und Agrarpolitiker setzen unvermindert auf eine Industrialisierung der Landwirtschaft im Sinne ihrer Anpassung an fordistische Arbeits-, Produktions- und Kapitalstrukturen (vgl. Thiede 1988).
- Kritiker des bisherigen Modernisierungsweges der Landwirtschaft und seiner Auswirkungen auf Menschen und Natur betonen die Notwendigkeit einer Neuorientierung. Sie sehen dafür im Überdauern traditioneller bäuerlicher Strukturen günstige Voraussetzungen für eine umweltorientierte Landwirtschaft (vgl. Sauer 1990).
- Die Bauern und Bäuerinnen scheinen in hohem Maße des Zwangs zum 'Wachsen oder Weichen', dem sie in den letzten Jahrzehnten ausgesetzt waren, müde zu sein, ohne aber realistische Alternativen innerhalb der Landwirtschaft zu sehen (vgl. 4.3 und 4.4).

Die Krise des Fordismus, die von den verschiedenen Theorieansätzen diagnostiziert wird, scheint demnach in der Landwirtschaft in besonderer Weise wirksam zu werden. Im allgemeinen werden als Kennzeichen der Krise die Ausschöpfung der Produktivitätsreserven durch die fordistische Arbeitsorganisation, die Unbeweglichkeit sozialstaatlicher Versorgung und gewerkschaftlicher Interessenvertretung, die Gefährdung der Natur und die veränderten Anspruchshaltungen der Menschen (Wertewandel) angeführt (vgl. Hirsch & Roth 1986: 78ff; Hirsch 1985a: 168ff). Die Konturen eines künftigen Akkumulationsmodells deuten sich mit neuartigen technologischen Entwicklungen (z.B. Informations- und Kommunikationstechnologie, Gentechnik) und arbeitsorganisatorischen Veränderungen an, die "auf die Durchsetzung neuer und flexiblerer Mensch-Maschinen-Kombinationen, die Schaffung neuer Lohnabhängigen-Hierarchien und auf eine systematische Individualisierung der Arbeitsverhältnisse" (Hirsch 1985a: 175) gerichtet sind.

Auch im Agrarbereich steht ein "enormer Technologieschub" (Sauer 1990: 14) vor allem durch die Biotechnologie bevor. Einige Agrarökonominnen und Agrarpolitiker sehen darin die Voraussetzung für eine nunmehr fällige Industrialisierung der Landwirtschaft (vgl. Thiede 1988). Sie starten eine "neoliberale Offensive" (Koning 1988: 81ff) mit massivem Preisdruck. Gleichzeitig wachsen jedoch die Unzufriedenheit über ökologische Bela-

stungen der Landwirtschaft und die Ansprüche an gesunde Nahrungsmittel in der Bevölkerung. Daraus leiten kritische Agrarwissenschaftler die Notwendigkeit und die Möglichkeit der Erhaltung einer auf bäuerlichen Grundlagen produzierenden Landwirtschaft ab (vgl. Götde & Voegelin 1988). In der Agrarpolitik der Bundesrepublik zeichnet sich Sauer (1990) zufolge im Rahmen einer "flexiblen Modernisierung" (17) eine dualistische Tendenz ab, die den unterschiedlichen Anforderungen durch strikte Arbeitsteilung zu begegnen versucht:

"Ihr Merkmal ist eine zunehmende Konzentration der landwirtschaftlichen Produktion auf die größeren, modernen Betriebe, und getrennt davon eine Übernahme der gesellschaftlich geforderten Naturschutzleistungen durch die kleineren, traditionellen Betriebe" (17).

Die Landwirtschaft wurde, so lassen sich die Überlegungen dieses Abschnitts zusammenfassen, als Produzent billiger Nahrungsrohstoffe, als Abnehmer industrieller Erzeugnisse und als Arbeitskräftereservoir für die Entwicklung fordistischer Gesellschaftsstrukturen instrumentalisiert. Sie geriet dabei in vielfältige, zum Teil widersprüchliche ökonomische, politische, soziale und kulturelle Abhängigkeitsbeziehungen zum modernen Sektor. Mit der Krise des Fordismus stellt sich auch die Frage nach der gesellschaftlichen Organisation der Landwirtschaft neu, ohne daß sich bisher klare künftige Entwicklungslinien erkennen lassen.

Ich habe in einer früheren Veröffentlichung (Pongratz 1987: 528) das spezifische Syndrom dieser Abhängigkeitsbeziehungen im Anschluß an Seitz (1983) und Brüggemann und Riehle (1986) als Kolonisierungsverhältnis beschrieben. Seitz (1983) sieht die Entwicklung der Landwirtschaft als Ergebnis von "gezielter politisch-ökonomischer Intervention" (7). Diese habe auf Besonderheiten und Eigenständigkeiten der Landwirtschaft wenig Rücksicht genommen, sondern die Entwicklung "vielmehr von außen diktiert" (7). Brüggemann und Riehle (1986) betonen den Aspekt kultureller Kolonisierung, den sie in den Vorurteilsstrukturen, die in der Literatur, in der Öffentlichkeit, aber auch in den Agrarwissenschaften gegenüber den Menschen auf dem Land bestehen, aufzeigen:

"Es kennzeichnet dörfliche Lebensverhältnisse, wenn sowohl der Umgang derer, die dort wohnen mit uns, als auch unser Umgang mit den Bewohnern durch ein kolonialistisches Verhältnis gefiltert ist, erschwert ist, für beide ein Problem ist" (58).

Die Kolonisierungs-These erscheint mir heute terminologisch überspitzt und inhaltlich zu pauschal und ungenau. Die einzelnen Abhängigkeitsbeziehungen

gen haben verschiedene Formen angenommen und die bäuerliche Bevölkerung ist in unterschiedlicher Weise in sie einbezogen. Die mit der Krise des Fordismus verbundenen Unsicherheiten, Strukturbrüche und Widersprüche erschweren die Bestimmung eindeutiger Zusammenhänge. Es erscheint mir deshalb vordringlich, konkret zu zeigen, wie die bäuerliche Landwirtschaft in verschiedenen historischen Phasen in je spezifischer Weise Objekt der Interessenpolitik von Großgrundbesitzern, industriellem Kapital und staatlichen Organen geworden ist. Dies wird mir im folgenden Abschnitt allerdings nur beispielhaft und in groben Zügen mit Bezug auf die wirtschaftliche und politische Integration der Landwirtschaft möglich sein.

4.2 Die Position der Landwirtschaft gegenüber dem industriell-kapitalistischen Sektor

Die Krise ist keine neue Erfahrung in der bäuerlichen Bevölkerung. Existenzunsicherheit und Abhängigkeit in drückenden Herrschaftsverhältnissen haben die Geschichte bäuerlichen Lebens geprägt. Das dörfliche Sozialsystem und die bäuerliche Arbeitsorganisation sind auch Ausdruck von Strategien der Krisenbewältigung und der Risikominderung, die im steten auf und ab der Zeiten das Überleben sicherten (siehe Ilien & Jeggle 1978; vgl. auch Brüggemann & Riehle 1986: 187ff). Dennoch dürfte die bäuerliche Bevölkerung kaum je so starke Wandlungsprozesse erlebt haben wie seit Beginn der Industrialisierung.

Im Rahmen der fordistischen Gesellschaftskonstellation hat sich das Arbeiten und Leben auf den Bauernhöfen in den letzten 40 Jahren rasch verändert. Verschiedene Daten veranschaulichen den Wandel: Im Zeitraum von 1950 bis 1988 sank die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe von 1,65 Millionen auf 667.000 um mehr als die Hälfte (IMA 1989: 25). Die Zahl der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft ging von 6,28 Millionen im Jahr 1952 auf 1,22 Millionen 1987 zurück (15). Gleichzeitig verdoppelte sich die Gesamtproduktion an Nahrungsmitteln (gemessen am Energiegehalt der einzelnen Produkte in Getreideeinheiten; 5). Dazu war eine enorme Steigerung der Arbeitsproduktivität erforderlich, die sich (gemessen als Bruttowertschöpfung je landwirtschaftlich Erwerbstätigem) allein in den 20 Jahren zwischen 1960 und 1980 in etwa verfünffachte (47).

In diesem Prozeß veränderte sich die gesellschaftliche Bedeutung der Landwirtschaft grundlegend. Der Anteil der landwirtschaftlich Erwerbstätigen ging von etwa 25% um 1950 auf 4,2% im Jahr 1989 zurück (Agrarbericht 1990: Materialband 9). Noch geringer ist das ökonomische Gewicht der Landwirtschaft gemessen an ihrem Anteil an der Nettowertschöpfung der Bundesrepublik, der 1988/89 gerade 1,3% betrug (17). Der Rückgang an sozialer und wirtschaftlicher Bedeutung an sich rechtfertigt nicht die These einer gesellschaftlichen Marginalisierung oder Abhängigkeit der Landwirtschaft vom industriell-kapitalistischen Sektor in der fordistischen Gesellschaft.

Im folgenden versuche ich deshalb, die gesellschaftliche Stellung der Landwirtschaft in der Bundesrepublik am Beispiel wirtschaftlicher und politischer Beziehungen zu konkretisieren. Damit will ich die These untermauern, daß sich die bäuerliche Bevölkerung in der fordistischen Gesellschaft gegenüber ihren Marktpartnern in der vor- und nachgelagerten Industrie und gegenüber den agrarpolitisch relevanten Institutionen in einer weitgehend abhängigen Position befindet.

4.2.1 Die wirtschaftliche Integration der Landwirtschaft

Die wirtschaftliche Abhängigkeit der Landwirtschaft vom industriell-kapitalistischen Sektor ist vor allem in marxistisch orientierten Analysen untersucht worden (vgl. Bergmann 1973 und 1975, Poppinga 1975, Schneider 1980). Ich orientiere mich im folgenden in erster Linie an einer neueren Studie von Berndt (1987), die (in dieser Theorietradition stehend, aber ohne ideologische Festlegungen) eine Fülle von Material präsentiert. Die wirtschaftliche Integration der Landwirtschaft in der fordistischen Gesellschaft ist geprägt durch die Entstehung eines Wirtschaftssektors 'Nahrungsmittelproduktion' (häufig auch als 'Agrobusiness' bezeichnet), innerhalb dessen die Bedeutung der Landwirtschaft stark abgenommen hat. Diese Entwicklung verleitete den Agrarsoziologen Kötter bereits 1968 dazu, die Landwirtschaft als eigenständigen Wirtschaftsbereich in Frage zu stellen:

"Es erweist sich theoretisch und praktisch als immer unfruchtbarer, die Landwirtschaft im klassischen Sinne isoliert zu betrachten. Die Landwirtschaft als Sektor der unmittelbaren pflanzlichen und tierischen Produktion ist bereits derart in die Nahrungswirtschaft integriert und wird noch stärker in diese Interdependenz eingebettet werden, daß es nur noch

sinnvoll ist, den Bereich des 'Agribusiness' als Ganzes zu sehen" (Kötter zitiert nach Berndt 1987: 152).

Viele Aufgaben, die ehemals im landwirtschaftlichen Betrieb ausgeführt wurden, sind von der vor- und nachgelagerten Industrie übernommen worden (vgl. Berndt 1987: 85). Im vorgelagerten Bereich werden Produktionsmittel, die früher auf dem Betrieb selbst - zum Teil in Zusammenarbeit mit dem ländlichen Handwerk - hergestellt wurden, nunmehr von der Industrie geliefert, z.B. Saatgut, Düngemittel, Futtermittel, Stallanlagen oder Arbeitsgeräte. Mit den Landmaschinen und der chemischen Pflanzenbehandlung werden zusätzliche Produktionsmittel von der Industrie angeboten, die heute hohe Investitionen von den bäuerlichen Betrieben erfordern. Dieser Wandel läßt sich mit Zahlen zum Produktionsmitteleinsatz in der Landwirtschaft verdeutlichen:

- Der Bestand an Schleppern stieg von 139.000 im Jahr 1950 auf 1,46 Millionen im Jahr 1987; dabei erhöhte sich die Gesamtleistungsfähigkeit der Schlepper in Kilowatt gar um das Zwanzigfache (IMA 1989: 20).
- Der Mineräldüngereinsatz kletterte im selben Zeitraum bei Stickstoff beispielsweise von 362.000 Tonnen auf 1,6 Millionen Tonnen, der Verbrauch je Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche nahm von 25,6 kg auf 133,9 kg zu (21).
- Der Einsatz von Getreide und Kraftfutter als Futtermittel erhöhte sich gleichzeitig von 8,2 Millionen Tonnen Getreideeinheiten auf 28,7 Millionen Tonnen. Allein der Anteil der importierten Ölkuchen ging von 483.000 Tonnen Getreideeinheiten auf 5,8 Millionen Tonnen hoch (22).

Im nachgelagerten Bereich sind die Verarbeitungs- und Vermarktungsaufgaben weitestgehend von Handels- und Verarbeitungsunternehmen übernommen worden. Diese konnten ihren Anteil am Nahrungsmittelgeschäft durch zusätzliche Verarbeitungs-, Verpackungs- und Transportaufgaben weiter ausdehnen. Die bäuerlichen Betriebe wurden überwiegend zu "Produzenten von Rohwaren für Ernährungsindustrie und -handwerk" (Berndt 1987: 85). Der Anteil der Verkaufserlöse der Landwirtschaft an den Verbraucherausgaben für Nahrungsmittel inländischer Herkunft sank von 49% im Wirtschaftsjahr 1970/71 auf 37% in 1987/88 (Agrarbericht 1990: Materialband 156). Während dieser Anteil bei Milcherzeugnissen noch bei 56% liegt, beträgt er bei Fleischwaren 36% und bei Getreideerzeugnissen nurmehr 9% (Materialband 156).

Dieser Aufgabenverlust und der abnehmende Anteil an der Nahrungsmittelproduktion lassen noch nicht auf spezifische Abhängigkeitsbeziehungen schließen, zumal gleichzeitig der Anteil der landwirtschaftlich Er-

werbstätigen zurückging. Zunächst bedeuten sie eine intensivere Zusammenarbeit mit den vor- und nachgelagerten Marktpartnern: "Die Verflechtung des landwirtschaftlichen Betriebs mit den neu entstandenen Wirtschaftszweigen bestimmt seine Lage" (Berndt 1987: 86).

Hinzu kommt der wachsende Einfluß des Kreditgewerbes. Der erhöhte Produktionsmittelaufwand erforderte von den landwirtschaftlichen Betrieben verstärkte Investitionen, die zum Teil nur über Fremdkapitaleinsatz aufzubringen waren. Im Jahr 1988 war die Landwirtschaft mit 48,5 Milliarden DM verschuldet und mußte eine Zinsleistung von 3,5 Milliarden DM erbringen (Agrarbericht 1990: Materialband 35). Der Fremdkapitaleinsatz in landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieben in DM/Hektar (landwirtschaftlicher Nutzfläche) stieg zwischen 1970/71 und 1987/88 von 2637 DM auf 3992 DM an (IMA 1989: 23). Die durchschnittliche Fremdkapitalbelastung je Betrieb (Durchschnittsgröße 29 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche) von knapp 120.000 DM mag zwar erträglich erscheinen, doch sind einzelne Betriebe besonders hoch verschuldet und durch die Zinslast in ihrer Existenz gefährdet.

Entscheidend für die Situation der Abhängigkeit der meisten bäuerlichen Betriebe ist ihre atomistische Marktposition gegenüber den zunehmend konzentrierten und zentralisierten Unternehmen in der vor- und nachgelagerten Wirtschaft (vgl. Poppinga 1975: 30ff; Berndt 1987: 86ff). Als Kleinbetriebe, die Ein- und Verkauf untereinander kaum koordinieren, haben sie gegenüber ihren großbetrieblichen Marktpartnern wenig Marktmacht. Zwar ist im vor- und nachgelagerten Bereich die Konzentration im Vergleich zu anderen Wirtschaftsgruppen relativ gering, und mittelständische Unternehmen spielen noch eine wichtige Rolle. Das ändert aber nichts an der grundsätzlichen Feststellung, "daß die Seite der landwirtschaftlichen Produktion nicht optimal strukturiert ist und daß ein Ungleichgewicht zwischen der Landwirtschaft und ihren Marktpartnern besteht" (Berndt 1987: 309). Zumal die Konzentration ständig zunimmt, wie sich am Beispiel der Ernährungsindustrie zeigen läßt (vgl. 94ff). Bei zurückgehender Zahl der Unternehmen steigt der Umsatz mittelgroßer und großer Unternehmen weiter an:

"Der Umsatz ist insgesamt von 1950 - 1976 um 35,4% gestiegen. Dennoch haben die Kleinbetriebe einen Umsatzrückgang von 5,1% zu verzeichnen, während die Großbetriebe ein Umsatzplus von 46,2% erwirtschaften konnten. ... 1970 lag der Anteil der Großbetriebe am Gesamtumsatz bei 69,5%, 1974 bei 75,1%" (95).

Dieser Prozeß verläuft in den verschiedenen Zweigen des Ernährungsgebietes nicht einheitlich. Eine hohe Konzentration weisen etwa die Sparten Speiseöl, Kartoffelerzeugnisse und Dauerbackwaren auf, eine geringe Konzentration findet sich insbesondere im Bereich der sonstigen Backwaren (Berndt 1987: 101; vgl. auch Agrarbericht 1990: 79). In einigen Produktgruppen haben "einzelne Unternehmen bzw. Unternehmensgruppen auf speziellen Märkten dominierende Positionen" (Berndt 1987: 95) inne.

Maßnahmen zur Verbesserung der bäuerlichen Marktstellung, beispielsweise Genossenschaften und Erzeugergemeinschaften, konnten bisher keine ausreichenden Gegengewichte schaffen (304ff). Die landwirtschaftlichen Genossenschaften unterliegen selbst einem Konzentrationsprozeß⁵⁴ und haben sich in ihrem Geschäftsverhalten privatwirtschaftlichen Unternehmen angeglichen. Poppinga (1975: 140ff) beschreibt diese Entwicklung folgendermaßen:

"Die Bauern haben den Einfluß auf diese mit ihrem Kapital aufgebauten Unternehmen bereits weitgehend verloren. Die Konzentration innerhalb der Genossenschaften, die Bürokratisierung und Hierarchisierung, der bisweilen heftige Konkurrenzkampf zwischen verschiedenen Genossenschaften haben die bei der Gründung der Genossenschaften ursprünglich sehr engen Bindungen zwischen den Genossen und der Genossenschaft weitgehend gelöst" (141).

Die Genossenschaften können deshalb "nur bedingt als Interessenvertretung der Bauern fungieren" (Berndt 1987: 310). Dirscherl (1989) belegt mit zwei Einzelfallstudien, daß weder "von einer generellen Einengung bäuerlicher Freiheit durch genossenschaftliche Produktionsvorgaben" noch von "einer unbegrenzten betrieblichen Entscheidungsfreiheit in der Landwirtschaft" (297) ausgegangen werden kann. Er stellt fest:

"Das Ausmaß der Einengung bäuerlicher Entscheidungsfreiheit im landwirtschaftlichen Produktionsbereich durch genossenschaftliche Koordination wird vorrangig von drei Faktoren bestimmt: der wirtschaftlichen Abhängigkeit des Erzeugers von seiner Genossenschaft, der grundsätzlichen Kontrollierbarkeit seines Produktionsprozesses und der alltäglichen Handhabung der genossenschaftlichen Koordinationspraxis" (298).

⁵⁴ Die Zahl der landwirtschaftlichen Genossenschaften sank von 15.206 im Jahr 1970 auf 7.586 im Jahr 1987, während sich die Zahl der Mitglieder gleichzeitig mehr als verdoppelte (IMA 1989: 31). Besonders stark war der Rückgang in diesem Zeitraum bei den Molkereigenossenschaften, deren Zahl sich von 3.705 auf 964 verringerte (31).

Erzeugergemeinschaften, die den Produzenten die Abstimmung auf die Erfordernisse des Marktes erleichtern wollen, haben mit staatlicher Unterstützung eine gewisse Verbreitung gefunden (1450 Erzeugergemeinschaften im Jahr 1987; IMA 1989: 31). Berndt (1987) verweist jedoch darauf, daß sie weniger der Etablierung bäuerlicher Marktmacht als der Vereinheitlichung und Spezialisierung der Produktion im Interesse der Ernährungsindustrie dienen: "Das wird auch daran deutlich, daß die Initiative zur Gründung von Erzeugergemeinschaften in der Regel von den Verarbeitungsbetrieben ausging" (311; vgl. auch Poppinga 1975: 106ff). Kooperative Unternehmensformen, z.B. Betriebs- oder Betriebszweiggemeinschaften, sind Ausnahmen geblieben. Einzelne Unternehmer konnten sich mit der Umwandlung ihrer landwirtschaftlichen Betriebe in Kapitalgesellschaften eine bessere Marktstellung verschaffen, doch blieben das Einzelfälle. Zudem haben sie wie andere agrarindustrielle Unternehmen auch teilweise erhebliche ökologische Belastungen verursacht (vgl. Kölsch & Dettmer 1989). Zusammenfassend kommt Berndt (1987) zu dem Ergebnis, "daß die Bauern es in der Regel bisher nicht geschafft haben, eine eigene Position auf den mit der Landwirtschaft verbundenen Markt Bereichen zu erreichen" (312).

Ein besonders ausgeprägtes Abhängigkeitsverhältnis gegenüber der Ernährungsindustrie hat sich in der sogenannten Vertragslandwirtschaft ausgebildet (vgl. Poppinga 1975: 101ff). Darunter versteht man die enge vertragliche Bindung zwischen Landwirten und weiterverarbeitenden Unternehmen, in denen sich die Landwirte zur Lieferung einer nach Qualität und Quantität festgelegten Menge eines Produkts verpflichten, für die sie vom Unternehmen Abnahme- und Preisgarantien erhalten. Die Verbreitung dieser vertraglich regulierten Produktion ist regional und in den einzelnen Produktionszweigen unterschiedlich:

"Der geschätzte Anteil für das Jahr 1971/72 reichte von weniger als 10% bei frischen Speisekartoffeln bis zu 100% bei Zuckerrüben. Im einzelnen ergab sich folgendes Bild: In der Geflügelproduktion liegt der Anteil sehr hoch, nämlich bei 80 bis 90%, bei Schlachtkälbern bei 65 bis 75%, bei Schlachtschweinen bei 15% und bei Schlachtrindern bei nur einem Prozent" (Berndt 1987: 279).

Der Vorteil für die Landwirte liegt im gesicherten Absatz; häufig erhalten sie auch Finanzierungshilfen und Beratungsangebote. Die Ernährungsindustrie erreicht dadurch eine Rationalisierung und Kostenreduzierung der Weiterverarbeitung. Sie kann die Qualität der Produkte in hohem Maße bestimmen und durch festgelegte Ablieferungstermine eine gleichmäßigere Auslastung ihrer Kapazitäten gewährleisten. Obwohl die Vertragsbindung

im Prinzip Vorteile für beide Seiten bringen kann, bedeutet sie in der Praxis - bei allerdings sehr unterschiedlichen Vertragsformen und -praktiken - meist ein einseitiges Abhängigkeitsverhältnis der Landwirte (Berndt 1987: 280ff). Sie büßen ihre unternehmerische Selbständigkeit weitgehend ein und müssen sich oft bis in einzelne Arbeitstätigkeiten hinein Kontrollen unterwerfen (z.B. in der Lohnmast). Die Kostenkalkulationen der Unternehmen und die Vertragsbedingungen sind für die einzelnen Landwirte häufig nur schwer zu durchschauen. Für die Produktionsmittel, die sie zur Verfügung stellen (Gebäude, Maschinen etc.), erhalten sie meist nur geringe Vergütungen. Ihr unternehmerisches Risiko bleibt dennoch bestehen, da sie im Krankheitsfall ebenso wie bei Produktionsausfällen nicht mit Entschädigungen rechnen können. Berndt zieht das Resümee, "daß die Verträge zum großen Teil zu einer Verschlechterung der Stellung der Landwirte führen" (284).

Wie ist nun die wirtschaftliche Freiheit der Bauern, die im bäuerlichen Selbstverständnis (vgl. Dirscherl 1989: 33ff) ebenso wie in agrarpolitischen Leitbildern eine so gewichtige Rolle spielt, einzuschätzen? Dirscherl kontrastiert traditionelle und moderne bäuerliche Freiheitsideen mit der These einer "bäuerlichen Proletarisierung" (61ff), wie sie vor allem von marxistisch orientierten Autoren vertreten wird. Bei der Analyse der genossenschaftlichen Koordination stellt er "gravierende Unterschiede hinsichtlich Bindungsgrad und Bindungsintensität, mit denen die bäuerlichen Produzenten in ihren vertikalen Stufenverbund integriert sind" (307), fest. Trotz Produktionsvorgaben durch die Genossenschaften behielten die Bauern einen hohen "Dispositionsspielraum und Autonomiegrad" (308). Ihre Situation unterscheide sich deshalb weiterhin grundsätzlich von der der Lohnarbeiter, deren Arbeitsausführung durch unmittelbare Anweisungen und Kontrollen gelenkt würde. Die Bauern blieben dagegen in ihrer räumlichen, inhaltlichen und zeitlichen Arbeitsgestaltung "relativ frei" (308ff).

Durch die Einbindung in die Marktproduktion ergeben sich aber nach Dirscherl "Grenzen für die bäuerliche Arbeitsgestaltung" (311). Letztlich bleibe die bäuerliche Gestaltungsfreiheit auch deshalb gering, weil die Arbeiterfordernisse einen engen Rahmen setzten. Dieser sei weniger durch außenstehende Institutionen, z.B. die nachgelagerte Industrie, vorgegeben, vielmehr hätten die Bauern selbst ihn als "alltägliches Erfahrungswissen" (313) verinnerlicht:

"Die bäuerliche Freiheit bei der Arbeitsgestaltung reduziert sich somit auf das Wissen, daß man räumliche, zeitliche und inhaltliche Abwei-

chungen vom gewohnten Arbeitsvollzug vornehmen könnte, sofern man es wollte" (314).

Die Freiheitsbeschränkung der Bauern und Bäuerinnen ist demnach ganz anderer Art als die der Lohnarbeiter. Formal auch im Rahmen fordistischer Marktintegration weitgehend frei, setzen die Erfordernisse des bäuerlichen Arbeitsalltags dem Handlungs- und Gestaltungsspielraum enge Grenzen. Wirtschaftliche Abhängigkeitsbeziehungen, wie ich sie in diesem Abschnitt skizziert habe, wirken dabei nicht alleine und nicht immer direkt. Sie bilden einen Teil des Netzes von arbeitsorganisatorischen Erfordernissen, ökonomischen Bindungen und individuellen Gewohnheiten, in dem die wirtschaftliche Freiheit der bäuerlichen Bevölkerung ihr hochgeschätztes, aber wenig genutztes und nutzbares Dasein fristet.

4.2.2 Die Landwirtschaft als Objekt politischer Strategien

Die Entwicklung der Landwirtschaft im 20. Jahrhundert ist entscheidend durch die staatliche Agrarpolitik beeinflusst worden. Parallel zur Wirtschafts- und Sozialpolitik in anderen Gesellschaftsbereichen hat der fordistische Interventionsstaat (vgl. 4.1.1) auch die Rahmenbedingungen der Landbewirtschaftung gestaltet. Trotzdem überschätzen viele Bauern die Rolle des Staatsapparates, wenn sie ihn als Folge der Agrarmarktordnungen gleichsam "als 'Macher' der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise" (Poppinga 1975: 144) sehen. Sie übersehen dabei weitgehend den Einfluß der vor- und nachgelagerten Wirtschaft.

Die massive Staatsintervention in Form der Agrarprotektion setzte bereits Ende des 19. Jahrhunderts ein, als durch die Ausweitung der landwirtschaftlichen Produktionsflächen vor allem in den überseeischen Gebieten in Verbindung mit verbesserten Transportmöglichkeiten das Angebot an landwirtschaftlichen Produkten rapide stieg und Preissenkungen auslöste (vgl. Koning 1988: 74; Priebe 1985: 42ff). Für die Landwirtschaft der beginnenden fordistischen Phase zeichnete sich ein spezifisches Dilemma ab: Sie war für kapitalistische Unternehmen nicht (oder nur in Teilbereichen) attraktiv genug, um in paralleler Entwicklung zum industriell-kapitalistischen Sektor selbständig fordistische Produktionsstrukturen hervorzubringen. Die mit Hilfe traditioneller Arbeitsstrategien weiterbestehenden kleinen Familienbetriebe waren hingegen kaum in der Lage, aus eigener Kraft entsprechende Anpassungen durchzuführen. Die Abstimmung der Agrar-

produktion auf fordistische Strukturen wurde deshalb zu einer zentralen Aufgabe landwirtschaftlicher 'Entwicklungspolitik':

"So hat der Staat ein Netz von landwirtschaftlicher Forschung, landwirtschaftlichen Informationsdiensten und landwirtschaftlichen Ausbildungen zustandegebracht. Er hat auch für die Instrumente zur Flurbereinigung gesorgt, um die agrarische Infrastruktur zu verbessern. Auf diese Weise wird das Unvermögen der Bauern, selbst ihren technischen Fortschritt zu organisieren, aufgefangen" (Koning 1988: 77).

Dieses staatliche Leistungsnetz war eine wesentliche Voraussetzung für die enormen Produktivitätssteigerungen der Landwirtschaft, die ihrerseits wieder eine Grundlage der fordistischen Prosperitätskonstellation bildeten. Die Produktivitätsentwicklung im Rahmen einer bäuerlichen Landwirtschaft wurde durch die landwirtschaftliche Einkommenspolitik mit Preisstützungen, Subventionen, Steuererleichterungen u.a. abgesichert. Diese Einkommenspolitik lag nicht nur im Interesse der bäuerlichen Bevölkerung, sondern trug zur Sicherung der Wohlfahrtsentwicklung insgesamt bei (78). Sie ermöglichte den Landwirten ausreichende Investitionen zur Mechanisierung der Produktion und sicherte ihre wirtschaftliche Selbständigkeit.

In den USA wurde das entsprechende agrarpolitische Instrumentarium als Reaktion auf die 'Große Depression', von der die Landwirte besonders hart betroffen waren, in der Phase des 'New Deal' in den dreißiger Jahren entwickelt. Kenney et al. (1989: 138) führen vier Felder der damaligen Agrarpolitik an: die Regulierung und Absicherung der landwirtschaftlichen Produktion (über Einkommens- und Kreditprogramme), der Aufbau einer den fordistischen Konsumnormen angepaßten ländlichen Infrastruktur, die Schaffung von Anreizen zur Intensivierung der Produktion und die politische Integration der ländlichen Bevölkerung. Die politische Regulierung der Agrarproduktion setzte in den USA also parallel zur Durchsetzung fordistischer Produktionsmethoden ein. Die US-Landwirtschaft war zwar eng mit dem industriellen Produktionssystem verbunden, konstituierte aber aufgrund der besonderen politischen Unterstützung ein "island empire" (141).

Die US-Landwirtschaft beherrschte nach dem Zweiten Weltkrieg ebenso wie andere Bereiche der US-Wirtschaft den Weltmarkt und setzte die europäischen Agrarproduzenten unter Anpassungsdruck. Die Erhöhung der Produktionskapazität je Betrieb wurde auch in der Bundesrepublik zum Leitziel der Agrarpolitik. Die landwirtschaftliche Entwicklungspolitik wurde deshalb um Maßnahmen der Strukturpolitik ergänzt mit dem Ziel, die kleinen Betriebe durch große Produktionseinheiten zu ersetzen (Schlagwort: 'Strukturwandel', 'Wachsen oder Weichen'; vgl. Koning 1988: 80). Das

Kernstück der fordistischen Agrarpolitik in der Bundesrepublik und später in der Europäischen Gemeinschaft bildeten die Agrarmarktordnungen (vgl. Priebe 1985: 64ff; Poppinga 1975: 81ff):

"Das Prinzip der marktordnungsabhängigen Modernisierung bestand aus einer Kombination von weitgehenden Preis- und Markteingriffen des Staates mit einer Politik der 'Strukturverbesserung'. Damit sollte im nationalen und internationalen Maßstab eine möglichst enge Einbindung in die industriell-kapitalistischen Produktions- und Handelsstrukturen und eine leistungsorientierte Selektion erreicht werden" (Sauer 1990: 9).

Die Politik des 'Wachsens oder Weichens' erfolgte in enger Verzahnung mit der Industriepolitik, denn die Verdrängung kleiner und mittelgroßer Betriebe setzte eine ausreichende Zahl von Arbeitsplätzen in anderen Wirtschaftsbereichen voraus:

"Das fordistische Wachstumsmodell erforderte eine schnelle Produktivitätssteigerung in der Landwirtschaft und darum eine Strukturpolitik. Die Strukturpolitik aber war ihrerseits abhängig von der Politik der Vollbeschäftigung des fordistischen Modells" (Koning 1988: 80).

Die soziale und politische Integration der bäuerlichen Bevölkerung begründete das agrarpolitische Ziel des Vergleichseinkommens für Landwirte (gemessen am Verdienst gewerblicher Arbeitnehmer). Mit dem Vorhaben der Modernisierung der Agrarstruktur bei gleichzeitiger Sicherung vergleichbarer Einkommen geriet die fordistische Agrarpolitik zunehmend in ein Dilemma: Als Folge der Einkommenspolitik konnten Landwirte die Bewirtschaftung aufrechterhalten, die mit der Strukturpolitik eigentlich zur Betriebsaufgabe bewegt werden sollten. Der Grund dafür ist vor allem in der bäuerlichen Produktionsweise zu suchen, die durch die Bedingungen der einfachen Warenproduktion und durch eine traditionelle Arbeitsmoral gekennzeichnet geblieben ist (vgl. Pongratz 1987). Es gelang vielen bäuerlichen Familien, fehlendes Kapital durch vermehrte Arbeitsleistung (z.B. bei Baumaßnahmen oder bei der Reparatur von Maschinen) zu ersetzen und eigene Konsumansprüche (insbesondere in Krisenzeiten) zu reduzieren. So überlebten zahlreiche kleine und mittelgroße Betriebe, die nach betriebswirtschaftlichen Rentabilitätskriterien hätten aufgegeben werden müssen. Die Verbindung von ökonomischer Modernisierungs- und sozialer Absicherungspolitik, wie sie für den fordistischen Interventionsstaat charakteristisch ist, entwickelte in der Landwirtschaft die besondere Dynamik einer 'gebremsten Modernisierung'.

Die Agrarpolitik blieb gefangen in einer "spezifischen Doppelstruktur" (Funk 1976: 275): Einerseits erforderte die Integration der Landwirtschaft in das fordistische Wirtschaftssystem eine starke strukturelle Anpassung verbunden mit einer grundsätzlichen Änderung des sozialen und kulturellen Gefüges der Landwirtschaft. Andererseits aber sollte die bäuerliche Bevölkerung, vor allem als Klientel der christlich-konservativen Parteien, vor größeren sozialen und politischen Krisen geschützt werden. Die Agrarpolitik nahm "dadurch immer mehr den Charakter einer gesellschaftlichen Krisenpolitik an" (271), "einer Mischung von kurzfristiger Hilfe und deren langfristigem Entzug" (274).

Rathke-Hebeler (1988) hat neuerlich den "widersprüchlichen Charakter(s) der Agrarpolitik" (211) einer Analyse unterzogen. Er hat versucht, den Entstehungsprozeß einzelner agrarpolitischer Entscheidungen nachzuvollziehen, und insbesondere die preispolitische Debatte des Wirtschaftsjahres 1985/86 eingehend untersucht. Über die Entwicklungsrichtung der Landwirtschaft scheint demzufolge zwischen Parteien, Wirtschaftsverbänden, Bauernverband und Agrarwissenschaften weitgehend Einigkeit zu herrschen: Es werden weitere Produktivitätssteigerungen durch Strukturwandel angestrebt. Divergierende Auffassungen bestehen über das Ausmaß des Strukturwandels und über die dabei anzuwendenden Mittel (vor allem über eine mehr oder weniger restriktive Preispolitik). Nach Rathke-Hebeler "haben sich die agrarpolitischen Vorstellungen der Parteien soweit angenähert, daß die Unterschiede nur noch rhetorischer Natur sind" (168). Allein die Grünen und agraroppositionelle Gruppen vertreten abweichende Positionen. Der Einfluß der landwirtschaftlichen Lobby ist nach wie vor beträchtlich:

"Aufgrund der traditionellen Verflechtung von landwirtschaftlichen Interessenverbänden und politischen Mandaten, besonders in den Unionsparteien, ist allerdings das verbandlich artikulierte Interesse der Landwirtschaft relativ gesichert" (171f).

Es stellt sich jedoch die Frage, inwieweit die Interessengruppen einschließlich des Deutschen Bauernverbands die Interessen der ganzen Landwirtschaft oder nur von Teilgruppen vertreten (vgl. unten).

Trotz der enormen Einflußmöglichkeiten des Deutschen Bauernverbands bleibt die Unzufriedenheit der bäuerlichen Bevölkerung mit der Agrarpolitik hoch (vgl. 4.3). Der Bauernverband ebenso wie die Bundesregierung sehen sich daher veranlaßt, neben den mit der Preispolitik verbundenen strukturpolitischen Entscheidungen verschiedene Ausgleichsmaßnahmen durchzuführen. So einigten sich die Koalitionsparteien im Wirtschaftsjahr 1985/86 auf Maßnahmen zur Flächenstilllegung (159), die Förderung nach-

wachsender Rohstoffe, eine Marktentlastungsprämie bei freiwilliger Produktionsaufgabe (162), die Ermäßigung der Sozialbeträge und die Erhöhung der Fördermittel für Höfe in benachteiligten Gebieten (169). Auch diese Maßnahmen spiegeln das grundsätzliche Dilemma der Agrarpolitik zwischen Strukturpolitik und Einkommenspolitik wider. Sie erfüllen aber als zusätzliche Leistungen an die Landwirtschaft zugleich legitimatorische Funktionen:

- Sie werden als nationale Ausgleichsmaßnahmen gegen die Preisbeschlüsse der Europäischen Gemeinschaft präsentiert. Die eigene Handlungsbereitschaft und Handlungsfähigkeit für die bäuerlichen Interessen wird herausgestellt, während die Verantwortung für den wirtschaftlichen Druck auf die Landwirtschaft weitgehend der Europäischen Gemeinschaft angelastet wird.
- Sie dienen in Wahlkampfzeiten, z.B. bei den im Zeitraum 1985/86 anstehenden Landtagswahlen in Niedersachsen und Bayern, als Mittel, um die bäuerliche Bevölkerung als Wählergruppe zu gewinnen bzw. zu erhalten (162ff). "Gerade aus wahltaktischen Gründen wird den Bauern vorgegaukelt, wie wichtig sie seien, und die eine oder andere relativ bedeutungslose Maßnahme zu ihren Gunsten getroffen" (200).
- Sie dienen den landwirtschaftlichen Interessenvertretern dazu, die Ideologie einer einheitlichen Interessenlage der Landwirtschaft aufrechtzuerhalten. Mit einem gemischten Maßnahmenkatalog, in dem für jede Teilgruppe gewisse Unterstützungen enthalten sind, lassen sich die Strukturdifferenzierungen innerhalb der Landwirtschaft und ihre Verstärkung durch die Strukturpolitik überdecken.

So ist die Agrarpolitik in hohem Maße geprägt durch Bestrebungen zur Sicherung der partei- und verbandspolitischen Loyalität der bäuerlichen Bevölkerung. Es muß aber gleichfalls anerkannt werden, daß diese Maßnahmen zum Teil durchaus reale Verbesserungen auch für kleine und mittelgroße Betriebe bewirken und ihnen helfen können, die betriebliche Existenz zu sichern.

Über den Bauernverband gewinnen einzelne Gruppen von Landwirten, vor allem Landwirte mit Großbetrieben, besonderen Einfluß auf die Agrarpolitik (vgl. Heinze 1977). Der Organisationsgrad der Vollerwerbslandwirte in den Landesbauernverbänden, deren Dachverband der Deutsche Bauernverband ist, ist mit ca. 90% ausgesprochen hoch (Ullmann 1988: 249). In der Verbandsführung dominieren aber traditionell die Landwirte mit größeren Betrieben. Bereits die Bauernvereinsbewegung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde von Großgrundbesitzern und größeren Bauern kon-

trolliert (39). In dem 1893 gegründeten einflußreichen 'Bund der Landwirte' befanden sich die Großgrundbesitzer in einer unanfechtbaren Führungsposition, obwohl sie nur 1% der Mitglieder stellten: "Im Ausschuß (der Bundesleitung, H.P.) lag der Anteil der Großgrundbesitzer bei 45%, im Vorstand bei 70%, und der Verbandsvorsitzende kam immer aus ihren Reihen" (90). Auch für den 1949 gegründeten Deutschen Bauernverband stellt Ullmann fest: "In den Führungsgremien dominieren nicht anders als früher die Besitzer großer Betriebe. Nur sie können sich die Arbeit in Verbänden zeitlich wie finanziell leisten" (250).

Die Dominanz großbetrieblicher Interessen ist abgesichert durch die organisatorische Abkoppelung der Verbandsbasis von der Verbandsleitung:

"Die Vorsitzenden der Ortsverbände, als niedrigste Organe, wählen die Kreisvorsitzenden, diese wiederum den Bezirksvorstand. Die Vorsitzenden der Bezirksvorstände wählen ihrerseits den Landesvorstand. Die Bauern an der Basis haben also praktisch nur geringe Kontrollmöglichkeiten über die Verbandspolitik und kein Vetorecht" (Heinze 1977: 324).

Oppositionelle Strömungen können bei einem solchen vielstufigen hierarchischen Aufbau nur schwer zur Geltung kommen. Die Bauernverbände sind personell eng verflochten mit Agrarpolitik (vor allem den Unionsparteien) und Agrarverwaltung (Landwirtschaftskammern) sowie mit Genossenschaften und vor- und nachgelagerter Industrie (vgl. Heinze 1977: 325ff; Ullmann 1988: 251ff). Diese Verflechtung stärkt sowohl die Position der großbetrieblich orientierten Verbandsführer im Verband als auch die Interessenvertretung des Verbands nach außen. Aber auch hier ist zu berücksichtigen, "daß eine Politik zugunsten der Großbetriebe nicht notwendig die Kleinbetriebe schädigt. Insofern profitieren von den Erfolgen des Verbandes fast alle Bauern, einige wenige freilich mehr als die meisten anderen" (Ullmann 1988: 251).

Insgesamt stellt sich die Agrarpolitik durchaus als vielgestaltiges Kräftefeld dar, in dem industriell-kapitalistische und landwirtschaftlich-großbetriebliche Interessen dominieren. Doch auch die Sicherung der politischen Loyalität der bäuerlichen Bevölkerung zu den konservativen Parteien und den Bauernverbänden sind von Bedeutung. Obwohl sich die entscheidenden Machtgruppen über die grundsätzliche Entwicklungsrichtung einig sind und obwohl beträchtliche Eingriffe in die soziale und wirtschaftliche Situation der Landwirtschaft vorgenommen werden, zeitigt die Agrarpolitik eine Fülle unbeabsichtigter oder widersprüchlicher Ergebnisse (z.B. Überschüsse, Subventionen, Quotierungen). Dies scheint weniger an Interessendivergenzen der verschiedenen Einflußgruppen zu liegen als an grundsätzlichen

Widersprüchen einer Politik, die eine traditionelle Wirtschafts- und Sozialform ohne Brüche und Krisen von Grund auf umzugestalten versucht.

Die Bauern und Bäuerinnen setzen sich mit diesen Bestrebungen in ihrer eigenen Logik auseinander und machen sie sich, soweit wie möglich, für ihre Betriebserhaltungsstrategien nutzbar. Sie verschärfen mit ihrem Verhalten die Spannung zwischen Einkommens- und Strukturpolitik. Dies zeigt sich etwa an der Nutzung des 1969 aufgelegten Einzelbetrieblichen Förderungsprogramms, das eine Förderschwelle für Investitionshilfen an landwirtschaftliche Betriebe festlegte (vgl. Pongratz 1987: 530). In vielen Familienbetrieben, die nach der Gesetzeslage als nicht entwicklungsfähig und damit als nicht förderungswürdig galten, wurden dennoch vermittels Konsumverzicht und erhöhter Arbeitsleistung Betriebserweiterungen durchgeführt. Offenbar haben die relevanten Machtgruppen die Bereitschaft und Fähigkeit der Bauern und Bäuerinnen unterschätzt, die betriebliche Existenz auch unter widrigen Bedingungen aufrechtzuerhalten.

4.2.3 Die soziale Situation der bäuerlichen Bevölkerung

Die soziale Situation der bäuerlichen Bevölkerung spiegelt die wirtschaftliche und politische Marginalisierung in unterschiedlicher Weise wider. Die Differenzierungen innerhalb der Bauernschaft sind groß, vor allem nach sozio-ökonomischen Kriterien. Daraus wird häufig gefolgert, die bäuerliche Bevölkerung ließe sich nicht als homogene Gruppe beschreiben. Priebe (1985) beispielsweise stellt fest:

"Die Landwirtschaft gibt es nicht. Sie setzt sich aus völlig verschiedenen sozialen Schichten zusammen, von reichen Grundbesitzern und Eigentümern großer Waldungen über wohlhabende Großbauern bis zu armen Kleinbauern in ungünstiger Gebirgslage oder den Arbeitern und Angestellten, die kleine Landflächen am Feierabend bewirtschaften" (195).

Ebenso urteilt Bergmann (1973): "Die Landwirtschaft als einheitliche soziale Schicht ist eine wirtschaftliche und soziale Fiktion, ebenso wie die Gesamtdisparität ihres Einkommens" (174). Diese an sozio-ökonomischen Kriterien ausgerichtete Auffassung unterschätzt meiner Meinung nach die sozialpsychologischen Bindungen im bäuerlichen Milieu. Denn weiterhin durchziehen grundlegende Gemeinsamkeiten das Arbeiten und Leben auf den Höfen und schaffen die Basis für eine ausgeprägte Gruppenidentität.

Maßgeblich dafür sind vor allem die Sozialisation in und durch bäuerliche Arbeit und die Lebensbedingungen in lokalen ländlichen Kulturen.

Die bäuerliche Sozialisation ist charakterisiert durch die Einbindung in den Arbeitsprozeß im bäuerlichen Familienbetrieb, die in der Regel bereits in der Kindheit einsetzt und Jugendliche (besonders den Hofnachfolger) oft in weiten Teilen ihrer freien Zeit beansprucht.⁵⁵ Charakteristisch geblieben für die bäuerliche Arbeit sind die sozial-räumliche Beschränkung auf den Hof, die hohe zeitliche und körperliche Beanspruchung und die Bindung an Rhythmen und Regeln natürlicher Produktionsprozesse. In der Einheit von Produktion, Familienleben und Freizeit auf dem Hof finden traditionelle Werte von Arbeit und Besitz weiterhin eine Grundlage: die Erhaltung und Sicherung des Hofes als Lebensziel, Arbeit als zentraler Lebenswert und die vermeintliche Freiheit in der Arbeits- und Betriebsgestaltung. Verändert hat sich vor allem der soziale Charakter der Arbeit: Das Gesinde hat die Höfe verlassen und die gemeinschaftliche Zusammenarbeit der Bauern hat abgenommen. Heute ist die bäuerliche Familie im Arbeitsprozeß weitgehend isoliert. Begleitet und ermöglicht wurde diese Entwicklung durch die rasche und umfassende Technisierung. Sie brachte neben spürbaren Arbeitserleichterungen auch neue Anforderungen und Belastungen mit sich und erhöhte die Distanz zu den Naturprozessen. Viele Landwirte eignen sich weiterhin verschiedenste technische und handwerkliche Fähigkeiten an, die sie im Arbeitsalltag, z.B. bei Baumaßnahmen oder Maschinenreparaturen, kostensparend anwenden und gelegentlich auch zu Nebentätigkeiten nutzen (siehe Mayr 1990: 109ff). Der Charakter abwechslungsreicher, aber zeit- und kraftaufwendiger Handarbeit hat sich dadurch im großen und ganzen erhalten.

Die nachhaltige Wirkung dieser Arbeitssozialisation resultiert aus ihrer biographischen Kontinuität (vgl. Inhetveen & Blasche 1983: 231ff; siehe auch 2.3.4). Inhetveen und Blasche beschreiben die Arbeitssozialisation von Bäuerinnen als einen lebenslangen "Prozeß der Gewöhnung und Automatisierung" von Arbeit als "einem unhinterfragbaren Sachzwang" (225). Die männliche bäuerliche Normalbiographie sah bisher kaum Erfahrungsmöglichkeiten außerhalb des elterlichen Hofes vor. Die Schul- und Berufsausbildung des Hofnachfolgers stand ganz im Zeichen der zukünftigen Hofübernahme, die auch auf die Wahl des Ehepartners nicht ohne Einfluß blieb (vgl. Meuther 1987). Erst im Zeichen der Agrarkrise absolvieren junge

⁵⁵ Die agrarsoziologische Forschung zum bäuerlichen Arbeitsprozeß und seiner Sozialisationswirkung ist immer noch wenig entwickelt. Einen guten Einblick geben Inhetveen & Blasche (1983) und Brüggemann & Riehle (1986: 106ff); siehe auch Kreil (1988), Wimer (1988) und Graefe zu Baringdorf (1982).

Bauern häufiger eine nicht-landwirtschaftliche Berufsausbildung. Die jungen Bäuerinnen dürften bereits in größerem Maße über Sozialisationserfahrungen in anderen Berufen verfügen.

Benachteiligungen für die Bauern und Bäuerinnen resultieren hauptsächlich aus der hohen zeitlichen und körperlichen Arbeitsbelastung. Laut Agrarbericht 1990 (Materialband 13) lag die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit bei selbständigen Landwirten 1988 bei 64 Stunden und überstieg die Arbeitszeit der abhängig beschäftigten Männer insgesamt (ca. 40 Stunden) oder auch der selbständigen Männer im produzierenden Gewerbe (53 Stunden) erheblich. Die Mechanisierung hat also die Arbeitszeit der Landwirte kaum verringert, da zugleich die Produktionskapazitäten wuchsen und weniger Arbeitskräfte zur Verfügung standen. In der Studie von Inhetveen und Blasche (1983) resümiert eine Bäuerin diese Entwicklung: "Ohne Maschinen geht's heute nicht mehr, aber weniger Arbeit haben wir deswegen auch nicht. Zeit bleibt keine mehr übrig" (118). Mangelnde Freizeit- und Urlaubsmöglichkeiten werden insbesondere vom landwirtschaftlichen Nachwuchs als entscheidender Nachteil ihres Berufs empfunden (vgl. Planck 1982: 202). Der hohe Arbeitsdruck und die oft schwierige wirtschaftliche Lage (vgl. unten) führen zu beträchtlichen physischen und psychischen Belastungen. In einer explorativen empirischen Untersuchung in Norddeutschland ermittelten Meyer-Mansour et al. (1990) "einen deutlich erhöhten Beschwerdedruck der untersuchten landwirtschaftlichen Familien im Vergleich zur Allgemeinbevölkerung" (96).

Auch als Bewohner des ländlichen Raumes befinden sich bäuerliche Familien vor allem in peripheren Gebieten in einer marginalisierten Situation. Der ländliche Raum in der Bundesrepublik ist nach dem Zweiten Weltkrieg verstärkt von der städtisch-industriellen Kultur erfaßt worden und über vielfältige Kommunikations- und Austauschprozesse mit ihr verbunden geblieben (vgl. vor allem Wurzbacher & Pflaum 1954, van Deenen 1975, Brüggemann & Riehle 1986 und Schmals & Voigt 1986). Über schulische und berufliche Ausbildung, Massenmedien, Arbeitsbeziehungen (Pendler-tum) u.a. ist die Landbevölkerung in gesamtgesellschaftliche Wandlungen einbezogen. Die soziale Struktur der Dörfer hat sich dabei von Grund auf verändert: Die unterbäuerlichen Schichten lösten sich weitgehend auf, Bauern und Bäuerinnen wurden zu einer Minderheit und die lohnabhängig Beschäftigten setzten neue soziale und kulturelle Maßstäbe. Als Folge der städtischen Konzentration und einer zentralisierenden Raumordnungspolitik wurden die Infrastruktureinrichtungen (Geschäfte, Ämter, Verkehrseinrichtungen u.a.) im ländlichen Raum reduziert. In der materiellen und

kulturellen Versorgung ist die bäuerliche Bevölkerung zunehmend auf städtische Angebote angewiesen.

Obwohl pauschal von einem Stadt-Land-Gegensatz kaum die Rede sein kann, haben sich in den ländlichen Räumen doch spezifische Lebensbedingungen erhalten. Kulturanthropologisch orientierte Dorfuntersuchungen zeigen, daß weiterhin das Netz von Nachbarschaft und Verwandtschaft das soziale Leben im Dorf prägt (vgl. Inhetveen 1988; Meyer-Palmedo 1985). Dieses Netz kann den Dorfbewohnern Sicherheit und sozialen Rückhalt geben. Es bewirkt aber zugleich ein hohes Maß an sozialer Regelung und Kontrolle und kann individuelle Verhaltensspielräume einengen (vgl. Brüggemann & Riehle 1986: 179ff). Für die Integration der neu strukturierten Dorfbewölkerung sind die Vereine besonders wichtig geworden. Dagegen hat die Kirche viel von ihrem Einfluß verloren, auch wenn sie für die Werthaltungen gerade der bäuerlichen Bevölkerung maßgebend geblieben ist (vgl. Planck 1982: 137ff).

Auf der Basis regelmäßiger sozialer Kontakte und wechselseitiger Information scheint sich eine lokale kulturelle Identität in Abgrenzung gegen die anonyme Massenkultur behauptet zu haben (vgl. zum folgenden Cohen 1982 mit Bezug auf Untersuchungen in Großbritannien). Diese kulturelle Gemeinsamkeit gründet auf der Erfahrung der lokalen Besonderheit in der alltäglichen Lebenspraxis: den vertrauten Arbeits- und Denkgewohnheiten, den gemeinsamen Kenntnissen des Orts und seiner Bewohner oder den eingeschliffenen Kommunikations- und Sprachformen. Diese lokalen Kulturen sind nicht bloß gruppenspezifische Ausprägungen der Gesamtkultur. Sie entstehen vielmehr gerade in Auseinandersetzung mit und als Abgrenzung gegen eine die gesamte Gesellschaft übergreifende 'Kultur der Metropolen' und stehen ihr als eigenständige Kraft gegenüber:

"The ethnography of locality is an account of how people experience and express their differences from others, and of how their sense of difference becomes incorporated into and informs the nature of their social organisation and process" (Cohen 1982: 2).

Besonders ausgeprägt erscheint diese lokale kulturelle Identität bei Gruppen, die sich am Rand der industriell-kapitalistischen Gesellschaft befinden und dadurch den kulturellen Anpassungsdruck umso nachhaltiger spüren. Die Aufrechterhaltung ihrer lokalen Kultur ist für sie ein entscheidendes Mittel der Auseinandersetzung mit der Herrschaft der Metropolen:

"The persistent 'production' of culture and attribution of value becomes an essential bulwark against the cultural imperialism of the political and

economic centres, and thus provides fundamental means by keeping the communities alive and fruitful" (6).

Den kulturellen Gemeinsamkeiten der bäuerlichen Familien in ihrer beruflichen und regionalen Lebenssituation, stehen erhebliche sozialökonomische Unterschiede gegenüber. Sie lassen die Behauptung einer einheitlichen sozialen Lage oder einer allgemeinen Marginalisierung der bäuerlichen Bevölkerung zweifelhaft erscheinen. Hinzuweisen ist zunächst auf verschiedene Formen der (Mehrfach-) Beschäftigung, wie sie in den Kategorien von Vollerwerb, Zuerwerb und Nebenerwerb zum Ausdruck kommen. 1988 wurden 49,1% der Betriebe (mit 78,2% der landwirtschaftlichen Nutzfläche) im Vollerwerb bewirtschaftet, 9,0% im Zuerwerb und 41,9% im Nebenerwerb (Agrarbericht 1990: 12). Die Nebenerwerbsbetriebe erwirtschaften mit der landwirtschaftlichen Produktion kaum Gewinn, doch ist ihre soziale Lage durch das außerlandwirtschaftliche Einkommen relativ stabil; ihr durchschnittlich verfügbares Einkommen liegt sogar über dem der Vollerwerbsbetriebe (49). Oftmals bildet der Nebenerwerb allerdings das Übergangsstadium zur endgültigen Betriebsaufgabe.

Sehr viel heterogener erscheinen die Vollerwerbsbetriebe in ihrer sozialen Lage:

- Von den 318.600 Vollerwerbsbetrieben bewirtschafteten im Jahr 1989 41,8% weniger als 20 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche, 46,3% zwischen 20 und 50 Hektar und 11,9% mehr als 50 Hektar (Materialband 16).
- Auch nach dem Standardbetriebseinkommen (StBE), das als kalkulierter Wert die Einkommenskapazität angibt, nämlich "welches Betriebseinkommen bei ordnungsgemäßer und standortgerechter Bewirtschaftung erzielt werden kann" (Pacyna 1988: 123), treten erhebliche Unterschiede (Agrarbericht 1990: 25) zutage: 51,5% der Vollerwerbsbetriebe gelten 1988/89 als kleine (unter 40.000 DM StBE), 22,9% als mittlere (40.000 bis 60.000 DM StBE) und 25,6% als größere Betriebe (über 60.000 DM StBE).
- Die ungleiche betriebliche Ausstattung wirkt sich auf die Einkommensverteilung aus. Die Einkommensstreuung der Betriebe ist außerordentlich hoch. Während ein Viertel der Landwirte ausgesprochen gut verdient (mit durchschnittlich 58.972 DM Gewinn je Familienarbeitskraft/FAK), reicht der mittlere Ertrag von 7.380 DM/FAK für ein anderes

Viertel kaum zur Entlohnung der eigenen Arbeitsleistung, geschweige denn zur Verzinsung des eingesetzten Kapitals⁵⁶ (Materialband 54).

Der durchschnittliche Gewinn der Vollerwerbsbetriebe je Familienarbeitskraft betrug 1988/89 in einem ausgesprochen erfolgreichen Wirtschaftsjahr mit einer Steigerung von 34,4% gegenüber dem Vorjahr 32.286 DM. Er lag immer noch deutlich unter dem gewerblichen Vergleichslohn von 39.272 DM (20f, 47). So verringerte sich in diesem Wirtschaftsjahr zwar der Einkommensabstand zur Bevölkerung, doch die gewaltige innerlandwirtschaftliche Disparität blieb konstant. Sie ist das Ergebnis der verschärften Konkurrenz der landwirtschaftlichen Betriebe untereinander, in der vor allem die Klein- und Mittelbetriebe aufgrund höherer relativer Produktionskosten unter Druck geraten sind (vgl. Schneider 1980: 22ff). Die Gewinne differieren vor allem nach der Betriebsgröße, aber auch nach der Betriebsform und nach der Region (Agrarbericht 1990: 23ff). Häufig, so etwa im Agrarbericht der Bundesregierung (27), werden die Unterschiede im Gewinn auf die Fähigkeiten des Betriebsleiters und auf seine Ausbildung zurückgeführt. Diese Annahme läßt sich mit agrarstatistischen Daten nicht eindeutig belegen. Die Gewinndifferenzen nach der Ausbildung fallen innerhalb der Größenklassen (nach StBE) eher gering aus (Materialband 53): In der Gruppe der kleinen Betriebe zum Beispiel erwirtschafteten die Landwirte ohne Ausbildung 1988/89 einen Gewinn von 22.848 DM (je Familienarbeitskraft), die Landwirte mit Gehilfenprüfung erzielten 22.931 DM und die Landwirte mit Meisterprüfung oder Diplom 27.119 DM.

Weitere Faktoren, die nur zum Teil Ausdruck in der Gewinnrechnung finden, verstärken die sozialen Unterschiede innerhalb der bäuerlichen Bevölkerung:

- Kleinere Betriebe mit geringeren Erträgen sind (aufgrund einkommensunabhängiger Beitragsbemessung) mit Ausgaben für die landwirtschaftliche Kranken- und Rentenversicherung relativ höher belastet als gutverdienende Großbetriebe⁵⁷: So wendeten 1988/89 kleine Betriebe (unter 20.000 DM StBE) 26,6% ihres Gewinns für die soziale Sicherung

⁵⁶ Ein Grund für den ausgesprochen niedrigen Gewinn eines Viertels der Betriebe dürfte in der hohen Verschuldung liegen, die in dieser Gruppe 5.310 DM je Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche beträgt gegenüber ca. 3.500 DM im Durchschnitt der übrigen Betriebe (Agrarbericht 1990: Materialband 54).

⁵⁷ Im Agrarbericht 1990 wird festgestellt: "Seit einer Reihe von Jahren waren Verzerrungen bei der Beitragsbelastung für die Sozialversicherungen zu beobachten. Kleine und mittlere Betriebe hatten einen vergleichsweise höheren Anteil ihres Gewinns für ihre soziale Sicherung aufzuwenden als größere Betriebe. Einen ersten Schritt zur Reduzierung von Belastungsunterschieden stellte die Einführung des Beitragszuschusses in der Altershilfe für Landwirte dar" (112).

auf, große Betriebe (über 60.000 DM StBE) hingegen nur 11,9% (Materialband 152). Die Leistungen der landwirtschaftlichen Alterskasse sind trotz erheblicher Zuschüsse der öffentlichen Hand ausgesprochen gering: Der Höchstbetrag für Verheiratete beträgt ab 1. Juli 1989 gerade 916,60 DM (Materialband 148). Die Altenteiler sind oft auf zusätzliche Leistungen des Hofnachfolgerpaares angewiesen, die in einkommensschwachen Betrieben nur schwer zu erbringen sind.

- Die Vollerwerbsbetriebe profitieren gegenüber den Nebenerwerbsbetrieben von den günstigen Einkommenssteuerbedingungen für Landwirte. In 1988/89 zahlten große Vollerwerbsbetriebe (über 60.000 DM StBE) mit einem durchschnittlichen Gesamteinkommen von 77.906 DM nur 4.298 DM an Einkommens- bzw. Lohnsteuer. Die Nebenerwerbsbetriebe entrichteten bei einem Gesamteinkommen von 58.545 DM im Schnitt mit 7.822 DM fast den doppelten Betrag (49). Die Nebenerwerbslandwirte leisten auch höhere Sozialversicherungsbeiträge (49).
- Betriebe in Stadtnähe, vor allem im Umkreis großräumiger Ballungsgebiete (z.B. um München und Stuttgart oder im Ruhrgebiet), können durch Grundstücksverkäufe erhebliche Erlöse erzielen. Betriebe in peripheren Lagen finden dagegen zum Teil kaum Käufer für Grundstücke.
- Die ausgesprochen hohe Verschuldung einiger Betriebe wirkt sich nicht nur in langfristigen finanziellen Bindungen und einem geringeren Gewinn aus, sondern führt oft zu psychischen und familiären Spannungen (siehe Meyer-Mansour et al. 1990).
- Alternativ wirtschaftende Betriebe, das sind etwa 0,4% aller Betriebe, erzielen zwar ähnliche Betriebsergebnisse wie konventionelle Betriebe (Agrarbericht 1990: 35). Sie müssen häufig jedoch besonders hohe Arbeitsleistungen erbringen und sehen sich zum Teil einer sozialen Ausgrenzung durch ihre konventionell wirtschaftenden Nachbarn ausgesetzt (siehe Kölsch 1988).

Die Faktoren, die die soziale Lage der bäuerlichen Bevölkerung bestimmen, sind vielfältig und können hier nur zum Teil wiedergegeben werden. Während in anderen Berufsgruppen die aus dem Erwerbsleben resultierenden sozialen Unterschiede durch die Vereinheitlichung und Verrechtlichung des Lohnarbeiterstatus eher geringer geworden sein dürften, ist das landwirtschaftliche Erwerbsgeschehen weiterhin überaus vielgestaltig. Die Pole des Spektrums bäuerlicher Lebensbedingungen liegen weit auseinander. Große Betriebe in der Nähe von Ballungszentren finden äußerst günstige Bedingungen vor: Sie erzielen hohe Gewinne, für die geringe Steuern und Sozialabgaben anfallen, und können mit Grundstücksverkäufen erhebliche Kapi-

talerlöse erzielen. Kleine Betriebe in peripheren Lagen geraten dagegen häufig in wirkliche Notsituationen: Die geringen Gewinne reichen trotz Konsumverzicht oft kaum zum Leben; da notwendige Investitionen nicht - oder nur auf Kosten übermäßiger Verschuldung - durchgeführt werden können, verschlechtern sich die Gewinnchancen auch für die Zukunft. Ein beträchtlicher Teil der Vollerwerbslandwirte könnte Anspruch auf Sozialhilfe erheben, was aber aus Gründen der Selbstachtung meist nicht getan wird.

Angesichts dieses Spektrums kann nicht pauschal von einer sozialen Benachteiligung der Landwirtschaft gesprochen werden. Dennoch finden sich nicht nur die wirtschaftlich schlecht gestellten Betriebe sozialen Marginalisierungsprozessen ausgesetzt. Hohe Arbeitsbelastung, soziale Isolierung auf dem Hof, Verschuldung, fehlende Infrastruktureinrichtungen in Betriebsnähe oder die Unsicherheit über die Weiterführung des Betriebs stellen auch für die Familien in Betrieben mit ausreichenden Erträgen zum Teil außerordentliche Belastungen dar. Viele Bauern und Bäuerinnen haben dem wirtschaftlichen Erfolg in Vergangenheit und Gegenwart in Form von Konsumverzicht und erhöhter Arbeitsleistung beträchtlichen Tribut gezollt.

Die gemeinsame Sozialisation durch bäuerliche Arbeit fördert das Bewußtsein, daß solche Opfer zum bäuerlichen Leben und zum wirtschaftlichen Erfolg gehören. Der Wunsch nach Sicherung der betrieblichen Existenz und die dazu eingesetzten, zum Teil traditionell bäuerlichen Strategien stellen eine starke soziale Klammer dar. Die lokale Identität stärkt das Gruppengefühl und die Abgrenzung gegen die herrschende Kultur außerhalb der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes. Die soziale Marginalisierung der bäuerlichen Bevölkerung läßt sich nur zum Teil an wirtschaftlichen Daten messen. Sie liegt daneben begründet in der fehlenden Anerkennung bäuerlicher Denk- und Verhaltensweisen in der fordistischen Gesellschaft.

4.3 Das gesellschaftliche Bewußtsein der Bauern

Gesellschaftliche Marginalisierungstendenzen der Landwirtschaft finden im Bewußtsein der Bauern über ihre Stellung in der Gesellschaft ihren Niederschlag. Viele Bauern entwickeln ein Bewußtsein gesellschaftlicher Randständigkeit, wie ich es anhand der Ergebnisse meiner explorativen empirischen Erhebung bei bayerischen Bauern (vgl. 2.3) bereits an anderer Stelle

(Pongratz 1987: 532ff) beschrieben habe. Ich werde im folgenden noch einmal auf einzelne Aspekte der Untersuchungsergebnisse eingehen und sie mit den Befunden anderer empirischer Studien vergleichen.

Meinen Überlegungen zum Zusammenhang von gesellschaftlichen Lebensbedingungen und subjektiven Haltungen liegt der subjektorientierte Bewußtseinsbegriff von Voß (1984) zugrunde. Laut Voß beruht der in der Industriesoziologie vorherrschende Bewußtseinsbegriff auf einem "soziologisch vereinseitigten Meinungsmodell" (384), wonach Bewußtsein direkt aus der Erfahrung mit gesellschaftlicher Arbeit und Produktion erklärbar sei. Voß betont dagegen die subjektiven Verarbeitungsleistungen, über welche die Wahrnehmung und Beurteilung gesellschaftlicher Gegebenheiten "relativ eigenständig" und "eigenlogisch" (444) im Bewußtsein vermittelt werden. Er sieht im Bewußtsein eine aktive Leistung, durch die eine "ideelle Aneignung der Welt für und durch die Personen" (404) erreicht wird. Durch die Verbindung mit der praktischen Lebensbewältigung ebenso wie mit sozialen Kommunikationssituationen und gesellschaftlichen Sinnvorgaben ist Bewußtsein in gesellschaftliche Prozesse eingebunden (434ff). Damit wird Bewußtsein beschreibbar als

"ein vielschichtiges, dynamisches, mentales Tätigkeitssystem ..., das für eine existenzielle Anpassung an die Erfahrungswelt ausreichend zweckmäßige kognitive Repräsentanzen dieser Welt sowie angemessene Handlungsorientierungen erstellt" (395).

Auch bäuerliches Bewußtsein kann nicht einfach als Widerspiegelung gesellschaftlicher Gegebenheiten, zum Beispiel von Marginalisierungsprozessen, betrachtet werden. Im Anschluß an Voß gehe ich davon aus, daß die Bauern in der Bewältigung ihrer gesellschaftlichen Situation gruppen- und personenspezifische Verarbeitungsleistungen erbringen.

4.3.1 Ergebnisse der explorativen Befragung zum gesellschaftlichen Bewußtsein bayerischer Bauern

Die gesellschaftlichen und politischen Orientierungen der befragten Bauern (zur Methode und zur Stichprobe vgl. 2.3) lassen sich durch eine konservativ-ordnungsstaatliche Grundhaltung charakterisieren. Diese tritt zunächst bei den Aussagen zu den Grundlagen der Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik hervor: Demokratie, individuelle Freiheit, Marktwirtschaft, Wohlstand, soziale Sicherheit. Die Zustimmung zur Gesellschaftsordnung ist

hoch: Etwa zwei Drittel der Befragten (26 von 40) antworten zustimmend auf die Frage, ob unsere Gesellschaft im großen und ganzen in Ordnung sei (Frage 60, siehe Anhang). Die Äußerungen der 11 Bauern, die anderer Meinung sind, verweisen auf einzelne als gravierend empfundene Mängel, zeigen aber keine grundsätzlichen Bedenken. Als besonders erfreulich (Frage 62) werden Wohlstand (14 Nennungen) und Freiheit (9 Nennungen), hier vor allem verstanden als Meinungsfreiheit, empfunden. Hervorgehoben werden desweiteren die soziale Sicherheit (5 Nennungen), das soziale Klima (4 Nennungen) und der Leistungswille (3 Nennungen). 8 Befragte wissen allerdings nicht, was sie erfreulich finden sollen: Mit Bemerkungen wie, "Weiß nicht, was mich da freuen soll" (E10), oder, "Da fällt mir nichts besonderes ein" (P5, P17), weichen sie der Fragestellung aus.

Deutlich geteilt sind die Meinungen zur Einkommensgerechtigkeit (Frage 64) und zum Ausmaß des Bürgereinflusses (Frage 65). Jeweils mehr als ein Drittel der Befragten meint, daß die Einkommens- und Vermögensunterschiede eher ungerecht sind (16 von 40) und daß die Bürger zu wenig Einfluß auf die Politik haben (15 von 40). Aber auch von diesen Bauern werden nur einzelne Mißstände beklagt, keiner übt grundlegende Systemkritik. An der Einkommensverteilung kritisieren sie meist den großen Abstand zwischen arm und reich sowie "Auswüchse" bei einzelnen Berufsgruppen, z.B. Politikern oder Ärzten.

Die Kritik an zuwenig Bürgereinfluß bezieht sich zumeist auf lokale Bürgeraktionen, die bei Politikern kein Gehör fanden, oder auf die geringe Einflußmöglichkeit durch Wahlen. Ein großer Teil jener Bauern, die den Bürgereinfluß für ausreichend erachten (19 Befragte), sieht ebenfalls über die Wahlmöglichkeit hinaus kaum Chancen zur Durchsetzung von Interessen. Kennzeichnend für die politische Integration der Bauern ist folgender Zusammenhang: 15 der 19 Befragten, die den Bürgereinfluß im allgemeinen für ausreichend halten, meinen zugleich, Bauern hätten zu wenig Einfluß. Von ihnen wird also der gesamtgesellschaftliche Zustand befürwortet, obwohl sie die Situation der eigenen Berufsgruppe als benachteiligt empfinden.

Die von Kudera (1988b) bei kleinbürgerlichen Gruppen festgestellte Konformität scheint auch ein Grundzug bäuerlichen politischen Denkens zu sein:

"Dieses Orientierungsmuster ist gekennzeichnet durch die weitgehende Abwesenheit grundlegender Kritik und durch die Akzeptanz des politischen und gesellschaftlichen status quo der ökonomischen Verteilung

und politischen Einflußstrukturen sowie der demokratischen und betriebsdemokratischen Institutionen" (257).

Konturen gewinnt diese Grundhaltung durch ihren Bezug auf die politischen Werte der Sicherheit und Ordnung und durch die Ablehnung gesellschaftlicher Radikalisierungstendenzen. Im Vergleich zur übrigen Bevölkerung scheinen die Bauern noch vergleichsweise stark an autoritär-ordnungsstaatlichen Vorstellungen festzuhalten.⁵⁸

In der Beurteilung verschiedener politischer Ziele, die in einer Liste vorgegeben waren (Frage 66 und 67), zeigen die befragten Bauern neben einer starken Orientierung an Sicherheit und Ordnung zum Teil auch aufgeschlossene Haltungen gegenüber aktuellen politischen Entwicklungen (siehe das Diagramm in Pongratz 1987: 538). Die Befürwortung der 'Bekämpfung der Arbeitslosigkeit' von der überwiegenden Mehrheit der Bauern als wichtigstem Ziel und die ebenso entschiedene Ablehnung der 'Verstärkung der Rüstungsanstrengungen' dürften im gesellschaftlichen Meinungstrend liegen. Daneben aber finden die sogenannten 'law-and-order'-Ziele starke Unterstützung: 'Mehr Befugnisse für die Polizei', 'Abzug der Gastarbeiter' und vor allem 'Todesstrafe für Terroristen' werden jeweils von fast der Hälfte der Bauern (in erster Linie von den älteren Bauern) als besonders wichtig erachtet. Bei den jüngeren Befragten ist durchaus eine entgegengesetzte Haltung spürbar, was zu einem weitaus größeren Meinungsspektrum innerhalb dieser Gruppe führt: 7 von 9 Befragten, die die Todesstrafe ausdrücklich ablehnen, und alle 5 Bauern, die mehr Einfluß für die Friedensbewegung fordern, zählen zur jüngeren Befragtengruppe (unter 40 Jahre). Doch gibt es auch in der Gesamtgruppe Zeichen einer gewissen Aufgeschlossenheit gegenüber dem Wandel gesellschaftlicher Wertvorstellungen. Die häufige Befürwortung von 'Mehr Umweltschutz' (den die Bauern allerdings kaum im Zusammenhang mit der Landwirtschaft sehen) und 'Mehr Bürgereinfluß' kann ebenso in diesem Sinn gewertet werden wie die überwiegend positive Kommentierung der sozialen Sicherung in der Bundesrepublik⁵⁹. Insgesamt scheinen die Bauern auf der Basis einer konservativ-ordnungsstaatlichen Grundeinstellung durchaus Anteil an der Veränderung gesellschaftlicher Werte und Normen zu nehmen.

⁵⁸ Zum Vergleich mit Berufsgruppen des großstädtischen Kleinbürgertums (Beamte im mittleren und gehobenen Dienst, Angestellte und kleine Selbständige) siehe Pongratz 1988a.

⁵⁹ Bei der Kommentierung des Ziels "Ankurbelung der Wirtschaft durch Abbau von Sozialleistungen" wird meist ausdrücklich darauf hingewiesen, daß ein solcher Abbau nicht akzeptabel ist: Von 20 Befragten, die sich dazu äußern, nehmen 15 gegen einen Abbau von Sozialleistungen Stellung.

Klar konturierte ideologische Positionen werden nicht vertreten; antide-mokratische, rassistische oder nationalistische Äußerungen sind in der Befragung nicht zu hören. Bekenntnisse zur Demokratie scheinen nicht bloß formal oder oberflächlich abgegeben zu werden, sondern auf echter Überzeugung zu beruhen. Dennoch stoßen oppositionelle Gesellschaftsgruppen, wie die Gewerkschaften, die Grünen oder Demonstranten allgemein, zum Teil auf heftige und emotional engagiert vorgetragene Kritik. Die Gewerkschaften werden von den Bauern (bei Frage 65) am häufigsten als Gruppe mit zuviel Einfluß genannt (von 13 Befragten). Mit dieser Stellungnahme verbinden sich oft recht drastische Urteile, wie zum Beispiel "bei denen geht alles" (P15), die "sind stärker als der Staat" (P14) oder gar sie "wollen die Demokratie kaputt machen" (P16). Mißbilligt wird vor allem, daß die Gewerkschaften zu radikal sind, zu viel Macht haben und überzogene Lohnforderungen stellen. Übertroffen wird diese Kritik vielfach noch von der Abwehrhaltung gegen Grüne und Demonstranten. Sie weist Merkmale einer Randgruppenkritik auf, wie sie Kudera (1988b) für kleinbürgerliche Gruppen beschrieben hat:

"Zentral für diesen Orientierungstyp ist die Kritik am abweichenden Verhalten von Randgruppen wie (in den Worten der Befragten): Randalierer, Demonstranten, Radikale, Arbeitsscheue, unter die meist auch die Arbeitslosen gezählt werden, und andere. Bei dieser Kritik handelt es sich ... um rigidiere Konformitätsanforderungen an das Verhalten von sozial letztlich einflußlosen Gruppen" (258).

Konkret werden den Grünen vorgeworfen: ihre Nähe zu gewalttätigen Demonstranten und politischen Extremisten, ihr aggressives Auftreten in der Öffentlichkeit und ihre unrealistischen Vorstellungen, durch die sich die Bauern vor allem in Umweltfragen sowie im Hinblick auf ihren Besitzstand bedroht fühlen. Nur vereinzelt werden dagegen die Meinungen laut, daß bei den Grünen "auch Gute dabei sind", daß sie "Denkanstöße geben" und auch "oft Recht haben". Meist erfolgt die Ablehnung der Grünen pauschal und hat fast normativen Charakter: Als Grüner will keiner gelten. In der konservativ-ordnungsstaatlichen Grundeinstellung der Bauern erscheinen die Grünen als eine Art Gegenkultur:

"Gut, mir gefallen die Grünen jetzt da nicht mit ihrer Aufmachung, die gefallen mir nicht, gell. Die sollen sich ein bißchen anders aufmachen - und auf dem Boden der Tatsachen bleiben ..." (E4/5/268).

Die Kritik kann dazu dienen, indirekt das Selbstbild des arbeitsamen, bescheidenen, 'normalen' Bürgers (Kudera 1988b: 258) zu bestätigen:

"Die Demonstanten da, von den Grünen - oder weiß ich, wer da beteiligt ist, das ist meiner Ansicht nach nicht richtig. Man soll's zwar nicht verbieten, aber es gibt gewisse Leut', die haben keine Arbeit nicht, sonst hätten sie ja nicht Zeit, daß sie acht oder vierzehn Tag' da hinstehen" (L3/2/383).

Neben der konservativ-ordnungsstaatlichen Grundhaltung kennzeichnet ein hohes Maß an Distanzierung zur Gesellschaft das gesellschaftliche Bewußtsein der befragten Bauern, insbesondere in ihren Äußerungen zur Stellung des Berufsstandes. Diese Haltung wurde meist spontan bei unterschiedlichen Fragen zum Ausdruck gebracht, denn explizit hatte ich nicht danach gefragt. Im Zusammenhang betrachtet, läßt sich ein charakteristisches Argumentationsmuster erkennen, mit dem die Bauern ihre Distanz zur Gesellschaft artikulieren. Es besagt in Grundzügen: Unsere Gesellschaft ist als Industriestaat ganz auf die Erfordernisse der Industrie ausgerichtet. Die Landwirtschaft hat als kleine Minderheit demgegenüber kaum wirtschaftliche Bedeutung und zu wenig politische Macht. In die Fehlentwicklung (mit Überschüssen und Umweltproblemen) sind die Bauern durch wirtschaftlichen und politischen Druck hineingezwungen worden. Deshalb ist das ungünstige Bild der Landwirtschaft in der Öffentlichkeit ungerecht und diskriminierend.

Das zentrale Argument richtet sich auf den Zusammenhang von Industrieexporten und Agrarimporten:

"Das Hauptproblem an sich in der Agrarpolitik ist mal eins, daß die Industrie auf Kosten zum Teil der Landwirtschaft produzieren kann, daß Industrieprodukte also exportiert werden und dadurch landwirtschaftliche Produkte importiert werden müssen als Ausgleich" (L10/3/590).

Zwei Drittel der Bauern (27 von 40) sprechen diese Industriestaatsproblematik in ihrer agrarpolitischen Argumentation an. Dabei erscheint die Landwirtschaft zum Teil ausdrücklich als Opfer der Industriepolitik:

"Daß wir einfach als Industrienation verkaufen müssen und daß die Landwirtschaft da zurückstehen muß, das ist - die muß einfach für das bluten" (E5/3/182).

Diese grundlegende Benachteiligung der Landwirtschaft sei nur möglich, weil die Bauern als Minderheit - "sind ja bloß noch 5 oder 7 Prozent" (P12/2/601) - ihre Interessen nicht mehr ausreichend durchsetzen könnten:

"Wir sind einfach ein Industriestaat und die 6 Prozent da -" (L9/3/680). Oftmals wird auch mit dem Wählerpotential der Bauern argumentiert:

"Weil bei uns geht ja viel nach Stimme, da - ich mein', in der Landwirtschaft kann man sagen, daß das auch immer schlechter wird. Weil 700.000 Bauern die werden weggeschluckt, weil das Stimmenpotential ist nicht so groß und da weiß man genau, in welche Richtung daß sie wählen und da bemühen sich die Politiker nicht so" (L6/2/752).

Auf die Frage (65), wer in unserer Gesellschaft zu wenig Einfluß habe, nennen 16 Befragte explizit "Bauern" bzw. "Landwirtschaft" und weitere 12 Personen führen Gruppen an, welche die Bauern miteinschließen, wie "Minderheiten", "der Mittelstand" oder "der kleine Mann". Insgesamt sprechen also mehr als zwei Drittel der Bauern der Landwirtschaft zu wenig Einfluß zu, während andere gesellschaftliche Gruppen (genannt werden noch Rentner, Arbeiter und Kirche) kaum erwähnt werden.

Eigene Mitverantwortung für Fehlentwicklungen in der Landwirtschaft lehnen die Befragten mehrheitlich ab. Als Gründe für die Überschüsse (Frage 72) werden neben den Agrarimporten (17 Nennungen) von mehr als der Hälfte der Bauern wirtschaftliche (15 Nennungen) und politische Zwänge (9 Nennungen) vorgebracht.⁶⁰ Der politische Druck wird mit den agrarpolitischen Rahmenbedingungen erklärt, die zu Produktionsausweitungen führten. Der wirtschaftliche Zwang wird mit den niedrigen Agrarpreisen begründet, deretwegen die Produktion gesteigert werden mußte, um das Einkommen zu halten:

"Durch das, daß man die niederen Preise gehabt hat, ist man an und für sich gezwungen worden, daß man durch Mehrproduktion das ausgleicht" (E5/3/199).

Eigene Verantwortung - oder gar Schuld - gestehen die Bauern kaum ein; es sind allemal die Umstände, die ihr Verhalten erzwungen haben. Folgende Aussage zu den Ursachen der Überschüsse verdeutlicht, daß die Bauern diesen Umständen oft recht bereitwillig gefolgt sind:

"Und dann ist ja das auch so logisch wieder auf der anderen Seite, weil eben ein jeder sagt sich, ja wenn ich noch um eine Kuh mehr drin hab', dann hab' ich wieder ein bißchen mehr Einnahmen, das ist das Logische eigentlich" (E1/4/317).

⁶⁰ Genannt werden ferner die Verbesserung der Produktionsmittel (10 Nennungen) und die Agrarfabriken (8 Nennungen).

Schließlich fühlen sich die Befragten in der öffentlichen Meinung ungerecht behandelt. Immer wieder äußern sie, die Öffentlichkeit habe "kein Verständnis" für Subventionen, für Agrarpolitik allgemein und für den Wert der Nahrung überhaupt. Vereinzelt wird sogar auf "Bauernfeindlichkeit" oder "Bauernhaß" in der Bevölkerung hingewiesen. Auf Kritik von außen reagieren viele Bauern empfindlich:

"Es wird halt allweil wieder über die Bauern geschimpft, gell, das ist das eine, weil sonst können sie ja niemand schimpfen, weil das der letzte Mann ist, ..." (P10/2/445).

Typisch für diese Haltung sind die Antworten auf die Frage (75), wie man zu den Subventionen für die Landwirtschaft stehe: Die Hälfte der Befragten weist auf andere Wirtschaftszweige hin (genannt werden Bahn, Bergbau und Stahlindustrie), die "noch mehr" vom Staat bekämen. 7 Bauern fügen (sinngemäß) hinzu, daß aber nur die Subventionen für die Landwirtschaft von den Medien herausgestellt werden:

"Und von der Landwirtschaft wird's gesagt und von den anderen nicht, gell, das ist die Ungerechtigkeit" (P19/2/402).

Ich habe dieses in meiner Untersuchungsgruppe verbreitete Argumentationsmuster als Bewußtsein gesellschaftlicher Randständigkeit interpretiert (Pongratz 1987: 533f), das durch drei Merkmale charakterisiert ist: durch eine berufsständische Abgrenzung der eigenen Berufsgruppe, durch die Wahrnehmung einer grundlegenden Benachteiligung und durch eine resignative Haltung des 'Sich-Abfindens'. Dieses Bewußtsein läßt sich deuten als Ausdruck der Bewältigung einer als übermächtig erlebten gesellschaftlichen Entwicklung, nämlich der Vereinnahmung der Landwirtschaft durch die industriell-kapitalistische Gesellschaft. Einzelne Elemente der gesellschaftlichen Marginalisierung der Landwirtschaft (vgl. 4.2) finden darin in unterschiedlicher Weise Ausdruck:

- Das Grundproblem der Marginalisierung der Landwirtschaft in einer fordistischen Industriegesellschaft wird unmißverständlich, obgleich oft emotional und undifferenziert angesprochen. Der Zusammenhang zwischen Agrarimporten und Industrieexporten, der dafür verantwortlich gemacht wird, ist im Prinzip richtig. Er bezeichnet jedoch nur einen Aspekt der wirtschaftlichen Abhängigkeit der Landwirtschaft.
- Der wirtschaftliche und politische Druck wird meist pauschal mit den niedrigen Agrarpreisen begründet. Konkrete Abhängigkeitsbeziehungen zur vor- und nachgelagerten Industrie, wie sie im bäuerlichen Alltag

(z.B. bei Genossenschaftsversammlungen, beim Ein- und Verkauf) erfahrbar sind, werden kaum genannt.

- Trotz der Wahrnehmung einer Benachteiligung des eigenen Berufsstandes und der damit verbundenen Industriestaatskritik akzeptieren die Bauern grundsätzlich die Notwendigkeit der Förderung der Industrie zum Wohl der ganzen Gesellschaft. Sie befinden sich damit in einem Dilemma, das dieser Bauer klar formuliert:

"Also die EG ist ganz schlecht für die Landwirtschaft, weil die EG auf dem Buckel der Landwirtschaft ausgetragen wird. Auf der anderen Seite brauchen wir die EG - unsere Industrie braucht die EG, weil sonst wären noch mehr Arbeitslose, wenn wir nicht soviel exportieren könnten. ... Von der Landwirtschaft her wäre es besser, wenn wir keine EG hätten, aber als Staatsbürger muß ich sagen: Die EG ist gut für uns. Also das sind einfach Widersätze, aber die sind da und die kannst du nicht wegleugnen" (P12/3/43).

- Differenzierungen innerhalb der Landwirtschaft werden kaum vorgenommen. Es überwiegt die berufsständische Sicht, die allerdings weniger auf Standesdünkel als auf einer 'Gemeinsamkeit der Betroffenheit' beruhen dürfte: In den zentralen Aspekten ihrer Lebenslage sehen sich die Bauern in spezifischer Weise und gemeinsam betroffen.
- Beträchtlicher Unmut wird allerdings über den eigenen Verband laut. Obwohl 35 von 40 Befragten dem Bauernverband als Mitglied angehören, sind fast drei Viertel (29 von 40) der Bauern unzufrieden mit ihrem Verband (Frage 81), der von einem Bauern auch als "Bauern-Beruhigungs-Verein"⁶¹ gekennzeichnet wird. Ein zentraler Punkt der oft recht engagiert vorgetragenen Kritik ist, daß der Bauernverband zu wenig tut. Er solle aktiver sein, die bäuerlichen Interessen energischer und aggressiver vertreten und die Öffentlichkeit besser über die Probleme in der Landwirtschaft informieren. Zahlreiche Bauern wenden sich trotz eigener Sympathien für die CSU massiv gegen die Verflechtung von Bauernverbands-Funktionären mit dieser Partei. Sie fordern die politische Unabhängigkeit ihres Verbandes. Die allgemeine Einschätzung zum Bauernverband ist: "Je weiter oben, desto schlechter".

⁶¹ Entsprechend der Abkürzung BBV für Bayerischer Bauernverband.

4.3.2 Belege zum bäuerlichen Bewußtsein gesellschaftlicher Randständigkeit in der agrarsoziologischen Forschung

Aspekte des gesellschaftlichen und politischen Bewußtseins der bäuerlichen Bevölkerung spielten in der agrarsoziologischen Forschung der Bundesrepublik lange Zeit kaum eine Rolle. In den explorativen Dorf- und Gemeinemonographien der fünfziger Jahre blieb die Frage des gesellschaftlichen Bewußtseins weitgehend ausgeklammert (vgl. zum folgenden Pongratz erscheint demnächst). Obwohl die NSDAP in ländlichen Gebieten starke Unterstützung bei Wahlen erfahren hatte⁶² und obwohl der nationalsozialistische Machtapparat die bäuerlichen Führungsschichten einzubinden versucht hatte (siehe Inhetveen 1986), wurde die Frage der Bewältigung der faschistischen Herrschaft und des Übergangs zur Demokratie nicht gestellt. Hinweise darauf finden sich außerhalb der Land- und Agrarsoziologie. So standen die an den Gruppendiskussionen des Instituts für Sozialforschung beteiligten Bauern 1950/51 der Demokratie ablehnend gegenüber:

"Die Demokratie, so heißt es immer wieder, habe die Bauern schon einmal, in der Weimarer Republik, dem Untergang nahegebracht. Man ist in allen Gruppen sich einig, daß Hitler den Bauernstand gerettet habe" (Mangold 1960: 72).

Es wurden Neigungen zur Diktatur (75, 130f, 142f) bzw. zu einem Ständeparlament (75, 78, 141) bekundet, und eine feste Hand im Staat wurde gefordert (75, 131). Wahlanalysen⁶³ zeigen, daß die Landwirte (vor allem katholischen Glaubens) bereits 1953 neben anderen mittelständischen Gruppen die Kernwählerschaft der CDU/CSU ausmachten. Daneben stimmten sie in überproportionalem Ausmaß für die kleineren Parteien (vermutlich des rechts-nationalen Spektrums).

Erst die standardisierten Meinungsumfragen, die sich in den sechziger und siebziger Jahren in der Agrarsoziologie durchsetzten, machten die gesellschaftlichen und politischen Orientierungen der Bauern zum Forschungsgegenstand. Die empirische Forschung dieser Zeit war vom Anspruch der umfassenden Modernisierung der Landwirtschaft im Sinne einer

⁶² Siehe vor allem die bereits in den dreißiger Jahren durchgeführte Studie von Heberle (1963) und die unmittelbar nach Kriegsende erfolgte Untersuchung von Loomis & Beegle (1946). Einen internationalen Überblick zum Verhältnis von Faschismus und Landwirtschaft gibt Bergmann (1976: 56ff).

⁶³ Die dargestellten Ergebnisse stammen von Pappi (1973). Einen Überblick über die Aussagen der Wahlforschung zur bäuerlichen Bevölkerung gibt Krekeler (1976).

Anpassung an städtisch-industrielle Normen geprägt (vgl. Pongratz 1987: 524f). In der vorgeblichen kulturellen Rückständigkeit der bäuerlichen Bevölkerung wurde das entscheidende Modernisierungshindernis ausgemacht. Ausgehend von der Nowendigkeit entsprechender "Bewußtseinskorrekturen der landwirtschaftlichen Bevölkerung" (van Deenen 1971: III) suchte die empirische Forschung den jeweils aktuellen Stand der bäuerlichen Anpassung zu ermitteln. Sie kam dabei zu unterschiedlichen Ergebnissen.

Ziche (1968 und 1970) sieht die Rückständigkeit vor allem in der Aufrechterhaltung von Elementen einer Bauerntumsideologie, wie sie unter der Herrschaft des Nationalsozialismus in Deutschland verbreitet war. Dazu zählt er die Schutzwallfunktion des Bauerntums gegen innere und äußere Gefahren (besonders gegen den Kommunismus), die aus der spezifischen Naturverbundenheit erwachsenden bäuerlichen Werte und das Verständnis des Bauerntums als "Blutsquell der Nation" (Ziche 1968: 123ff). Aus den Ergebnissen einer Repräsentativbefragung in Bayern zieht Ziche (1970) den Schluß, "daß sich die bäuerliche Bevölkerung als politisches Bollwerk gegen den kommunistischen Totalitarismus und als wirtschaftliches Fundament der Wohlstandsgesellschaft sieht" (87). Diese Interpretation erscheint sowohl im Hinblick auf ihre empirisch-methodische Grundlage⁶⁴ als auch im Vergleich mit anderen Befragungsergebnissen aus dieser Zeit fragwürdig. Van Deenen (1971) etwa stellt fest: "Die Vorstellung von den besonderen ethischen Werten scheint jedenfalls dem Bauern selbst als Grundlage seiner Selbsteinschätzung ziemlich fremd zu sein" (163)⁶⁵.

Durch traditionelle Werte, aber nicht durch Elemente einer Bauerntumsideologie bestimmt, sieht Sachs (1972) in einer qualitativen Erhebung in Hessen das Denken der Bauern. Oberstes Ziel der Bauern sei die Erhaltung und Sicherung des Betriebes. Mit der engen Bindung an Hof und Beruf

⁶⁴ Ziche leitet dieses Fazit aus den Antworten auf die Frage ab: "Manche Politiker sagen ja: unsere Bauern sind das sicherste Bollwerk gegen den Kommunismus. Haben diese Politiker Ihrer Meinung nach recht oder nicht?" 64% der Befragten stimmten der Aussage zu, wobei sie nur mit "Ja" oder "Nein" antworten konnten (Ziche 1970: 86). Wenig später ließ Ziche fragen: "Was meinen nun Sie, warum es nicht ohne Bauern geht? Könnten Sie es mir vielleicht nach dieser Liste sagen?" Unter 6 Antwortvorgaben war hier auch die "politische Schutzwallfunktion" vertreten, die bei nunmehr größerer Auswahlmöglichkeit nur noch von etwa 8% der Befragten genannt wurde (87f). Dies deutet darauf hin, daß die Kategorie im Denken der Bauern selbst nicht die behauptete große Rolle spielt.

⁶⁵ Auch Mrohs (1981: 74ff) hält das Selbstbild der Bauern nicht für stärker überhöht als das anderer Berufsgruppen. Er beurteilt die Thesen von Ziche (und Kromka) als "sicherlich überzogen" (77). Trotzdem hat Kromka (1981) noch Anfang der achtziger Jahre die Thesen von Ziche in fast unveränderter Form wiederholt: Die Bauern "bauen sich oder übernehmen aus der Tradition ein ideologisch überhöhtes Selbstbild, das Anpassungsschwierigkeiten, Mängel und existentielle Unsicherheiten überdecken soll" (241).

und dem Wunsch nach Freiheit in der Arbeits- und Betriebsgestaltung verbinde es sich zu einem spezifisch bäuerlichen Komplex von Sicherungs-, Bindungs-, und Freiheits-Tendenzen (67ff, 91ff). Vor diesem konservativen Werthintergrund nehmen nach Sachs die Bauern die gesellschaftliche Wirklichkeit oft verzerrt wahr: Ihre gesellschaftliche Lageorientierung sei "von Stereotypen" geprägt (116) und leide unter einem "Mangel an Einschätzung der realen Situation" (117).

Ein differenziertes Bild von der Rückständigkeit der Bauern entwirft van Deenen (1971) als Ergebnis einer Panelbefragung einer für die Bundesrepublik repräsentativen Betriebsleiterauswahl. Im familialen Bereich findet er durchaus fortschrittsoffene Einstellungen (VIIIff). In den Haltungen zu agrarischen und gesellschaftlichen Institutionen erkennt van Deenen neben partiellen Desintegrationserscheinungen auch zunehmende soziale Integration (XIIIff): Die Landwirte nähmen die Marktgegebenheiten zwar unreflektiert und passiv hin, den Beratungsinstitutionen stünden sie aber aufgeschlossen gegenüber. Den Klagen über den sozialen Statusverlust der Bauern kontrastiere "ein noch schwacher, aber klarer Trend zur Objektivierung der Meinungen und zur Anerkennung pluralistischer Wertsysteme" (XIX).⁶⁶

Auch andere empirische Untersuchungen der Bauernschaft, die Aspekte des gesellschaftlichen Bewußtseins berücksichtigt haben, lassen auf 'partielle Desintegrationserscheinungen' schließen:

- Zu verschiedenen Zeiten wird auf das unspezifische Unbehagen und die allgemeine Unzufriedenheit der Bauern mit ihrer Situation hingewiesen (Blanckenburg 1958: 29f; Mrohs 1983: 107; Sachs 1972: 110). Es wird ihre Unsicherheit hinsichtlich der künftigen Entwicklung der Landwirtschaft beschrieben (Blanckenburg 1958: 40f).
- Wiederholt zeigt sich, daß die Bauern ihre eigene Situation vor allem im Vergleich zu anderen gesellschaftlichen Gruppen beurteilen und sich dabei klar benachteiligt fühlen (Blanckenburg 1958: 33ff; Mrohs 1983: 106ff). Sie finden, "daß es den Arbeitern besser gehe" (van Deenen 1971: XVIII), und sehen sich "als vernachlässigter, wenn nicht gar bewußt unterdrückter Stand" (Ziche 1970: 91) und "ins gesellschaftliche Abseits gedrängt" (Mrohs 1981: 103f). Dabei fühlen sie sich in ihren Aufgaben

⁶⁶ Völlig unterentwickelt jedoch sei das unternehmerische Denken bei der Mehrheit der Bauern, weil "ein bedeutender Teil der derzeitigen Betriebsleiter nicht in der Lage ist, die tatsächlichen Gegebenheiten zu sehen, die technologischen und betriebsorganisatorischen Möglichkeiten einer industrieähnlichen Produktion zu realisieren oder die Chancen eines modernen 'agribusiness' auch nur zu erkennen" (van Deenen 1971: VII). In dieser Einschätzung kommt der Modernisierungsanspruch der Agrarsoziologie handfest zum Ausdruck.

und Problemen von der Gesellschaft unverstanden und nicht anerkannt (van Deenen 1971: 161).

- Zugleich ließ sich immer deutlicher die Anerkennung und Unterstützung demokratischer Verfahren und Institutionen durch die Bauern und ihre Integration in das pluralistische politische System der Bundesrepublik feststellen (van Deenen 1971: 141ff; Planck 1982: 147ff). Verschiedene Analysen aus der Wahlforschung belegen, wie die Unterstützung der landwirtschaftlichen Bevölkerung für die CDU/CSU in den sechziger Jahren weiter zugenommen und sich bis in die achtziger Jahre auf hohem Niveau (um 80%) stabilisiert hat (Krekeler 1976: 87ff; Uttitz 1987).

Die Ergebnisse lassen deutliche Tendenzen zu einem "gestörten Verhältnis zwischen Landwirtschaft und übriger Gesellschaft" (Mrohs 1983: 124) erkennen. Insgesamt herrscht der Eindruck einer widersprüchlichen Entwicklung des gesellschaftlichen Bewußtseins der Bauern vor.⁶⁷

"Resignation und politische Interesselosigkeit bis hin zur grundsätzlichen Ablehnung auf der einen Seite und der Trend zur pluralistischen Meinungsbildung auf der anderen Seite kennzeichnen heute die politische Einstellung der Landwirte" (van Deenen 1971: 160).

Angeregt durch die neomarxistische Diskussion entwickelte sich seit Anfang der siebziger Jahre in Abgrenzung zur Modernisierungsforschung ein eher kritisch-emanzipatorischer Forschungszweig. Kennzeichnend für viele dieser Studien, die häufig von jüngeren Forschern als Dissertationen erstellt wurden, ist die Konzentration auf die Frage des gesellschaftspolitischen Bewußtseins der Bauern als Ansatzpunkt für emanzipatorische Veränderungen im Agrarbereich (Poppinga 1973, Krammer 1976, Bohn 1980). Die Studien haben meist explorativen Charakter und die Untersuchungsgebiete sind regional begrenzt; als empirische Methoden werden nicht-standardisierte Verfahren bevorzugt. Besonderes Gewicht wird auf die Verbindung der empirischen Forschung mit theoretischen Fragestellungen gelegt, die vor allem aus Ansätzen zur einfachen Warenproduktion und zur Stellung der Landwirtschaft in der kapitalistischen Gesellschaft abgeleitet werden (vgl.

⁶⁷ Die agrarsoziologische Forschung hat dieses Spannungsfeld nur unzureichend zu klären vermocht. Sie vernachlässigte die theoretische Analyse und versäumte es, durch größere Methodenvielfalt und insbesondere durch die Einbeziehung qualitativer Verfahren tiefergehende Einblicke in das bäuerliche Denken zu gewinnen. Bezeichnend für die Stagnation dieser Forschungstradition in den siebziger und achtziger Jahren sind die auf wenig mehr als sozialstatistische Daten reduzierten Analysen von Mrohs (1981 und 1983). Der theoretische Anspruch der Sekundäranalyse von Kromka (1987) bleibt aufgesetzt und mündet in fragwürdige Interpretationen eines angeblichen Werteverfalls.

4.1. und 4.2). Statt das politische und ökonomische Verhalten der Bauern an abstrakten Modernisierungsmaßstäben zu messen, wird es aus den sozialökonomischen Bedingungen zu erklären versucht.

So fragt Poppinga (1973) systematisch nach dem Bewußtsein der Bauern als Ausdruck der Bewältigung ihrer tatsächlichen Lage, "als Interpretation von gesellschaftlicher Realität durch Bauern" (125). Es gelingt ihm, offenbar nicht wirklichkeitsgerechte Einschätzungen der agrarwirtschaftlichen Situation durch die Bauern aus den strukturellen Widersprüchen ihrer sozialökonomischen Lage verständlich zu machen: ihr Bewußtsein, Unternehmer zu sein (147), ihre Orientierung am "gerechten Preis" (137) oder ihre Fixierung auf den Staat als "Macher der Bedingungen ihrer Existenz" (144). Zum Beispiel können die Bauern aufgrund der Strukturen der Marktorganisation kaum konkrete 'ökonomische Gegner' in der vor- und nachgelagerten Wirtschaft ausmachen. Offensichtlich - und in der Öffentlichkeit viel diskutiert - ist hingegen das starke Eingreifen des Staates in Marktzusammenhänge. Auch die Öffentlichkeitsarbeit des Bauernverbands ist fast nur auf staatliche Maßnahmen ausgerichtet und bestärkt die Bauern in ihrer Sicht. Vermeintliche Desintegrationserscheinungen lassen sich damit als durchaus naheliegende Interpretationen komplexer, schwer durchschaubarer Lebens- und Arbeitsbedingungen deuten.

Bohn (1980) faßt Bewußtsein als "Abbild der wirklichen oder vermeintlichen Lage von Mitgliedern abgegrenzter, gesellschaftlicher Gruppen" (21). Er versucht ebenfalls, die Untersuchung bäuerlichen Bewußtseins mit einer Analyse der gesellschaftlichen Lage zu verbinden, doch bleiben die beiden Analysestränge weitgehend unverbunden. In seinen zentralen Thesen zeigt er sich der Rückständigkeits-Argumentation verhaftet (22). Neben Anpassungserscheinungen an industriegesellschaftliche Sozialnormen stellt Bohn "eine erhebliche Verunsicherung über die Aussichten und die langfristige Zukunft des Bauernstandes" (251) fest. Insbesondere der Europäische Agrarmarkt "machte das Marktgeschehen für den einzelnen Landwirt noch undurchsichtiger und verstärkte damit das Gefühl der Abhängigkeit und der Ohnmacht" (251). Die gesellschaftliche Unsicherheit fördere das "Zusammengehörigkeitsgefühl" der Bauern und verdeckte die vorhandenen sozialen Differenzierungen.

Umfassend bestätigen die Ergebnisse der Untersuchung von Kramer (1976) meine eigenen Befunde, obgleich die Befragung 11 Jahre früher (im Winter 1974/75) in Österreich durchgeführt wurde.⁶⁸ Die Mehrheit der von

⁶⁸ Vgl. mit ähnlichen Ergebnissen zu den "sozialen Einstellungen" österreichischer Bergbauern Lendorfer (1984).

Krammer befragten Bauern sieht sich in einem sozialen und ökonomischen Abstieg (49) und ist der Auffassung, "daß ihre besondere Bedeutung von der Gesellschaft, vom Staat und von anderen Berufsgruppen viel zu wenig geschätzt wird" (48). Die Skepsis auch der österreichischen Bauern gegen agrarpolitisch relevante Institutionen ist groß. Massive Kritik erfahren die Gewerkschaften, die (zusammen mit Arbeitern und Arbeiterkammer) als die "größten und härtesten Gegner der Bauern" (56) eingeschätzt werden. Doch auch die Unzufriedenheit mit den Genossenschaften (72ff) und mit der Berufsvertretung durch den Österreichischen Bauernbund (68ff) ist eminent. Dem Bauernbund wird vorgeworfen, er wäre nicht erfolgreich in der Interessendurchsetzung, er sei zu sehr an konservativer Parteipolitik orientiert und die Bauern hätten nichts mitzureden.

Angesichts dieses Kritikpotentials überrascht "die große Passivität, mit der die Bauern dem Strukturänderungsprozeß gegenüberstehen" (81). Krammer führt diese Zurückhaltung vor allem darauf zurück, "daß die Bauern - anders als die Arbeiter - keinen klaren und eindeutigen Adressaten für ihre politischen und wirtschaftlichen Forderungen sehen" (83). Seine Ergebnisse bestätigen zudem die starke "Verunsicherung" (62) der Bauern über ihre zukünftige betriebliche Existenz, die in einer pessimistischen Einschätzung der weiteren Entwicklung der Landwirtschaft mündet (62).

Die verschiedenen Untersuchungen liefern zahlreiche Belege für ein bäuerliches Bewußtsein gesellschaftlicher Randständigkeit. Das oben beschriebene Argumentationsmusters mit seinem ausdrücklichen Bezug auf die Rolle der Landwirtschaft in der Industriegesellschaft wurde bisher allerdings nicht in dem hier beobachteten Ausmaß und Zusammenhang beschrieben. So muß zunächst offen bleiben, inwieweit es den Charakter eines kollektiven Argumentationsmusters in der bäuerlichen Bevölkerung erfüllt. Mancherlei neuere Befragungsbefunde lassen vermuten, daß auch diese spezifische Argumentation über den regionalen Rahmen meiner Erhebung hinaus Bedeutung hat. Kölsch & Dettmer (1989) stellen bei niedersächsischen Landwirten das "Gefühl, am Rande der Gesellschaft sich zu befinden" (116) verbunden mit der Reaktion, "Wir sind eben ein Industriestaat" (105), fest. In diesem Zusammenhang wird von den Bauern "die auf den Export ausgerichtete Handelspolitik der Bundesrepublik angeführt, die zu einer politischen Vernachlässigung landwirtschaftlicher Interessen führt" (105). Allerdings zeigen die befragten niedersächsischen Landwirte kaum Resignation, sondern zum Teil sogar eine eher kämpferische Haltung (111ff). In einer kleinen Stichprobe von sieben wirtschaftlich besonders belasteten

Bauern in Baden-Württemberg hat Schulze Wemhove (1989) das geschilderte Argumentationsmuster eindeutig identifiziert:

"Mit Ausnahme eines Landwirts fühlen sich alle Landwirte in der Gesellschaft in einer Randposition. Insbesondere diejenigen Landwirte, die sich existenziell bedroht sehen, fühlen sich als Opfer und als Minderheit in einem Industriestaat. Sie haben das Gefühl, in der Gesellschaft keine Anerkennung für ihre Arbeit zu bekommen" (130).

Bei den einzelnen Bauern findet Schulze Wemhove unterschiedliche, eher aktive oder eher passive Reaktionsmuster.

Zur Absicherung meiner Befunde und Thesen wären weitere empirische Untersuchungen erforderlich. Grundsätzlich scheint mir jedoch die bäuerliche Wahrnehmung der gesellschaftlichen Randständigkeit des Bauernstandes und eine häufig damit verbundene resignative Haltung durch die vorliegenden Ergebnisse gesichert. Dabei sollten nicht die Differenzierungen der gesellschaftlichen Orientierungen innerhalb der bäuerlichen Bevölkerung vergessen werden, die hier kaum Berücksichtigung finden konnten.⁶⁹

Zusammenfassend betrachtet lassen diese agrarsoziologischen Befunde, die einen Zeitraum von knapp 40 Jahren (1950 - 1989) abdecken, auf folgende Tendenzen der Bewußtseinsveränderung schließen⁷⁰:

- Kurz nach dem Zweiten Weltkrieg war die Empörung der Bauern groß. Sie vermißten die agrarpolitischen Regelungen der nationalsozialistischen Herrschaft, klagten über die grundsätzliche Benachteiligung des Bauernstandes und fühlten sich von der gesellschaftlichen Entwicklung ausgeschlossen (vgl. Mangold 1960: 70ff).

⁶⁹ So weisen jüngere Personen und Angehörige großer landwirtschaftlicher Betriebe in vielen Fragen weniger konservative und mehr fortschrittsoffene Meinungen auf (van Deenen 1971 und Ziche 1970), was mit ihrem jeweils höheren Ausbildungsstand zusammenhängen dürfte. Die Nebenerwerbsbauern unterscheiden sich dagegen erstaunlich wenig von den Vollerwerbsbauern und zeigen sich weiterhin dominant vom ländlich-bäuerlichen Milieu geprägt (vgl. Poppinga 1973 und Bohn 1980). Auch nach dem Geschlecht der Befragten lassen sich meist nur geringe Unterschiede ausmachen, wobei sich die Frauen in gesellschaftspolitischen Fragen eher unentschieden (vgl. Ziche 1970) oder eher konservativ (siehe Planck 1982: 151ff und 168ff) äußern. Insgesamt aber ist die Forschung auf die männlichen Betriebsleiter (meist im Vollerwerb) konzentriert geblieben, deren Haltungen als charakteristisch für die ganze bäuerliche Bevölkerung unterstellt werden. Bäuerinnen, Landjugendliche oder alte Menschen sind eher gesonderten, oft sozialpolitisch motivierten Analysen unterzogen worden, was den Vergleich erschwert. Wenig Interesse gilt Randgruppen, wie den Landarbeitern oder den in der Vertragslandwirtschaft Tätigen.

⁷⁰ Es ist allerdings schwierig zu beurteilen, inwieweit solche Unterschiede in den Ergebnissen auf verschiedene Fragestellungen und Forschungsansätze zurückzuführen sind oder inwieweit sie tatsächliche Bewußtseinsveränderungen bei den Bauern ausdrücken.

- Die Untersuchungen der sechziger und siebziger Jahre zeigen deutlich gemäßigte Töne. Die gesellschaftliche Situation wird im großen und ganzen gebilligt. Die verbliebene Unzufriedenheit resultiert eher aus dem Gefühl, mit der gesellschaftlichen Entwicklung immer noch nicht ganz Schritt halten zu können und in bestimmten Bereichen (Einkommen, Arbeitszeit) benachteiligt zu sein.
- In den achtziger Jahren scheinen nun auf der Basis überwiegend sachlicher Argumentation und einer resignativen Grundstimmung Abgrenzung und Distanzierung wieder stärker zu werden. Die gesellschaftliche Entwicklung wird zwar als unabänderlich akzeptiert, aber die eigene Lage wird davon im Bewußtsein einer grundlegenden Benachteiligung geschieden.

Im Prozeß der Modernisierung der Landwirtschaft haben sich die Bauern zwar dem Anpassungsdruck gefügt, aber nicht ihre spezifischen Wahrnehmungs- und Bewältigungsmuster aufgegeben. Trotz weitreichender gesellschaftlicher Integration bleibt die bäuerliche Bevölkerung damit in ihrer sozialen Lage wie in ihrem gesellschaftlichen Bewußtsein durch besondere Merkmale gekennzeichnet.

4.4 Bäuerliches Leben und Arbeiten zwischen aktiver Anpassung und Resignation⁷¹

Zum Abschluß dieses Kapitels will ich bäuerliche Bewältigungsformen gesellschaftlicher Marginalisierung aus der allgemeineren Perspektive der Anpassung im Modernisierungsprozeß betrachten. Die Aufrechterhaltung traditioneller Denk- und Verhaltensweisen, wie sie vielfach beobachtet wird, läßt sich durchaus als Form der aktiven Anpassung deuten. Resignative Tendenzen im gesellschaftlichen Bewußtsein der Bauern finden in defensiven bäuerlichen Strategien gegen die Übermacht von Natur und menschlicher Herrschaft eine historische Wurzel. Die wachsende Unsicherheit über die Hofnachfolge und der Rückgang der Auszubildenden in der Landwirtschaft in den letzten Jahren lassen auf einen grundlegenden Orientierungswandel schließen. Viele Hofnachfolger sind offenbar nicht mehr bereit, die-

⁷¹ Die Argumentation zu diesem Abschnitt habe ich in wesentlichen Teilen entwickelt in Pongratz (1990) und Pongratz (erscheint demnächst).

selben Opfer in Form von Arbeit und Konsumverzicht zu erbringen wie ihre Eltern; und viele Bauern und Bäuerinnen erwarten das von ihren Kindern nicht mehr. Vor diesem Hintergrund werfe ich einen ersten Blick auf die Rezeption des ökologischen Diskurses durch die Bauern: Die zentrale These lautet, daß die Bauern den Eindruck gesellschaftlicher Randständigkeit auf ökologische Anforderungen übertragen und diese als erneute Zumutung einer übermächtigen Gesellschaft ablehnen.

Das gesellschaftliche und politische Verhalten der Bauern läßt sich insgesamt wohl am ehesten verstehen aus eigenlogischen Strategien des Sich-Fügens gegenüber den Vereinnahmungs- und Ausnutzungsstrategien von Akteuren der städtisch-industriellen Gesellschaftsbereiche. Doch sind die Bauern nicht bloße Opfer gesellschaftlicher Zwänge, sondern sie setzen sich aktiv auf der Basis traditioneller Lebens- und Arbeitsweisen damit auseinander. Brüggemann und Riehle (1986: 106ff) haben diesen Behauptungswillen der bäuerlichen Bevölkerung eindringlich beschrieben. In seinem Mittelpunkt sehen sie die "Omnipräsenz von Arbeit" (114), die zusammen mit der Regelmäßigkeit der natürlichen Produktionsbedingungen und der "Unentrinnbarkeit" vom Hof als Arbeitsort und Besitzstand einen starren Lebensrahmen bilde. Die alltägliche Kommunikation und die soziale Kontrolle im Dorf böten Verhaltenssicherheit und Identität, engten aber auch die individuellen Entfaltungsmöglichkeiten ein. Mißtrauen dem Ungewohnten und Fremden gegenüber, Konfliktausklammerung und Konfliktvermeidung sowie die Bereitschaft, vielerlei Umstände geduldig zu ertragen, hätten in den historischen Erfahrungen mit Not und Herrschaft im Dorf ihre Wurzeln (vgl. Ilien & Jeggle 1978). Aber auch wo sie an Traditionen festhalten oder defensiv reagieren, tun die bäuerlichen Familien, so meine These, das in aktiver Auseinandersetzung mit strukturellen und situativen Anforderungen und nicht bloß aus Rückständigkeit oder Passivität.

Neben vielfältigen Modernisierungsleistungen weisen verschiedene empirische Untersuchungen den Fortbestand traditioneller bäuerlicher Denk- und Verhaltensmuster nach. Inhetveen und Blasche haben bei der Befragung von Frauen in der kleinbäuerlichen Landwirtschaft überrascht konstatiert, "in welchem Ausmaß die traditionellen Orientierungen und Haltungen lebendig und wirksam geblieben sind" (1983: 231). Sie verweisen auf das identifikatorische Hofdenken, auf subsistenzwirtschaftliche Orientierungen oder auf die traditionelle Arbeitsmoral. Bohler und Hildenbrand (1990) belegen mit verschiedenen Fallbeispielen, daß sich moderne und traditionale Verhaltensweisen in unterschiedlichen Verbindungen bei bäuerlichen Familien finden. Auch modern orientierte Familien lassen traditionale Bindungen erkennen, die von den Autoren auf die bäuerliche Famili-

engeschichte zurückgeführt werden. Sogar beim Übergang in die industrielle Fabrikarbeit können, wie Brock und Vetter (1986) am Beispiel nieder-bayerischer Industriearbeiter ausführen, ländlich-bäuerliche Verhaltensmuster erstaunlich stabil bleiben:

"Konservative, von Generation zu Generation überkommene, und in diesem Sinne partiell vorindustrielle Leitbilder behalten ihre empirische Gültigkeit im Alltagsleben, obwohl in der äußeren Infrastruktur der Region wie auch im Lebensstandard der Bevölkerung generell zum Teil erhebliche Veränderungen eingetreten sind" (225).

Die Beharrungsfähigkeit bäuerlicher Traditionalität läßt sich vor allem mit den strukturellen Bedingungen bäuerlichen Lebens erklären⁷². Wesentliche soziale Strukturen der bäuerlichen Landwirtschaft haben sich erhalten (siehe 4.2.3). Sie gewährleisten eine gewisse "Beständigkeit der Erfahrungsräume" (Bausinger 1985: 187) und begünstigen und erfordern entsprechende traditionelle Verhaltensweisen. Traditionelle und moderne Elemente stehen im bäuerlichen Bewußtsein damit offenbar als Ergebnis der Einbindung in unterschiedliche - zum Teil auch widersprüchliche - soziale Strukturen nebeneinander. Soziale Unzufriedenheit und agrarpolitischer Protest lassen sich als Ausdruck dieses oft spannungsgeladenen Verhältnisses interpretieren. Auch Streßsymptome und psychische Erkrankungen in der bäuerlichen Bevölkerung können auf diesen strukturellen Zwiespalt zurückgeführt werden (vgl. Hildenbrand 1988; Meyer-Mansour et al. 1990).

In vielen Bereichen des bäuerlichen Lebens sind traditionelle und moderne Elemente eine Synthese eingegangen, die der Vermutung widerspricht, die Bauern hielten nur reaktiv und passiv an überkommenen Denkmustern fest. Sie legt vielmehr die These nahe, daß sich die individuelle Bewältigung von Modernisierungsanforderungen und ihre Integration in das Alltagsleben wesentlich vermittelt über und auf der Grundlage von traditionellen Denk- und Verhaltensmustern vollzieht. Gelebte Traditionen beruhen also weniger auf einem starren Festhalten als auf einer aktiven Deutungs- und Umsetzungsleistung des traditionellen Regelwissens durch die Individuen. Die Orientierung am Überlieferten muß sich im Alltag bewähren und in Funktion und Anwendungsweise flexibel bleiben.

Die Wirkung bäuerlicher Traditionalität ist damit keineswegs eindeutig modernisierungsfeindlich. Natürlich fügt sich die Traditionalität dem Modernisierungsprozeß nur teilweise und verhindert zumindest seine planmäs-

⁷² Darauf wird von Rosenbaum (1982: 119f) im Anschluß an Linde (1959) hingewiesen; siehe auch Inhetveen & Blasche (1983: 231f).

sige Entfaltung. Auch stabilisieren sich über die Beharrung traditionaler Verhaltensmuster wiederum die traditionellen Strukturen, die dem Modernisierungsziel entgegenstehen. Doch hat auf der anderen Seite gerade das Festhalten an Traditionen die Durchsetzung zentraler Modernisierungserfordernisse ermöglicht: Die Bauern hätten - im Rahmen der gegebenen Betriebsformen - nicht in diesem Ausmaß mechanisieren und die Produktionskapazitäten erweitern können, wenn sie nicht mit ihrer traditionellen Arbeitshaltung die ökonomischen Voraussetzungen dafür geschaffen hätten.⁷³ Man muß deshalb wohl von spezifischen Verflechtungen von Anpassungs- und Widerstandsleistungen der Traditionen ausgehen.

Im gesellschaftlichen Bewußtsein der Bauern sind inzwischen deutliche Anzeichen von Resignation angesichts der unablässig neuen Anforderungen der Gesellschaft zu beobachten. Grundsätzlich kann aus Feststellungen der empirischen Forschung, die soziale Unzufriedenheit der Bauern münde kaum in entsprechende politische Aktivitätsformen, nicht auf allgemeine Passivität der Bauern geschlossen werden. Auch hier muß die Analyse mit historischen und strukturtheoretischen Betrachtungen ergänzt werden. Bäuerliche Widerstandsformen sind nur aus der jahrhundertelangen Auseinandersetzung mit wechselnden Herrschaftsverhältnissen heraus verständlich (vgl. Ilien & Jeggle 1978). Dabei scheint der verbreitete Eindruck eines nach den Bauernkriegen des 16. Jahrhunderts in Resignation verfallenen Bauerntums der neueren sozialgeschichtlichen Forschung zufolge zu trügen, denn er sieht "über die vielen kleinen, regional und lokal begrenzten Versuche von Bauern hinweg, ihre Interessen gegen Staat und Obrigkeit durchzusetzen" (Trobbach 1987: 1). Auch im 20. Jahrhundert hat es immer wieder selbstorganisierte Bauernbewegungen gegeben, die jedoch räumlich und zeitlich sowie in ihren inhaltlichen Absichten beschränkt geblieben sind und kaum dauerhafte Organisationsformen gefunden haben (siehe Poppinga 1975: 160ff).

Eine wichtige Rolle in der Kanalisierung bäuerlichen Widerstands spielt der Bauernverband. In der Organisation öffentlichkeitswirksamer Protestveranstaltungen instrumentalisiert er einerseits den bäuerlichen Unmut gezielt für die eigene einseitige Interessenpolitik (vgl. 4.2.2). Er versucht andererseits aber, politische Aktivitäten der Bauern so weit unter Kontrolle zu halten, daß sich Protestformen nicht verselbständigen und zu selbstbestimmten bäuerlichen Bewegungen auswachsen können. Bäuerliches Engagement

⁷³ Mayr (1990) zufolge "erlauben es traditionale Elemente, wie die familienrechtliche Arbeitsverfassung und das bäuerlich-dörfliche Netzwerk von Nachbarschaftshilfe, ökonomische Nachteile, die den Bauern gerade als einfachen Warenproduzenten erwachsen, zu ertragen bzw. auszugleichen" (131).

verbraucht sich damit oft in Publicity-Veranstaltungen, die den Bauern allenfalls ein Ventil für ihre Unzufriedenheit bieten (vgl. das Beispiel in Pongratz 1987: 539). Agraroppositionelle Gruppen werden als Spaltungversuche abgetan und finden kaum Rückhalt bei den Bauern.

Um ihren Unwillen gegenüber agrarischen Institutionen auszudrücken, zeigen die Bauern immer wieder Verweigerungshaltungen, etwa gegenüber den Organen des Bauernverbands oder der Genossenschaften (vgl. auch Dirscherl 1989). Auch die zuletzt den konservativen Parteien angedrohten und teils verwirklichten Wahlenthaltungen (vgl. Uttitz 1987) zählen zu diesen Reaktionen. In ihnen drückt sich Unzufriedenheit ebenso aus wie das Gefühl eigener Machtlosigkeit und das Fehlen alternativer Perspektiven. Die gesellschaftspolitischen Orientierungen der Bauern sind also weniger durch bloße Passivität als durch die Anwendung defensiver Strategien⁷⁴ des Widerstands gekennzeichnet. Diese Strategien bleiben weitgehend individualistisch und unorganisiert. Sie bilden trotzdem ein Widerstandspotential, das die Entwicklung der Landwirtschaft schwer kalkulierbar und kaum planbar macht.

Bäuerliche Widersetzlichkeit gegen äußere Zwänge läßt sich auch im Alltagshandeln beobachten. So steckt hinter der beschriebenen Dauerhaftigkeit traditioneller Denk- und Verhaltensweisen nicht zuletzt bäuerlicher Behauptungswille. Vor allem die bäuerliche Arbeitsmoral ist lebendig geblieben, wie Brüggemann und Riehle (1986) anschaulich beschreiben:

"Wenn sich auch die Art der Arbeit verändert, der Bezug zu ihr bleibt unverändert; wenn sich auch die Organisation der Arbeit verändert, individualisiert und auf die Familie beschränkt, ihre lebens(zeit)bestimmende Funktion ist unverändert. ... Arbeit ist Leben. Selbst wenn mit bestimmten Arbeiten direkt kein Geld verdient werden kann, sagen sie, 'alle Arbeit muß gemacht werden'. Das Leben ist nicht um Freizeit oder andere Bedürfnisse organisiert, sondern um die Erledigung bestimmter Arbeiten" (114f).

Die Bauern haben auf den verstärkten ökonomischen Druck und die verschärfte Konkurrenzsituation wie in der Vergangenheit mit erhöhtem Arbeitsaufwand reagiert: beim Ausbau des Betriebes, bei der Reparatur von Maschinen oder in der Produktion. Häufig war der erhöhte Arbeitseinsatz begleitet von Konsumverzicht, um Spielraum für betriebliche Investitionen zu gewinnen. Mit der Konzentration aller Kräfte auf das Ziel der Existenzsicherung ist es zahlreichen Bauernfamilien gelungen, sich individuell ge-

⁷⁴ Auf 'defensive Strategien' der Bauern hat vor allem Spittler (1980) hingewiesen.

gen agrarpolitische Zielsetzungen und gegen die gesamtwirtschaftliche Logik zu behaupten. Viele Bauern und Bäuerinnen haben dabei erhebliche persönliche Opfer erbracht:

"Schon die unmittelbare Anschauung zeigt, daß hinter den neuen Kulissen der Bauernhäuser und den technischen Raffinessen der Höfe sich vielfach gewaltige Opfer und Anstrengungen der betroffenen Menschen verbergen" (Inhetveen & Blasche 1983: 10).

Ihre Arbeit war von jeher das wirkungsvollste Mittel der Bauern und Bäuerinnen, ihren Willen durchzusetzen. Mit Arbeit haben sie der Natur den Lebensunterhalt abgerungen, mit Arbeit haben sie agrarpolitische Zielsetzungen unterlaufen, mit Arbeit versuchen sie sich Unabhängigkeit und Selbständigkeit zu sichern. Aber welchen Sinn hat die Arbeit, wenn ihre Früchte nichts mehr wert sind oder von der Gesellschaft gar als schädlich erachtet werden?

Viele Bauern dürften im ökologischen Diskurs mit seiner Kritik an den landwirtschaftlichen Produktionsmethoden eine Mißachtung und Infragestellung ihrer Arbeit sehen. Neben die (aus der Sicht der Bauern) niedrigen Preise und neben die Vernichtung von überschüssigen Lebensmitteln, in denen sich die gesellschaftliche Unterbewertung der Nahrungserzeugung bisher ausgedrückt hat, tritt nunmehr gar der Vorwurf der Naturzerstörung und der Gesundheitsgefährdung. Damit stehen die Bauern unvermittelt einer Kritik gegenüber, mit der sie bei all der Arbeit für den Betrieb und für die Familie in keiner Weise gerechnet hatten. Der Erfolg ihres Mühens hatte sich in den Produktivitätssteigerungen und in der Sicherung der betrieblichen Existenz sichtbar niedergeschlagen. Angesichts einer verschärften Konkurrenzsituation blieb wenig Gespür und Aufmerksamkeit für eventuelle Nebenfolgen. Sicherlich steht kaum ein Landwirt den Auswirkungen der Landbewirtschaftung auf Mensch und Natur gleichgültig gegenüber. Aber in einem rigorosen Arbeitseinsatz, der nicht nur die eigene Person sondern oft die ganze Familie stark belastete, blieb für solche Überlegungen kaum Platz. Der ökologische Diskurs scheint zu entwerten, was dem bäuerlichen Leben weitgehend seinen Sinn gegeben hat.

Ist es verwunderlich, wenn die Bauern in dieser Situation auf ökologische Kritik spontan mit emotionaler Ablehnung antworten. Ähnliche Reaktionen lassen sich in anderen Berufsgruppen bei vergleichbaren Gelegenheiten beobachten. Mit dem Bewußtsein gesellschaftlicher Randständigkeit können viele Bauern zudem auf ein Argumentationsmuster zur Interpretation dieser Kritik zurückgreifen, das die Abwehrhaltung verstärken und stabilisieren dürfte. Denn die ökologische Kritik fügt sich ein in die Reihe

der Benachteiligungen und Zumutungen, welche viele Bauern in der Gesellschaft ohnehin wahrnehmen. In gewisser Hinsicht scheint der Vorwurf der Naturzerstörung und der Gesundheitsgefährdung dem allen die Krone aufzusetzen. Ökologische Fragen erscheinen in dieser Perspektive vermutlich eben nicht als Kritik an vorherrschenden gesellschaftlichen Entwicklungen und damit als Chance für die bäuerliche Bevölkerung, neue Verbündete zu gewinnen. Sie dürften von den Bauern im Gegenteil als typische Kennzeichen einer Gesellschaft gesehen werden, die kaum Interesse an der Landwirtschaft und wenig Achtung für bäuerliche Arbeit aufbringt.

Wie ernst die Bauern und Bäuerinnen die Entwicklungen der letzten Jahren nehmen, zeigt sich an der Situation der Hofnachfolge und der landwirtschaftlichen Berufsausbildung. In einem Großteil der Betriebe ist die Hofnachfolge ungesichert: Laut Agrarbericht 1990 (Materialband 18) waren im Jahr 1987 in 26,3 % der Betriebe, deren Betriebsinhaber 45 Jahre und älter war, kein Hofnachfolger vorhanden (vgl. auch Bendixen 1989). In 47,3% der Betriebe mit Hofnachfolger war die voraussichtliche Weiterbewirtschaftung ungewiß bzw. nicht gegeben. Die Unsicherheit über die betriebliche Zukunft schlägt sich in veränderten Berufsplanungen und Berufsbildungsentscheidungen nieder (siehe Pongratz & Schmitt 1990). Allein in den Jahren von 1984 bis 1987 ging die Zahl der Auszubildenden im Beruf "Landwirt" um ein Drittel zurück. Noch dramatischer nimmt sich der Rückgang bei der Zahl der Berufsanfänger aus: In Bayern nahm ihre Zahl innerhalb von zwei Jahren, von 1986 bis 1988, um 36,8% von 1.713 auf 1.093 ab. Im Bayerischen Agrarbericht (1988) wird daraus auf gravierende Folgen für die zukünftige Struktur der Landwirtschaft geschlossen:

"Bei einer im Durchschnitt zweijährigen betrieblichen Ausbildung und einer 30-jährigen Generationsfolge müßte zur Sicherung des HE-Betriebsleiternachwuchses (HE = Haupterwerbs, H.P.) mit landwirtschaftlicher Berufsausbildung ein %-Anteil der Lehrlinge an den HE-Betrieben von 6,6 erreicht werden; der bayerische Durchschnitt betrug 1987 2,9% mit regionalen Unterschieden von 0,8 bis 4,3 (...)" (71).

Offenbar planen viele bäuerliche Familien, den potentiellen Hofnachfolger durch eine außerlandwirtschaftliche Berufsausbildung und Berufstätigkeit gegen zukünftige Eventualitäten abzusichern und Wahlmöglichkeiten offenzuhalten. Damit deutet sich ein Bruch in den bäuerlichen Existenzsicherungsstrategien an: Im Vordergrund steht vielfach nicht mehr die unbedingte Gewährleistung der Bewirtschaftung des Hofes, sondern die Absicherung der individuellen beruflichen Zukunft des potentiellen Hofnachfolgers.

Es erscheint heute zunehmend fragwürdig, ob künftige Generationen in der Landwirtschaft noch bereit sein werden, jenen Arbeitseinsatz zu erbringen, der die Grundlage der bäuerlichen Landwirtschaft in der Bundesrepublik abgegeben hat. Viele Bauern und Bäuerinnen verlangen von ihren Kindern nicht mehr jenen rückhaltlosen Einsatz zur betrieblichen Existenzsicherung, den sie selbst noch erbracht haben. Und viele Hofnachfolger orientieren sich immer stärker an den Arbeits- und Lebensbedingungen abhängig Beschäftigter und versuchen, Anschluß daran zu finden. Die ökologische Frage spielt bei diesen Entscheidungen vielleicht nicht die ausschlaggebende Rolle. Aber sie dürfte für viele Bauern das Dilemma ihrer gegenwärtigen Situation besonders kraß widerspiegeln: Was ihrem Leben und Arbeiten Sinn und Ziel gegeben hat, scheint in der Gesellschaft nicht mehr geachtet und erwünscht zu sein.

5 Ergebnisse einer explorativen Befragung zum Umweltbewußtsein bayerischer Bauern

Der Untersuchungsgegenstand Umweltbewußtsein ist, wie ich in Kapitel 2 zu zeigen versucht habe, in der sozialwissenschaftlichen (auch in der agrarsoziologischen) Forschung bisher theoretisch wenig geklärt und nur ausschnittsweise in empirischen Erhebungen operationalisiert worden. Auch ich komme mit meiner eigenen explorativen Befragung über die vorherrschenden konzeptionellen Grenzen kaum hinaus. Das liegt in der Geschichte des Forschungsprojekts (siehe 1.2) begründet: Es wurde zu einer Zeit konzipiert, als die Umweltbewußtseinsforschung noch weniger entwickelt war, und sollte ursprünglich die bäuerliche Arbeitssituation umfassend thematisieren.

Als Umweltbewußtsein von Bauern interpretiere ich im folgenden Meinungsäußerungen zu verschiedenen ökologischen Fragen, die Relevanz für die bäuerliche Arbeit besitzen. Ich erfasse damit nur einen Teil der möglichen Aspekte von Umweltbewußtsein (vgl. 2.1.1); ökologisches Wissen, Gefühle und Handlungsbereitschaft werden nicht systematisch ermittelt. Das offene Erhebungsverfahren (siehe 2.3.2) läßt jedoch erheblichen Spielraum für entsprechende Äußerungen der Befragten. Inhaltlich geht es in erster Linie um die Wahrnehmung und Beurteilung von Umweltproblemen in der Landwirtschaft sowie von Umweltschutzmaßnahmen und alternativen Bewirtschaftungsformen. Der Bereich 'Natur und Umwelt' im Fragebogen (siehe Anhang) umfaßt die Dimensionen: Naturbezug in der Arbeit, Haltung zur gesellschaftlichen Umweltproblematik allgemein, Einschätzung von Umweltproblemen in der Landwirtschaft, Beurteilung des alternativen Landbaus, Einschätzung von und Bereitschaft zur Beteiligung an Umweltschutzmaßnahmen.

In der Darstellung der Ergebnisse folge ich weitgehend dieser theoretischen Dimensionierung. Sie reicht von sehr abstrakten Fragen zur Natur und zur Umweltkrise allgemein bis hin zu konkreten Umweltschutzmaßnahmen. Entsprechend der Zielsetzung der Studie (siehe 1.1) sind die Fragen weniger am Arbeitsalltag und an konkreten Arbeitsvollzügen der Bauern ausgerichtet als an den Themen, welche die öffentliche Diskussion bestimmen. Bei vielen Antworten wird dennoch die Relevanz von

Umweltproblemen im Arbeitsalltag deutlich. Die Konzentration auf Fragen, welche auf die öffentliche Diskussion zur Umweltbelastung durch die Landwirtschaft bezogen sind, ist theoretisch begründet. Aus den bisherigen empirischen Forschungsergebnissen, insbesondere der Befragung von Bendixen (1984), läßt sich die These ableiten (siehe 2.2.3): Die Bauern sehen sich in erster Linie in der öffentlichen Diskussion zur Gefährdung der Natur durch moderne landwirtschaftliche Produktionsmethoden mit ökologischen Ansprüchen konfrontiert. In ihrer alltäglichen Arbeit begegnen sie Umweltproblemen und entsprechenden ökologischen Erfordernissen (noch) wenig. Ihr Umweltbewußtsein ist deshalb in erster Linie als Reaktion auf diese öffentliche Diskussion, den ökologischen Diskurs, zu interpretieren. Mit der Strukturanalyse des ökologischen Diskurses (Kapitel 4) habe ich dieses Argument theoretisch zu untermauern versucht. Die empirische Erhebung dient nicht der Überprüfung dieser These, sondern sie soll ausgehend von ihr die Reaktionen der Bauern auf ökologische Kritik explorativ erkunden.

Ziel der Auswertung ist nicht eine Typisierung oder eine Einteilung in mehr oder weniger umweltbewußte Bauern. Vielmehr geht es um die Erstellung eines Meinungsbildes der Untersuchungsgruppe, das einerseits die Vielfalt und Spannweite der vorhandenen Meinungen beschreiben und andererseits gemeinsame Grundtendenzen aufzeigen soll. Erklärungen zu einzelnen Ergebnissen haben nur hypothetischen Charakter. Das Meinungsbild wird durch die Auszählung der Antworten und durch exemplarische Belege mit Zitaten konstruiert (zur Methode siehe 2.3). Es beschreibt zunächst nur die Untersuchungsgruppe und ist erst im Vergleich mit weiteren empirischen Studien begrenzt verallgemeinerungsfähig. Im folgenden Kapitel (6.1) werden die für die Untersuchungsgruppe wichtigsten Charakterisierungen zusammengefaßt und mit den Ergebnissen anderer agrarsoziologischer Erhebungen verglichen.

5.1 Naturbezug in der bäuerlichen Arbeit

Die Ergebnisse zum Naturverständnis der befragten Bauern zeigen deutlich, daß ihr Verhältnis zur Natur durch die Arbeit bestimmt ist. Fast alle Befragten (37 Bauern) meinen (auf Frage 24), Bauern hätten ein anderes Verhältnis zur Natur als Städter. Die meisten erkennen ihrem Berufsstand den besseren Bezug und eine engere Verbindung zur Natur zu. Sie begründen diese Behauptung fast durchweg mit dem arbeitsorientierten Naturverhältnis der

Bauern, dem sie den freizeitorientierten Naturbezug der Städter gegenüberstellen, wie in folgendem Beispiel:

"Freilich haben die ein anderes Verhältnis vielleicht zur Natur, weil praktisch die mit der Natur nicht arbeiten, nicht so verbunden sind wie der Bauer, der ist ja direkt mit der Natur - das ist halt seine Arbeitsstelle" (P8/1/415).

Die Befragten führen an, daß Bauern mit der Natur leben, ihre Abläufe ständig erfahren und dadurch die natürlichen Zusammenhänge kennen und verstehen. Die besondere Kenntnis und Achtung der Natur als charakteristischer Unterschied zum Städter resultiert für sie zum einen aus dem täglichen Naturerleben, zum anderen aus der wirtschaftlichen Abhängigkeit von der Natur. Denn der Bauer lebe nicht nur mit, sondern auch von der Natur:

"Ja, erstens mal ist die Natur ja unsere Existenz - wir können die Natur ja nicht aufarbeiten (zerstören, H.P.), dann arbeiten wir uns ja selber auf. Also wenn der Bauer kein Verständnis mehr hat oder keine Ahnung von der Natur, wer soll sie noch haben?" (P12/1/482)

Immer wieder wird auch darauf hingewiesen, daß der Bauer mit der Natur und mit der Arbeit in der Natur aufgewachsen ist. Die Städter dagegen seien fast nur in ihrer Freizeit - am Wochenende und im Urlaub - in der freien Natur. Weil sie das natürliche Geschehen seltener erleben, fehlen ihnen nach Einschätzung der Mehrzahl der Befragten Verständnis und Kenntnis der Natur in entsprechender Weise. Einerseits würden sie sich zwar besonders für die Schönheit der Natur interessieren und deshalb eher ein romantisches Naturverhältnis pflegen. Andererseits aber gingen sie oft achtlos mit der Natur um, zum Beispiel wenn sie Wiesen und Felder zertrampeln (was allerdings weniger Mißachtung der Natur selbst als Mißachtung der bäuerlichen Arbeit an der Natur ausdrückt). Jedenfalls scheinen die Städter aus der Sicht so manchen Landwirts nicht das rechte Maß in ihrer Einstellung zur Natur zu finden:

"Beim Bauern ist das praktisch selbstverständlich, die Natur, und die von der Stadt, die wenn mal rauskommen, die sind so quasi wie gebrannt. Die wenn das sehen, die können sich nimmer fangen - ja und das ist soviel schön da draußen - aber von der Arbeit und was alles dahintersteckt, da haben sie hinten und vorn' keine Ahnung. Die sehen bloß die Vorzüge, das Schöne" (P10/1/438).

Als Beispiele für die unangemessene Haltung der Städter zur Natur werden

die Scheu vor schlechtem Wetter und übermäßige Tierliebe, wie sie ein Bauer mit dem "Abbusseln eines Ferkels" erlebte, angeführt.

Aber nicht alle Befragten stellen das naturentfremdete Freizeitverhalten der Städter der naturverbundenen Bauernarbeit pauschal gegenüber. Fünf Befragte merken an, auch viele Städter hätten ein gutes Verhältnis zur Natur. Acht Befragte räumen ein, daß es auch Bauern gibt, die sich wenig um die Natur kümmern, oder daß unter dem Arbeitsdruck das Naturverhältnis der Bauern leiden könne. Drei Bauern drehen den Spieß sogar um: Ihrer Meinung nach wissen die Städter die Natur gerade wegen ihrer Erholungsfunktion zu schätzen, während die Bauern in ihrem Naturbezug allzu einseitig am wirtschaftlichen Nutzen, an Ertrag und Profit, orientiert sind. Ein junger Bauer drückt diese selbstkritische Haltung so aus:

"Das ist einfach in den letzten zehn oder fünfzehn Jahren durch die enorme Technisierung und die Flurbereinigung und - praktisch alles ein wenig zusammengespielt -, daß das nimmer als Natur angesehen wird, sondern als - nur noch zum Produzieren da war" (L6/1/584).

Auf Frage 23 geben alle befragten Bauern an, daß ihnen die Arbeit in und mit der Natur (mehr oder weniger) wichtig ist. Die Begründungen dafür sind vielfältig und wenig konkret. Offensichtlich ist es für die Befragten ungewohnt und schwierig, diesen abstrakten Sachverhalt, der für sie weitgehend selbstverständlich ist, zu thematisieren und zu reflektieren (was wohl nicht nur für Landwirte gilt). Insgesamt wird in ihren Antworten das Nebeneinander von unmittelbarem Naturerlebnis und instrumenteller Naturnutzung als Kennzeichen des bäuerlichen Naturverhältnisses offenkundig. In erster Linie werden Aspekte des Erlebens von Natur - vom Wachsen und Gedeihen, von der Entwicklung von Leben - als Gründe vorgebracht (19 Nennungen). Trotz häufiger Nachfragen ist im Einzelfall jedoch nur schwer einzuschätzen, welche Formen von Erleben hinter solchen meist unspezifischen Formulierungen stehen. Zumindest ein Teil der Befragten läßt ein unmittelbares und empfindsames Naturerleben erkennen, wie dieser Bauer, wenn er seine Liebe zum Vieh begründet:

"Weil das eben ein Lebewesen ist, also nicht einfach so irgendwie eine Materie, sagen wir, so wie ein Stück Holz oder sonst etwas. Das ist einfach ein Lebewesen, wo man sich fast mit unterhalten kann" (P12/1/389).

Wichtig ist die Natur den Bauern auch als Arbeitsort durch die Tätigkeit in der "freien Natur" und an der "guten Luft" (8 Nennungen) und wegen der Vielfalt der mit ihr verbundenen Arbeitstätigkeiten (5 Nennungen).

Auf ein eher instrumentelles Verhältnis zur Natur lassen jene Begründungen schließen, die die Wichtigkeit des Arbeitens in der Natur mit dem betrieblichen Nutzen verbinden. Dabei werden häufig der Arbeitserfolg und der Stolz, Naturvorgänge zu beherrschen, angesprochen (8 Nennungen). Daneben wird ganz allgemein auf die Abhängigkeit der beruflichen Existenz des Bauern von der Natur verwiesen (7 Nennungen), etwa in folgender Weise:

"Weil von der Natur sind wir abhängig, das ist ja unsere Arbeitsstelle, gell, ist für uns schon wichtig" (P8/1/402).

Manchmal wird nur noch der bloßen Selbstverständlichkeit Ausdruck verliehen, daß die Arbeit in der Natur eben zum Beruf des Bauern gehöre (8 Nennungen):

"Ja, ich mein', als Bauer ist es mal Voraussetzung, daß man in der Natur arbeiten muß und mit Vieh umgehen muß, ich mein', wer noch Vieh hat" (P19/1/156).

Die nüchterne und sachliche Haltung dieses Bauern zur Arbeit in der Natur findet sich noch ausgeprägter in seiner Antwort auf die Nachfrage, ob er auch gerne in der Natur arbeite:

"Freilich mach' ich es gern', weil das haben wir gelernt und mit dem sind wir aufgewachsen und mit dem tun wir auch weiter, solange wir leben" (P19/1/160).

Ob man deshalb schon "automatisch naturverbunden" sei, wie ein anderer Befragter (P10) meint, mag dahingestellt bleiben.

Insgesamt belegen die Äußerungen der Bauern zur Wichtigkeit der Arbeit in der Natur (Frage 23) ein breites Spektrum von Haltungen, das sich auf der vorliegenden, doch recht knappen Materialbasis kaum systematisch strukturieren läßt (zumal des öfteren verschiedene Argumente von demselben Bauern vorgebracht werden). Immerhin deutet sich an, daß am einen Ende des Spektrums Bauern mit einem empfindsamen und intensiven Naturerleben stehen. Auf der anderen Seite lassen manche Bauern kaum einen persönlichen Bezug zur Natur erkennen, sondern begreifen sie ganz sachlich als selbstverständliches Element ihrer Arbeitssituation. Man vergleiche etwa, wie unterschiedlich im folgenden zwei fast gleichaltrige Bauern (beide um 35 Jahre) die Natur beschreiben. Im einen Fall wird Natur als faszinierender Lebensvorgang wahrgenommen:

"Was mir bei der Natur am besten gefällt, ... man sieht einfach, daß sich

die Natur allweil wieder erneuert, das gefällt mir eigentlich. Und wenn man ein bißchen mal beobachtet, das erlebt man eigentlich bewußt so" (P2/1/450).

Im anderen Fall dominiert die ganz pragmatische Sicht der Natur als eines widerständigen und zum Teil unberechenbaren Arbeitsgegenstands:

"Du hast bestimmte Sachen - die Natur das sind Fakten und die sind gegeben, über die kann man nicht aus. ... Man muß halt mit dem, was einem vorgegeben wird, mit dem mußt du dann zurechtkommen" (E5/1/235).

Die bäuerliche Arbeit scheint beides zuzulassen, sowohl ein emotional-empfindsames als auch ein sachlich-instrumentelles Naturverhältnis. Vielleicht erfordert sie ja geradezu beide Elemente in einem gewissen Ausmaß. In den Äußerungen vieler Bauern stehen beide Aspekte mit unterschiedlichen Betonungen nebeneinander, ohne daß dies subjektiv als Widerspruch empfunden würde. Die Ambivalenzen, die mit der Gleichzeitigkeit von Naturerleben und Naturnutzung verbunden sind, werden selten so bewußt reflektiert, wie von diesem Bauern:

"Wie gesagt, eine romantische Vorstellung von der Natur hab' ich nicht; also die - wie soll man das jetzt formulieren - wie es eben der Außenstehende allweil meint, daß also man die Natur mit den anderen Augen sieht. Ich weiß nicht, ob der Bauer das mit anderen Augen sieht, der sieht's vielleicht mit fachkundigeren Augen, aber nicht unbedingt mit anderen Augen. Für den ist also durchaus mal ein Kornfeld ohne Kornblumen schöner wie mit Kornblumen. Also das ist ja an und für sich nicht unbedingt Liebe zur Natur, das ist jetzt die Frage. ... Der Bauer steht in dem Zwiespalt: Er muß ein gutes Heu haben, daß er das Vieh füttern kann; aber ein gutes Heu bedingt automatisch, daß eben da nicht zuviel Unkraut drin ist oder viel zuviel Kräuter" (E7/1/969).

In einigen Fällen prägt die sachlich-instrumentelle Haltung das Naturverständnis der Bauern bis in ihr ästhetisches Empfinden hinein. Manche Bauern sprechen (in verschiedenen Zusammenhängen) von der Schönheit der Natur fast nur unter Bezug auf ordnungsgemäße Bewirtschaftungsformen. Schön ist dann ein Feld eben nicht, wenn dort Blumen wachsen, wie es dem romantischen Naturideal der Städter entspricht, sondern wenn es fachgerecht in Ordnung gehalten wird:

"Wenn heut' so Stadtleute spazieren gehen und möchten noch Blumen abbrocken (pflücken, H.P.) in der Wiese draußen, daß das für die, sagen

wir, schöner ist. Aber ich wenn halt vorbeifahr' und seh', das ist ein sauberes Feld, das ist sauber gespritzt und ist Ertrag dort, das ist für mich schöner, für den Bauern selber" (P14/2/326).

Solche ästhetischen Bewertungen können auch bei der Einschätzung des alternativen Landbaus eine Rolle spielen, etwa wenn einige Bauern meinen, im Vergleich zu einem gepflegten Feld könne man den Anblick des Unkrauts dort ja gar nicht ertragen (vgl. 5.5).

Erhebliche Unterschiede in den Haltungen der Bauern zur Natur werden auch hinsichtlich verschiedener anderer Einzelaspekte deutlich. Während einige Befragte geradezu ihre Leidenschaft zur Arbeit mit Vieh schildern, geben andere an, daß ihnen das nicht viel bedeutet. Auch die Arbeit mit Maschinen wird (auf eine öfter gestellte Nachfrage hin) ganz verschieden beurteilt: Manche Landwirte sehen sie als willkommene Abwechslung, andere betonen die damit verbundenen Belastungen. Unter anderem wird angemerkt (explizit von fünf Befragten), daß die Arbeit mit Maschinen das Naturerleben einschränkt:

"Auf dem Schlepper oben da muß man ja mehr auf die Maschine aufpassen, so zurückschauen, da hat man gar nimmer so Zeit, so daß man direkt auf die Natur aufpaßt. Das früher - wenn man draußen ist mit der Handarbeit oder was, da kann man das viel besser verfolgen" (E6/1/180).

Dabei kann die sinnliche Erfahrung des Arbeitsgeschehens und die damit verbundene Kontrollmöglichkeit des Arbeitsprozesses eingeschränkt werden, was ein Bauer mit als Ursache für Umweltgefährdungen in der Landwirtschaft nennt:

"Da ist eben der große Schlepper schlecht, weil da oben sitzt du und da unten passiert es; das siehst du ja gar nimmer" (E7/1/1283).

Ein anderer Befragter deutet an, der Umgang mit der Natur sei nicht nur technisch und kalkulatorisch zu bewältigen, sondern erfordere darüberhinausgehende Fähigkeiten (die wohl nur einer entsprechenden Arbeits- und Naturerfahrung entspringen können):

"Weil der Bauer, der braucht ein gutes Gefühl, das ist für den Bauer das Allerwichtigste. Er muß zwar soweit rechnen können, aber wenn ein Bauer nur rechnet -" (E5/1/348).

Diese Ergebnisse zum Naturverhältnis der Bauern können nur einen ersten, noch sehr oberflächlichen Eindruck davon vermitteln, wie Bauern die Natur erleben. Sie belegen immerhin das Bewußtsein der Befragten, daß mit ihrer

Arbeit ein besonderer Naturbezug verbunden ist und daß andere Bevölkerungsgruppen bedingt durch ihre Lebenssituation notwendigerweise einen anderen Zugang zur Natur haben. Und sie lassen den Zwiespalt, Natur zu nutzen und sie dabei doch soweit wie möglich gewähren zu lassen, unabhängig von der aktuellen Umweltdiskussion als ein Grundelement bäuerlichen Arbeitens offenbar werden, das von den Landbewirtschaftern schon immer auch bewußtseinsmäßig zu bewältigen war. Vieles ist den Bauern dabei zur Selbstverständlichkeit geworden, was heute in weiten Teilen der Öffentlichkeit neu diskutiert wird. Die bäuerliche Bevölkerung wird deshalb nicht nur auf konkrete Umweltprobleme reagieren müssen, sondern auch ihr Naturverständnis neu reflektieren und ihre instrumentelle Einstellung zur Natur selbstkritisch hinterfragen müssen. Doch gibt es im Naturverhältnis der Bauern (immer noch) zahlreiche Elemente des unmittelbaren Naturerlebens, der Achtung vor dem Leben, der Empfindsamkeit gegenüber Lebewesen oder der Freude am Naturgeschehen, die aus der Tradition und dem Bewußtsein bäuerlichen Arbeitens heraus Anknüpfungspunkte für Neuorientierungen gegenüber der Natur bieten (siehe auch 7.4).

5.2 Einschätzung der gesellschaftlichen Umweltproblematik

Im Rahmen eines umfassenden Konzeptes von Umweltbewußtsein (siehe 2.1.1) ist davon auszugehen, daß die Haltung zu einzelnen ökologischen Problemen mit der Einschätzung der gesellschaftlichen Umweltkrise insgesamt zusammenhängt. Auch wenn die Wahrnehmung berufsspezifischer Umweltwirkungen besondere Bedingungen aufweisen mag, kann sie doch nicht unabhängig von der grundsätzlichen Sensibilisierung für ökologische Gefahren betrachtet werden. Mit den Fragen 25 und 26 zur gesellschaftlichen Umweltkrise sowie mit Frage 27 zum Waldsterben, als einem besonders prägnanten und die Bauern vielfältig berührenden Beispiel, kann der Zusammenhang in dieser Untersuchung nur ansatzweise erfaßt werden.

Einen ersten Hinweis liefert die Unterstützung von "Mehr Umweltschutz" als politisches Ziel bei Frage 66 (siehe Seite 167). Mit 17 Nennungen wird dieses Ziel immerhin von über zwei Fünftel der Befragten besonders befürwortet. Nach "Bekämpfung der Arbeitslosigkeit" und "Todesstrafe für Terroristen" ist es das drittwichtigste Ziel in der Befragtengruppe.

Ausdrücklich abgelehnt wird "Mehr Umweltschutz" nur von zwei Befragten. Die Kommentierungen der Bauern zu diesem Ziel sind ganz überwiegend positiv, z.B. "würde nicht schaden" oder "müßte eigentlich jeder dafür sein". Nur wenige Befragte meinen, "es wird eh schon so viel getan" oder "ist zweischneidig". Eine Ausweitung des Umweltschutzes in der Gesellschaft kann also mit einer gewissen Unterstützung von seiten der Bauern rechnen (auch wenn nicht geklärt ist, welche Umweltschutzmaßnahmen für sinnvoll und wichtig gehalten werden). Dennoch ist die Zustimmung in der Untersuchungsgruppe deutlich niedriger als in der Bevölkerung insgesamt, in der den Meinungsumfragen zufolge (vgl. 3.1.3) regelmäßig zwischen 50% und 70% dieses Ziel für besonders wichtig erachten. Diese Diskrepanz wird durch Umfrageergebnisse bestätigt, welche die Landwirte gesondert als Berufsgruppe ausweisen. Sie erscheinen dort als Gruppe, die sich (im Jahr 1970) mit Abstand am geringsten von Umweltbelastungen beeinträchtigt fühlt (Kmieciak 1976: 379f) und die (im Jahr 1974; zusammen mit den Arbeitern) Umweltschutzmaßnahmen am wenigsten befürwortet (nach Fietkau 1984: 76f).

Auf Frage 25 äußern die befragten Bauern allgemein die Ansicht, daß heute in unserer Gesellschaft Fehler im Umgang mit der Natur gemacht werden. In der Einschätzung des Ausmaßes und der Auswirkungen dieser Fehler unterscheiden sie sich jedoch erheblich. Die Aussagen reichen von eher beschwichtigenden Urteilen, wie "in letzter Zeit ist wieder viel gut gemacht worden" und "Irren ist menschlich", bis zur eindeutigen Kritik von "schwere Fehler" und "es wird alles ausgenutzt bis auf das Letzte". Während die meisten Landwirte einzelne konkrete Umweltprobleme als Fehler im Umgang mit der Natur anführen, sprechen einige Befragte auch grundsätzliche Aspekte des Verhaltens zur Natur - und zwar wie in folgendem Beispiel sehr kritisch - an:

"Ich mein', die Natur, die war in den letzten Jahren nichts wert, man hat mit der alles tun können, das rächt sich halt jetzt schön langsam kann man sagen" (L6/1/604).

Die Luftverschmutzung wird (Frage 25 und 26 zusammengenommen) mit Abstand am häufigsten als Umweltproblem in der Bundesrepublik genannt, nämlich von fast zwei Drittel der Befragten (siehe Tabelle 1). Daneben kommt der Wasserverschmutzung, dem Waldsterben und dem Müll- und Abfallproblem mit jeweils mindestens 10 Nennungen in den Augen der Bauern erhebliche Bedeutung zu.

Tabelle 1: Umweltprobleme in der Bundesrepublik (Frage 25 und 26; Nennungen der Befragten)

Umweltprobleme	Nennungen
Luftverschmutzung	26
Wasserverschmutzung	16
Waldsterben	13
Müll, Abfall	10
Verbreitung chemischer Stoffe	6
Verbauung	5
Störung der Ruhe der Natur	3
Energieverbrauch	3
Sonstige	3
Insgesamt (von 38 Befragten)	85

Die Kenntnisse der Bauern zu einzelnen Umweltproblemen scheinen, soweit das auf der Basis dieser wenigen Fragen beurteilt werden kann, eher oberflächlich zu sein. Eine intensive Auseinandersetzung dürfte bei den allermeisten Befragten nicht stattgefunden haben; darauf deutet auch hin, daß im Durchschnitt jeder Befragte nur etwa zwei Umweltprobleme anspricht. Von jüngeren Bauern (47 gegenüber 38 Nennungen der Älteren) und von stadtnah lebenden Bauern (50 gegenüber 35 Nennungen der Stadtfernen) werden allerdings deutlich mehr Umweltprobleme genannt. Möglicherweise beeinflußt die größere Nähe zu anderen Bevölkerungsgruppen die Wahrnehmung von Umweltgefahren. Die mit der Atomwirtschaft verbundenen Gefahren, die die öffentliche Diskussion in hohem Maße bestimmen, werden, so fällt auf, nicht erwähnt (nur ein Befragter führt "Atomversuche" an). Im Gegenteil, mehrere Bauern merken ausdrücklich an, daß sie wegen der Atomkraftwerke nicht beunruhigt sind⁷⁵. Das Vertrauen in Technik und Wissenschaft scheint bei den Befragten hoch zu sein.⁷⁶ Die technische Ent-

⁷⁵ In diese Richtung weist auch die beim Themenkomplex "Gesellschaft und Politik" des öfteren geäußerte Ablehnung der politischen Bewegung gegen Atomkraft (vgl. 4.3.1).

⁷⁶ In der Studie von Fietkau et al. (1980: 120f) weisen die befragten Landwirte allerdings technikkritischere Einstellungen auf als eine repräsentative Bevölkerungsauswahl.

wicklung in der Gesellschaft wird nicht in Frage gestellt, allenfalls ihre unzureichende (unkontrollierte oder - in Bezug auf Katalysatoren für Autos oder Filteranlagen für Kraftwerke - fehlende) Anwendung wird kritisiert.

Die Nennung des Waldsterbens als eines Umweltproblems hätte man in höherem Umfang erwarten können, wenn man bedenkt, daß die Bauern diese Entwicklung unmittelbar beobachten können und zu einem großen Teil als Waldbesitzer wirtschaftlich davon betroffen sind. Eigens danach gefragt (Frage 27) sehen die allermeisten Befragten, nämlich 33 Bauern, das Waldsterben als Problem an, aber immerhin noch fünf Bauern schätzen es als "nicht so schlimm" ein (zwei Befragte ohne Antwort). Die Bauern verfolgen offensichtlich die öffentliche Diskussion um das Waldsterben und stellen zum Teil selbst Schädigungen im Wald fest. Aber besondere Betroffenheit findet sich allenfalls bei einer Minderheit: Zwölf Befragte werten das Waldsterben eindeutig als "großes Problem" und einige Bauern befürchten "noch schwere Katastrophen" und "irreparable Schäden".

Tabelle 2: Verursacher der Umweltprobleme unserer Gesellschaft (Frage 25, 26 und 27; Nennungen der Befragten)

Verursacher	Nennungen
Industrie/Fabriken	23
Autoverkehr	23
Kraftwerke	11
Private Haushalte	7
Freizeitverhalten	6
Insgesamt (von 34 Befragten)	70

Als Ursache wird mehrheitlich die Luftverschmutzung (30 Nennungen) angeführt. Viele Bauern verweisen auf das Zusammenwirken mehrerer Faktoren. Genannt werden noch Trockenheit (6 Nennungen), schlampige Forstwirtschaft (5 Nennungen), Käferbefall (4 Nennungen), Störung des Wasserhaushalts (3 Nennungen) und sonstige Einflüsse (7 Nennungen). Die Aussagen zum Waldsterben vermitteln den Eindruck, daß die Bauern das Problem interessiert wahrnehmen und in Grundzügen - wohl auf der

Grundlage der öffentlichen Diskussion in den Medien, zum Teil auch durch Gespräche mit Förstern - darüber informiert sind. In der Darstellung der Ausmaße des Problems und seiner möglichen Folgen üben sie allerdings Zurückhaltung.

Als Verursacher von Umweltgefahren sehen die Befragten insgesamt (explizite Nennung bei Frage 25, 26 oder 27) hauptsächlich die Fabriken bzw. die Industrie und (vor allem die stadtnah lebenden Landwirte) den Autoverkehr mit jeweils 23 Nennungen (siehe Tabelle 2). Der Autoverkehr wird für die Luftverschmutzung und die Industrie zusätzlich noch für die Wasserverschmutzung verantwortlich gemacht. Mit klarem Abstand folgen als "Umweltsünder" die Kraftwerke (meist Kohlekraftwerke, jedenfalls nicht Atomkraftwerke), die privaten Haushalte sowie das Freizeitverhalten der Bevölkerung.

Dieses Meinungsbild stimmt in der Reihenfolge und sogar im Verhältnis der einzelnen Faktoren zueinander in erstaunlich hohem Maße mit den Einstellungen überein, die Bendixen (1984) bei hessischen Vollerwerbslandwirten und Haris (1986) bei baden-württembergischen Nebenerwerbslandwirten ermittelten. Ein Vergleich belegt die trotz unterschiedlicher Erhebungsmethoden frappierende Ähnlichkeit der Befunde (siehe Tabelle 3).

In den Befunden von Bendixen und Haris sticht die Tendenz der Landwirte ins Auge, die Umweltbelastung durch die Landwirtschaft im Vergleich zu anderen Bereichen als gering einzustufen. Bendixen (1984) äußert Verständnis für dieses Haltung:

"Es ist nur konsequent, daß die Landwirte im Rahmen der Erhebungen immer wieder auf die Umweltbelastungen durch Industrie, Verkehr, private Haushalte usw. verweisen. Sie sehen dort - und sicher nicht immer zu Unrecht - weit größere Probleme als in der Landwirtschaft" (49).

Haris (1986) sieht dagegen eine deutliche Diskrepanz darin, "daß die Nebenerwerbslandwirte zwar einerseits Einsicht in die Notwendigkeit des Umweltschutzes haben, aber sie zeigen andererseits keine Einsicht in die Gefährdung der Umwelt durch eigene Wirtschaftsweise" (175). Denn die Umweltgefährdung durch das eigene Handeln sei ebenso ein reales Problem.

In meiner eigenen Erhebung tritt diese Tendenz nicht so auffallend hervor, obwohl entsprechende Äußerungen immer wieder zu hören sind. Mehrmals weisen Befragte, wenn Umweltprobleme der Landwirtschaft angesprochen werden, auf weit größere Umweltgefahren in anderen Bereichen hin:

"Tja, was heißt da die Bauern, ob da rein - es wird allweil wieder die Schuld auf die Bauern geschoben, aber wenn man heute schaut, was die

Auto und das ganze - und die Flugzeuge auch und überhaupt die Industrie an Schadstoffen ausstößt, da ist das im Verhältnis zum Bauern nicht wert, daß man redet" (P10/1/1027).

Tabelle 3: Verursacher von gesellschaftlichen Umweltproblemen aus der Sicht von Bauern - Ergebnisse aus drei neueren Untersuchungen

Verursacher	Pongratz ^a	Bendixen (1984) ^b	Haris (1986) ^c
Industrie	23	5,6	88%
Verkehr	23	5,4	79%
Kraftwerke ^d	11	(-)	(-)
Private Haushalte	7	4,4	23%
Verteidigung ^d	(-)	3,8	37%
Freizeit	6	3,4	19%
Landwirtschaft ^d	(-)	2,4	5%

^a Zu den Angaben von Pongratz siehe oben Tabelle 2.

^b Bendixen (1984) stellte die Frage: "Wie stark belasten Ihrer Meinung nach die unten aufgeführten Bereiche die Umwelt?"; die Zahlen geben die Mittelwerte der Bewertungen auf einer 7-Punkte-Skala von 1="niedrige Belastung" bis 7="hohe Belastung" an (siehe Tabelle 26, 106).

^c Bei Haris (1986) lautete die Frage ebenso: "Wie stark belasten Ihrer Meinung nach folgende Bereiche die Umwelt?"; die angegebenen Zahlen sind die addierten Anteile der Antworten "belastet stark" und "belastet sehr stark" (siehe Tabelle 1, 174).

^d Das Zeichen "(-)" in der Tabelle gibt an, daß dieser Verursacher in der betreffenden Untersuchung nicht ermittelt wurde.

Die Herausstellung von Autoverkehr und Industrie als Verursacher von Umweltproblemen wird kaum mit grundsätzlicher Kritik oder Forderungen nach weitreichenden Veränderungen dieser Bereiche verbunden. Soweit die Befragten auf Abhilfemaßnahmen zu sprechen kommen, verweisen sie auf die politische Durchsetzung technisch möglicher Verbesserungen (wie Filteranlagen für die Industrie und die Kraftwerke oder den Katalysator für Autos) und vor allem auf Verhaltensänderungen der Bevölkerung. Immer wieder taucht das Argument auf, daß jeder Einzelne etwas tun muß und

nicht nur kritisieren und beanspruchen soll. Unabhängig von den strukturellen Gegebenheiten des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems scheint vielen Bauern die Umweltkrise letztlich in der ungezügelter Verfolgung egoistischer Einzelinteressen von Privatpersonen und von Organisationen begründet.

Im Überblick betrachtet äußern sich die Befragten eher zurückhaltend zu allgemeinen Umweltgefahren. Kaum je gehen sie von sich aus ausführlicher auf einzelne Aspekte oder grundlegende Fragen ein. Die Bauern vermitteln den Eindruck, daß sie die Problematik wahrnehmen und für wichtig halten und daß sie ansatzweise dafür sensibilisiert sind. Offenbar messen sie dem Umweltthema meist jedoch nicht die herausragende Bedeutung bei, die es in der öffentlichen Diskussion erreicht hat. Dabei mag eine Rolle spielen, daß sich die Bauern selbst in hohem Maße der Umweltkritik ausgesetzt sehen: Möglicherweise gehen sie aus einer Art grundsätzlicher Abwehrhaltung (vgl. 6.1.2) heraus vorsichtig mit jeglichen Umweltfragen um und suchen und benennen Probleme allenfalls in anderen gesellschaftlichen Bereichen. Wie weit sie mit ihrer Haltung vom (auch nicht zu überschätzenden) Umweltbewußtsein der breiten Bevölkerung (vgl. 3.1.3) abweichen, läßt sich auf dem aktuellen Forschungsstand nur schwer beurteilen. Bedenken sollte man, daß die bäuerliche Bevölkerung in den ländlichen Regionen von einigen Problemen (z.B. Verkehrslärm, Luftverschmutzung) objektiv weniger und insgesamt anders betroffen ist als etwa Bewohner der städtischen Ballungsgebiete.

5.3 Beurteilung der Umweltprobleme in der Landwirtschaft

Wird schon die gesamtgesellschaftliche Umweltgefährdung eher zurückhaltend kommentiert, so gehen die Befragten gegenüber Umweltproblemen in der Landwirtschaft, wie sie in Frage 28 und 29 pauschal und in Frage 33 anhand konkret vorgegebener Aspekte angesprochen werden, spürbar in Verteidigungshaltung. Zwar wird allgemein eingestanden, daß auch in der Landwirtschaft mehr oder weniger kleine Fehler im Umgang mit der Natur gemacht werden. Diese werden aber eher als vermeidbare Auswüchse einer fehlerhaften oder übertriebenen Anwendung der modernen landwirtschaftlichen Produktionsverfahren eingestuft denn als deren systematische Folge.

Im einzelnen weisen die Beurteilungen der Bauern zwischen Anerkennung und Ablehnung von Umweltproblemen bemerkenswerte Unterschiede auf. In den individuellen Argumentationen sind deutliche Inkonsistenzen zu beobachten.

Die Mehrheit der Befragten räumt ökologisches Fehlverhalten in der Landwirtschaft durchaus ein. Zu Frage 28 geben 25 Bauern an, sicherlich würden Fehler gemacht; zwei davon sprechen sogar von großen Fehlern. Ein Drittel der Befragten (14 Bauern) blockt ab: Sie meinen, "Fehler werden überall gemacht, wo gearbeitet wird", "nur Einzelne machen Fehler" (die berühmten "schwarzen Schafe") oder es gebe gar keine oder nur kleine Fehler (ein Befragter ohne Aussage). Das Spektrum der Positionen veranschaulichen die beiden folgenden Zitate. Ein älterer Bauer ordnet gravierende Umweltprobleme in der Landwirtschaft in den Gesamtzusammenhang einer ökonomischen Fehlentwicklung ein:

"Wie ich zuerst schon gemeint hab': daß wir aus sich, aus der Natur, aus dem Feld, aus dem Vieh das Letzte rausholen. Und in dem Sinn - oder in dem Fall haben ja wir Überschüsse, also bräuchte es ja das gar nicht. Wir holen das bloß raus, weil wir ja sonst nimmer mitkommen mit unserem Verdienst ... Jetzt ist mein Ding: Weniger tät' den Menschen entlasten, tät' die Natur entlasten und das Vieh ... Dann hätten wir wieder mehr Natur und mehr persönliche Freiheiten in dem Sinn" (P20/1/492).

Dem steht die Meinung eines jüngeren Bauern entgegen, die individuelle ökonomische Vernunft werde quasi automatisch regulierend wirksam:

"Wenn er wirklich viele Fehler macht, der Bauer auf seinem eigenen Boden, dann muß er ihn ja selber zahlen, weil der Ertrag dann niedriger ist, auf jeden Fall. Er lernt's schnell" (P15/1/319).

Viele Landwirte sind sich in der Bewertung von Umweltgefahren unsicher. Man erkennt zwar Probleme, aber ob man diese auch als Gefahren oder als Fehler bezeichnen kann? Daraus können Inkonsistenzen der Argumentation erwachsen, wie sie beispielsweise die Haltung eines älteren Bauern kennzeichnen, der kurz hintereinander folgende Urteile abgibt:

"Da werden Fehler gemacht, auch große Fehler gemacht." (Frage des Interviewers: Welche Fehler?) "Es wird viel - viel was die Umwelt belastet, was eigentlich gar nicht notwendig wär'" (P6/1/524).

"Weiß auch nicht, ob man das als Fehler anschaut. Fehler sind's auch nicht, man ist einfach gezwungen dazu" (P6/1/629).

"Freilich werden Fehler gemacht auch, aber das glaub' ich nicht, daß es so in's Gewicht fällt" (P6/1/650).

Im Durchschnitt werden von jedem Befragten zwei Probleme angesprochen (insgesamt 79 Nennungen; siehe Tabelle 4). Wie bei den Fragen nach den Umweltproblemen der Gesellschaft führen die stadtnahen Bauern mehr Fehler an als die stadtfernen Bauern (46 zu 33 Nennungen), während ein Generationenunterschied hier nicht zu beobachten ist (40 Nennungen der jüngeren zu 39 Nennungen der älteren Befragten). Die Antworten umspannen einen großen Bereich einschließlich der wichtigsten Umweltgefahren der Landwirtschaft (vgl. RSU 1985).

Tabelle 4: Fehler in der Landwirtschaft im Umgang mit der Natur (Frage 28; Nennungen der Befragten)

Fehler	Nennungen
Pflanzenschutz ("Spritzen")	21
Düngung	12
Gülle	11
Bodenverdichtung	9
Landschaftsgestaltung	9
Maisanbau	5
Monokulturen	5
Massentierhaltung	3
Sonstige	4
Insgesamt (von 35 Befragten)	79

Im Vordergrund der Kritik steht die Anwendung von chemischen Pflanzenschutzmitteln (allgemein als "Spritzen" bezeichnet), die von der Hälfte der Befragten als Problem genannt wird (vgl. das ähnliche Ergebnis von Bendixen 1984: 16f). Kritisiert wird vor allem, es werde zuviel gespritzt (von einzelnen, aber auch im allgemeinen) und zum Teil unsachgemäß gearbeitet (z.B. mit falsch eingestellten Geräten). Die ausgeprägte Skepsis gegenüber 'zuviel Chemie' läßt sich kaum aus der Beobachtung konkreter

ökologischer Schäden auf den Feldern und Wiesen erklären. Dazu sind die (nicht beabsichtigten) Auswirkungen von Pflanzenschutzmitteln (noch) viel zu wenig ersichtlich.

Verschiedene Aussagen, wie "Spritzen ist halt doch so ein Gift" (E1) oder "Spritzmittel sind schon oft eingeatmet worden" (P9), legen die Vermutung nahe, daß ein Teil der Bauern selbst ein Unbehagen im Umgang mit diesen künstlichen und hochgiftigen Substanzen verspürt. Denn im Umgang mit den Chemikalien ist ihre Gefährlichkeit durchaus konkret und physisch erfahrbar, z.B. bei Hautberührung oder bei Einatmung der Dämpfe. Die folgende Stellungnahme bildet aber auch unter den skeptischen Bauern noch eine Ausnahme:

"Obwohl, ob wir uns damit nicht selber aufarbeiten (zerstören, H.P.) mit unserer ganzen Spritzerei, das muß man auch erst sehen, ob's auf die Dauer gut geht, mit dem Krebs und alles. Das kann ja nicht gesund sein, wenn man das alles wieder - die Pflanzen nehmen's auf, nicht, wenn man schaut. Sieht man heut' an dem Vieh, was es heut' alles für Krankheiten gibt, das hat's früher alles nicht gegeben, früher - die fressen das Zeug alles rein. Steht oft auf dem Spritzmittel drauf: 'Drei Wochen nicht weiden oder nicht mähen', wenn du spritzt, dann weißt du, daß das ein Gift ist. Wenn jetzt ich drei Wochen sag' und es regnet nicht, dann ist das allweil noch drin und die Viecher fressen das" (P8/1/818).

Andere Bauern neigen hingegen dazu, die Gefährlichkeit des 'Spritzens' herunterzuspielen, zum Beispiel indem sie auf amtliche Kontrollen hinweisen. Auf wenig Verständnis bei den Kritikern der Landwirtschaft dürften weitere Argumente in dieser Richtung stoßen, wie die Hinweise auf die geringe Menge der ausgebrachten Mittel (E3) oder auf ihr weitgehendes Verdampfen (P7) oder die Beobachtung überlebender Regenwürmer (P3). Ein Befragter vertritt die Ansicht, Pflanzenschutzmittel seien nicht besonders giftig, sondern allenfalls gesundheitsschädlich (P18)!

Als weitere ökologische Probleme der Landwirtschaft werden von jeweils etwa einem Viertel der Befragten angeführt (siehe Tabelle 4): die Überdüngung (vor allem mit Stickstoff), die Gülleausbringung, die Bodenverdichtung (besonders als Folge zu schwerer Maschinen auf nassen Böden) und die Beseitigung von Hecken, Rainen und anderen ökologisch wertvollen Landschaftselementen (im Zusammenhang mit der Flurbereinigung). Mit der zusätzlichen Nennung von Maisanbau (in erster Linie wird auf die Bodenerosion in Hanglagen hingewiesen), Monokulturen und Massentierhaltung lassen die Bauern (als Gruppe betrachtet) erkennen, daß ihnen das

Spektrum der Umweltprobleme in der Landwirtschaft im wesentlichen bekannt ist.

Vereinzelte werden ursächliche Zusammenhänge zwischen der Veränderung der Produktionsmethoden und der zunehmenden Umweltgefährdung von den Bauern erkannt und angesprochen, etwa wenn die Verbreitung bestimmter Ackerwildkräuter mit der erhöhten Stickstoffdüngung in Verbindung gebracht wird (L8). Ein Bauer schildert sehr engagiert die Krankheitsanfälligkeit neuer (Getreide-) Sortenzüchtungen:

"Das Problem ist ja heutzutage so, wenn wir mal ganz ehrlich sind: In den siebziger Jahren, Anfang der siebziger Jahre, da haben wir so alte Weizensorten gehabt und die haben wir gebaut und von Krankheiten hast du da nichts gekannt, gell. Und dann ist man hergegangen und hat gesagt: 'Was möchtest mit den alten Sorten? Wir brauchen mehr Eiweiß, wir brauchen einen höheren Ertrag, wir brauchen ein ganz ein gutes Stroh.' Und was ist dann gekommen? Dann sind Krankheiten noch und nöcher gekommen" (P2/2/79; ähnlich P16, P10 und P8).

Manche Bauern stellen grundlegende Probleme und Widersprüche im Verhältnis von Landwirtschaft und Natur fest:

"Jetzt ist es schon bald so weit, daß die Bauern selber die Natur kaputt machen" (L4/1/637).

"Es passiert da schon oft viel, wo dann vielleicht sich - da wo die Natur eine Zeit braucht, bis sie das wieder regeneriert hat. Aber es ist allweil gegen das Gesetz von der Natur heut', wenn wir heut so züchten und so dings, das ist klar, aber ich muß ja auch leben von dem ..." (P9/1/924).

"Die Natur rächt sich" (P2/2/194).

In den allermeisten Fällen erwecken die Befragten jedoch nicht den Eindruck, als fühlten sie sich von diesen Problemen in besonderer Weise betroffen. Außer dem Pflanzenschutz wird kein Problem von mehr als etwa einem Viertel der Befragten angesprochen. Durch alle Nennungen zieht sich die Tendenz, nur unsachgerechte oder übertriebene Verhaltensweisen zu kritisieren, nicht aber die im Rahmen der üblichen 'ordnungsgemäßen' Bewirtschaftung - auch selber - verwendeten Methoden. Wenn die eigenen Produktionsverfahren aber wie in den folgenden Äußerungen von der Umweltkritik ausgenommen werden, sind kaum Konsequenzen für das eigene Umweltverhalten zu erwarten:

"Einer, der wo normal dahinwirtschaftet, der - also der macht keine Schäden" (P4/1/630).

"Ich tät' sagen, es ist doch eigentlich, meiner Meinung nach, doch in dieser Form der Landwirtschaft, wie wir sie betreiben, wenn sie auch übertrieben wird zum Teil - gut, es kann übertrieben werden - aber ich bin der Meinung, daß ich es nicht übertreib', weil so lang ich sagen kann, es bleibt alles gesund, es bleibt gesund und ich leb' gesund darauf, kann ich doch nicht sagen, daß ich was kaputt mach'" (E4/2/262).

Betroffenheit und Selbstkritik treten am ehesten hervor, wenn umweltschädigende Auswirkungen unmittelbar beobachtet werden konnten. Dies war zum Beispiel in dem stadtfernen Untersuchungsgebiet der Fall, als starke Regenfälle im Frühjahr zu erheblichen Abschwemmungen von Humus aus den Maisfeldern⁷⁷, vor allem in den Hanglagen, geführt hatten. Das wurde von den betroffenen Bauern selbst als Katastrophe empfunden. In diesem Untersuchungsgebiet wird nicht nur der Maisanbau als Umweltproblem häufiger genannt, sondern es wird auch ernsthaft und engagiert darüber diskutiert, und alternative Möglichkeiten werden erwogen. Daß eine solche Erfahrung noch keine hinreichende Bedingung für eine 'umweltbewußte' Haltung ist, wird bei jenem Bauern offenkundig, der seine Erörterungen zum Maisanbau mit den Worten beschließt: "Das ist das einzige, was man so Fehler machen kann in der Landwirtschaft" (P3/1/374).

Tabelle 5: Beteiligung der Landwirtschaft an Umweltproblemen (Frage 33; Anzahl der Befragten)

Beteiligung am Umweltproblem	stark	auch	nicht
Bodenverdichtung und -erosion	26	13	1
Verminderte Vielfalt der Landschaft	15	21	4
Rückgang seltener Tier- und Pflanzenarten	13	20	7
Belastung des Wasserhaushalts	5	27	8
Rückstände chem. Mittel in der Nahrung	5	18	17
Belastung der Luft	2	11	27

⁷⁷ Die Maisfelder waren von den Auswaschungen besonders betroffen, weil zu dieser Jahreszeit die ohnehin mit weitem Abstand gesäten Pflanzen noch sehr klein waren und mit ihren Wurzeln kaum Humus halten konnten; andere Pflanzenarten hatten dagegen bereits die Oberflächen der Äcker bedeckt.

Die spezifische Gewichtung von Umweltproblemen der Landwirtschaft durch die Bauern läßt sich aus den Antworten zu Frage 33 (vgl. Tabelle 5) ersehen. Die Beteiligung der Landwirtschaft an sechs, auf einzelnen Karten vorgegebenen Umweltgefahren sollte in drei Antwortkategorien eingestuft werden: 'stark beteiligt', 'auch noch beteiligt' und 'nicht beteiligt'. Die vorgegebenen ökologischen Probleme sind dem Sondergutachten "Umweltprobleme der Landwirtschaft" des 'Rats von Sachverständigen für Umweltfragen' (RSU 1985) entnommen, in dem ihre jeweilige Bedeutung wissenschaftlich beurteilt worden ist (vgl. die Darstellung in 1.1).

Diese Frage läßt sich unter zwei verschiedenen Aspekten, nämlich zum einen im Hinblick auf die Gruppenmeinung und zum anderen mit Bezug auf individuelle Unterschiede, auswerten. Aus der Gruppenperspektive kann mit den Ergebnissen die Bedeutung der einzelnen Umweltgefahren im Meinungsbild der Untersuchungsgruppe abgeschätzt werden (Tabelle 5). In erster Linie sehen sich die Bauern in Umweltgefahren verwickelt, deren Ausprägung und Wirkung sie selbst noch am ehesten beobachten können: Für überwiegend 'stark beteiligt' halten sie die Landwirtschaft nur an der Bodenverdichtung und -erosion. An der Verminderung der Vielfalt der Landschaft und am Rückgang seltener Tier- und Pflanzenarten wähen sie sie noch jeweils zu einem Drittel 'stark beteiligt' und zur Hälfte 'auch noch beteiligt'. Im Hinblick auf die Belastung des Wasserhaushalts und auf chemische Rückstände in Nahrungsmitteln wird nur selten eine starke Beteiligung zugestanden. Beide Wirkungen sind kaum unmittelbar beobachtbar, sondern erfordern wissenschaftliche Analyseverfahren. Eine Belastung der Luft durch die Landwirtschaft wird überwiegend verneint.

In Tabelle 6 unternehme ich den Versuch, diese Prioritätenfolge der Bauern mit dem Urteil der Gutachterkommission und den in der öffentlichen Diskussion vorherrschenden Tendenzen zu vergleichen. Für jede Gruppe lassen sich spezifische Prioritätensetzungen feststellen. Die von den Bauern in den Vordergrund gerückte Bodenverdichtung und -erosion (von der sie selbst wohl am meisten betroffen sind) spielt weder im Urteil der Gutachter noch im öffentlichen Diskurs diese herausgehobene Rolle. Die Gutachterkommission stellt dagegen die Verantwortung der Landwirtschaft für die Erhaltung der Landschaft und der Tier- und Pflanzenwelt heraus⁷⁸. Sie schätzt auch die Belastung des Wasserhaushalts als schwerwiegender ein, als die befragten Bauern das tun.

⁷⁸ In dieser Schwerpunktsetzung mag auch die bedeutende Rolle von Landschaftsökologen in dem Gremium zum Ausdruck kommen.

In der 'öffentlichen Meinung' wiederum gilt - meinen Erfahrungen zufolge - die größte Aufmerksamkeit den Rückständen in Nahrungsmitteln und der Belastung des Wasserhaushalts. In dieser Schwerpunktsetzung drückt sich die Sorge der Verbraucher um eine gesunde Ernährung aus. Jede Gruppe, so läßt sich der Vergleich zusammenfassen, scheint die Umweltgefährdungen der Landwirtschaft aus ihrer besonderen Perspektive heraus zu interpretieren. Die Landwirte vertreten weitgehend unabhängig von wissenschaftlichen Untersuchungen und öffentlicher Diskussion ihr eigenes Urteil, das in entscheidender Weise von persönlicher und berufsspezifischer Wahrnehmung und Betroffenheit geprägt ist.

Tabelle 6: Rangfolge von Umweltgefährdungen durch die Landwirtschaft im Urteil von drei verschiedenen Gruppen (Angabe des festgestellten bzw. vermuteten Rangs)⁷⁹

Umweltproblem	Umwelt- gutachten	Bauern	Medien
Verminderte Vielfalt der Landschaft	1	2	3
Rückgang seltener Tier- und Pflanzenarten	1	3	4
Belastung des Wasserhaushalts	3	4	2
Bodenverdichtung und -erosion	4	1	5
Rückstände chem. Mittel in der Nahrung	5	5	1
Belastung der Luft	6	6	6

Im Hinblick auf individuelle Unterschiede ist Frage 33 geeignet, Aufschluß über die unterschiedliche Sensibilität der einzelnen Befragten für Umweltgefahren der Landwirtschaft zu geben. Sowohl in den Ausprägungen der individuellen Durchschnittsbewertungen⁸⁰ als auch in der Häufigkeitsver-

⁷⁹ Im Umweltgutachten ist eine deutliche Prioritätensetzung der Wissenschaftler erkennbar (siehe die Darstellung in 1.1). Zur Rangfolge der Umweltgefährdungen im Urteil der von mir befragten Bauern vgl. Tabelle 5. Die Schwerpunkte der öffentlichen Diskussion habe ich selbst aufgrund der (nicht systematischen) Beobachtung der Diskussion in Presse und Fernsehen in eine (subjektiv geprägte) Reihenfolge gebracht.

⁸⁰ Grundlage der Berechnung ist die Addition der Antworten zu den sechs vorgegebenen Umweltgefahren, wobei gesetzt wird: 'nicht beteiligt' = 1, 'auch noch beteiligt' = 2 und 'stark be-

teilung der Nennung der Kategorie 'stark beteiligt' zeigen sich erhebliche Differenzen unter den Bauern. Nach beiden Kriterien lassen sich Gruppen von fünf bis zehn Befragten jeweils als 'kaum' bzw. 'stark' sensibilisiert für Umweltgefährdungen durch die Landwirtschaft bezeichnen.

Während zehn Bauern die Landwirtschaft an keinem der Umweltprobleme stark beteiligt sehen, geben acht Bauern dieses Urteil sogar dreimal oder öfter ab. Eine noch stärkere Eingrenzung läßt sich auf der Basis der individuellen Durchschnittswerte vornehmen: Sieben Befragte neigen mit einem Wert von 1,5 oder niedriger zum Gesamturteil 'nicht beteiligt', fünf Befragte mit einem Wert von 2,5 oder höher zur Gesamteinschätzung 'stark beteiligt'. Trotz dieser beträchtlichen Diskrepanzen ergeben sich nach keinem der beiden Kriterien Stadtnähe und Alter nennenswerte Variationen. In Anbetracht der Inkonsistenzen in den Aussagen vieler Bauern (vgl. 6.1.1) sollte man die Aussagekraft einer solchen Einteilung nicht überschätzen. Mit ihr allein lassen sich die 'umweltbewußten' Bauern wohl nicht ermitteln.

Auf Frage 29 nach den Ursachen für Fehler im Umgang mit der Natur in der Landwirtschaft sprechen die Bauern neben individuellem Fehlverhalten in erster Linie ihre sozialökonomische Situation an. Sie verweisen auf den Produktions- und Einkommensdruck (17 Nennungen), der - wie immer wieder im Verlauf der Interviews betont wird - schwer auf ihnen lastet und nicht viel Entscheidungsspielraum läßt. Zum Teil werden die sozialökonomischen Zusammenhänge (vgl. 4.1.2) prägnant formuliert:

"Man muß einfach ziemlich viel erzeugen, daß man über die Runden kommt. Also jeder Bauer ist praktisch gezwungen, daß er einfach bis zur Höchstgrenze geht, was er gerade erzeugen kann, daß er einigermaßen über die Runden kommt. Da werden halt dann Fehler gemacht" (E2/2/308).

"Alles ist teurer geworden und wir wollten das auffangen mit mehr produzieren. Alles ist gestiegen, Lebenshaltungskosten, alles ist teurer geworden. Nur unsere Produkte sind zum Teil sogar noch billiger geworden. Und um zu überleben, ist man dazu übergegangen, daß wir mehr produzieren um jeden Preis. Auf Kosten von Natur und auf Kosten vom Landwirt selber, von der Gesundheit und von den Nerven her" (P12/1/621).

teiligt' = 3. Die Durchschnittsbewertungen ergeben sich aus der durch die Zahl sechs geteilten Summe.

Mit solchen Argumentationen gestehen die Bauern zwar indirekt ihre Beteiligung an Umweltgefahren ein, aber sie weisen zugleich persönliche Schuld zurück. Denn sie fühlen sich übermächtigen Zwängen ausgeliefert:

"Da sind wir beteiligt, aber auf Grund von dem Druck, dem wir ausgesetzt sind - du kannst nicht anders" (P20/2/12).

Auch in einigen konkreteren Argumenten wird die Neigung, eigenes Verschulden von sich zu weisen, deutlich. So wird darauf hingewiesen, die Beratungsstellen würden die praktizierte Produktionsmethode vorgeben (P18, P16, P7), und die Verantwortung für die eingesetzten chemischen Hilfsmittel liege bei den Herstellern, also der Industrie:

"Weil wir können ja praktisch nur das anwenden, das was sie uns zur Verfügung stellen und was sie uns empfehlen" (P16/1/496; ähnlich E4, P20, P10).

Die Frage, welche individuellen Spielräume im Umgang mit der Natur im Rahmen solcher Bedingungen bestehen, scheinen sich die Bauern dagegen kaum zu stellen. Es ist von daher schwierig zu beurteilen, wie sich die Verminderung des zweifellos vorhandenen wirtschaftlichen und politischen Drucks auf das Umweltverhalten der Bauern auswirken würde; ob wirklich jene ökologische Wende eintreten würde, die dieser Befragte für sich postuliert:

"Ich tät's sofort anders machen, wenn der Druck weg wär'. Sofort, aber ich kann nicht" (P20/1/566).

In der gegenwärtigen Situation dürften diese Argumentationsmuster für die Bauern vor allem eine "Funktion der Selbstrechtfertigung" (Bendixen 1984: 14) erfüllen: "Sie erleichtert es ihnen, mit ihren Bedenken und selbstkritischen Überlegungen zu leben" (14).

Als zweite gewichtige Ursache für ökologisches Fehlverhalten in der Landwirtschaft betrachten die Befragten individuelles Unvermögen (12 Nennungen). Unter anderem sind Charakterisierungen zu hören, die ein Außenstehender gegenüber einem Vertreter des bäuerlichen Berufsstandes kaum zu äußern wagen würde, wie 'Unvernunft', 'Gedankenlosigkeit', 'Unerfahrenheit', 'Selbstherrlichkeit' oder gar 'Dummheit'. Allerdings werden mit diesen Urteilen jeweils nur Teilgruppen oder einzelne Personen belegt, die im übrigen stets 'die Anderen' sind: zum Beispiel junge Bauern, die von älteren für unerfahren gehalten werden, oder ältere Bauern, denen umge-

kehrt von den jüngeren Unwissenheit bescheinigt wird.⁸¹ Auf der Basis des vorliegenden Materials muß offen gelassen werden, inwieweit diese Aussagen eher eine selbstkritische Haltung zum eigenen Berufsstand oder aber die Abwälzung von Verantwortung auf einzelne "schwarze Schafe" belegen. Verschiedene weitere Ursachen werden nur noch von jeweils einigen wenigen Bauern genannt, obwohl auch die angeführten Punkte Arbeitsdruck (4 Nennungen), Technisierung (3 Nennungen) und (nun wirklich selbstkritisch gemeint) Gewinnstreben (3 Nennungen) nicht von unerheblicher Bedeutung sein dürften (10 sonstige Nennungen).

5.4 Reaktionen auf Kritik der Öffentlichkeit

Die Tendenz zu einer beschwichtigenden oder abwehrenden Haltung gegenüber Umweltgefährdungen der Landwirtschaft herrscht in den Reaktionen der Bauern auf entsprechende Kritik aus der Öffentlichkeit vor. Zu diesem Ergebnis kam bereits Bendixen (1984) bei der Befragung hessischer Bauern (siehe 2.2.3). Auch ich fragte die Bauern, was sie von der ökologischen Kritik an der Landwirtschaft halten würden (Frage 30), von wem sie meinten, daß sie komme (Frage 31), und warum sie geübt werde (Frage 32). Als berechtigt 'ohne wenn und aber' wird die Kritik (auf Frage 30) von keinem der Befragten eingestuft. 16 Bauern weisen sie jedoch als unberechtigt zurück. Wie in der Diskussion der Umweltprobleme selbst (vgl. 5.3.) begründen sie ihr Urteil in der Regel damit, daß sachgemäße Bewirtschaftung nicht zu Umweltschäden führe und daß allenfalls einzelne Landwirte Fehler machten. So meint ein Bauer:

"Ich glaub', solang' die Anwendung richtig ist, machen wir keine Fehler nicht" (P15/1/344).

17 Bauern halten die Kritik teilweise für berechtigt, und weitere sieben Befragte gestehen die Berechtigung der Kritik unter der Einschränkung ein, daß die Bauern keine Schuld an Umweltgefährdungen trifft, weil sie zu diesem Handeln gezwungen sind.

Doch auch diese Mehrheit der Befragten, die immerhin Teilaspekte der Kritik akzeptiert, steht ihr keineswegs immer verständnisvoll gegenüber.

⁸¹ Oder ähnlich: Den Ergebnissen von Haris (1986: 175) zufolge schätzen sich Nebenerwerbslandwirte als umweltfreundlicher als die Haupterwerbslandwirte ein.

Gerade in der Einschätzung der Kritiker (Frage 31) werden unabhängig von der Akzeptanz einzelner Kritikpunkte starke Vorbehalte geäußert. So beurteilt ein Bauer die Kritik an der Landwirtschaft zunächst recht abwägend:

"Die ist zum Teil berechtigt, aber zum Teil auch nicht, gell. Da tät' ich sagen halb und halb, daß - gell, weil wenn einer rausfährt zum Spritzen, wegen dem ist er noch lang kein, kein - weiß ich, was ich da sagen sollt' - Verbrecher; und es geht ja nimmer anders" (L3/1/425).

Kurz darauf meint er jedoch, die Kritik sei weit übertrieben. Auf die Frage, von wem diese Kritik komme, antwortet er dann gar:

"Immer von den Dümmden und von den Faulsten" (L3/1/437).

Und er nennt als Grund:

"Weil sie gar nichts mehr arbeiten wollen, diejenigen, und billig essen" (L3/1/440; ganz ähnlich argumentiert P12).

Tabelle 7: Personen oder Gruppen, von denen Kritik an Umweltgefährdungen der Landwirtschaft kommt (Frage 31; Nennungen)

Kritiker	Nennungen
Grüne/Naturschützer	11
Die keine Ahnung haben	10
Medien	10
Verbraucher	4
Stadtbewohner	4
Sonstige	15
Insgesamt (von 39 Befragten)	54

Das Schwanken zwischen sachlich-rationalem Abwägen und emotionaler Ablehnung bei der Thematisierung landwirtschaftlicher Umweltprobleme ist für viele der befragten Bauern charakteristisch. Bei den Fragen zur Kritik bzw. zu den Kritikern der Landwirtschaft aber werden die Emotionen be-

sonders stark. Eine der häufigsten Antworten auf die Frage 31, "Von wem kommt diese Kritik hauptsächlich?", lautet (siehe Tabelle 7):

"Von denen, die keine Ahnung haben" (P18/2/108).

Diese pauschal abwertende Charakterisierung (insgesamt 10 Nennungen) zeugt von gravierenden Verständigungsschwierigkeiten ebenso wie von einer gewissen Hilflosigkeit in der Auseinandersetzung mit den Kritikern. Eine so ausgeprägte emotionale Abwehrhaltung dürfte eine sachliche Beschäftigung mit der Kritik nachhaltig erschweren. Der im folgenden zitierte Bauer will zum Beispiel aus seiner Verärgerung heraus auf Kritik gar nicht mehr eingehen:

"Ich ärgere mich furchtbar darüber - auf der anderen Seite läßt's mich kalt, weil ich die Leute für dumm halte. Ich bin mittlerweile so weit, daß ich die stehen lasse, weil die Leute von der Sache nichts - in der Regel nichts verstehen" (E5/1/353).

Welche Leute es sind, die angeblich keine Ahnung haben, wird aus den übrigen Nennungen zu Frage 31 deutlich (siehe Tabelle 7). Jeweils etwa ein Viertel der Befragten führt die Grünen bzw. Naturschützer und die Medien als Kritiker an. Jeweils von vier Bauern wird auf die Stadtbewohner und auf die Verbraucher bzw. Verbraucherorganisationen hingewiesen. 15 weitere Nennungen beziehen sich auf die unterschiedlichsten Personengruppen, wie Politiker, abgewanderte Bauern, die Industrie oder die nicht-landwirtschaftliche Bevölkerung allgemein.

Die Gründe für diese Nennungen werden aus den Antworten zu Frage 32, "Warum kritisieren diese Leute die Bauern?", ersichtlich (Tabelle 8). Elf Bauern drücken ein gewisses Verständnis für die Sorgen der Kritiker um eine unbelastete Natur bzw. um gesunde Nahrung aus, wenn sie auch nur selten eindeutig so positiv Stellung beziehen wie dieser Bauer:

"Weil die auch Angst haben um ihre Umwelt - mal, wie das mal weitergeht, nicht - und Vergiftung und die ganze Wasserding und alles, stell ich mir vor. Und das ist auch so, nicht. Daß die auch natürlich - haben auch um ihr Leben - bißchen Angst auch haben sie, die möchten ja auch gesund leben; das wollen wir ja auch und alles" (L1/2/20).

Unter ihnen dominiert eher eine ambivalente Haltung von der folgenden Art:

"Weil man immer wieder von Skandalen hört, mit - die Lebensmittel

sind alle vergiftet und die Bauern sind Naturverschandler und lauter so Sprüch" (L2/1/338).

In erster Linie aber wird, von etwa einem Drittel der Befragten (13 Nennungen), die Meinung vertreten, die auch Bendixen (1984: 75) bei hessischen Bauern als vorherrschend ermittelte: Das Thema werde von den Medien (genannt wird vor allem die Presse) pauschalisiert und aufgebauscht.

"Daß viel von den Medien aufgebauscht wird. ... Weil's allweil die schwarzen Schaf' gibt; ein paar gibt's und die anderen werden über den gleichen Kamm geschert" (L8/1/855).

Tabelle 8: Gründe für die öffentliche Kritik am Umgang der Landwirtschaft mit der Natur (Frage 32; Nennungen)

Gründe	Nennungen
Medien bauschen auf	13
Sorge um Umwelt und Gesundheit	11
Landwirtschaft als Prügelknabe	8
Unwissenheit	6
Sonstige	12
Insgesamt (von 36 Befragten)	50

Zum Teil sehen die Bauern die Umweltkritik aber auch in der "Unwissenheit" und "Unkenntnis" der Kritiker begründet, die ihre "Ahnungslosigkeit" erklären (6 Nennungen). Und es wird die Rolle der Bauern als Sündenbock bzw. als Prügelknaben der Nation herausgestellt (8 Nennungen). Diese Einschätzung der eigenen gesellschaftlichen Situation schließt unmittelbar an das oben (siehe 4.3 und 4.4) beschriebene bäuerliche Bewußtsein gesellschaftlicher Randständigkeit an, wie diese Beispiele belegen:

"Und irgendein Sündenbock muß vielleicht gefunden werden und das ist wahrscheinlich dann der Bauer, weil das der Schwächere ist, der wo am wenigsten Zeit hat, daß er gescheit redet" (P16/2/67).

"Man muß allweil auf die schimpfen, die die weniger sind, weil da wird am wenigeren aufgemuckt, ..." (P5/2/299).

"Weil der Bauer zur Zeit der Buhmann der Nation ist, weil nur geschrien wird, wieviel Geld daß die kriegen - und daß überhaupt die Allgemeinheit nicht informiert ist, wieviel Prozent von dem Geld eigentlich den Bauern nur zukommen" (L6/1/850).

"Die Presse, die schreibt, und die anderen schreien hinterher und haben überhaupt keine Ahnung davon" (P12/2/14).

Häufig (und in sechs Fällen sehr deutlich) werden die drei Argumente 'Aufbauschung durch die Medien', 'Unkenntnis der Bevölkerung' und 'Bauern als Prügelknaben' im Zusammenhang vorgebracht. Sie fügen sich etwa zu folgendem Argumentationsmuster zusammen: Weil sich die Bauern nicht wehren und weil die Bevölkerung zu wenig Informationen hat, können in den Medien einzelne Fehler zu Schlagzeilen aufgebauscht und die Bauern zu Prügelknaben gemacht werden.

Obwohl diese Argumentation - mehr oder weniger explizit - besonders oft verfolgt wird, sind die Meinungen zu den Ursachen der Kritik an der Landwirtschaft insgesamt doch sehr vielfältig. Ihnen ist eher der abwehrende und zum Teil beleidigte Ton gemeinsam als die inhaltliche Argumentation. Dies deutet darauf hin, daß sich die Meinungsbildung der Bauern zu diesem Thema erst in einem Anfangsstadium befindet und sich noch keine allzu festen Argumentationsmuster herausgebildet haben (siehe 6.1.1). Es verweist aber auch auf die erhebliche Distanz der Bauern zu ihren Kritikern. Denn insgesamt überwiegt die ablehnende bzw. abwehrende Haltung eindeutig. Beurteilt man zusammenfassend die Aussagen zu den Fragen 30 bis 32, so findet sich weitgehendes Verständnis für Kritik an der Landwirtschaft nur bei einer Minderheit von sieben Bauern, während fast die Hälfte, nämlich 19 Bauern, deutliche Ablehnung zu erkennen gibt⁸².

Über alle diese Unterschiede hinweg ist die Tendenz verbreitet, eigene Verantwortung oder Schuld abzulehnen und stattdessen auf andere Gruppen oder auf Sachzwänge zu verweisen. Das vor allem bei den Bauern aus den großstadtnahen Gebieten öfter anzutreffende Argument, gerade die Städter würden ihre Gärten oft überdüngen und zuviel 'spritzen', ist wohl ebenso in diesem Sinn zu interpretieren wie der allgemeinere Einwurf, die Kritiker der Landwirtschaft würden oft selber die Natur durch ihr Verhalten belasten:

"Daß mancher, der wo das behauptet, selber mehr in seinem Garten oder irgendwo hinsaut, als wir in der Landwirtschaft" (E3/1/1095).

⁸² 13 Befragte nehmen eine Zwischenposition ein, ein Befragter läßt sich nicht zuordnen.

In bezug auf Pflanzenschutz und Düngung wird erneut die Rolle der landwirtschaftlichen Beratung angesprochen, zum Beispiel folgendermaßen:

"Wir werden praktisch angetrieben - besser gesagt, die Beratungsstellen sagen uns das ein: 'So mußt Du es machen und so.' Wir richten uns nach ihnen. Und war's verkehrt, dann können wir sagen, ihr wart es, ihr habt uns ja verkehrt eingesagt" (P15/1/340).

Und natürlich kommt auch in diesem Kontext immer wieder der Produktions- und Einkommensdruck zur Sprache, wobei ein Befragter das Problem unmißverständlich auf den Begriff bringt:

"Das A und O an sich ist ja, daß der Bauer davon leben auch muß" (L10/1/1340).

Obwohl diese Argumente nicht unberechtigt sind, lenken sie von den Problemen der Landwirtschaft eher ab. Meist werden sie von den Bauern nicht offen in Abwägung mit den Möglichkeiten des eigenen Handelns erörtert. Vor allem mit der Reaktion auf Kritik an der Landwirtschaft scheinen die Bauern einer solchen Diskussion, die auch das eigene Verhalten kritisch hinterfragen würde, auszuweichen.

5.5 Haltung zum alternativen Landbau

Der 'alternative' Landbau steht als Oberbegriff für verschiedene Landbaumethoden, die konkrete Alternativen zum gegenwärtig dominierenden 'konventionellen' Landbau darstellen.⁸³ Die wichtigsten Richtungen des alternativen Landbaus wurden bereits in den zwanziger und dreißiger Jahren dieses Jahrhunderts entwickelt (siehe Bechmann 1987: 108ff). Größere öf-

⁸³ Im konventionellen Landbau wird die weitestgehende Nutzenanwendung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in Anpassung "an die allgemeine volkswirtschaftliche Entwicklung zu einer rationellen wirtschaftlichen Nahrungsmittelproduktion" (Pacyna 1988: 80) angestrebt. Der alternative Landbau verzichtet dagegen auf bestimmte Produktionsmittel: "Man versteht darunter im allgemeinen nach verbindlichen Richtlinien arbeitende Gruppen von Landwirten und Gärtnern, die entweder ohne oder mit geringem Einsatz von mineralischen Düngemitteln und chemischen Pflanzenbehandlungsmitteln wirtschaften" (13). Entscheidend ist im alternativen Landbau das Systemdenken: "Der landwirtschaftliche Betrieb wird als eine Einheit, als ein Organismus höherer Ordnung verstanden, dessen Lebensprozesse sich im Kreislauf vollziehen und in dem jedes Einzelgeschehen an das Ganze gebunden und darin rückgekoppelt ist" (14).

fentliche Aufmerksamkeit hat er aber erst in den letzten Jahren mit der zunehmenden Kritik an Umweltgefährdungen der konventionellen Landwirtschaft erfahren. Obwohl erst in geringem Umfang verbreitet,⁸⁴ wird er von vielen Kritikern der Landwirtschaft als die ökologische Zukunftslösung vorgeschlagen (z.B. von Bechmann). Die Diskussion um den alternativen Landbau hat deshalb häufig den Charakter einer Grundsatzdebatte. Die konventionelle Landwirtschaft, in deren Rahmen alle befragten Bauern wirtschaften, wird sich in Zukunft eher noch stärker dem Vergleich mit dem alternativen Landbau stellen müssen.

Im Hinblick auf diese Auseinandersetzung ist es von besonderem Interesse, in welcher Weise die Bauern die Diskussion mitverfolgen und welchen Standpunkt sie einnehmen. Meine Fragen zu diesem Thema zielen auf drei unterschiedliche Aspekte bzw. Ebenen in den Haltungen zur alternativen Landwirtschaft:

- die (eher kognitive) allgemeine Beurteilung des alternativen Landbaus mit der Erörterung seiner Vor- und Nachteile (Frage 34 bis 36),
- die personenbezogene (und damit wohl stärker emotional geprägte) Einschätzung alternativ wirtschaftender Landwirte (Frage 38 und 39)
- und die eigene (hypothetische) Handlungsbereitschaft zur Umstellung auf alternativen Landbau unter der Voraussetzung gleichen Verdienstes (Frage 37).

In den Antworten trifft man zunächst auf ähnliche Erscheinungen wie im Gespräch über Umweltprobleme der Landwirtschaft: Das Meinungsspektrum unter den Bauern ist groß, viele Urteile sind durch Unsicherheiten und Inkonsistenzen gekennzeichnet, und auch von Emotionen bestimmte Äußerungen lassen sich wieder beobachten. Insgesamt aber sind die Ausführungen der Bauern zum alternativen Landbau wesentlich sachlicher und vorbehaltloser als beispielsweise zur Umweltkritik an der Landwirtschaft (vgl. 5.4). Denn der alternative Landbau wird von der überwiegenden Mehrzahl der Befragten weniger als Gegenstück denn als Ergänzung ihrer eigenen Produktionsmethode angesehen.

Schon die erste, eher spontane Einschätzung des alternativen Landbaus bei Frage 34 ist unterschiedlich: Elf Bauern beurteilen ihn eindeutig positiv und 16 Bauern akzeptieren ihn zumindest teilweise, während die übrigen 13 Befragten nicht viel davon halten. Hinsichtlich Stadtnähe und Alter der Be-

⁸⁴ Laut Agrarbericht 1990 (34f) wurden (nach Angaben der Verbände des ökologischen Landbaus) Anfang 1989 in der Bundesrepublik Deutschland 2230 Betriebe mit einer Fläche von 42.400 ha alternativ bewirtschaftet, das sind zwischen 0,3% und 0,4% der landwirtschaftlichen Betriebe und ihrer Nutzfläche.

fragen können keine Abweichungen festgestellt werden. Die positiven Wertungen beruhen zum einen auf der grundsätzlichen Akzeptanz des alternativen Landbaus als einer sinnvollen Produktionsmethode. Zum anderen liegt ihnen die Meinung zugrunde, die Gesamtproduktion der Landwirtschaft würde durch ihn zum Nutzen beider, der konventionellen und der alternativen Landwirte, verringert.

Die Bauern, die den alternativen Landbau teilweise akzeptieren, begründen das unter anderem damit, daß er (nur) eine Marktlücke für wenige darstelle. Vereinzelt weisen sie auf Anregungen und Anschauungsmaterial für die konventionelle Landwirtschaft hin. Im Vordergrund aber steht bei ihnen die Meinung, daß - bei gewissen sonstigen Vorteilen (vgl. Tabelle 9) - der Ertrag zu gering und deshalb das Einkommen unzureichend sei. In zum Teil recht drastischen Formulierungen ist dies auch das Hauptargument jener Bauern, die den alternativen Landbau ablehnen: "Da verhungern wir", oder, "Das ist der Vorposten der Hungersnot", so lauten typische Reaktionen. Daneben wird in dieser Gruppe ab und zu behauptet, die Produkte des alternativen Landbaus seien in keiner Weise gesünder oder weniger belastet. So meint ein Bauer unter Anspielung auf die häufig verwendete Bezeichnung 'biologischer' Landbau:

"Ja, biologisch ist alles, ist das unsere genauso" (E3/1/1418).

In diesem in der öffentlichen Diskussion so wichtigen Punkt vertritt freilich ein erheblich größerer Teil der befragten Bauern die entgegengesetzte Ansicht. Auf Frage 35 nach den Vorteilen des alternativen Landbaus geben fast ein Viertel der Befragten an, dessen Produkte seien (manche schränken ein "unter Umständen") gesünder (9 Nennungen; siehe Tabelle 9). Diese indirekt selbstkritische Haltung, mit der zugleich mögliche Belastungen der eigenen Produkte eingestanden werden, muß angesichts der beschriebenen Abwehrhaltung in diesem Ausmaß überraschen. Sie ist ein deutliches Anzeichen für das Unbehagen eines Teils der Bauern gegenüber den konventionellen Landbaumethoden (und vermutlich besonders gegenüber dem Einsatz chemischer Mittel, vgl. 5.3). Ein Bauer stellt lapidar fest:

"Es schaut halt auf die Dauer aus, als wie wenn das schon für uns gesünder wär', wenn man heut' das viele Glump (wertloses Zeug, H.P.) nicht hinspritzen tät'" (P8/2/78).

Neben der Qualität der Produkte wird die Schonung des Bodens bzw. die Stabilisierung des Bodenlebens hervorgehoben (9 Nennungen). Aus der Sicht von jeweils einem Viertel der Befragten bietet der alternative Landbau also konkrete Vorteile für eines der beiden von den Bauern selbst betonten

ökologischen Probleme des Pflanzenschutzes und der Bodenbearbeitung (vgl. 5.3).

Tabelle 9: Vorteile des alternativen Landbaus (Frage 35; Nennungen)

Vorteile	Nennungen
Gesündere Produkte	9
Schonung des Bodens	9
Entlastung des Marktes	7
Allgemeine Extensivierung	6
Sonstige	12
Insgesamt (von 33 Befragten)	43

Auch die Angabe der Marktentlastung bzw. des Abbaus von Überschüssen (7 Nennungen) und einer allgemeinen Extensivierung (6 Nennungen) als Vorteile des alternativen Landbaus zielen auf einen zentralen Problembereich der bäuerlichen Landwirtschaft, nämlich auf den Zwang zu immer mehr und zu immer intensiverer Produktion. In dieser Hinsicht verbinden einige Landwirte mit dem alternativen Landbau grundlegende Erleichterungen:

"Der Vorteil von dem wär' das, daß man einfach nimmer den Druck hat - auf sich selber, auf den Boden und Natur und Vieh und alles" (P20/2/109).

Als sonstige Vorteile (insgesamt 12 Nennungen) werden erwähnt: geringere Ausgaben, unter Umständen höhere Produktpreise, weniger Arbeit, weniger Maschinenverschleiß und neue Ideen. Sieben Befragte sehen im alternativen Landbau überhaupt keinen Vorteil. Die übrigen Nennungen aber belegen, wie unvoreingenommen viele Bauern den alternativen Landbau mit ihren eigenen konventionellen Produktionsmethoden vergleichen. Seine Vorteile finden sie gerade in zentralen Problembereichen des selber praktizierten Landbaus.

Nachteile (Frage 36; Tabelle 10) fallen den Bauern dennoch häufiger ein (58 Nennungen zu 43 Nennungen von Vorteilen). Mehr als die Hälfte der

Befragten führt gegen den alternativen Landbau ins Feld, die Erträge seien sehr niedrig und das erzielbare Einkommen könne deshalb kaum die Existenz eines landwirtschaftlichen Betriebs sichern (24 Nennungen). Der geringe ökonomische Ertrag wird so zum Standardargument gegen den alternativen Landbau. Doch bestehen übertriebene Vorstellungen von dem Ausmaß, in welchem Mindererträge im alternativen Landbau zu erwarten sind: In spontan abgegebenen Schätzungen wird vermutet, es würde mehr als die Hälfte fehlen (E10), es würde nur ein Drittel erzeugt (L2), alles würde drei- oder viermal so teuer (L1) oder man würde nur 20% der bisherigen Nährwerte erzielen (P14).⁸⁵ Analog dazu wird wiederholt die Ansicht vertreten, bei allgemeiner Umstellung auf alternativen Landbau würden die Nahrungsmittel für die Versorgung der Bevölkerung nicht ausreichen, und so würde bald eine Hungersnot drohen (7 Nennungen)⁸⁶.

Tabelle 10: Nachteile des alternativen Landbaus (Frage 36; Nennungen)

Nachteile	Nennungen
Unzureichendes Einkommen durch geringe Erträge	24
Mehr Arbeit	11
Unzureichende Nahrungsversorgung	7
Vermarktungsprobleme	4
Unkrautbefall	4
Sonstige	8
Insgesamt (von 37 Befragten)	58

⁸⁵ Die Erträge der alternativ bewirtschafteten Haupterwerbsbetriebe, die im Agrarbericht (1990: 35) erfaßt sind, fallen tatsächlich durchweg geringer aus. Der Ertrag bei Kartoffeln etwa war im Wirtschaftsjahr 1988/89 um über ein Drittel niedriger, die Differenz bei der Milchleistung betrug dagegen weniger als 10 %. Dennoch wiesen die alternativ bewirtschafteten Betriebe einen höheren Gewinn aus als die konventionellen Vergleichsbetriebe. Denn zum Beispiel die Getreide- und Kartoffelpreise für alternativ erzeugte Produkte waren mehr als doppelt so hoch bei deutlich geringeren Aufwendungen für Betriebsmittel.

⁸⁶ Bechmann (1987) hat ein gegenteiliges Szenario erarbeitet.

Konkreter sind die weiteren Nachteile, die angeführt werden: der hohe Unkrautdruck (4 Nennungen), wie ihn verschiedene Bauern bei der Besichtigung alternativer Betriebe beobachtet haben, die Schwierigkeiten der Vermarktung (4 Nennungen) und vor allem die erhöhte Arbeitsbelastung⁸⁷ (11 Nennungen). Zwei Bauern erkennen keine Nachteile, einer hat noch nicht darüber nachgedacht. Obwohl sich die Befragten offenbar bereits mit dem alternativen Landbau auseinandergesetzt haben, führen unzureichende Kenntnisse seiner Formen und Auswirkungen zu Fehleinschätzungen. Bemerkenswert ist jedoch, daß diese nicht einseitig zu Lasten des alternativen Landbaus getroffen werden.

Wie sehr das Urteil der Bauern zum alternativen Landbau von ökonomischen Überlegungen bestimmt ist, verdeutlichen die Stellungnahmen zur (hypothetischen) Bereitschaft, auf alternativen Landbau umzustellen, wenn dabei der gleiche Verdienst gewährleistet bliebe (Frage 37). Unter der Bedingung der finanziellen Gleichstellung äußert fast die Hälfte der Befragten, nämlich 18 Bauern, uneingeschränkte Umstellungsbereitschaft. Weitere zehn Bauern wären vielleicht, unter bestimmten Bedingungen oder teilweise damit einverstanden. Angesichts der abwehrenden Haltung zur Umweltkritik und der oft skeptischen Beurteilung des alternativen Landbaus erscheint es schier unglaublich, daß sich nunmehr über zwei Drittel der Befragten vorstellen können, selbst alternativ zu wirtschaften. Zumal die Antworten meist sehr überzeugt und sicher klingen, wie die folgenden Zitate belegen:

"Ja, wenn ich so viel verdienen tät', gleich" (E8/1/880).

"Wenn wir von dem leben können, wenn man das soweit brächte, daß man von dem leben könnte, da bin ich mit dem sofort einverstanden" (P20/2/103).

"Ja, warum nicht?" (P17/1/548).

"Wenn das einigermäßen sicher wäre, gleich" (P11/2/44).

Zweifellos muß man bedenken, daß die Bauern Umstellungsprobleme und arbeitswirtschaftliche Schwierigkeiten unterschätzen mögen. In einer realen (nicht-hypothetischen) Entscheidungssituation würden sie vermutlich sehr viel stärker zögern, sich auf eine ganz andere Landbaumethode einzulassen.

"Gleich, weil dann hab' ich ja weniger Arbeit, weniger Arbeit und weniger Kunstdünger, also weniger Auslagen",

⁸⁷ Angesichts der bisher im alternativen Landbau unter vergleichbaren Bedingungen kaum zu vermeidenden Mehrarbeit, die auch von seinen Befürwortern gesehen wird, scheint dieser Nachteil von den befragten Bauern insgesamt eher noch unterschätzt zu werden. Darauf lassen auch die beiden Nennungen von "weniger Arbeit" als Vorteil des alternativen Landbaus schließen.

meint ein Bauer (P12/2/64) zur Umstellung und verkennt offensichtlich die Schwierigkeiten des alternativen Landbaus. In der Untersuchungsgruppe scheint sich ein geringer Informationsstand sogar eher in einer positiven Einstellung zum alternativen Landbau auszuwirken: Die Bereitschaft zur Umstellung ist in dem stadtfernen Gebiet, wo die Bauern weniger informiert über den alternativen Landbau erscheinen (vgl. unten), deutlich höher als in den stadtnahen Regionen (11 gegenüber 7 Zustimmungen), während hinsichtlich des Alters kein Unterschied auszumachen ist.

Doch selbst wenn man das alles berücksichtigt, bleibt es eindrucksvoll, wie unbefangen und aufgeschlossen die Bauern eine so entscheidende Frage beantworten, wie die Umstellung auf eine in grundlegenden Aspekten verschiedene Landbaumethode, die in der Öffentlichkeit zudem weitgehend in einen Gegensatz zur konventionellen Produktion gestellt wird. Ich hatte eher erwartet, daß vor dem Hintergrund einer resignativen und abwehrenden Haltung die Umstellung des eigenen Betriebes in der Regel abgelehnt oder sogar tabuisiert wird. Tatsächlich neigen dazu nur neun Befragte, die auf Umstellungsprobleme, auf eine drohende Verarmung der Böden oder auf den Unkrautdruck verweisen. (Drei Befragte wissen nicht, wie sie sich entscheiden würden.)

Offenbar sind die Bauern im Hinblick auf Produktionsmethoden keineswegs dogmatisch eingestellt. Im Vordergrund steht für sie die Sorge um ein ausreichendes Einkommen und um ihre Existenz als Landwirt. Um dies zu gewährleisten, sind sie augenscheinlich zu sehr weitgehenden Umstellungsmaßnahmen bereit. Zumindest scheinen sie gedanklich für verschiedenste Wege offen. Die folgende Antwort eines Bauern zur Umstellungsfrage scheint mir den Kern dieser Haltung zu treffen: "Das hängt ja nur alles vom Geld ab, sag ich, die Einnahmen" (E10/2/330).

Eine weitere Überraschung erlebte ich bei der Prüfung des Zusammenhangs zwischen der Einschätzung des alternativen Landbaus (Frage 34) und der Bereitschaft, selber umzustellen (Frage 37). Ich hatte vermutet, daß die Umstellungsbereitschaft umso größer sein würde, je positiver der alternative Landbau gesehen wird. Wie Tabelle 11 zeigt, ist dieser Zusammenhang in der Untersuchungsgruppe aber nur schwach ausgeprägt: Die hypothetische Umstellungsbereitschaft ist weitgehend unabhängig von der Beurteilung des alternativen Landbaus. Zwar sind sechs von zehn Befragten mit einem positiven Urteil zur Umstellung bereit, aber dasselbe gilt sogar noch für vier von zwölf Befragten mit einer ausgesprochen negativen Einstellung zum alternativen Landbau. Zwischen den Befragten mit den Einschätzungen 'gut' und 'teilweise gut' zum alternativen Landbau ist kaum ein Unterschied in der Umstellungsbereitschaft erkennbar.

Tabelle 11: Zusammenhang zwischen der (ersten spontanen) Einschätzung des alternativen Landbaus (Frage 34; Befragte) und der Bereitschaft selbst auf alternativen Landbau umzustellen (Frage 37; Befragte)⁸⁸

Einschätzung alternativer Landbau	Umstellungsbereitschaft			Gesamt
	Ja	Vielleicht	Nein	
Gut	6	2	2	10
Teils gut	8	5	2	15
Schlecht	4	3	5	12
Gesamt	18	10	9	37

Von zentraler Bedeutung für die Haltung der befragten Bauern zum alternativen Landbau ist neben dem finanziellen Argument, daß sie kaum Resentiments gegenüber ihren alternativ wirtschaftenden Berufskollegen - im folgenden auch Bio-Bauern genannt - hegen (Frage 38; Tabelle 12). Während die Kritiker der Landwirtschaft großenteils vehement abqualifiziert werden, überwiegt gegenüber den Bio-Bauern eine sachliche, mit einem gewissen Respekt verbundene Einstellung.

Sie werden von den Befragten zumeist als ganz vernünftige und gescheite Leute eingestuft (10 Nennungen), als besonders umweltbewußt und naturverbunden (3 Nennungen), mit der Überzeugung, ihre Produktionsmethode sei gesünder (8 Nennungen). Die Achtung, die mit solchen Urteilen

⁸⁸ Bei der Interpretation dieses Zusammenhangs ist zu berücksichtigen, daß der ökonomische Faktor bei der Umstellungsfrage durch die Frageformulierung neutralisiert wurde, während für die Einschätzung des alternativen Landbaus diese Einschränkung nicht erfolgte. Ich vermute, daß einige Bauern den alternativen Landbau aus ökonomischen Überlegungen heraus ablehnen aber nicht grundsätzlich dagegen sind und deshalb zur Umstellung bereit sind, wenn die finanziellen Nachteile wegfallen.

verbunden ist, kommt zum Beispiel in der Einschätzung zum Ausdruck:

"Die sind so überzeugt von ihrer Arbeit und von ihrer Einstellung und sie leben davon auch - keine dummen Leut' und auch keine schlechten Leut', auf jeden Fall, wie jeder andere auch. Ich glaub', die sind im Durchschnitt - haben die schon mehr Schulbildung als wie die anderen" (P15/1/562).

Einige Bauern würdigen sogar den Mut und die Leistung ihrer alternativ wirtschaftenden Kollegen (5 Nennungen), wie dieser Befragte:

"Er muß ein fleißiger Landwirt sein, weil sonst könnt' er das gar nicht durchstehen. Also er muß ein richtiger, nicht so Nebenbei-Bauer sein; er muß ein tausendprozentiger Bauer sein, daß er da - weil er ja viel wissen muß" (E6/1/348).

Tabelle 12: Einschätzung alternativ wirtschaftender Bauern
(Frage 38; Nennungen)

Einschätzung von Bio-Bauern	Nennungen
Idealisten, Fanatiker, Aussteiger	11
Ganz vernünftig, ganz gescheit	10
Sind überzeugt, daß gesünder	8
Wollen nur verdienen	6
Haben Mut, bringen Leistung	5
Sind besonders naturverbunden	3
Insgesamt (von 32 Befragten)	43

Demgegenüber wird zwar auch angemerkt, Bio-Bauern wollten nur verdienen und würden dabei die Leute für dummm verkaufen. Aber vier der sechs Befragten, die das äußern, schränken ein, dies gelte nur für eine Teilgruppe und die Unterschiede seien groß unter den Bio-Bauern. Von gut einem Viertel der Befragten werden sie für Idealisten, Träumer, Fanatiker oder Aussteiger gehalten (11 Nennungen), doch diese Charakterisierungen sind nicht durchweg abwertend gemeint. Einige dieser Befragten respektieren durchaus, daß Kollegen, die umgestellt haben, Ideale besitzen, zu denen sie stehen. Sogar die Kennzeichnung als Aussteiger kann eine bei Landwirten

ungewohnt positive Tönung (vgl. die Ergebnisse zum politischen Bewußtsein in 4.3.1) annehmen:

"Es sind ja noch so wenig. Sind vielleicht so bißchen Aussteiger, gell, die aber auf dem richtigen Weg sind. Bloß die paar Bauern, die zerreißen überhaupt nichts gegen das, was von der Industrie alles kommt" (P11/2/49).

Insgesamt betrachtet, zeichnen sich die Äußerungen von mehr als der Hälfte der befragten Bauern zu ihren alternativ wirtschaftenden Kollegen durch ausgesprochene Achtung (elf Befragte) oder durch zurückhaltende Anerkennung (zwölf Befragte) aus (vgl. Tabelle 12). Fünf Befragte betonen die Unterschiede zwischen den Bio-Bauern ("es gibt solche und solche"). Ein relativ hoher Anteil von sieben Befragten weiß nicht, wie er diese Kollegen einschätzen soll. Das läßt darauf schließen, daß die gegenseitigen Erfahrungen, Informationen und Kontakte eben doch noch sehr gering sind. Aber nur fünf Bauern äußern sich eindeutig ablehnend, indem sie den Bio-Bauern Gewinnsucht, Schwindel oder Vernarrtheit vorwerfen. Sie sprechen auch jene Verdächtigungen, vor allem des heimlichen Düngens bei Nacht, aus, die immer wieder als Gerüchte die Runde machen.⁸⁹

"Das ist alles lauter Schwindel und Betrug. Du wirst doch nicht glauben, daß die einwandfrei da arbeiten. ... (Befragter erzählt, daß auf Vorrat gedüngt wird, H.P.) ... Die arbeiten ja nur mit solchen Tricks - gibt's ja doch nicht! Dann fährt er bei der Nacht rum, daß ihn niemand sieht. Sollen doch die Leut' nicht - die Stadtleut' nicht so dumm sein und das für teures Geld kaufen ..." (P7/2/512; vgl. auch P3, P8 und P17 mit ähnlichen Argumenten).

Die zukünftige Verbreitung solcher Verdächtigungen wird unter anderem davon abhängen, inwieweit die konventionellen Landwirte Informationen über den alternativen Landbau und Kontakte mit Bio-Bauern bekommen. Bisher scheinen die Kenntnisse der Bauern zum alternativen Landbau - auch wenn die Befragungsergebnisse hierzu nur vage Vermutungen zulassen -

⁸⁹ Kölsch (1988) hat ausführlich solche Gerüchte bei konventionell wirtschaftenden Landwirten analysiert. Er hat in Niedersachsen 18 ökologisch wirtschaftende Landwirte und 43 ihrer konventionell produzierenden Nachbarn in Intensivinterviews befragt. Als Ergebnis stellt er sogar fest: "Das Thema ökologischer Landbau wird nur auf der Ebene des Witzes und des Gerüchtes zu einem Thema der dörflichen Öffentlichkeit" (301). Er deutet dieses Verhalten als Abwehrreaktion gegenüber der Herausforderung des alternativen Landbaus und als negative Sanktion gegenüber den benachbarten Bio-Bauern zugleich.

eher gering zu sein und kaum über das Wissen eines interessierten Normalbürgers hinauszugehen.⁹⁰

Der Kontakt zu Bio-Bauern ist noch spärlich. Auf Frage 39 geben vier Befragte gute Kontakte an, weitere zehn Befragte kennen immerhin einen Bio-Bauern persönlich. Sechs Befragte haben bereits eine Betriebsbesichtigung auf einem alternativ bewirtschafteten Betrieb mitgemacht. Die übrigen 20 Befragten hatten bis jetzt keinen direkten Kontakt mit dem alternativen Landbau und kennen auch keinen seiner Vertreter. In den stadtnahen Untersuchungsgebieten ist der Kontakt wesentlich intensiver: 15 der 20 Bauern mit Kontakten kommen aus den stadtnahen Gebieten. Das dürfte wenig mit Kontaktscheu der stadtfernen Bauern zu tun haben: Im Umkreis des stadtfernen Erhebungsgebietes gibt es eben noch kaum alternative Betriebe.

Allerdings führt der Kontakt allein nicht schon zu einem positiveren Bild der alternativen Landwirtschaft. Der Kontakt mit Bio-Bauern (Frage 39) und deren Einschätzung (Frage 38) hängen kaum zusammen: Anerkennung und Ablehnung alternativ wirtschaftender Berufskollegen finden sich bei Bauern mit Kontakten ebenso wie bei den anderen. Nur die vier Bauern mit besonders gutem Kontakt haben auch eine wesentlich bessere Meinung von Bio-Bauern als der Durchschnitt. In erläuternden Bemerkungen aber demonstrieren die Befragten mit Kontakten deutlich realistischere Einschätzungen der Leistungen und der Probleme des alternativen Landbaus. Der Kontakt scheint also nicht unmittelbar zu einem positiveren Bild, aber zu mehr Informationen und Kenntnissen über den alternativen Landbau zu führen, die unabdingbare Voraussetzung für eine offene Diskussion zu diesem Thema sind.

5.6 Meinungen zu weiteren Umweltschutzmaßnahmen in der Landwirtschaft

Als ökologische Antwort auf die Umweltprobleme der konventionellen Landwirtschaft bedeutet der alternative Landbau für die Bauern eine besondere Herausforderung. Daneben werden eine Reihe anderer Maßnahmen zum Umweltschutz im Rahmen konventioneller Landbaumethoden in Fach-

⁹⁰ Im Unterrichtsstoff der landwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen finden die Methoden des alternativen Landbaus kaum systematische Berücksichtigung (vgl. Kaiser-Zülch 1987).

kreisen diskutiert. Zu nennen sind hier vor allem der 'integrierte' Pflanzenschutz bzw. der 'integrierte' Landbau⁹¹ und verschiedene staatliche Beihilfenprogramme, mit denen gezielt konkrete Umweltschutzmaßnahmen gefördert werden⁹². Diese Programme sind für die Bauern weit weniger einschneidend und konfliktgeladen als der alternative Landbau (zumindest solange sie auf freiwilliger Basis erfolgen). Im Unterschied zum alternativen Landbau werden sie weniger in der Öffentlichkeit und mehr in der landwirtschaftlichen Fachpresse erörtert. Sie ruhen im Prinzip auf einem breiten Konsens bei Agrarverbänden, Agrarverwaltung und Agrarwissenschaft.

In den Fragen 40 bis 42 wird die Meinung der Bauern zu diesen Konzepten und Maßnahmen ermittelt. Mit den Fragen 43 und 44 werden allgemeinere Aspekte der freiwilligen Handlungsbereitschaft der Bauern bzw. der Notwendigkeit staatlicher Maßnahmen angesprochen, die für den Umweltschutz in der Landwirtschaft von grundlegender Bedeutung sind. Die Antworten belegen eine breite Akzeptanz dieser Konzepte: Sie werden von der großen Mehrheit der Befragten befürwortet und nur von einer kleinen Minderheit deutlich abgelehnt. Die Aussagen sind kaum von Emotionen begleitet.

Auffallend aber sind gravierende Informationsdefizite (Frage 40). Nur 16 Befragte haben eine, zumeist sehr oberflächliche Vorstellung vom integrierten Landbau. Wirklich gut informiert zeigen sich nur einige wenige Bauern. Weitere 16 Befragte kennen den Begriff, können sich aber nichts darunter vorstellen. Die übrigen acht Bauern haben noch nichts davon gehört. Die Bauern aus den stadtnahen Untersuchungsgebieten sind über den integrierten Landbau wesentlich besser im Bilde: Von den 16 informierten

⁹¹ Als integrierten Landbau bezeichnet man: "Standort- und umweltgerechte Systeme der Pflanzenproduktion, in denen alle geeigneten und vertretbaren Verfahren des Acker- und Pflanzenbaus, der Pflanzennahrung und des Pflanzenschutzes in möglichst guter Abstimmung aufeinander eingesetzt werden" (Pacyna 1988: 75). Er wird oft charakterisiert mit dem Motto: 'So wenig Chemie wie möglich - so viel wie unbedingt nötig'. Ziel ist es, den Produktionsmitteleinsatz möglichst ohne Ertragseinbußen zu reduzieren. Der integrierte Landbau wird von der chemischen Industrie aber auch von den Landwirtschaftsministerien der Länder und des Bundes propagiert.

⁹² In Bayern wurden zum Zeitpunkt der Befragung verschiedene Programme angeboten, um die Nutzung bestimmter Gebiete ökologischen Erfordernissen anzupassen. In der Regel werden konkrete Bewirtschaftungsauflagen mit unterschiedlichen Beträgen (je nach Ertragsverhältnissen, Ertragsausfall und Arbeitsaufwand) entschädigt. Im Interview konkret angesprochen habe ich das "Wiesenbrüterprogramm" (Einschränkung der Schnittzeitpunkte zum Schutz der Brutphase) und das 'Ackerrandstreifenprogramm' (bei dem der Landwirt auf einem drei Meter breiten Streifen rund um den Acker auf die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln verzichtet, um Ackerwildkräutern einen Lebensraum zu erhalten).

Befragten kommen elf aus den stadtnahen Regionen, während fast alle Befragten ohne genauere Kenntnisse dem stadtfernen Gebiet entstammen.

Die inhaltliche Zustimmung zum integrierten Landbau ist groß. Es bleibt aber offen, inwieweit die Befragten die vollen Konsequenzen des Konzeptes beurteilen können. So geben 16 Befragte auf die Frage, was sie vom integrierten Landbau hielten (Frage 41)⁹³ an, daß sie bzw. 'normale' Bauern das sowieso schon machen (Tabelle 13). Eine typische Antwort lautet:

"Ja, sagen wir mal, das ist ja das, was ein normaler Bauer an und für sich macht, von Haus aus gemacht hat" (E5/1/645).

Soweit damit die bloße Absicht, 'nur so viel wie nötig zu spritzen und zu düngen', gemeint ist, mag das für viele Landwirte zutreffen. Der integrierte Landbau ist jedoch in seiner Durchführung anspruchsvoll und erfordert umfassende Kenntnisse. Ein entsprechender Informationsstand kann bei den befragten Landwirten in der Regel nicht vorausgesetzt werden.

Tabelle 13: Einschätzung des integrierten Landbaus (Frage 41; Befragte)

Einschätzung integrierter Landbau	Befragte
Ist richtig, sollte man anstreben	11
Vielleicht gangbar, teilweise einbeziehen	8
Mache ich bzw. normaler Bauer schon	16
Abwartend/skeptisch	5
Insgesamt	40

Andere Bauern sehen durchaus Nachholbedarf: Elf Befragte meinen, das Konzept sei richtig und seine Verwirklichung sollte angestrebt werden. Weitere acht Befragte sind sich über den Nutzen des integrierten Landbaus unsicher, finden aber doch, man solle ihn teilweise in die Produktion einbeziehen. Einige Äußerungen lassen vermuten, daß der integrierte Landbau

⁹³ Den Befragten, die keine Vorstellung vom integrierten Landbau hatten, wurde das Konzept im Interview kurz erläutert.

bei manchem Bauern auf einen ausgesprochenen Bedarf trifft:

"Für das bin ich schon auch, weil ich sag, es möcht' doch ein jeder noch leben. Also, daß man grad auf's geradewohl noch wuchert, so geht's ja auch nicht" (P14/2/323).

"Das wär' ja das, was ich für mich möcht'. Aber das kann man in dem Fall vergessen, wenn man das nicht gezahlt kriegt, weil's dann nicht geht" (P20/2/154).

Rundheraus ablehnend äußert sich kein Befragter, aber fünf Bauern zeigen sich abwartend und skeptisch. Als Begründung führen die meisten Landwirte ökonomische Argumente an, wenn auch in unterschiedlichen Interpretationen: Während sich viele Landwirte von dem im integrierten Landbau vorgesehenen sparsameren Mineraldünger- und Pflanzenschutzmitteleinsatz eine Ausgabensenkung versprechen, befürchtet ein anderer Teil niedrigere Erträge und Futtermittelknappheit. Die Auswirkungen auf die Umwelt scheinen beiden Gruppen in diesem Zusammenhang weniger wichtig zu sein. Einige Bauern messen der landwirtschaftlichen Beratung bei der Verwirklichung des Konzeptes eine zentrale Bedeutung zu:

"Solang' das nicht in der Beratung ist, solange' greift das nicht, weil das nicht hilft" (L3/1/670).

Andere Bauern halten den integrierten Landbau für schwerlich vereinbar mit den gegenwärtigen Produktionszwängen (zumindest auf freiwilliger Basis):

"Grundsätzlich bin ich sehr dafür, aber wir können's uns nimmer erlauben. Wir sind einfach schon dem Zeitgeist, möcht' ich fast sagen, zum Opfer gefallen" (P12/2/115).

Ein ähnliches Meinungsbild ergibt sich zum Beihilfenprogramm der Bayerischen Staatsregierung (Frage 42; Tabelle 14). Zwar ist der Bekanntheitsgrad dieses Programms höher (nur sieben Befragte haben nichts oder wenig davon gehört), konkrete Kenntnisse besitzen die Befragten aber kaum. Meist wissen sie nur über einzelne Aspekte des Programms und die grundsätzliche Zielrichtung Bescheid, sind jedoch über konkrete Maßnahmen und Bedingungen wenig informiert.

Die Zustimmung zum Programm ist hoch: 31 Befragte befürworten es, davon etwa ein Drittel uneingeschränkt (elf Befragte). Zu jeweils etwa einem weiteren Drittel akzeptieren die Befürworter das Programm mit der Einschränkung, "bei vollem finanziellem Ausgleich" (elf Befragte), oder

mit dem Hinweis, "wo es paßt" (neun Befragte).⁹⁴ Fünf Befragte äußern sich zurückhaltend und meinen, es komme auf Auslegung und Verwirklichung des Programms an. Sie fürchten meist zu starke Eingriffe der staatlichen Bürokratie. Vier Bauern sind gegen das Beihilfen-Programm. Für sie ist es eher ein "Hirngespinnst" (P1) und von seiner Zielsetzung her ("daß da etwas blühen soll") für den Bauern uninteressant (P1, P14).

Tabelle 14: Einschätzung des Beihilfen-Programms der Bayerischen Staatsregierung (Frage 42; Befragte)

Einschätzung Beihilfen-Programm	Befragte
Ist gut	11
Ist gut bei vollem finanziellem Ausgleich	11
Ist gut, wo es paßt	9
Kommt auf die Durchführung an	5
Bin dagegen	4
Insgesamt	40

Trotz der insgesamt positiven Beurteilung sollte man die Akzeptanz des Programms durch die Bauern nicht überschätzen. Zum einen ist den Befragten die bisherige finanzielle Entschädigung zu niedrig - auch wenn kaum einer konkret angeben kann, wie hoch sie denn tatsächlich ist. Sofern sie es nicht schon von selber ansprechen, fordern sie auf die entsprechende Nachfrage hin durchweg den vollen finanziellen Ausgleich oder zumindest höhere Entschädigungen als bisher. Zum anderen geben viele Bauern trotz eines positiven Urteils zum Programm an, für sie selber komme es kaum in Frage, weil sie alle zur Verfügung stehenden Flächen zur Produktion unbedingt benötigen würden. Diese Argumente lassen indirekt auf eine gewisse Zurückhaltung und ein Unbehagen der Bauern schließen. Keiner der Befragten nutzt eines der Programme oder hat sich auch nur so konkret informiert, wie es eine fundierte Entscheidung erfordern würde.

⁹⁴ Mit dieser Aussage ist entweder gemeint, 'wo schutzwürdige Gebiete sind', oder, 'wo sich die Betriebe das von ihrer Flächenausstattung her erlauben können'.

Mit der hypothetischen Frage, ob sie ein bisher nicht genutztes Feuchtgebiet gegen eine geringe (!) Entschädigung erhalten würden (Frage 43), wird die Handlungsbereitschaft der Bauern konkreter zu erfassen versucht (Tabelle 15). Auch hier bekundet wieder etwa ein Viertel der Befragten uneingeschränkte Handlungsbereitschaft (zwölf Befragte). Fünf Befragte machen geltend, sie würden ein solches Gebiet bereits ohne Entschädigung erhalten. Sie stimmen damit zwar dem in der Frage enthaltenen Anspruch des Umweltschutzes zu, drücken aber zugleich ihre Unabhängigkeit von äußeren Regelungen aus. Weitere sechs Befragte würden das Feuchtgebiet vielleicht erhalten bzw. dann, wenn es die betriebliche Situation erlaubt. Insgesamt signalisiert also gut die Hälfte der Befragten Aufgeschlossenheit für Umweltschutzaufgaben der Landwirtschaft.

Tabelle 15: (Hypothetische) Bereitschaft, ein bisher nicht genutztes Feuchtgebiet gegen eine geringe Entschädigung zu erhalten (Frage 43; Befragte)

Bereitschaft, Feuchtgebiet zu erhalten	Befragte
Würde es erhalten	12
Habe Gebiet und erhalte es	5
Vielleicht/kommt auf betriebl. Situation an	6
Nur bei vollem finanziellem Ausgleich	9
Nein, möchte mir nicht dreinreden lassen	5
Sonstige	3
Insgesamt	40

Ein großer Teil der Befragten akzeptiert diesen Umweltschutzanspruch jedoch nicht: Neun Befragte erklären sich nur bei vollem finanziellem Ausgleich dazu bereit, und fünf Befragte würden das Feuchtgebiet überhaupt nicht erhalten bzw. wollen sich in keinem Fall "dreinreden" lassen. (Die übrigen drei Befragten antworten ausweichend.)

Gerade bei dieser Frage wird offenkundig: Auch wenn die Bauern solchen Programmen überwiegend aufgeschlossen gegenüberstehen, so spielt der mit ihnen verbundene Anspruch des Umweltschutzes doch eine eher nebensächliche Rolle und wird nur von einer Minderheit (von etwa einem

Viertel der Befragten) vertreten. Die Bauern erscheinen - bei allem Verständnis, das man dafür haben muß - allzusehr auf die finanziellen Aspekte solcher Programme fixiert. Für deren ökologische Bedeutung geben sie sich wenig interessiert. Ohne diese Motivation muß es fraglich bleiben, inwieweit sich die mit den Programmen angezielten Umweltschutzaufgaben angemessen realisieren lassen.

Immer wieder ist aus den Antworten der Bauern zu diesen Fragen (40 bis 43) der Wille herauszuhören, Herr auf dem eigenen Betrieb zu bleiben und sich möglichst wenig "dreinreden" zu lassen. Eine grundsätzliche Skepsis gegenüber staatlichen Eingriffen prägt vielfach die Haltungen zu den verschiedenen Maßnahmen. Sie wird in den folgenden Beispielen formuliert

- gegenüber dem integrierten Landbau:
"Das wär' ja schon fast wieder ein bißchen eine Diktatur, eine reine Vorschreiberei. Das ist eine Einschränkung im freien Willen schon wieder" (P18/2/424).
- zum Beihilfen-Programm:
"Ja, der Ansatz ist, find ich, nicht so schlecht - ja, wie soll ich jetzt das formulieren - ich fürcht' halt eine Verbürokratisierung der Landwirtschaft. ... Also, daß praktisch der Bauer nimmer Herr auf seinem eigenen Grundstück ist" (E7/2/450).
- oder zur Erhaltung des Feuchtgebietes:
"Das ist halt die Angst auch, daß momentan - mit einem Zuckerl kriegst du was und auf einmal sind das Tatsachen, dann wird halt das als Zwang auferlegt" (E5/2/70).

Mit Frage 44 wird dieser Aspekt explizit thematisiert: Es soll geklärt werden, auf welche Akzeptanz staatliche Maßnahmen zur Bewältigung von Umweltproblemen bei den Landwirten grundsätzlich stoßen. Das Ergebnis ist unmißverständlich: Die Mehrheit der befragten Bauern sieht staatliche Maßnahmen als notwendig an, verlangt indes nur finanzielle Unterstützung und lehnt Verbote und einschränkende Regelungen ab (Tabelle 16).

25 Befragte sind der Ansicht, die Bauern würden allein mit den Umweltproblemen nicht fertig werden und staatliche Maßnahmen seien notwendig. Die Betonungen sind unterschiedlich: Manche Befragte akzeptieren staatliche Eingriffe nur als Ergänzung in Teilbereichen, für andere stellen sie eine zentrale Voraussetzung für die Lösung der Umweltprobleme dar, so etwa für diesen Bauern:

"Der Bauer allein kann es nicht mehr schaffen. Wenn der Staat da nicht

irgendwie durch Zuschüsse oder sonst etwas kommt, ist meine Meinung, wird's schlecht. Weil wir schon ziemlich um eine Existenz kämpfen müssen" (P12/2/147).

Tabelle 16: Einschätzung der Bewältigung der Umweltprobleme in der Landwirtschaft durch die Bauern selbst bzw. durch staatliche Maßnahmen (Frage 44; Befragte)

Bewältigung von Umweltproblemen	Befragte
Bauern schaffen es nicht allein, Staat muß auch helfen	25
Bauern schaffen es allein	6
Ohne wirtschaftlichen Druck würden es die Bauern allein schaffen	4
Sehe keine Umweltprobleme	3
Sonstige	2
Insgesamt	40

Die Notwendigkeit staatlicher Maßnahmen wird mit der Beschränkung der eigenen Handlungsmöglichkeiten durch den ökonomischen Druck (wie in obiger Aussage) sowie mit der mangelnden Einsicht und der fehlenden Eigeninitiative einzelner Bauern begründet. Doch eine grundlegende Skepsis gegenüber staatlichen Eingriffen bleibt, wie in folgendem Beispiel, bestehen:

"Ja, das ist schwierig. Auf der einen Seite schon, aber auf der anderen Seite will man doch frei arbeiten können. Ich glaub', das ist auch nicht das Rechte, wenn immer vorgeschrieben wird: Das und das darfst du tun und das darfst du tun! Das kann auch nicht gutgehen, mein' ich" (P6/2/120).

Noch klarer formuliert ein anderer Bauer sein Unbehagen:

"Das ist so gefährlich, wenn man den Staat so stark kontrollieren läßt, da ist man ihm ausgeliefert" (P11/2/18).

Ein Viertel der Befragten vertritt dagegen grundsätzlich die Anschauung, daß die Bauern selber mit diesen Umweltproblemen fertig werden (sechs

Befragte) oder daß sie sie ohne den wirtschaftlichen Druck alleine bewältigen könnten (vier Befragte). Bei ihnen stößt man auf den Standpunkt, die Landwirtschaft sei von jeher Sache der Bauern gewesen und solle es auch bleiben:

"Ich finde, daß die Landwirtschaft oder die Landschaft, die wo wir haben, von den Bauern geschaffen worden ist. Warum muß jetzt plötzlich eine Bürokratie her, um die zu erhalten, auch gegen den Widerstand der Bauern?" (E7/2/527).

Drei Befragte umgehen eine Beantwortung der Frage, indem sie noch einmal ausdrücklich darauf hinweisen, daß sie keine Umweltprobleme in der Landwirtschaft sehen. Zwei Befragte weichen einer Stellungnahme mit dem Verweis auf andere, gewichtigere Probleme der Landwirtschaft aus. Insgesamt werden staatliche Maßnahmen also eher gezwungenermaßen geduldet denn aus eigenem Antrieb gewünscht. Nur wenige Bauern haben eine so unverkrampfte Einstellung gegenüber staatlichen Eingriffen wie dieser Berufskollege:

"Ja, ich glaub', daß der Bauer und der Staat miteinander arbeiten müssen" (E2/1/568; ähnlich L6).

An staatlichen Maßnahmen akzeptieren die Bauern fast nur finanzielle Beihilfen (von insgesamt 26 Befragten genannt), wobei sieben Befragte ausdrücklich auf das bayerische Förderprogramm zum Bau von Güllegruben als Beispiel hinweisen (Nachfrage zu Frage 44)⁹⁵. Jeweils zwei Befragte wünschen eine bessere Beratung und eine stärkere staatliche Lenkung. Unter weiteren 6 Nennungen finden sich immerhin noch die Forderungen nach Obergrenzen für die Viehbestände und sogar nach 'erzieherischen Maßnahmen'. Die folgende Äußerung bleibt aber eine singuläre Ausnahme:

"Und ich glaub', nur so kann man die Bauern erziehen, wenn sie ein bißchen Angst haben müssen" (E9/1/640).

Dagegen betonen sieben Bauern nachdrücklich ihre Ablehnung von Vorschriften und Verboten. Sie lassen zum Teil die Gegendrohung anklingen, man werde sich gegen Vorschriften zur Wehr zu setzen wissen, sie nicht beachten oder unterlaufen.

Unterschiedliche Erfahrungen haben vier Bauern aus dem Landkreis Ebersberg mit dem Umweltbeauftragten ihres Landkreises gemacht: Zwei

⁹⁵ Die 'Förderung von Maßnahmen zur umweltfreundlichen Lagerung von Wirtschaftsdünger' der Bayerischen Staatsregierung (Bayerisches Gülleprogramm) sieht Zuschüsse bis zu 12.000 DM für den Bau von Güllebehältern vor.

Bauern erzählen von guten Erfahrungen und geben sich kooperativ (E9 und E2), zwei andere Bauern (E7 und E5) haben hingegen negative Eindrücke gewonnen. Sie sind gegen den Umweltbeauftragten aufgebracht, sehen ihre Interessen nicht beachtet, fühlen sich gar bedroht und kündigen recht unverblümt Widerstand bis hin zum Ausreißen von neugepflanzten Hecken an.

So zeigt sich über die verschiedenen Fragen hinweg, daß die Bauern fast nur freiwillige und mit finanzieller Unterstützung verbundene Maßnahmen billigen. Trotz der überwiegend positiven Beurteilung der einzelnen Programme durch die Bauern ist deshalb in bezug auf ihre Handlungsbereitschaft Skepsis angebracht. Allzusehr dominieren ökonomische Beweggründe und die Forderung nach vollem finanziellem Ausgleich, während das Umweltschuttmotiv für die Beurteilung der Maßnahmen durch die Bauern kaum eine Rolle spielt. Ohne ökologische Motivation muß aber die Verbreitung und die Wirksamkeit solcher Programme fraglich bleiben; zumal sie meist kaum so gestaltet werden können, daß sie finanziell attraktiver sind als die konventionelle Bewirtschaftung.

Es erscheint deshalb als vordringliche Aufgabe einer ökologisch orientierten Agrarpolitik, die Umweltschuttmotivation der Bauern - durch Informationen und Würdigung bisheriger Leistungen - zu stärken und über einzelne Maßnahmen hinaus den Bauern ein übergreifendes Konzept einer die Umwelt bewahrenden Landwirtschaft anzubieten. Dafür gibt es im Denken der Bauern zahlreiche Ansatzpunkte und auch die nötige Aufgeschlossenheit scheint bei vielen vorhanden zu sein. Häufig nehmen Bauern für sich in Anspruch, selbst die besten Umweltschützer zu sein, wie folgende Aussagen belegen:

"Wir sind ja doch gemeinhin die größten Umweltschützer" (E9/1/590).

"Unsere Selbstdarstellung soll allweil noch die sein, daß man sagt, wir sind die besten und die billigsten Naturschützer und -erhalter, nicht die anderen, die wo bloß schreien" (P20/2/200; ähnlich P7 und E6).

Dieses Selbstbild ist durchaus kritisch zu hinterfragen. Um zu Umweltschützern zu werden, fehlt es den Bauern bisher nicht nur an Taten - hier muß man durchaus die vielfältigen Zwänge berücksichtigen -, sondern auch am entsprechenden Problembewußtsein. Mit der bloßen Proklamation eines solchen Selbstbildes ist es also getan. Nur wenn es inhaltlich gefüllt und von den Bauern selbstkritisch vertreten würde, könnte es die Grundlage einer selbstbewußten und offensiven Selbstdarstellung des Berufsstandes abgeben.

6 Merkmale und Ursachen bäuerlichen Umweltbewußtseins - eine zusammenfassende Analyse

Die Überlegungen zum bäuerlichen Umweltbewußtsein in dieser Studie richten sich auf die Darstellung der empirischen Forschung (Kapitel 2), die theoretische Analyse möglicher Bedingungsfaktoren (Kapitel 3 und 4) und die Beschreibung eigener Forschungsergebnisse (Kapitel 5). In der folgenden Zusammenfassung der Ergebnisse versuche ich, die verschiedenen Argumentationsstränge zu verbinden. Insbesondere resümiere ich die Beschreibung (6.1) und die Ursachenanalyse (6.2) des bäuerlichen Umweltbewußtseins im Vergleich mit den Ergebnissen der Umweltbewußtseinsforschung.

In der Beschreibung bäuerlichen Umweltbewußtseins bestätigen sich bisherige Forschungsergebnisse. Doch meine ich, nicht nur für den bayerischen Raum zusätzliche Informationen liefern zu können. Ich möchte darüber hinaus eine Strukturierung der Resultate vorstellen, die in der Charakterisierung bäuerlichen Umweltbewußtseins neue Akzente setzt. In der Verbindung von Unsicherheit und Inkonsistenz (6.1.1), Abwehrhaltung (6.1.2) und Aufgeschlossenheit (6.1.3) kommt die Komplexität und Ambivalenz bäuerlichen Umweltbewußtseins zum Ausdruck.

Bisher wenige beachtete Zusammenhänge untersuche ich in meiner Ursachenanalyse. Demographische und betriebliche Merkmale haben sich als wenig erklärungskräftig für bäuerliches Umweltbewußtsein erwiesen (6.2.1). Mit der Einbeziehung von Zusammenhängen des ökologischen Diskurses und des gesellschaftlichen Bewußtseins der Bauern mit dem bäuerlichen Umweltbewußtsein kann ich zusätzliche Erklärungsmöglichkeiten aufzeigen. Sie münden in der These einer für die bäuerliche Bevölkerung spezifischen Rezeption des ökologischen Diskurses (6.2.2). Im Vergleich mit Forschungsergebnissen zum Umweltbewußtsein von Industriefacharbeitern lassen sich diese Überlegungen überprüfen und präzisieren (6.2.3).

6.1 Charakteristische Merkmale des bäuerlichen Umweltbewußtseins

Die verschiedenen agrarsoziologischen Erhebungen (vgl. 2.2) lassen auf deutliche Unterschiede in den Haltungen der Landwirte zu ökologischen Fragen schließen. Kölsch & Dettmer (1989) beschreiben anschaulich das Spektrum vom nur an ökonomischer Verwertung orientierten 'Agrarindustriellen' bis zum 'modern naturorientierten Landwirt'. Auch die Studien von Wentingmann (1988) und Rau (1989) weisen beträchtliche Differenzierungen in den Untersuchungsgruppen hinsichtlich Wissen, Einstellungen und Verhaltensbereitschaft in ökologischen Fragen nach. Ich selbst habe in meiner, aufgrund der Auswahlkriterien vergleichsweise homogenen Untersuchungsgruppe vielfältige Variationen ausgemacht. Sie reichen von weitgehendem Verständnis für ökologische Kritik und hypothetischer Handlungsbereitschaft bis zu unnachgiebig ablehnenden Haltungen.

Drei grundlegende Merkmale scheinen mir indes über alle Unterschiede hinweg bestimmend zu sein für das Umweltbewußtsein der befragten Bauern: (1) Unsicherheit und Inkonsistenz in der Argumentation zu ökologischen Problemen, (2) Abwehrhaltung gegen ökologische Kritik an der Landwirtschaft und (3) Aufgeschlossenheit gegenüber Umweltschutzmaßnahmen und Alternativen im Landbau. Diese Kennzeichen durchziehen, wie ich im folgenden zu zeigen versuche, auch die Ergebnisse der agrarsoziologischen Forschung zum Umweltbewußtsein. Ich nehme an, daß sie in ihren Grundzügen für die bundesdeutschen Landwirte insgesamt charakteristisch und typisch sind. An ihnen sollten sich gesellschaftliche Bestrebungen zur Vermeidung von Umweltgefahren in der Landwirtschaft und zur Verbesserung des Dialogs mit den Bauern (vgl. Kapitel 7) orientieren.

6.1.1 Unsicherheit und Inkonsistenz

Die befragten Bauern stehen dem ökologischen Diskurs distanziert gegenüber. An gesellschaftlichen Umweltproblemen, wie der Luft- und Wasserverschmutzung, üben sie selbst eher zurückhaltend Kritik. Ökologische Fragen scheinen bei ihnen nicht den hohen Stellenwert einzunehmen, den sie in der Gesamtgesellschaft inzwischen erreicht haben. Auf Umweltkritik an der Landwirtschaft reagieren sie defensiv. Sie gestehen (vor allem beim Pflanzenschutz) mehr oder weniger kleine Fehler im Umgang mit der Natur ein. Doch betrachten sie diese eher als vermeidbare Folgen fehlerhafter Anwen-

dung einzelner "schwarzer Schafe" denn als allgemeine Begleiterscheinung der üblichen Produktionsmethoden. "Wer normal wirtschaftet, der macht keine Schäden", so ließe sich der vorherrschende Tenor der Antworten zusammenfassen. Dabei weisen die Befragten die Möglichkeit eigenen Verschuldens von sich. Ökologische Belastungen führen sie entweder auf den Produktions- und Einkommensdruck in der Landwirtschaft zurück, oder sie verweisen auf den Einfluß von Industrie und Agrarberatung.

Dieser Befund bestätigt das Gesamturteil von Bendixen (1984) zum Umweltbewußtsein hessischer Bauern:

"Die überwiegende Mehrheit der Landwirte ist nicht der Ansicht, daß von der Agrarproduktion umfassende Gefährdungen der Umwelt ausgehen. Gleichwohl haben bisherige Erkenntnisse und Diskussionen auch das Bewußtsein der Landwirte verändert; sie sind - im weitesten Sinne - betroffen" (13).

Auch die folgende Feststellung von Bendixen entspricht meinem Fazit (vgl. 5.3):

"Fehler einiger Berufskollegen werden durchaus eingeräumt und mehrheitlich werden ganz offensichtlich auch Einzelbereiche des eigenen Handelns kritisch durchdacht. Konsequenzen werden daraus jedoch bislang kaum gezogen, weil man sich in ökonomische Zwänge eingebettet oder verstrickt sieht" (14).

Zu ganz ähnlichen Ergebnissen kommt Rau (1989) bei nordrhein-westfälischen Landwirten (vgl. 2.2.5). 'Betroffenheit durch ökologische Kritik' statt 'Bewußtsein für ökologisches Handeln', könnte ein gemeinsamer Nenner der Studien lauten. Von geringem oder unzureichendem Umweltbewußtsein spricht dennoch keiner der Autoren. Dafür mag Zurückhaltung in der Interpretation oder pädagogisches Kalkül maßgeblich sein. Meinen Ergebnissen zufolge ist ein solches Urteil vor allem aus folgendem Grund nicht angebracht: Die Meinungen der befragten Bauern zu ökologischen Fragen erscheinen wenig gefestigt, und ihre distanzierte Zurückhaltung ist vor allem von Verunsicherung geprägt. Denn die Auseinandersetzung der Bauern mit Umweltproblemen in der Landwirtschaft hat erst begonnen. Viele Befragte schwanken noch in ihrem Urteil zwischen Abwehr und Einsicht und argumentieren häufig inkonsistent.

Zentrale Fragenkomplexe meiner Erhebung mögen dies veranschaulichen. Betrachtet man die Antworten zu verschiedenen Fragen (Frage 28 bis 33; vgl. 5.3 und 5.4) hinsichtlich Ablehnung oder Aufgeschlossenheit gegenüber der Umweltproblematik in der Landwirtschaft, so zeigen nur über-

raschend wenige Bauern ein konsistentes Meinungsbild: Eine durchgehend abwehrende Haltung läßt sich bei neun Bauern feststellen, während sieben Bauern konsequent aufgeschlossen erscheinen. Aber 16 Befragte weisen deutliche Inkonsistenzen oder gar Widersprüche in ihrer Argumentation auf. (Acht Befragte lassen in dieser Hinsicht keine klaren Konturen erkennen.) Es kommt zum Beispiel vor, daß ein Befragter (E10) meint, nur einzelne Bauern würden Fehler machen und die Kritik sei deshalb nicht berechtigt. Aber bei Frage 33 sieht derselbe Befragte die Landwirtschaft an allen sechs vorgegebenen Umweltgefahren stark beteiligt (ähnlich P15 und P7). Ein anderer Bauer (E4) räumt bei Frage 28 ein, in der Landwirtschaft würden ganz bestimmt Fehler im Umgang mit der Natur gemacht. Zur entsprechenden Kritik von Städtern führt er indes an, er könne sich nicht vorstellen, daß die Bauern viel kaputt machten in der Natur. Umgekehrt hält Bauer P20 die Kritik der Städter für berechtigt, sieht freilich bei Frage 33 die Landwirtschaft kaum an Umweltgefahren beteiligt.

Auch am Zusammenhang zwischen der Einschätzung des alternativen Landbaus (Frage 34 bis 36) und der Umstellungsbereitschaft (Frage 37), der - wie oben (5.5) ausgeführt wurde - gering ist, lassen sich Inkonsistenzen nachweisen. So ist etwa der Bauer (E8) keine Seltenheit, der nichts vom alternativen Landbau hält und glaubt, die Bio-Bauern würden mit ihren Erträgen "Sprüche machen", aber bei Verdienstaustausch "sofort" bereit wäre, selbst umzustellen (ganz ähnlich L2, P3 und P12). Ein anderer Befragter (L3) würde umstellen ("Das ist eine Geldsach"), obwohl er im alternativen Landbau keine Vorteile sieht und meint, dann müßte nicht nur der entsprechende Bauer, sondern die ganze Menschheit verhungern. Seine Argumentation ist nur schwer nachzuvollziehen:

"Da bin ich dagegen; aber der Mensch, der wo das macht, der muß verhungern. Ich bin nicht dagegen, nicht, das ist ein Schmarrn (Unsinn, H.P.), weil wenn's so gehen müßt', dann wär's mir viel lieber, bestimmt. Ich tät' lieber Rüben haindeln (hacken, H.P.) draußen und nicht spritzen. Aber wenn nichts mehr rausspringt, dann geht's nimmer" (L3/1/508).

Warum er die Rüben lieber hacken würde, bleibt unklar, weil er später meint, der alternative Landbau wäre nicht gesünder. Oder es kommt vor, daß ein Bauer (L4) erst spontan äußert, "Das ist das Ende der Welt", aber im weiteren angibt, der alternative Landbau sei gesünder, man solle ihn unbedingt ausprobieren und er selbst würde bei gleichem Verdienst umstellen. Man muß wohl die Äußerungen der Bauern zu diesem Fragenkomplex vorsichtig interpretieren. Nicht jeder Landwirt, der zunächst emotional abwehrend reagiert, ist ohne Verständnis. Und nicht jeder Landwirt, der sofort zur

Umstellung bereit wäre, ist sich dabei über die Konsequenzen im klaren. Auch hier scheinen die Ergebnisse eher einen noch jungen Meinungsbildungsprozeß widerzuspiegeln.

Dies wird bestätigt, betrachtet man die Ergebnisse zur Umweltproblematik in der Landwirtschaft (5.3), zur Kritik an der Landwirtschaft (5.4) und zum alternativen Landbau (5.5) im Zusammenhang. Bauern mit einem umfassenden Verständnis für den ökologischen Diskurs sind dabei ebenso selten wie Bauern, die diesen Fragen in allen Aspekten ablehnend gegenüberstehen. Tabelle 17 zeigt das unerwartete Ergebnis, daß Verständnis bzw. Ablehnung der Umweltproblematik und Einschätzung des alternativen Landbaus in der Untersuchungsgruppe weitgehend unabhängig voneinander sind.

Tabelle 17: Zusammenhang zwischen der Beurteilung der Umweltprobleme in der Landwirtschaft (Fragen 28 bis 33; Befragte) und der Einschätzung des alternativen Landbaus (Frage 34 bis 36; Befragte)

Beurteilung Umweltprobleme	Einschätzung alternativer Landbau			
	Gut	Teils gut	Schlecht	Gesamt
Verständnis	2	2	3	7
Gemischt	3	4	1	8
Inkonsistent	4	8	4	16
Ablehnung	2	2	5	9
Gesamt	11	16	13	40

Überraschend ist zum Beispiel, daß drei von sieben Bauern, die konsistent Verständnis für die Umweltproblematik zeigen, den alternativen Landbau deutlich negativ bewerten. Unter den zu Umweltfragen negativ eingestellten Bauern tun das kaum mehr, nämlich 'nur' fünf von neun Befragten. Wenn

die Bauern mit gemischten oder inkonsistenten Beurteilungen der Umweltprobleme auch in der Einschätzung des alternativen Landbaus kaum Profil zeigen, entspricht das den Erwartungen. Insgesamt aber verweisen die vielfältigen Inkonsistenzen in den Äußerungen der Bauern auf grundlegende Orientierungsunsicherheiten.

In der agrarsoziologischen Umweltbewußtseinsforschung sind solche Phänomene der Unsicherheit und Inkonsistenz nur vereinzelt thematisiert worden. Bendixen (1984) stellt zum Beispiel in der Einschätzung des alternativen Landbaus "große Unsicherheit" fest: "Man weiß zu wenig über den alternativen Landbau und urteilt infolgedessen intuitiv, denn davon gehört hat letztlich jeder" (39). Kölsch & Dettmer (1988) finden entsprechende Haltungen bei zwei Typen von Agrarproduzenten:

"Der Übergangstyp des Landwirts zwischen Ökonomie und Ökologie zeigt ebenso wie der traditionale Typ eine hohe Verhaltensunsicherheit und ein Fehlen von konstanten Orientierungen des Handelns im Bereich der landwirtschaftlichen Produktion" (219).

Diese beiden Typen dürften am ehesten den 'Durchschnitts-Landwirt' repräsentieren und der von mir ausgewählten Untersuchungsgruppe vergleichbar sein. Das für die Unsicherheit maßgebliche Entscheidungsdilemma tritt besonders markant beim 'Landwirt zwischen Ökonomie und Ökologie' hervor:

"Zwischen seiner ihm bewußten ökologischen Verantwortung als Landwirt und den subjektiven ökonomischen Notwendigkeiten versucht dieser Typ, für sich einen vertretbaren Kompromiß zu finden" (157f).

In den eher standardisierten Erhebungen sind Rückschlüsse auf individuelle Argumentationsmuster kaum möglich. Dort wird allerdings auf mehr oder weniger große Informationsdefizite hinsichtlich ökologischer Zusammenhänge verwiesen (Fietkau et al 1982: 160; Wentingmann 1988: 160; Rau 1989: 179), die zur Verunsicherung beitragen können.

Der Orientierungsunsicherheit entspricht offenbar eine beträchtliche Verhaltensunsicherheit (vgl. auch 6.1.3). Die Befragung von Schur (1988) zum Düngeverhalten schwäbischer Landwirte belegt äußerst unterschiedliche Praktiken, die sich aus betrieblichen Gegebenheiten allein nicht erklären lassen:

"Die Aufwendungen an Stickstoff variieren erheblich. Einzelne Landwirte bringen bei Winterweizen nicht mehr als 30 kg Stickstoff aus, während andere dagegen bis zu 200 kg ausbringen. Beim Anbau von Silomais beträgt der Bereich der Düngung 70 - 540 (!) kg N/ha" (21).

Selbst konventionelle Methoden zur Begrenzung des Düngemiteleinsatzes werden oft nicht angewendet: "Von der Vielzahl der potentiell bekannten und verfügbaren Handlungsmöglichkeiten werden nur wenige in großem Umfang genutzt, sie sind kaum bekannt oder wissensmäßig nicht verfügbar" (19). Anscheinend besteht bereits im Hinblick auf konventionelle Produktionsmethoden erhebliche Unsicherheit. Mit zusätzlichen ökologischen Anforderungen und der dadurch erhöhten Komplexität dürfte sich dieser Zustand weiter verstärken.

6.1.2 Abwehrhaltung

Zurückhaltung und Unsicherheit der Bauern in der Einschätzung ökologischer Belange der Landwirtschaft gehen in eine deutliche Abwehrhaltung über, wenn die ökologische Kritik aus der Öffentlichkeit angesprochen wird. Sachliche Argumente mischen sich mit Gefühlen von Hilflosigkeit und Empörung gegenüber Schuldzuweisungen an die Adresse der Landwirtschaft. Auf die Frage, "Von wem kommt diese Kritik hauptsächlich?", wird des öfteren geantwortet, "Von denen, die keine Ahnung haben". Konkret nennen die Befragten vor allem die Grünen, Naturschützer und die Medien. Die Begründungen gleichen sich: Die Medien würden das Thema überzeichnen und einzelne Fehler zu Schlagzeilen aufbauschen. Die Bauern könnten sich als gesellschaftliche Minderheit dagegen kaum wehren, und die Bevölkerung hätte zu wenig Informationen. So würden die Bauern zum 'Sündenbock' und zum 'Buhmann der Nation' gemacht.

An Belegen für diese Haltung fehlt es in der agrarsoziologischen Forschung nicht. Vor allem Bendixen (1984) hat die "von Abwehrmechanismen geprägte Reaktion" (46) hessischer Bauern deutlich herausgearbeitet (vgl. 2.2.3):

"Immer wieder wurde den Erhebern und Diskussionsgruppenleitern in verschiedenster Weise deutlich, daß diese öffentliche Diskussion sofort im Mittelpunkt aller Überlegungen der Landwirte steht, sobald sie auf Probleme zwischen Landwirtschaft und Umweltschutz angesprochen werden" (44).

Die Mehrzahl der Befragten verweist auf "die aufbauschenden, einseitigen, sensationsheischenden Medien sowie fachlich völlig unzureichende oder falsche Verbraucherinformationen" (44f). Auch hessische Landwirte sehen sich als "Prügelknaben der Nation" (45) und haben das Gefühl, "den Angriffen nahezu wehrlos ausgesetzt zu sein" (45).

Wiederholt weisen Kölsch und Dettmer (1989) auf die Abwehrstrategien niedersächsischer Landwirte gegen ökologische Kritik hin, hier insbesondere bezüglich der Nitratbelastung des Grundwassers (120, 126, 130). Rau (1989) kommt zusammenfassend ebenfalls zu dem Resultat, daß die Meinung der nordrhein-westfälischen Landwirte geprägt ist "von einer Verteidigungshaltung gegenüber von außen kommender Kritik" (179). 70% der in der Studie befragten Landwirte stimmen der Aussage zu, "Umweltprobleme, die die Landwirtschaft verursacht, werden vom Fernsehen und in den Zeitungen übertrieben dargestellt" (35). Ich teile jedoch nicht Raus Interpretation, die Landwirte verfügten über ein "stabiles (Selbst)bild" (31), in dem sie sich selbst als praktizierende Umweltschützer sähen. Sie widerspricht nicht Forschungsergebnissen und scheint mir abhängig zu sein von den in der Studie gewählten Frageformulierungen (vgl. meine Kritik in 2.2.5).

Die Übereinstimmung der Befunde läßt eine vergleichsweise ausgeprägte und verbreitete Abwehrhaltung vermuten. In meiner Interpretation bestimmen zwei unterschiedliche Aspekte diese Haltung. Einerseits erwächst die Abwehrhaltung aus Unsicherheit, mangelnder Informiertheit und begrenzten Handlungsmöglichkeiten, aus einer Art Trotzreaktion also. Ihr defensiver Charakter und ihre emotionale Färbung resultieren nicht aus grundsätzlicher Ignoranz der Bauern gegenüber ökologischen Sachverhalten, sondern aus dem Gefühl von Unsicherheit und Hilflosigkeit. Sie stellen weniger sachlich begründete Antworten als sozialpsychologisch erklärbare Reaktionen auf vermutete Bedrohungen dar. In dieser Hinsicht erscheint die Abwehrhaltung eher spontan und instabil.

Ihre relative Festigkeit erhält sie andererseits durch die Verbindung mit dem Bewußtsein gesellschaftlicher Randständigkeit der bäuerlichen Bevölkerung (vgl. 6.2.2). Dieses Interpretationsmuster der gesellschaftlichen Lage der Landwirtschaft wird offenbar verallgemeinert und zur Grundlage auch der Deutung ökologischer Anforderungen gemacht. Ich schließe daraus, daß die Abwehrhaltung weniger in der Einschätzung ökologischer Fragen, als vielmehr in sozialpsychologischen Schutzmechanismen entsprechend dem allgemeinen gesellschaftlichen Deutungsmuster begründet liegt. So läßt sich auch leichter erklären, warum die Bauern trotz alledem Maßnahmen zum Schutz der Umwelt in der Landwirtschaft erstaunlich aufgeschlossen gegenüberstehen.

6.1.3 Aufgeschlossenheit

Soweit sie sich selbst nicht angegriffen fühlen, lassen die Landwirte, auch darin stimmen die Forschungsergebnisse überein, durchaus Interesse und Aufgeschlossenheit für ökologische Belange erkennen. Sowohl der alternative Landbau (vgl. 5.5) als auch konkrete Umweltschutzmaßnahmen (vgl. 5.6) werden überwiegend sachlich, obgleich oft wenig informiert gewürdigt. Besonders augenfällig wird dies in der Einschätzung alternativ wirtschaftender Landwirte (sogenannter Bio-Bauern). Obwohl der alternative Landbau in der Öffentlichkeit häufig als ökologisches Gegenkonzept zur konventionellen Landwirtschaft dargestellt wird, lassen sich die konventionell wirtschaftenden Landwirte ganz überwiegend nicht in eine Position der Gegnerschaft drängen.

"Was halten Sie von alternativ wirtschaftenden Landwirten?", diese Frage wurde in ähnlichen Formulierungen in fünf Erhebungen gestellt (Fietkau et al. 1982: 60; Hülsen 1982: 123; Bendixen 1984: 101; Rau 1989: 120; und meine eigene Erhebung). Das Ergebnis ist eindeutig: In allen Untersuchungsgruppen werden die Bio-Bauern von der Mehrheit eingestuft als 'Landwirte wie andere auch' oder als 'Leute, denen Naturschutz und Gesundheit der Produkte besonders am Herzen liegen'. Die Meinungen, 'Das sind Pffiffige, die eine Marktlücke nutzen', oder die Einschätzung als 'realitätsferne Menschen und Weltverbesserer' finden sich bei einem deutlich geringeren Teil; in den Studien von Hülsen und Rau sind es insgesamt etwa ein Drittel der Befragten.

Bestätigung findet auch die hohe hypothetische Bereitschaft zur Umstellung auf alternativen Landbau, die ich für bayerische Bauern ermittelt habe. In der Untersuchung von Fietkau et al. (1982) äußern 73,2% der konventionellen Landwirte die Bereitschaft, 'ökologisch' zu produzieren, unter der Bedingung, daß keine finanziellen Nachteile damit verbunden sind (61). Die Autoren folgern daraus, "daß die konventionellen Landwirte keineswegs eine grundsätzliche Gegnerschaft zum ökologisch orientierten Anbau anmelden und Sympathie mit umweltfreundlichen Produktionsformen haben" (61). Groß ist die verbale Bereitschaft, alternativ zu wirtschaften, auch bei den von Schur befragten schwäbischen Landwirten: 45% sprechen sich dafür aus, "wenn sie keine größeren wirtschaftlichen Nachteile zu erwarten hätten" (Albrecht & Schur 1987: 9).

Hülsen (1982: 85) hat ohne den finanziellen Vorbehalt in der Frageformulierung immerhin noch bei 17% der Befragten Umstellungsbereitschaft festgestellt. Ebenfalls 17% der von Rau (1989: 114) befragten nordrhein-

westfälischen Landwirte haben sogar schon einmal selbst daran gedacht, ihren Betrieb alternativ zu bewirtschaften⁹⁶. Natürlich ist das Bild nicht ungetrübt: Einige Landwirte äußern Bedenken gegenüber dem alternativen Landbau (vgl. Bendixen 1984: 38f). Viele wissen zu wenig darüber (ebd.) und haben kaum Kontakt mit Bio-Bauern (Rau 1989: 114). Aber jede einzelne Studie belegt, daß die Mehrheit der Bauern den alternativen Landbau akzeptiert.

Die positiven Haltungen zu Konzepten und Maßnahmen zum Umweltschutz in der Landwirtschaft (vgl. 5.6) sind nicht nur für bayerische Bauern kennzeichnend. Die wichtigsten Merkmale sind auch für andere Bundesländer belegt:

- der hohe Bekanntheitsgrad von Beihilfenprogrammen (z.B. des Ackerlandstreifenprogramms; vgl. Rau 1989: 135),
- der große Informationsbedarf über Umweltschutzmaßnahmen und deren Durchführungsbestimmungen (136),
- die Skepsis gegenüber Umweltschutzaufgaben und entsprechenden Strafverfahren (Bendixen 1984: 33; Kölsch & Dettmer 1989: 187ff)
- und die Bevorzugung freiwilliger Maßnahmen zum Umweltschutz oder einer Kombination mit staatlichen Auflagen (Rau 1989: 144).

Insgesamt lassen die diversen Untersuchungsgruppen erkennen, wie Bendixen für hessische Bauern zusammenfassend feststellt, "daß bei ihnen durchaus ein Bewußtsein für verschiedenste sinnvolle oder erforderliche Umweltschutzmaßnahmen vorhanden ist" (1984: 83). Auch Fietkau et al. (1982) versehen ihre Resultate mit dem Hinweis, die Bereitschaft der einzelnen Betriebsleiter, auf umweltbezogene Forderungen einzugehen, werde vermutlich unterschätzt (159). Rau (1989) ermittelt, daß sogar umweltpolitische Maßnahmen akzeptiert werden, die mit vergleichsweise hohen Kosten für die Landwirte verbunden sind, wie z.B. die Pflichtprüfung für Feldspritzgeräte. Deutliche Anzeichen für eine offene Auseinandersetzung von Landwirtschaftsmeistern mit Forderungen des Umweltschutzes findet Wentingmann (1988). Sie resümiert,

"daß sich viele Meister der nachteiligen Wirkungen ihrer Wirtschaftsweise auf die Natur bewußt sind und ansatzweise Vorstellungen entwickeln, um umweltverträgliches Verhalten zu realisieren" (146).

⁹⁶ Von den übrigen 83% der Befragten gaben 89% an, sie könnten sich eine alternative Bewirtschaftung nicht vorstellen. In der Frageformulierung war kein finanzieller Ausgleich in Aussicht gestellt. Deshalb würde ich die Interpretation von Rau, "das spricht für eine starke Verwurzelung im geübten, gewohnten Bewirtschaftungsverhalten" (1989: 115), relativieren.

Einschränkungen erscheinen jedoch im Hinblick auf die Verhaltensrelevanz solcher Orientierungen angebracht. Ich habe bei der Darstellung meiner Ergebnisse darauf hingewiesen (vgl. 5.6), daß bei der Beurteilung von Umweltschutzmaßnahmen ökonomische Motive gegenüber Umweltschutzabsichten in der Untersuchungsgruppe im Vordergrund stehen. Das läßt sich mit den Erläuterungen der Befragten zur Akzeptanz des alternativen Landbau und zu einzelnen Umweltschutzmaßnahmen untermauern, die überwiegend vom vollen ökonomischen Ausgleich abhängig gemacht werden. Das ist aus der Sicht der Bauern verständlich, läßt aber Zweifel an der Wirksamkeit entsprechender Maßnahmen aufkommen. Sie werden bestätigt durch die Ergebnisse der agrarsoziologischen Umweltbewußtseinsforschung zu umweltrelevanten Verhaltensweisen der Landwirte. Hier werden erhebliche Defizite erkennbar. So stellt Rau (1989) fest: "... wichtige Kontrollinstrumente (nämlich Bodenuntersuchungen, Betriebsaufzeichnungen, Feldspritzgerätekontrollen) werden erst von einem Teil der Landwirte genutzt" (179).⁹⁷ Er weist darauf hin,

"daß Landwirte - was den Umweltschutz angeht - wahrscheinlich wenig geneigt sind, von sich aus aktiv zu werden: lediglich ein Fünftel der Befragten hat konkrete Pläne, auf dem Betrieb etwas für den Umweltschutz zu unternehmen" (186).

Wentingmann (1988) kommt auf der Basis eines Verhaltensindex (der mir allerdings problematisch erscheint, vgl. meine Kritik in 2.2.4) zu dem Ergebnis:

"Positives Verhalten konnte am ehesten bei der Düngung festgestellt werden; hier erzielten 50% der Befragten etwa die Hälfte aller erreichbaren Punkte. Bei Pflanzenschutz und Bodenpflege erreicht nur jeder vierte Meister mehr als die Hälfte der verfügbaren Punktezahlen" (152).

Außerdem macht sie auf zum Teil deutliche Diskrepanzen zwischen dem ermittelten Wissensstand und der gemessenen Verhaltensbereitschaft aufmerksam (152). Bendixen (1984) betont:

"Es ist wiederholt darauf zu verweisen, daß selbst ein ausgeprägtes Umweltbewußtsein und auch gute Kenntnisse über erforderliche Umwelt-

⁹⁷ Am Beispiel der Kontrolle von Feldspritzgeräten kann Rau sogar belegen, daß die verbal bekundete Teilnahme (80% der Befragten) nicht mit den amtlichen Daten über die Kontrolle des Gerätebestandes in der Region (maximal 40%) vereinbar ist (75). Er führt dies auf den gestiegenen Erwartungsdruck auch von berufsständischer Seite zurück, angesichts dessen wohl "nur wenige Landwirte in einer Befragung zugeben wollen, nicht an den Kontrollen teilzunehmen" (76).

maßnahmen nicht zwangsläufig mit entsprechendem Verhalten verknüpft sind" (40).

Selbst wenn die Aufgeschlossenheit gegenüber Umweltschutzmaßnahmen eher dem hohen öffentlichen Erwartungsdruck zuzuschreiben und mit ökonomischen Motiven eng verbunden sein sollte, bleibt sie doch ein zentraler Ansatzpunkt für umweltorientiertes Handeln in der Landwirtschaft. Ich stimme der Schlußfolgerung von Rau (1989: 184ff) zu, solche Motive als Anreize für umweltorientiertes Handeln zu nutzen. Zum Beispiel läßt sich umweltbewußtes Verhalten öffentlich anerkennen (über Auszeichnungen, Urkunden etc.) und materiell belohnen (etwa mit Ausgleichszahlungen). Bei manchen Problemen könnte allein der Hinweis auf betriebswirtschaftliche Vorteile (z.B. von geringeren Produktionsmittelkosten) Handlungsanreize schaffen. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß langfristig wohl nur die Einsicht in ökologische Gefährdungen stabile Dispositionen zu umweltorientiertem Verhalten schafft.

6.2 Diskussion der Ursachen bäuerlichen Umweltbewußtseins

6.2.1 Zum Einfluß soziodemographischer und betrieblicher Faktoren

In der agrarsoziologischen Forschung stellt sich durchweg die vergleichsweise geringe Bedeutung soziodemographischer und betrieblicher Faktoren für das Umweltbewußtsein heraus. Ich selbst habe in der vorliegenden Studie nach Alter und Stadtnähe systematisch differenziert. Aufgrund der geringen Fallzahlen sind diese Unterscheidungen vorsichtig zu interpretieren. Die jüngere und die ältere Befragtengruppe weichen in ihren Meinungen nur selten auffallend voneinander ab. Jedenfalls läßt sich keine Altersgruppe als eindeutig umweltbewußter beschreiben.

Unterschiede sind allerdings in der jeweiligen Motivation zu ökologischen Haltungen zu beobachten. Aufgeschlossenheit gegenüber ökologischen Fragen in der jüngeren Gruppe beruht meist auf einer bewußten Auseinandersetzung mit dem ökologischen Diskurs. Bei den älteren Befragten

ist sie dagegen eher auf die Bindung an traditionelle Bewirtschaftungsformen zurückzuführen. Die jüngeren Bauern weisen eine besonders große Spannweite von Haltungen auf: Den 'Aufgeschlossenen' stehen junge Berufskollegen gegenüber, die auf der Grundlage einer guten Ausbildung den Produktionsprozeß auch hinsichtlich der ökologischen Folgen voll im Griff zu haben meinen. Umweltkritik empfinden sie häufig als Angriff auf ihre persönlichen Fähigkeiten; sie lassen sie allenfalls für schlecht ausgebildete Landwirte gelten.

Deutlichere Auswirkungen zeigt der Faktor Stadtnähe. Ich führe das auf die stärkere Konfrontation der stadtnahen Bauern mit ökologischen Ansprüchen 'aus der Stadt' zurück: In persönlichen Begegnungen mit Stadtbewohnern sehen sie sich öfter direkt ökologischer Kritik ausgesetzt. Dieser Kontakt muß nicht zu einem höheren Umweltbewußtsein führen. In meiner Untersuchungsgruppe waren die stadtnahen Bauern in der Regel besser über ökologische Fragen informiert. Sie zeigten freilich teilweise auch eine besonders ausgeprägte Abwehrhaltung.

Bendixen (1984) beschreibt für seine Auswahl hessischer Bauern den geringen Einfluß soziodemographischer Merkmale:

"Junge Befragte, überdurchschnittlich gebildete oder aber deren jeweilige andere Teilgruppe können nicht als besonders gesellschaftskritisch, aufgeschlossen oder aber verschlossen gegenüber Fragen des Umweltschutzes eingestuft werden" (49).

Auch Wentingmanns (1988) systematische Suche nach soziodemographischen und betrieblichen Kennzeichen als "Determinanten des individuellen Wissensstandes" führt nur begrenzt zum Erfolg. Die Schulbildung erweist sich in der Gruppe der Berufsschulabsolventen (66), nicht aber bei den Fachschülern (97) als einflußreich. Der für die Berufsschulabsolventen und die Meister ermittelte signifikante Zusammenhang mit dem Nutzungsverhältnis des Betriebs (Ackerland, Grünland, Gemischt) bedarf meines Erachtens einer differenzierteren Interpretation als in der Studie (vgl. meine Kritik in 2.2.4).

Ähnliches gilt für das von Rau (1989) festgestellte aktivere Umweltverhalten der Leiter flächen- und wirtschaftsstarker Betriebe, das der Autor auf deren bessere landwirtschaftliche Ausbildung zurückführt (179). Hier sollte berücksichtigt werden, daß diese Betriebe aufgrund einer intensiveren Bewirtschaftungsform in der Regel höheren ökologischen Handlungsbedarf haben. Im Hinblick auf die Wahrnehmung von Umweltproblemen kommt auch Rau zu dem Schluß, daß sich die einzelnen Teilgruppen nur wenig unterscheiden - mit Ausnahme der Nebenerwerbslandwirte, die landwirt-

schaftliche Umweltprobleme realistischer und kritischer beurteilen (178f). Die jüngeren Landwirte erweisen sich zwar meist als besser informiert, in dessen durchaus nicht immer als aufgeschlossener gegenüber ökologischer Kritik.

Besonders ausführlich hat Hülsen (1982) den Einfluß soziodemographischer und betriebsstruktureller Merkmale dokumentiert. Doch das inhaltliche Ergebnis fällt eher mager aus. Bei den einzelnen Fragen sind zwar Unterschiede zu erkennen, aber übergreifende Tendenzen kann Hülsen kaum aufzeigen. Besonders die Verbindung von Informationsverhalten und Umweltbewußtsein scheint komplex zu sein. Aufgrund einer Faktorenanalyse des Informationsverhaltens unterscheidet Hülsen drei Gruppen (vgl. 2.2.2): die gut ausgebildeten und informierten, beratungsnahen Landwirte, die schlecht ausgebildeten und informierten, beratungsfernen Landwirte und eine "schwer einzuordnende Mittelgruppe" (46, 55). Doch die aktivere erste Gruppe ist keineswegs die empfänglichste für ökologische Belange. Hülsen stellt vielmehr fest, "daß bisher gerade bei den 'beratungsnahen' Landwirten das Umweltbewußtsein relativ schwach ausgeprägt ist" (95).

Solche Befunde lassen es ratsam erscheinen, soziodemographische und betriebliche Faktoren in ihrem Einfluß auf das Umweltbewußtsein und Umweltverhalten der Bauern nicht zu überschätzen. Kölsch und Dettmer (1989) verweisen stattdessen auf die Relevanz unterschiedlicher Wirtschaftsprinzipien:

"Nicht die Größe der Betriebe bestimmt das Umwelthandeln, sondern der Grad der persönlichen Anpassung der Agrarproduzenten an die Prinzipien der Industrialisierung bestimmt sowohl das Verhalten im Umweltbereich als auch die Intensität und Qualität des betrieblichen Wachstums in ihrer Tendenz" (218).

Diese These scheint mir vor allem für die (von Kölsch und Dettmer bevorzugt ausgewählten) 'extremen' Gruppen der Agrarindustriellen einerseits und der naturorientierten Landwirte andererseits plausibel. Daneben kommen in der Spannweite und Vielfalt der Meinungen innerhalb der Landwirtschaft normale Gruppendifferenzierungen zum Ausdruck, wie sie auch in der übrigen Bevölkerung anzutreffen sind. Entscheidend für die Interpretation des bäuerlichen Umweltbewußtseins erscheinen mir hingegen Gemeinsamkeiten der ökologischen Orientierungen der Bauern, die auf eine landwirtschafts-spezifische Rezeption des ökologischen Diskurses schließen lassen.

6.2.2 Bedingungen einer landwirtschafts-spezifischen Rezeption des ökologischen Diskurses

Die These einer spezifischen Rezeption des ökologischen Diskurses durch die Bauern stützt sich zunächst auf die empirisch festgestellte Abwehrhaltung der Bauern gegen ökologische Kritik an der Landwirtschaft (6.1.2). Diese führt zu einer im Vergleich zur übrigen Bevölkerung eher zurückhaltenden und defensiven Haltung gegenüber ökologischen Fragen. In der Analyse der Ursachen dieser besonderen Entwicklung des bäuerlichen Umweltbewußtseins knüpfe ich an die theoretischen Überlegungen zur Struktur des ökologischen Diskurses (Kapitel 3) und zur gesellschaftlichen Lage der Landwirtschaft (Kapitel 4) an. Die dort entwickelten Thesen scheinen mir wesentliche Bedingungen für die landwirtschafts-spezifische Rezeption des ökologischen Diskurses zu formulieren.

Die erste These (vgl. Kapitel 3) besagt, daß die Struktur des ökologischen Diskurses es bestimmten Gesellschaftsgruppen, unter anderem der bäuerlichen Bevölkerung, erschwert, in vollem Umfang Anschluß an ihn zu finden. Vier Strukturmerkmale können demzufolge einer Beteiligung der Bauern hinderlich sein. Erstens wird der ökologische Diskurs von gesellschaftlichen Gruppen aus städtischen und intellektuellen Milieus bestimmt, die in relativ großer sozialer und kultureller Distanz zu den Bauern leben. Die Verbreitung des ökologischen Diskurses in der Bevölkerung vollzieht sich zweitens wesentlich über die Massenmedien und weitgehend unabhängig von Alltagserfahrungen. Drittens ist innerhalb des ökologischen Diskurses eine Tendenz zur einseitigen und theoretisch abstrakten Ausrichtung an der Ökologie als neuer Leitwissenschaft zu beobachten, die gesellschaftliche Bedingungen und Bedürfnisse vernachlässigt. Schließlich ist viertens der ökologische Diskurs bisher wenig verhaltensrelevant geworden und konnte deshalb kaum Vorbildcharakter gewinnen. Aus den ersten beiden Merkmalen leite ich die Vermutung ab, daß der ökologische Diskurs den Bauern von außen, als fremde Anforderung von Gruppen entgegentritt, denen sie nur begrenzt Vertrauen entgegenbringen. Die beiden anderen Merkmale verweisen auf Unstimmigkeiten der gesellschaftlichen Ansprüche: Die Bauern sehen sich weitreichenden Forderungen an die Änderung ihres Verhaltens in einem Diskurs gegenüber, der gesellschaftliche Bedingungen zu wenig berücksichtigt und in weiten Bereichen nicht verhaltensrelevant geworden ist. Distanz und Abwehrhaltung der Bauern gegen den ökologischen Diskurs lassen sich aus diesen Thesen plausibel erklären.

In den Forschungsergebnissen zum bäuerlichen Umweltbewußtsein finden sich zahlreiche Hinweise auf die Relevanz dieser vier Strukturmerkmale des ökologischen Diskurses für seine Rezeption durch die Bauern. So wird die ökologische Kritik an der Landwirtschaft vor allem den Protagonisten von Umweltschutzbewegungen (Grünen und Naturschützern) und den Medien zugeschrieben (vgl. 5.4). Umweltschutzbewegungen gelten, wie die Ergebnisse zum gesellschaftlichen Bewußtsein der Bauern zeigen (vgl. 4.3.1), nicht nur im Hinblick auf ökologische Fragen, sondern auch in bezug auf andere Lebensbereiche als eine Art 'Gegenkultur'. Ihr unkonventionelles Denken und Verhalten, symbolisiert zum Beispiel in alternativer Kleidung, wird von vielen Bauern grundsätzlich mit Skepsis betrachtet. Die Medien werden einer pauschalisierenden, aufbauscheidenden und sensationsheischenden Berichterstattung über Umweltprobleme der Landwirtschaft beschuldigt. Die Bauern nehmen den ökologischen Diskurs weitgehend als Medienereignis außerhalb der Landwirtschaft wahr, auf das sie selbst oder landwirtschaftliche Institutionen wenig Einfluß haben.

Auch auf die geringe Verhaltensrelevanz als einem weiteren Merkmal des ökologischen Diskurses wird in der Befragung verwiesen, obgleich oft in pauschalisierender und emotional geprägter Form. Manche Bauern führen an, daß die Städter in ihren Gärten selbst oft zuviel düngen und 'spritzen' (vgl. 5.4). Generell wird den Kritikern der Landwirtschaft Ahnungslosigkeit und fehlendes Verständnis bescheinigt. "Weil so viele reden, die nichts verstehen", meint ein Bauer (E5/1/379) lapidar zu den Ursachen der Kritik. Die Kritiker würden zudem unterschiedliche Maßstäbe anlegen: Zum Beispiel erscheinen den Landwirten die privaten Haushalte, die weniger im Brennpunkt öffentlicher Kritik stehen, in weit höherem Maße als Umweltverschmutzer als sie selbst (vgl. 5.2). Zur Lösung der gesellschaftlichen Umweltprobleme - so eine häufige Meinung - seien Verhaltensänderungen der ganzen Bevölkerung notwendig. So bleiben Landwirte auch deshalb auf Distanz zum ökologischen Diskurs, weil sie bei den Kritikern Verständnis für ihre Gesamtsituation und konsequentes eigenes Verhalten vermissen.

Diese Haltung wird vermutlich bestärkt durch verschiedene Rahmenbedingungen bäuerlichen Arbeitens, die ich hier in drei Punkten anführen möchte. Erstens finden die Bauern in ihrer täglichen Arbeit wenig Bestätigung für ökologische Gefährdungen durch die Landwirtschaft. Viele Umweltprobleme, etwa die Grundwasserverschmutzung oder die Schadstoffbelastung von Nahrungsmitteln, sind nicht oder nur begrenzt im Arbeitsprozeß wahrnehmbar. Sie sind zum Teil nur durch spezielle Verfahren nachweisbar und erfordern in jedem Fall zusätzliche Informationen und eine besonders geschulte Aufmerksamkeit. Die Anerkennung ökologischer Gefahren durch

die Bauern ist jedoch meinen Befragungsergebnissen zufolge eng mit ihrer unmittelbaren Erfahrbarkeit verbunden (vgl. das Beispiel der Ausschwemmungen in Maisfeldern in 5.3). Die Sensibilität der Bauern für Naturprozesse fällt, wie vermutlich in anderen Bevölkerungsgruppen auch, sehr unterschiedlich aus. Sie reicht von empfindsamem Einfühlungsvermögen bis zu ökonomisch-instrumentellen Haltungen (vgl. 5.1). Durch die zunehmende Technisierung und den anhaltenden Produktionsdruck scheint das Verhältnis zur Natur allgemein distanzierter geworden zu sein: Eine Reihe von Bauern verweist auf wachsende Einschränkungen der sinnlichen Erfahrbarkeit des Naturgeschehens.

Zweitens ist zu berücksichtigen, daß Landwirte häufig andere Maßstäbe an Naturprozesse anlegen als Nicht-Landwirte. Sie selbst beschreiben ihr Naturverhältnis als arbeitsorientiert im Unterschied zum freizeitorientierten Naturbezug der Städter (vgl. 5.1). Entsprechend ist ihre Einschätzung von Umweltgefahren, z.B. der Rückgang von Tier- und Pflanzenarten oder die Verringerung der landschaftlichen Vielfalt, mit spezifischen Bewertungskriterien verbunden. Beispielsweise empfinden Bauern Wildkräuter im Feld oder am Feldrand manchmal nicht nur als schädlich, sondern auch als un schön. Die ökologisch geforderte Vielfalt der Natur beruht für sie auf einem romantischen Bild der Natur, das ihren eigenen fachlichen und ästhetischen Vorstellungen von einer ordentlichen Landwirtschaft widerspricht (vgl. 5.1). Man sollte ferner in Rechnung stellen, daß die ökologischen Belastungen im ländlichen Raum insgesamt geringer sind als in den Ballungsgebieten. Vergleichsweise leben die Bauern in vielen Gegenden noch in einer heilen Umwelt, die von den Städtern nach wie vor als Erholungsraum geschätzt wird. Ist es da verwunderlich, wenn die Bauern 'ihre' Natur weitgehend in Ordnung finden und die eigentlichen Umweltprobleme in den städtisch-industriellen Räumen suchen?

Landwirtschaftliche Institutionen haben drittens das ökologische Problembewußtsein in der Landwirtschaft bisher unzureichend gefördert (vgl. 3.3). In die landwirtschaftliche Aus- und Fortbildung haben ökologische Inhalte erst spät und in beschränktem Umfang Eingang gefunden. Die Bauernverbände haben lange Zeit das stereotype Bild vom Bauern als bestem Umweltschützer 'qua Beruf' hochgehalten, ohne differenziert auf ökologische Anforderungen einzugehen. Die Agrarwissenschaften erweckten in weiten Bereichen den Eindruck, ökologische Probleme, sofern sie denn zugestanden wurden, ließen sich technisch lösen. Schließlich wiegt sogar der Gesetzgeber mit der Landwirtschaftsklausel im Bundesnaturschutzgesetz die Landwirte in Sicherheit.

Meine zweite These zur Erklärung einer landwirtschafts-spezifischen Rezeption des ökologischen Diskurses besagt, daß die Landwirte ökologische Kritik an der Landwirtschaft auf der Basis ihres gesellschaftlichen Bewußtseins interpretieren (vgl. Kapitel 4). Die gesellschaftliche Lage der Landwirtschaft in der Bundesrepublik ist bestimmt durch ein Netz ökonomischer, politischer, sozialer und kultureller Abhängigkeitsbeziehungen. Innerhalb der fordistischen Strukturen der Gesellschaft ist die Landwirtschaft als Produzent billiger Nahrungsmittel und als Konsument verschiedener Produktionsmittel in die industrielle Wachstumsdynamik integriert (vgl. 4.1). Ich habe die Einbindung der Landwirtschaft in wirtschaftliche und politische Strukturen beschrieben (vgl. 4.2.1 und 4.2.2) und ihre Auswirkungen auf die soziale Lage der bäuerlichen Bevölkerung diskutiert (vgl. 4.2.3).

Viele Bauern haben in dieser Situation ein ausgeprägtes Bewußtsein gesellschaftlicher Randständigkeit entwickelt (vgl. 4.3). Sie sehen unsere Gesellschaft ganz an den Interessen der Industrie ausgerichtet, der gegenüber die Landwirtschaft als kleine Minderheit kaum mehr wirtschaftliche Bedeutung und zu wenig politische Macht habe. Wirtschaftlicher und politischer Druck habe sie in die Fehlentwicklungen hinsichtlich Überschüssen und Umweltproblemen hineingezwungen. Das ungünstige Bild von der Landwirtschaft in der Öffentlichkeit sei deshalb ungerecht und diskriminierend.

Gerade im ökologischen Diskurs erkennen sie nun eine Entwicklung, mit der das negative Bild der Landwirtschaft von neuem belebt wird. Die Bauern sehen sich pauschal als Verschmutzer der Landschaft und als potentielle Vergifter von Nahrungsmitteln hingestellt, obwohl sie kaum anderes tun, als die erlernten Produktionsmethoden anzuwenden. Diese Situation empfinden sie offensichtlich als typisch für ihre Lage in einer Gesellschaft, die ihre Leistung noch nie richtig zu schätzen gewußt hat: "Der Naturschutz wird oft auch als ein Stellvertreter jener 'modernen Welt der Städte' angesehen, in der die Landwirtschaft keinen Platz mehr besitzt" (Kölsch & Dettmer 1989: 120).

Obwohl die Bauern sich in den letzten Jahren in hohem Maße den gesellschaftlichen Forderungen nach Modernisierung der Produktion und der Lebensweise angepaßt haben, sind sie stets kritisiert worden - ob nun für zuviel (Überschüsse) oder für zuwenig Anpassung (zu kleine Betriebe). So haben sie den Eindruck gewonnen, grundsätzlich zum Sündenbock für gesellschaftliche Probleme und zum 'Buhmann der Nation' gemacht zu werden. Ihre Abwehr ökologischer Kritik wird dadurch zugleich zu einer Abwehr der unersättlichen, widersprüchlichen und oft wechselnden Ansprüche einer als übermächtig erlebten Gesellschaft.

Die agrarsoziologische Forschung ist diesem Zusammenhang zwischen ökologischem und gesellschaftlichem Bewußtsein der Bauern bisher kaum nachgegangen. Nur Kölsch und Dettmer (1989) gehen explizit darauf ein und kommen zu einer ähnlichen Einschätzung:

"Zusammenfassend zeigen die Ansichten zur Umweltproblematik auf, daß die Nitratproblematik als Teil der ungelösten gesellschaftlichen Frage nach der Integration der Landwirtschaft in die Industriegesellschaft gesehen wird. Die Spannungen zum Naturschutz, die Angst vor Enteignungen weisen auf die fehlende Integration der Landwirte in die Gesellschaft hin" (144).

Meine Befragungsergebnisse sprechen eindeutig für diese beiden Thesen zur Erklärung einer landwirtschafts-spezifischen Rezeption des ökologischen Diskurses. In der übrigen agrarsoziologischen Forschung finden sich zumindest vereinzelt Belege dafür. Zusammengenommen besagen die beiden Thesen: Die Distanz der Bauern zu Umweltforderungen an die Landwirtschaft wird durch die Strukturen des ökologischen Diskurses begünstigt und entwickelt sich in Verbindung mit dem Bewußtsein gesellschaftlicher Randständigkeit der Landwirtschaft zu einer berufsgruppenspezifischen Verteidigungshaltung. Diese Überlegungen lassen sich im Vergleich mit den Ergebnissen einer ähnlich angelegten Untersuchung zum Umweltbewußtsein von Industriearbeitern einer weiteren Prüfung unterziehen.

6.2.3 Vergleich unterschiedlicher Rezeptionsmuster des ökologischen Diskurses bei Bauern und Industriearbeitern

Ein Vergleich meiner Thesen zum bäuerlichen Umweltbewußtsein mit der Studie von Heine und Mautz (1989) über ökologische Haltungen von Industriearbeitern (vgl. 2.1.3) bietet sich aufgrund des ähnlichen Forschungsansatzes an. Ihre einleitende Untersuchungsfrage lautet: "Haben Industriefacharbeiter besondere Probleme mit dem Umweltthema?" (11ff) Vor allem bei den Arbeitern in der Chemie-Industrie, die durch spektakuläre Unfälle und erhebliche Schadstoffbelastung auch im Normalbetrieb in den Brennpunkt öffentlicher ökologischer Kritik geraten ist, vermuten die Autoren eine spezielle Problemlage:

"Die exponierte Stellung, die die Chemie bzw. die Chemische Industrie als Zielscheibe des ökologischen Diskurses einnimmt, gibt der Annahme einige Plausibilität, daß diejenigen, die ihren Lebensunterhalt mit der

Arbeit in einem Chemieunternehmen verdienen, besondere Akzeptanzprobleme mit dem ökologischen Diskurs haben und das Umweltthema in einer spezifischen, durch ihre 'Chemieproduzenten'-Rolle eingefärbten Weise rezipieren" (150).

Die Arbeiter befinden sich, so die Ausgangsthese von Heine und Mautz, in einer gespaltenen Interessenlage: Auf der einen Seite lege ihr "Reproduktionsinteresse" (als Konsument und Familienvater z.B.) einen Anschluß an den ökologischen Diskurs nahe. Auf der anderen Seite stünde dem das "Arbeitsplatzinteresse" (das Ziel des Arbeitsplatzerhalts auf hohem Lohnniveau) angesichts möglicher ökologisch bedingter Produktionseinschränkungen entgegen. Die Autoren erwarten deshalb eine "widersprüchliche" oder "ambivalente" Rezeption des ökologischen Diskurses durch die Industriefacharbeiter (18f): Entweder würden sie generell auf Distanz dazu gehen oder "seine Nicht-Anwendung auf die Bereiche (oder den Bereich) einschränken, in dem eigene Gegeninteressen ins Spiel kommen" (23).

Die Thematisierung von Umweltbewußtsein über die Akzeptanz des ökologischen Diskurses und die darauf aufbauenden Thesen sind mit meiner eigenen Argumentation vergleichbar. Neben einer landwirtschafts-spezifischen erscheint auch eine industriefacharbeiter-spezifische Rezeption des ökologischen Diskurses plausibel. Zur Überraschung der Autoren zeigen die befragten Arbeiter jedoch keine spezifische Distanz, sondern haben sich "die wesentlichen Wahrnehmungs- und Bewertungsstandards des ökologischen Diskurses zu eigen gemacht" (199). Selbst die ökologische Kritik an der Industrie als Hauptverursacher von Umweltproblemen wird von den Befragten geteilt (200). Wir beobachten also trotz einer ähnlichen Ausgangslage - Konfrontation einer Berufsgruppe mit ökologischer Kritik - ganz unterschiedliche Reaktionen bei Landwirten und Industriefacharbeitern.

Die Suche nach den Gründen für diese unterschiedlichen Rezeptionsweisen des ökologischen Diskurses gibt weitere Aufschlüsse über das bäuerliche Umweltbewußtsein. Die Ankoppelung der Industriefacharbeiter an den ökologischen Diskurs basiert in erster Linie, so läßt sich der Studie von Heine und Mautz entnehmen, auf der Integration der ökologischen Kritik in den "industriepolitischen Grundkonsens" (97ff). Dieser Konsens beruht auf den Prinzipien der industriellen Technik und des wirtschaftlichen Wachstums als Grundlage für steigenden Wohlstand, möglichst viele Arbeitsplätze und gesellschaftlichen Fortschritt. Entgegen den fundamentalistischen Forderungen mancher Umweltschützer (z.B. nach Ausstieg aus dem Wachstumsdenken) gelingt es den Industriearbeitern offenbar, den ökologischen Diskurs mit einem variierten Grundkonsens zu vereinbaren: "In die Wahr-

nehmung der Industriegesellschaft wird auch ökologische Kritik eingebaut, ohne doch die Grundlagen des industriepolitischen Konsenses grundsätzlich in Frage zu stellen" (132).

Als zentrales Bindeglied erweist sich der "ökologische Technikoptimismus" der befragten Arbeiter, d.h. "die optimistische Erwartung, die technische Entwicklung stelle immer vollkommenere Mittel bereit, um der industriellen Umweltbelastung Herr zu werden" (119). Zwar scheint der "Glaube an die technische Omnipotenz" (124) spätestens seit der Katastrophe von Tschernobyl erschüttert zu sein, doch hofft man auf die regelnde Funktion von politischen Auflagen (120) und ist optimistisch beispielsweise im Hinblick auf die Entwicklung alternativer Energiequellen (128). Die Autoren vermuten in diesem Technikoptimismus einen "facharbeiterspezifischen Modus der Aneignung des Umweltproblems" (204). Doch was die Facharbeiter hier in subjektiv "nicht-widersprüchlicher, eigenständiger Synthese" (202) zu einem neuen Konsens zusammenfassen, dürfte von grundlegender Bedeutung für den ökologischen Diskurs sein:

"Ankoppelung an den ökologischen Diskurs, auch wo er in Industriekritik und in die Möglichkeit mündet, in der eigenen beruflichen Existenz von ihm betroffen zu werden, und trotzdem Festhalten an einigen Grundelementen des industriepolitischen Konsenses (Wachstumsoption, Modernisierungsoption, Technikvertrauen)" (202).

Kennzeichnend für die neue Form des industriepolitischen Konsenses ist die unterschiedliche Beurteilung zweier Protagonisten des ökologischen Diskurses: der Umwelpartei 'Die Grünen' und der Umweltschutzorganisation 'Greenpeace' (133ff). Das Urteil über Greenpeace fällt bei etwa 70% der befragten Arbeiter uneingeschränkt positiv aus. Die Greenpeace-Aktionen werden - selbst wenn sie sich am Rande der Legalität bewegen - als kompetent, effizient, mutig und moralisch integer eingeschätzt. Die Grünen werden dagegen eher mit "Radikalismus ohne Kompetenz" (139) identifiziert und entsprechend negativ bewertet. Typisch für den neuen industriepolitischen Konsens ist, wie er

"sich in der Kritik an den Grünen, in der Zurückweisung ihrer 'Übertreibungen' und ihres (unterstellten) programmatischen Anti-Industrialismus äußert. Die Aktionen von Greenpeace bieten diese Angriffsfläche nicht, weil sie sich stets gegen konkrete (wirkliche oder vermeintliche) industrielle Umweltsünder richten" (139).

Im Rahmen meiner Deutung des ökologischen Diskurses folgt aus den Resultaten von Heine und Mautz: Die strukturellen Ungleichgewichte inner-

halb des ökologischen Diskurses stellen für die Industriefacharbeiter keine unüberwindliche Barriere dar, auch wenn ihr Arbeitsbereich, die chemische Industrie, ebenso wie die Landwirtschaft im Mittelpunkt ökologischer Kritik steht. In einer neuen, durchaus eigenständigen Weise verbinden sie ökologische Kritik mit ihrem bisherigen gesellschaftlichen Deutungsmuster, das Wohlstand durch wirtschaftliches Wachstum und technischen Fortschritt gewährleistet sieht. Dabei verliert die ökologische Kritik ihre Schärfe, bleibt jedoch bewußtseinsprägend. In der Verbindung mit dem industriepolitischen Grundkonsens stabilisiert sie sich in neuer Form.

Auch für die Bauern sollte die Distanz zum ökologischen Diskurs nicht unüberbrückbar sein. Die Voraussetzungen für einen entsprechenden Technikoptimismus dürften auch in der Landwirtschaft gegeben sein. Offenbar liegt ihre Abwehrhaltung weniger in den Strukturen des ökologischen Diskurses begründet als in der spezifischen Ausprägung ihres gesellschaftlichen Bewußtseins. Landwirte wie Facharbeiter begegnen der ökologischen Kritik auf der Basis ihres bisherigen Gesellschaftsverständnisses. Der industriepolitische Konsens, der den Facharbeitern die Integration ökologischer Ansprüche ermöglicht, wird aber - und das scheint mir der entscheidende Unterschied zu sein - von den Landwirten nicht geteilt. Ihre gesellschafts-politische Haltung ist im Gegenteil gerade von dem Bewußtsein geprägt, als Berufsgruppe von diesem Konsens ausgeschlossen zu sein bzw. nur indirekt daran zu partizipieren (vgl. 4.3).

Grundsätzlich akzeptieren die Bauern diesen Grundkonsens als Basis des allgemeinen gesellschaftlichen Wohlstandes. Sie selbst fühlen sich aber als Opfer dieser ganz an den Interessen der Industrie ausgerichteten Strategie. Damit bleiben sie sowohl gegenüber dem ökologischen Diskurs als auch gegenüber dem industriepolitischen Konsens auf Distanz. Der ökologische Diskurs erscheint ihnen ja gerade - und damit bestätigen sie indirekt die Interpretation von Heine und Mautz - als Teil der herrschenden gesellschafts-politischen Orientierung. Sie sitzen damit in einer doppelten 'Bewußtseins-Falle': Im Unterschied zu den Industriearbeitern erleichtert ihnen die Verbindung von ökologischen und industriepolitischen Positionen nicht die Akzeptanz des ökologischen Diskurses. Vielmehr bestärkt sie sie in ihrem Gefühl gesellschaftlicher Marginalisierung und in ihrer Ablehnung beider - ökologischer und industriepolitischer - Forderungen.

Für die Abwehrhaltung der Bauern gegen den ökologischen Diskurs gibt es viele Gründe. Das entscheidende Hindernis aber, so schließe ich, liegt nicht in ökologischen Fragen und ökologischer Kritik selbst, sondern in deren Verbindung mit dem bäuerlichen Bewußtsein gesellschaftlicher Randständigkeit. Erst in dieser Verknüpfung wird der ökologische Diskurs von

den Landwirten als eine existenzielle Bedrohung wahrgenommen und entsprechend ablehnend beurteilt und behandelt. Der Weg zu einer entscheidenden Veränderung bäuerlichen Umweltbewußtseins führt deshalb über die Überwindung dieser Haltung. Damit rückt wieder die Frage nach der Integration der bäuerlichen Bevölkerung in die Industriegesellschaft (vgl. Kapitel 4) in den Mittelpunkt meiner Betrachtungen. Meine Folgerungen richten sich auf Möglichkeiten zur Verbesserung der gesellschaftlichen Stellung der Landwirtschaft, um Vorbehalte der Bauern gegen ökologische Ansprüche abzubauen.

7 Schlußfolgerungen - Gesellschaftliches Ansehen als Bedingung ökologischen Handelns

Das gesellschaftliche Ansehen der Landwirtschaft wird in der agrarsoziologischen Forschung nur vereinzelt als Ansatzpunkt zur Förderung bäuerlichen Umweltbewußtseins gewürdigt. Meist stehen in den Studien Informationsstrategien und Anreizstrategien im Hinblick auf ökologisches Handeln im Vordergrund (7.1). Die Möglichkeiten einer Integrationsstrategie zur Hebung des gesellschaftlichen Ansehens der Landwirtschaft werden wohl auch deshalb unterschätzt, weil in den Agrarwissenschaften selbst die Vorstellung von der 'Landwirtschaft als Sündenbock der Industriegesellschaft' verbreitet ist. Neuere Untersuchungen zum Image der Landwirtschaft zeigen aber, daß die Bevölkerung weitgehend Verständnis für die Situation der Bauern und Bäuerinnen aufbringt (7.2).

Meine Vorschläge zur gesellschaftlichen Integration der Landwirtschaft wenden sich sowohl an die bäuerliche Bevölkerung als auch an gesellschaftliche Instanzen (7.3). Zum Kristallisationspunkt eines neuen Verhältnisses zwischen Landwirtschaft und Gesellschaft könnte die Naturerfahrung in der bäuerlichen Arbeit werden (7.4). Wie kaum eine andere Tätigkeit bietet sie die Möglichkeit, Erfahrungen im Umgang mit der Natur zu sammeln und menschliche Bedürfnisse mit ökologischen Anforderungen abzustimmen. Die bäuerliche Arbeit könnte wichtige Erkenntnisse vermitteln in Fragen, die unsere ganze Gesellschaft berühren. Die bäuerliche Bevölkerung könnte darüber neue Identifikationsmöglichkeiten und neue Anerkennung finden.

7.1 Strategien zur Förderung bäuerlichen Umweltbewußtseins

Die agrarsoziologische Literatur zum bäuerlichen Umweltbewußtsein beschäftigt sich vor allem mit Informations- und Anreizstrategien. Seltener finden sich Hinweise auf Verbotsstrategien oder auf die Bedeutung der ge-

sellschaftlichen Anerkennung der Landwirtschaft. Oft schon zeigt die Fragestellung der jeweiligen Studie, daß es vornehmlich um Maßnahmen zur Verbesserung der Information der Landwirte geht. Fietkau et al. (1982) und Hülsen (1982) haben explizit die Entwicklung von Informationsstrategien von Landwirten zum Ziel. Wentingmann (1988) untersucht die Wirksamkeit von Lernprozessen auf den verschiedenen Stufen des landwirtschaftlichen Ausbildungssystems. Andere Studien richten sich allgemeiner darauf, "Ansatzstellen für Strategien aufzuzeigen, die einer weiteren Verankerung von umweltorientiertem Verhalten in der Landwirtschaft dienen können" (Rau 1989: 2; ähnlich Bendixen 1984). Konkret schlagen die Autoren und Autorinnen verschiedene Elemente einer ökologisch orientierten Informationsstrategie vor:

- **Praxisnahe Information:**
Wiederholt wird gefordert, Informationen so aufzubereiten, "daß der Landwirt daraus unmittelbare Handlungskonsequenzen ableiten kann" (Fietkau et al. 1982: 161; vgl. auch Hülsen 1982: 95). Die Informationen sollen an den betrieblichen Gegebenheiten orientiert sein (Wentingmann 1988: 161ff) und an vorhandene Ansätze zu umweltverträglichem Handeln anknüpfen (Bendixen 1984: 76).
- **Handlungsorientiertes Lernen in Projekten:**
Besonders nachhaltige Lerneffekte werden erwartet von Projektarbeit an praktischen Beispielen (Wentingmann 1988: 160f) und von anschaulichen Demonstrationen, z.B. in ökologischen Versuchsgeländen (Fietkau et al.: 167; Hülsen 1982: 94). Denn insbesondere die unmittelbare Beobachtung der Wirkungen bestimmter Verhaltensformen (Rückkopplungseffekt) ermögliche handlungsorientiertes Lernen.
- **Diskussionszusammenhänge herstellen:**
Für alle Informationsstrategien beachtenswert erscheint der Vorschlag von Fietkau et al. (1982), "Umweltinformationen an die Landwirte nicht im Sinne von Ergebnisvermittlung heranzutragen, sondern Diskussionszusammenhänge herzustellen, Arbeitskreise zu schaffen, ..." (170).
- **Wandel ethischer Werte:**
Vor dem Hintergrund der bisherigen Überlegungen ist dagegen die Forderung von Hülsen (1982: 93f) nach einem Wandel der ethischen Werte und sozialen Normen mit Hilfe der Massenkommunikation oder über eine "Einführungselite" eher skeptisch zu beurteilen.
- **Fortbildung von Multiplikatoren:**
Verschiedentlich wird darauf aufmerksam gemacht, daß sich Informationsstrategien auch an die Träger und Verbreiter von Informationen für

die Landwirte, z.B. an Journalisten der Fachpresse, an Ausbilder in den Fachschulen und an landwirtschaftliche Berater wenden sollten (Fietkau et al. 1982: 169; Hülsen 1982: 95; Bendixen 1984: 82).

Die empfohlenen Informationsstrategien zielen auf verschiedene Bereiche von Ausbildung und Beratung der Landwirte. Umweltrelevante Informationen können auf jeder Stufe dieses Systems erfolgen, sie sollten aber aufeinander abgestimmt und miteinander verbunden sein. Erforderlich ist deshalb ein integriertes Konzept zur Ausbildung und Beratung der Landwirte in ökologischen Fragen.

Anreizstrategien lassen sich nach materiellen oder immateriellen Handlungsstimuli unterscheiden. Materielle Anreizstrategien (vgl. Rau 1989: 185) können umweltorientiertes Verhalten belohnen (z.B. über Prämien oder Gebührenermäßigungen) oder umweltschädigendes Verhalten bestrafen (z.B. durch zusätzliche Abgaben). So könnte man etwa überlegen, die Gebühren für die Kontrolle der Feldspritzgeräte oder für Bodenuntersuchungen zu reduzieren. Auf der anderen Seite werden in der agrarpolitischen Diskussion Abgaben für umweltbelastende Betriebsmittel (Stickstoffdünger, Pflanzenschutzmittel) erwogen. Fietkau et al. (1982: 167f) verweisen allgemein auf steuer- und subventionspolitische Instrumente. Direkte Ausgleichszahlungen könnten gleichzeitig umweltfreundliches Handeln anregen und die Einkommenssicherung gewährleisten.

Immaterielle Handlungsanreize operieren mit sozialer Anerkennung (hier vor allem im Fach- und Kollegenkreis) als Belohnung für umweltorientiertes Handeln (Fietkau et al. 1982: 168f). Vorgeschlagen werden entsprechende Preise, Urkunden oder Plaketten (vgl. auch Rau 1989: 184f). Ein Programm, 'Unser Dorf schont die Umwelt', in Analogie zu Konzepten der Dorfverschönerung, könnte Anreize zu kollektivem Handeln schaffen (Fietkau et al. 1982: 168f).

Die meisten Vorschläge folgen dem Prinzip, umweltorientiertes Handeln zu belohnen. Bestrafungs- und Verbotsstrategien werden eher zwiespältig beurteilt. Mit Verhaltensvorschriften, so argumentiert Rau (1982: 185), ließen sich Anforderungen zwar am wirkungsvollsten durchsetzen, doch würden sie zugleich hohe Überwachungskosten verursachen und die bäuerliche Abwehrhaltung verstärken. Es müsse deshalb in jedem einzelnen Fall entschieden werden, "ob der zu erwartende positive Effekt einer Verhaltensvorschrift ihre Nachteile aufwiegt" (186). In den meisten Studien wird auf Verbotsstrategien gar nicht eingegangen.

Programme zur Förderung ökologischen Denkens und Handelns in der Landwirtschaft werden sowohl auf Informationsstrategien als auch auf An-

reizstrategien zurückgreifen müssen, aber auch Verbotsstrategien dürften sich nicht immer vermeiden lassen. In der Einschätzung dieser Strategien stimme ich den referierten Positionen der agrarsoziologischen Forschung weitgehend zu. Die Ergebnisse meiner Studie lassen daneben eine andere Strategie als besonders wichtig erscheinen, nämlich eine Integrationsstrategie zur Stärkung des gesellschaftlichen Ansehens der Landwirtschaft. Ich behaupte nicht die bäuerliche Bevölkerung sei zur Zeit desintegriert. Sie hat sich im Gegenteil in weiten Bereichen dem sozialen Wandel angepaßt und in die gesellschaftlichen Strukturen eingefügt. Auch die wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeitsbeziehungen der Landwirtschaft zum industriell-kapitalistischen Gesellschaftsbereich sind Ausdruck dieser Integration. Doch haben viele Bauern in diesem Prozeß ein Bewußtsein gesellschaftlicher Randständigkeit entwickelt, auf dessen Grundlage sie nun auch ökologische Fragen wahrnehmen und beurteilen (vgl. 6.2.2).

Aktives Umweltschutzverhalten, so meine These, läßt sich nur über eine positives gesellschaftliches Selbst- und Fremdbild der bäuerlichen Bevölkerung erreichen. Informations-, Anreiz- und Verbotsstrategien allein, so ist zu befürchten, drängen die Landwirte in die richtige Richtung, ohne sie wirklich davon überzeugen zu können. Diese Strategien erfordern ständig Druck und Kontrolle von seiten der Gesellschaft und dürften das bäuerliche Bewußtsein gesellschaftlicher Randständigkeit eher noch verstärken. Nur auf der Grundlage gesellschaftlicher Achtung können Bauern und Bäuerinnen ökologische Leistungen als Beitrag zur individuellen und gesellschaftlichen Weiterentwicklung wahrnehmen. Verbunden mit sozialer Anerkennung können sie selbst eine entsprechende Handlungsmotivation gewinnen.

Kölsch und Dettmer (1989) heben ebenfalls hervor, daß "die Umweltproblematik nicht von der sozialen Frage in der Landwirtschaft zu trennen" (220) ist. Ihre Vorschläge münden jedoch in die Polarisierung einer mit Verbotsstrategien zu belegenden wachstumsorientierten Landwirtschaft einerseits und einer zu belohnenden naturorientierten Landwirtschaft andererseits, die für die Mehrheit der Landwirte nur eine Art 'Umerziehungsperspektive' bietet. So fordern die Autoren für einen Typ von Landwirten, wie ihn vermutlich ein erheblicher Teil meiner Untersuchungsgruppe repräsentiert:

"Der Typ des traditionellen Landwirts muß aus seinem 'falschen' Bewußtsein emanzipiert werden. Er muß die Widersprüche zwischen seinen traditionellen Werten und der diese Werte zerstörenden Übernahme moderner Standards in der Produktion erkennen, um dann bewußt umweltverträgliche Produktionsweisen zu praktizieren" (220).

Dieser rigide Anspruch enthält kaum selbstbestimmte Lernmöglichkeiten für die Landwirte und würde wahrscheinlich viele von ihnen erneut in eine Abwehrhaltung drängen.

In den anderen agrarsoziologischen Studien werden Strategien mit Bezug auf das gesellschaftliche Ansehen der Landwirtschaft nur vereinzelt angesprochen. Es wird hingewiesen (Hülsen 1982: 98; Bendixen 1984: 85) auf die Ausweitung des direkten Kontakts zwischen landwirtschaftlichen Produzenten und Verbrauchern bei arrangierten Begegnungen (z.B. Diskussionsveranstaltungen mit Nicht-Landwirten oder einem 'Tag der offenen Tür' in landwirtschaftlichen Betrieben) oder im Rahmen von Alltagsgesprächen (etwa bei Direktvermarktung oder 'Urlaub auf dem Bauernhof'). In den Studien der Agrarsozialen Gesellschaft wird grundsätzlich die Notwendigkeit einer breiten öffentlichen Auseinandersetzung betont (Hülsen 1982: 98), um Gegensätze abzubauen und wechselseitiges Verstehen zu fördern (Bendixen 1984: 86). Das Erfordernis, bäuerliche und nicht-bäuerliche Gruppen gemeinsam in eine Integrationsstrategie einzubinden, steht auch im Mittelpunkt meiner Forderungen (vgl. 7.3). Zunächst will ich auf der Basis verschiedener Forschungsergebnisse und sozialwissenschaftlicher Interpretationen klären, welche Bereitschaft dafür in der bundesdeutschen Bevölkerung zu erwarten ist.

7.2 Sündenbock oder Sympathie? Das Bild der Landwirtschaft in der Gesellschaft

Gesellschaftlicher Integration auf der Basis gegenseitiger Achtung erfordert von beiden Seiten, von Landwirtschaft und Gesellschaft, die Bereitschaft zur Verständigung und Zusammenarbeit. Die empirischen Ergebnisse zeigen bei den Bauern Anzeichen von Abwehr und Aufgeschlossenheit nebeneinander (vgl. 4.3). Welches Merkmal sich in Zukunft verstärken wird, hängt entscheidend von der Haltung der nicht-landwirtschaftlichen Bevölkerung ab. An der Verständigungsbereitschaft der Bevölkerung gegenüber der Landwirtschaft sind in den letzten Jahrzehnten auch von wissenschaftlicher Seite erhebliche Zweifel geäußert worden. Große Beachtung hat etwa der Vortrag des Sozialpsychologen Brocher aus dem Jahr 1970 über die Land-

wirte als "Grüne Sündenböcke der Industriegesellschaft" gefunden⁹⁸. Brocher diagnostiziert die "Abwehr gegen eine bewußte Anerkennung der realen Probleme des Landwirts" (20) bei großen Teilen der Bevölkerung und sucht die Ursachen für Spannungen im Verhältnis von Landwirtschaft und Gesellschaft allein außerhalb der Landwirtschaft. Er hat damit bereits vor 20 Jahren in zugespitzter Form Thesen formuliert, wie sie heute das Selbstbild der Bauern prägen.

Brocher setzt an der "Unterbewertung landwirtschaftlicher Leistungen" (11) in der Industriegesellschaft an. Er beschreibt damit sicherlich ein wichtiges Merkmal der fordistischen Gesellschaft (vgl. 4.1). Seine weiteren Befunde einer "irrationalen Abweisung der berechtigten Forderungen der Landwirtschaft" (11) oder einer "mangelnde(n) Verständigungsbereitschaft weiter Bevölkerungskreise" (18) sind jedoch wenig differenziert. Die soziopsychologische Interpretation dieser Haltung als Ausdruck der Identitätsprobleme und der unbewältigten Allmachtsgefühle "des naiv technikgläubigen Menschen der Industriegesellschaft" (18) erscheint überspitzt. Sie wird durch keinerlei Materialanalysen begründet und mündet in der polemischen Benennung des Motivs: "Neid, schlichter blanker Neid" (19). Angeblich möchten diese Menschen "unbewußt dem Landwirt gegenüber Vergeltung üben für alles, was man selbst glaubt verloren zu haben und tatsächlich weitgehend verloren hat" (21). Die Landwirte werden in Brochers Interpretation in eine Opferrolle gedrängt, aus der es offenbar kaum ein Entrinnen gibt: Denn wie soll eine gesellschaftliche Minderheit gegen die auf sie gerichteten unbewußten und irrationalen Projektionen der gesellschaftlichen Mehrheit ankommen?

Anfang der achtziger Jahre haben die Agrarsoziologen Ziche und Kromka Brochers Interpretation weitergeführt und in Zusammenhang mit der Ökologie-Bewegung gebracht (Ziche & Kromka 1982, Kromka 1982). Sie deuten die ökologische Kritik als Prozeß der Stereotypisierung der Landwirtschaft zum 'Land-Feind':

"Dabei vermehren sich in einem sich selbstverstärkenden Prozeß die Vorwürfe gegen die Landwirtschaft; gleichzeitig werden die Formulierungen immer gröber und damit den tatsächlichen Problemen immer weniger gerecht" (Ziche & Kromka 1982: 109).

⁹⁸ Brocher hielt den Vortrag anläßlich der Mitgliederversammlung zum zehnjährigen Bestehen der Informationsgemeinschaft für Meinungspflege und Aufklärung e.V. (IMA). Die IMA betreibt Öffentlichkeitsarbeit im Auftrag verschiedener landwirtschaftlicher Verbände und Institutionen. Vorstandsvorsitzender der IMA ist der Präsident des Deutschen Bauernverbandes. Die Untersuchung von Brocher zählt laut Selbstdarstellung zu "den Grundlagen der IMA-Arbeit" (Pacyna 1988: 72).

Die Landwirtschaft werde vor allem von intellektuellen Gruppen zum Sündenbock abgestempelt:

"Es ist nur folgerichtig, wenn sich Teile der Öffentlichkeit, vornehmlich solche, die sich für die 'kritische Intelligenz' halten, nach und nach ein 'Freund-Feind-Bild' konstruieren, in dem der 'Land-Wirt' als 'Land-Feind' schlechthin erscheint" (109f).

Durch ihre eigene Befragung der Bevölkerung der bayerischen Mittelstadt Freising können die Autoren diese Interpretation freilich kaum stützen. Denn die Freisinger haben überwiegend eine recht gute Meinung von den Bauern: "Die globalen Züge des Stereotyps der Landwirte sind - wie gezeigt wurde - noch weitgehend positiv", resümiert Kromka (1982: 168) selbst. Sie zeigen sich zwar sensibel für ökologische Gefahren der Landwirtschaft (166f), doch geben sie nur selten den Bauern die Schuld für Fehlentwicklungen (168). Dennoch meinen die Autoren, die bäuerliche Bevölkerung warnen zu müssen: Die breite Wertschätzung der Landwirtschaft sei "trügerisch" (Ziche & Kromka 1982: 113), Optimismus sei "keinesfalls angebracht" (115).

Diese Deutung beruht meiner Ansicht nach weniger auf einer empirisch belegbaren Abwehrhaltung der Bevölkerung gegenüber der Landwirtschaft, als vielmehr auf der Opposition der Autoren gegenüber der Ökologie-Bewegung. Zu deren Beschreibung greifen sie auf eine geradezu militaristische Ausdrucksweise zurück: Sie sprechen von den "Sturmzeichen der Ökobewegung" (Kromka 1982: 170), von den "direkten Gefahren des Angriffes" (169) oder von der "Neuen Grünen Front" (Ziche & Kromka 1982: 117), deren Stereotype "ideologischen Kampfwerkzeugen" (111) ähneln würden. Kromka (1982) sieht die Bauern gar im "Kampf gegen ungerechtfertigte negative Komponenten ihres Fremdbildes" (169), einem von seiten der Ökologie-Bewegung "nicht selten äußerst fanatisch geführte(n) Kampf" (167).

Schon die Rhetorik von Brocher ebenso wie von Ziche und Kromka kann der gesellschaftlichen Anerkennung der Landwirtschaft nicht dienlich sein. Aber auch ihre Interpretationen erscheinen leichtfertig angesichts der bei den Bauern ohnehin schon vorhandenen Neigungen, sich benachteiligt und ausgegrenzt zu fühlen. Neueren Befragungsergebnisse zum "Image der deutschen Landwirtschaft 1987" (IMA 1987) zufolge läßt sich die Interpretation von der Verständnislosigkeit weiter Teile der Bevölkerung gegenüber der Landwirtschaft nicht aufrechterhalten. Trotz anhaltender öffentlicher Kritik an der Landwirtschaft hat sich das Image der Landwirte in den letzten Jahren deutlich verbessert. Die bundesdeutsche Landwirtschaft befindet

sich im Aufwind einer breiten Sympathie und einer zunehmend realistischen Einschätzung ihrer wirtschaftlichen Probleme in der Bevölkerung. Im Gegensatz zu den Prognosen von Ziche und Kromka haben sich mit der Ökologie-Bewegung die positiven Züge im Fremdbild der Landwirtschaft verstärkt. Die Ergebnisse zeigen im einzelnen (laut IMA 1987):

- Die schlechte wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft wird von der Bevölkerung zunehmend realistisch eingeschätzt. 53% der befragten repräsentativen Bevölkerungsauswahl bezeichnen sie als "nicht so gut", "schlecht" oder "sehr schlecht". 51% der Befragten meinen, die Preise, die die Bauern bekommen, seien zu niedrig.
- Das Bild vom bundesdeutschen Landwirt ist überwiegend positiv. 60% der Befragten sagen, Deutschland habe im Vergleich mit anderen Ländern die besseren Landwirte. 80% von ihnen stimmen tendenziell⁹⁹ der Aussage zu: "Landwirte bzw. Bauern verdienen eigentlich Vertrauen".
- Trotz deutlicher Umweltkritik an der Landwirtschaft werden die Bauern selbst für verantwortungsbewußt im Umgang mit der Natur gehalten. So wünschen zwar 92% der Bevölkerung tendenziell, daß in der Landwirtschaft weniger gedüngt und 'gespritzt' wird, aber gleichzeitig stimmen 76% tendenziell der Aussage zu: "Die Landwirtschaft pflegt und erhält unsere Landschaft und Umwelt".
- Die Medien sind zur wichtigsten Informationsquelle über die Landwirtschaft geworden (nur 37% der Befragten gewinnen ihre Vorstellungen dazu aus eigener Beobachtung). Ihre Berichterstattung aber wird eher kritisch gesehen: 30% der Befragten finden die Landwirte zu negativ dargestellt.
- Die Bundesbürger sind bereit, etwas für eine umweltgerechte bäuerliche Landwirtschaft zu tun. 85% der Bevölkerung wollen lieber viele eher bäuerliche Betriebe als wenige eher industrielle Betriebe. 80% halten die Förderung einer umweltgerechten Landwirtschaft für gerechtfertigt, und 49% wären bereit "mehr Geld für Nahrungsmittel auszugeben, wenn dadurch in Deutschland mehr Bauernhöfe erhalten werden könnten".

Offenbar werden in der Bevölkerung die ökologischen Probleme, die mit bestimmten landwirtschaftlichen Produktionsverfahren verbunden sind, und deren Ursachen deutlich auseinandergehalten. Die Gründe werden nicht im Fehlverhalten der Bauern gesucht, sondern in den wirtschaftlichen und po-

⁹⁹ Die Befragten konnten ihre Einschätzung auf einer Skala mit sechs Punkten von 'Trifft sehr zu' bis 'Trifft weniger zu' abgeben. Ich habe hier und im folgenden als 'tendenzielle' Zustimmung die Anteile der drei oberen Skalenwerte zusammengefaßt, die leichte bis starke Zustimmung anzeigen.

litischen Zwängen der Landbewirtschaftung gesehen. Die Bauern können also trotz der ökologischen Kritik mit einem hohen Vertrauensvorschuß in der Bevölkerung rechnen. Damit sind die Bedingungen für eine Integrationsstrategie zur Hebung des gesellschaftlichen Ansehens der bäuerlichen Bevölkerung ausgesprochen günstig. Die ökologische Frage muß dabei keineswegs ausgeklammert werden. Sie könnte, wie ich später zeigen will (vgl. 7.4), sogar zur Basis eines neuen Verständigungsprozesses zwischen Landwirtschaft und Gesellschaft werden.

7.3 Ansatzpunkte einer Integrationsstrategie zur Förderung der gesellschaftlichen Anerkennung der Landwirtschaft

Die hier vorgeschlagene Integrationsstrategie zielt darauf, Spannungen zwischen Landwirtschaft und Gesellschaft abzubauen und künftige Konflikte zu vermeiden. Die Voraussetzungen dafür sind auf beiden Seiten gegeben. Die Bauern zeigen zwar Abwehrtendenzen gegen ökologische Kritik, doch scheinen sie in ihrer Haltung unsicher und sind gegenüber Umweltschutzmaßnahmen überwiegend aufgeschlossen (vgl. 6.1). Die Bevölkerung hat trotz hoher Sensibilität für die ökologischen Gefahren der Landwirtschaft Vertrauen in die Bauern und ist in ihrer überwiegenden Mehrheit bereit, eine umweltschonende bäuerliche Landwirtschaft zu unterstützen (vgl. 7.2). Doch ist von beiden Seiten ein aktiveres Engagement für die weitere Verständigung und Zusammenarbeit anzumahnen.

7.3.1 Chancen der Öffnung für die Landwirtschaft

Auf seiten der Landwirtschaft halte ich vor allem eine aktive Öffnung zur Gesellschaft hin für erforderlich. Bisher hat die bäuerliche Bevölkerung auf den gesellschaftlichen Anpassungsdruck mit zwei (hier sehr pauschal dargestellten) Strategien reagiert. Bis in die fünfziger Jahre versuchte der Bauernstand, seine noch beträchtliche Macht zu sichern und als Gruppe gemeinsam im Modernisierungsprozeß zu bestehen. Seit den sechziger Jahren trat diese berufsständische Strategie zurück hinter die einzelbetriebliche

Konkurrenz. Es wurde das Bestreben der einzelnen Betriebe gefördert, sich durch größtmögliche Modernisierung individuell im Konkurrenzkampf durchzusetzen, wobei man akzeptierte, daß der Berufsstand insgesamt schrumpfte. Durch eigene Leistung, durch Investitionen und viel Arbeit hoffte jeder für sich, schließlich zu jenen Betrieben zu gehören, die es schaffen würden.

Heute sind die Grenzen auch dieser individuellen Strategie abzusehen: Die unternehmerischen Möglichkeiten sind begrenzt. Die Schulden steigen. Viel mehr läßt sich kaum mehr arbeiten, und die Agrarpolitik droht weiterhin mit Preissenkungen. Zudem wird immer deutlicher, daß der Konkurrenzkampf kein Ende nimmt: Wer heute einen anderen Betrieb verdrängt, kann morgen durch den größeren Nachbarn selbst seiner beruflichen Existenz beraubt werden. In dieser Situation sehe ich eine neue strategische Chance darin, sich nicht weiter - ob nun gemeinschaftlich oder einzeln - gegen die Gesellschaft durchsetzen zu wollen, sondern mit ihr und mit den Berufskollegen gemeinsame Entwicklungsmöglichkeiten zu suchen. Für eine solche Strategie der Öffnung gibt es verschiedene Ansatzpunkte.

Wie die agrarsoziologischen Befragungsergebnisse zeigen, besteht zunächst erheblicher Bedarf an Information. Die Landwirte sollten sich selbst stärker über ökologische Fragen und allgemeine gesellschaftliche Entwicklungen unterrichten. Sie sollten aber auch die Öffentlichkeit über ihre Arbeits- und Lebensbedingungen in Kenntnis setzen. Informationen sollten so oft wie möglich mit persönlichen Gesprächen verbunden sein. In der direkten Begegnung entsteht am ehesten ein Lernprozeß auf beiden Seiten. Die Möglichkeiten dafür sind vielfältig: Direktvermarktung, 'Tag der offenen Tür', Betriebsbesichtigungen für Schulklassen, gemeinsame Diskussionsabende mit Verbrauchern usw.

Eine Strategie der Öffnung kann jedoch nur glaubwürdig sein, wenn entsprechende Handlungen sie begleiten. Zwar ist der Spielraum der Landwirte durch wirtschaftliche und politische Zwänge begrenzt. Doch dies wird ihnen von großen Teilen der Bevölkerung zugestanden (vgl. 7.2). Im Rahmen der Gegebenheiten kann aber von den Landwirten erwartet werden, daß sie vorhandene Spielräume im Sinne der Umwelterhaltung (z.B. Biotopschutz) nutzen, sich an Umweltschutzmaßnahmen (z.B. Ackerrandstreifenprogramm) beteiligen und Initiativen für eine umweltorientierte Landbewirtschaftung entwickeln. Das Spektrum möglicher Aktivitäten reicht von Verbesserung im Arbeitsalltag ('innovatives Handeln') bis zu agrarpolitischen Konzepten. Solche Handlungen und Anregungen werden oft nur beispielhaften oder symbolischen Charakter haben können. Doch sie signalisieren Handlungs- und Integrationsbereitschaft.

Schließlich sollten die Landwirte den Verbrauchern nach Möglichkeit Einblick in ihre Produktionsverfahren gewähren. Freiwillige Kontrollen, z.B. beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und Tierarzneimitteln, dürften mehr als andere Maßnahmen von der Ernsthaftigkeit einer Öffnungsstrategie überzeugen. Mit dem Programm 'Offene Stalltür' hat der Bayerische Bauernverband vor kurzem eine bemerkenswerte Initiative in dieser Richtung gestartet. Betriebe, die sich daran beteiligen, machen ihren Tierbestand freiwillig für Rückstandsuntersuchungen durch den Tiergesundheitsdienst Bayern zugänglich. Freiwillige Kontrollen können nicht nur Vertrauen schaffen. Sie erhöhen auch die Vermarktungschancen von Produkten, zum Beispiel in Verbindung mit einem Markenzeichen, und machen eventuell gesetzlich verfügte Kontrollen überflüssig.

Das Engagement für die Öffnung zur Gesellschaft wird die bäuerliche Bevölkerung weiter Kraft und Selbstüberwindung kosten. Dabei zeichnen sich bereits jetzt die hohen Belastungen und die Gefahr der Resignation in den bäuerlichen Familien angesichts der unablässig neuen Anforderungen der Gesellschaft ab (vgl. 4.4). Viele Bäuerinnen und Bauern scheinen der ständigen Anpassungserfordernisse müde zu sein. Angesichts immer neuer Ansprüche kann leicht das Gefühl der Überforderung entstehen. Vorhandene Chancen werden dann zum Teil nicht mehr gesehen oder nicht genutzt. Für die bäuerliche Bevölkerung wird viel davon abhängen, ob sich ihre Bereitschaft zur Öffnung auch in sozialer Anerkennung und wirtschaftlichem Erfolg niederschlägt. Diese Notwendigkeit wird in der Umweltdiskussion immer deutlicher erkannt. Gerade über die ökologische Frage kann die bäuerliche Bevölkerung neue Verbündete in der Auseinandersetzung mit wirtschaftlichen und politischen Zwängen und gegen die Gefahr der Existenzbedrohung gewinnen. Zweifellos sind ihre Handlungsmöglichkeiten jedoch begrenzt.

7.3.2 Klärung der Erwartungen und Leistungen der Gesellschaft an die Landwirtschaft

Die entscheidenden Ansatzpunkte und Handlungsnotwendigkeiten zur gesellschaftlichen Integration der Landwirtschaft auf der Basis gegenseitiger Anerkennung, die hier als Grundlage für eine umweltgerechte Landbewirtschaftung betrachtet wird, sehe ich auf seiten der Gesellschaft. Dies liegt nicht nur in der dominierenden Machtstellung gesellschaftlicher Instanzen gegenüber der bäuerlichen Bevölkerung begründet (vgl. 4.1 und 4.2). Die

ökologische Diskussion hat neues Interesse und neue Sympathie für die bäuerliche Landwirtschaft geweckt. Sie hat aber auch unterschiedliche und zum Teil widersprüchliche Erwartungen an die Landwirtschaft entstehen lassen. Seitens der Gesellschaft halte ich deshalb die Klärung des Leistungsverhältnisses zur Landwirtschaft für die vordringlichste Aufgabe. Sie umfaßt Leistungen und Gegenleistungen im Austausch zwischen Landwirtschaft und Gesellschaft.

Ich will die widersprüchlichen Erwartungen der Gesellschaft kurz am Beispiel des Ernährungsverhaltens verdeutlichen. Hier zeichnen sich zwei entgegengesetzte Entwicklungen ab. Auf der einen Seite wird, vor allem im Gefolge der ökologischen Diskussion, die Forderung nach hoher Qualität von Nahrungsmitteln erhoben, z.B. nach Naturbelassenheit, geringer chemischer Belastung oder viel Geschmack. Dafür mag die Sorge um die Gesundheit maßgeblich sein, aber auch die Wertschätzung für die Nahrung scheint gestiegen zu sein, und ein erheblicher Teil der Bevölkerung kann sich hohe Qualität leisten. Auf der anderen Seite finden billig produzierte und industriell verarbeitete Nahrungsmittel erhöhten Absatz, etwa in Großmarktketten oder in Fast-Food-Läden. Sie sollen wenig kosten, makellos aussehen und einfach und schnell zu verarbeiten sein. Diese Ansprüche haben ihre Ursachen zum Teil in Preisbewußtsein und geringem Einkommen, zum Teil aber auch in Gleichgültigkeit sowie Hetze und Zeitmangel. Industrielle und politische Strategien treiben diese Entwicklung voran, zum Beispiel durch das Lebensmittelrecht. Die großen Lebensmittelkonzerne verlangen landwirtschaftliche Produkte, die leicht zu transportieren, zu lagern, zu verarbeiten und zu verpacken sind.

In der Öffentlichkeit müssen sich die Landwirte also am Standard höchster Qualität messen lassen. Die Produktion entsprechender Nahrungsmittel ist bisher aber nur für eine Minderheit eine ökonomische Alternative. In der Mehrheit müssen sie dagegen weiterhin möglichst billige und industriegerechte Produkte abliefern. Auch in bezug auf die zweite zentrale Aufgabe der Landwirtschaft, nämlich die Erhaltung und Pflege der Kulturlandschaft, sind die gesellschaftlichen Erwartungen mehrdeutig. Der Umfang von Naturschutzgebieten, das Ausmaß notwendiger Produktionsauflagen in Wasserschutzgebieten, der ökologische Nutzen von Flächenstilllegungen und viele andere Fragen sind innerhalb der Gesellschaft, zum Teil sogar zwischen den Naturschutzverbänden umstritten.

Vordringlich sind deshalb die Aufgaben zu konkretisieren, welche die Landwirtschaft in der Gesellschaft erfüllen soll. Man kann nicht mehr von der Situation der Nachkriegsjahre ausgehen, die die Aufgabenbestimmung für die Landwirtschaft immer noch zu leiten scheint. Sodann stellt sich die

Frage, welche Form der Landbewirtschaftung diese Aufgaben am besten erfüllen kann. Auch hier ist das Spektrum der Konzepte breit: Es reicht von Segmentierungskonzepten, die die Landwirtschaft in einen nahrungsmittelproduzierenden, intensivierten Zweig und einen landschaftserhaltenden, extensivierten Zweig aufspalten wollen (vgl. die Darstellung bei Sauer 1990), bis hin zu Vorschlägen für die allgemeine Verbreitung des alternativen Landbaus (Bechmann 1987). Auf einer dritten Stufe ist schließlich zu klären, mit welchen politischen Maßnahmen eine entsprechende Landbewirtschaftung erreicht und gesichert werden kann. Auch hierzu gibt es vielfältige Vorstellungen vor allem in bezug auf preis- und einkommenspolitische Maßnahmen, zum Beispiel Vorschläge für gestaffelte Preise oder direkte Einkommenszahlungen.

Ich kann aus meiner Studie keine konkreten Konzeptvorschläge ableiten. Eine industrialisierte Landwirtschaft bildet, auch im Rahmen einer großbäuerlichen Struktur, für die von mir befragten Bauern keine Perspektive. Auf der anderen Seite dürfte auch der alternative Landbau für die meisten von ihnen keine realistische Alternative darstellen. Mit einer Zukunft als bloße Landschaftspfleger würden sich viele ebenfalls nicht anfreunden können. Die Bereitschaft zu einer extensiveren Bewirtschaftung auf der ganzen Fläche scheint mir dagegen hoch zu sein. Die Bauern würden dabei vermutlich verschiedene preis- und einkommenspolitische Maßnahmen akzeptieren, solange sie ihnen die berufliche Existenz sichern.

Zwei Forderungen an eine gesellschaftliche Strategie der Klärung des Leistungsverhältnisses zur Landwirtschaft möchte ich mit den Ergebnissen der Studie verbinden. Erstens braucht die bäuerliche Bevölkerung - unabhängig davon, welches Konzept gewählt wird - so bald wie möglich Gewißheit über ihre berufliche Zukunft. Bauern und Bäuerinnen erscheinen zutiefst verunsichert über die künftigen Existenzchancen ihrer Betriebe (vgl. 4.4). Die Unsicherheit über die Hofnachfolge ist ein eindeutiger Beleg für fehlende Zukunftsperspektiven in der Landwirtschaft. Der dramatische Rückgang an Auszubildenden im Beruf 'Landwirt' zeigt, daß viele Hofnachfolger im Betrieb keine Zukunft sehen und daß viele Betriebsleiterehepaare ihre Kinder nicht auf diese ungewisse Existenz verpflichten wollen. Das Bewußtsein gesellschaftlicher Randständigkeit und die damit verbundene Abwehrhaltung gegen ökologische Kritik stehen in unmittelbarer Wechselwirkung mit der Existenzunsicherheit. Soziale Anerkennung, Aufgeschlossenheit in ökologischen Fragen und berufliche Sicherheit sind im bäuerlichen Bewußtsein eng miteinander verbunden und lassen sich nur gemeinsam lösen. Das Vorantreiben gesellschaftlicher Entscheidungen über das künftige Leistungsverhältnis zwischen Landwirtschaft und Gesellschaft

gehört deshalb zu den Voraussetzungen für umweltorientiertes Handeln in der Landwirtschaft.

Solche Entscheidungen lassen sich nicht sofort treffen. Sie bedürfen eines längeren Prozesses der Information und Diskussion zwischen landwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Instanzen. Viele Spannungen im Verhältnis von Landwirtschaft und Gesellschaft sind zudem als Ausdruck von Übergangserscheinungen der fordistischen Gesellschaft strukturell bedingt (vgl. 4.1). Sie sind in allgemeine gesellschaftliche Wandlungsprozesse eingebunden und können nur begrenzt agrarpolitisch gesteuert werden. Für die Agrarpolitik stellt sich deshalb zunächst die Aufgabe, stabile und verlässliche Übergangslösungen zu schaffen.

Die Neubestimmung des Leistungsverhältnisses zwischen Landwirtschaft und Gesellschaft, die in den nächsten Jahren (und vielleicht Jahrzehnten) ansteht, ist - so lautet meine zweite Forderung - als Verhandlungsprozeß zwischen Landwirtschaft und Gesellschaft zu verstehen. An diesem Prozeß sind Bauern und Bäuerinnen in besonderer Weise zu beteiligen, um eine möglichst selbstbestimmte Entwicklung zu gewährleisten. Von den gesellschaftlichen Instanzen ist dabei die Kenntnis und Achtung bäuerlicher Lebens- und Wirtschaftsformen zu erwarten. Nur im Anschluß an bestehende Sozial- und Wirtschaftsformen und in Kenntnis zu erwartender Hindernisse und Chancen läßt sich der Wandel zu einer umweltverträglichen Landwirtschaft auch sozial verträglich gestalten.

Die Gesellschaft hat den Bauern und Bäuerinnen mit ihren Modernisierungsanforderungen in den letzten Jahrzehnten viel Anpassungsbereitschaft abverlangt. Wir sollten nicht vergessen, daß die negativen Auswirkungen der modernen Landwirtschaft wesentlich auf Anforderungen der Gesellschaft zurückzuführen sind. Auch im Verhandlungsprozeß über eine ökologisch orientierte Landwirtschaft werden die gesellschaftlichen Instanzen in der machtvolleren und letztlich entscheidenden Position sein. Sie sollten den Bauern und Bäuerinnen nicht nur den neuen Forderungskatalog vorsetzen. Sie sollten ihnen auch Zeit geben, diesen neuerlichen Wandel in ihrem eigenen Lebensalltag nachzuvollziehen, und ihnen den Raum zugestehen, entsprechende Lernprozesse selbst zu durchlaufen.

Die bäuerliche Bevölkerung hat in diesen Verhandlungen nicht nur ihre Leistungen in der Nahrungsmittelproduktion und in der Landschaftserhaltung anzubieten. Sie kann auch auf ihr Erfahrungswissen im Umgang mit der Natur verweisen. Die Naturerfahrung in der bäuerlichen Arbeit ist über landwirtschaftliche Produktionsprozesse hinaus wichtig. Sie kann einer Gesellschaft, die im Spannungsfeld von Ökonomie und Ökologie steht, grundlegende Orientierungshilfen geben. Mit diesem Ausblick gehe ich über das

Thema dieser Studie weit hinaus und komme doch zu seinem eigentlichen Kern.

7.4 Naturerfahrung in der bäuerlichen Arbeit: Eine Chance für die Gesellschaft

Für die Lösung ökologischer Probleme in modernen Industriegesellschaften gibt es keine Patentrezepte. Die Vorschläge reichen von 'Reparaturkonzepten', die Handlungsbedarf nur bei konkret nachweisbaren Schäden zugehen, bis hin zur Vorstellung von der Ökologie als neuer Leitlinie menschlichen Handelns. Sie haben in der Diskussion um die Ökologie als Leitwissenschaft (vgl. 3.2.3) eine charakteristische Zuspitzung erfahren. Auf der einen Seite wird Ökologie nur als naturwissenschaftliche Teildisziplin akzeptiert, die allenfalls als Erkenntnisinstrument aber nicht als Handlungsmaßstab taugt. Auf der anderen Seite wird die Ökologie zu einer 'Super-Wissenschaft' stilisiert, die Orientierung über alle Lebensbereiche hinweg ermöglicht. Die Notwendigkeit, menschliches Handeln an den Erfordernissen der Natur auszurichten, steht mehr und mehr außer Frage. Doch zugleich erweist sich, daß die Ziele und Prinzipien menschlichen Handelns nicht einfach aus der Natur abzulesen sind (vgl. die Kritik am ökologischen Naturalismus in 3.2.2). Woran kann und soll sich der notwendige Ausgleich zwischen den Bedürfnissen von Mensch und Natur orientieren?

Im Anschluß an Bätzing's (1988) Analyse des Verhältnisses von Mensch und Natur am Beispiel des Alpenraumes möchte ich auf ein bisher wenig beachtetes Kriterium aufmerksam machen: die menschliche Arbeit.¹⁰⁰ Der Mensch erfährt die Natur unvermittelt über seine Sinne, aber auch vermittelt über die Arbeitstätigkeit (124ff). Der Arbeitsprozeß ermöglicht und erfordert

¹⁰⁰ Ich habe mich ausführlich mit ökonomischen, politischen und philosophischen Konzepten für eine ökologische Handlungsorientierung beschäftigt. Meine Überlegungen mündeten in der Einsicht, daß uns die Natur nur als 'Natur für uns' zugänglich ist. Dabei kommt der praktischen Aneignung der Natur, vor allem über die Arbeit, entscheidende Bedeutung zu. Dies ist für mich die Konsequenz aus dem 'Zirkelschluß' ökologischen Denkens: Der Mensch möchte sein Verhalten zur Natur vom Wesen der Natur abhängig machen, das ihm aber nicht unabhängig von seinen Interessen als erkennendes Subjekt zugänglich ist. Ich habe diese Gedanken bei Bätzing in besonders anschaulicher Weise wiedergefunden. Deshalb verzichte ich hier auf die Darstellung meiner eigenen, abstrakten Ableitung der Thesen.

eine besonders intensive Auseinandersetzung mit der Natur: Der Erfolg der Arbeit hängt nämlich davon ab, ob die Natur - oder besser: die relevanten Ausschnitte daraus - adäquat erkannt und behandelt werden. Vom Erfolg der Arbeit ist wiederum das Überleben des Menschen abhängig. Die Arbeit vermittelt praktische menschliche Bedürfnisse mit den Erfordernissen der Natur. Menschliche Bedürfnisse geben der Arbeit das Ziel vor, natürliche Gegebenheiten bestimmen seine Bedingungen (Mittel und Wege).

"Das Bild der Natur, die Theorie der Natur wird daher ganz zentral von den Naturerfahrungen geprägt, die der Mensch im Arbeitsprozeß gemacht hat und ständig neu macht, denn schließlich hängt daran sein Überleben und die Qualität seines Lebens" (124).

Menschliche Arbeit kann auch naturzerstörende Folgen haben. Bätzing unterscheidet zwischen den produktiven Tätigkeiten (Nutzung der Natur) und den reproduktiven Tätigkeiten (Erhaltung der Natur) im Arbeitsprozeß. Die Vernachlässigung der reproduktiven Tätigkeiten ermöglicht auf der einen Seite die Intensivierung und Steigerung der produktiven Tätigkeiten. Andererseits führt sie langfristig zum Raubbau an der Natur. Ein auf produktive Tätigkeiten reduziertes Arbeitsverständnis macht Bätzing für die ökologische Krise der modernen Industriegesellschaften verantwortlich.

Raubbau geschieht auch an den Kulturlandschaften, als "denjenigen Ökosystemen, die die Menschen in jahrhundertelanger Arbeit aufgebaut haben" (130). Die ökologische Stabilität der Kulturlandschaften ist ohne menschliche Arbeit (mit produktiven und reproduktiven Tätigkeiten) nicht vorstellbar. Bätzing beschreibt anschaulich, wie das ökologische Gleichgewichtssystem der Alpen bis ins 20. Jahrhundert durch menschliche Arbeit nicht nur erhalten, sondern ohne Schaden für die Natur auch verändert wurde. Die Menschen haben in der Art der Nutzung, so läßt sich folgern, einen beträchtlichen Spielraum, aber sie müssen die jeweiligen Folgen für die Natur mit reproduktiver Arbeit ausgleichen. Bätzing gibt ein Beispiel:

"Wenn man einen alpinen Rasen zu einer Almweide umwandelt, ändert sich die Zusammensetzung der Pflanzenarten stark, und es entsteht ein völlig neues ökologisches System. Damit dieses Stabilität erhält, muß einerseits der Mensch ganz bestimmte Arbeiten verrichten, andererseits bestimmte natürliche Rahmenbedingungen beachten: Eine solche Almweide verlangt, um stabil zu bleiben, eine ganz bestimmte Zahl von Weidevieh; ..." (119).

In der menschlichen Arbeit findet die Verbindung von Mensch und Natur ihre praktischen Lösungen.

Die Bergbauernkultur hat, wie Bätzing beschreibt, zugleich eine immer effizientere Nutzung der Natur und die Aufrechterhaltung der ökologischen Stabilität erreicht. Dieser Erfolg beruht auf einem den Bedürfnissen des Menschen und der Natur angepaßten Arbeitsverständnis:

"Charakteristisch für traditionelle bäuerliche Gesellschaften ist dabei, daß sie den Arbeitsprozeß ganzheitlich sehen und zwischen produktiver und reproduktiver Arbeit gar nicht trennen können - ..." (120).

Am Beispiel eines Zusammenschlusses von Bergbauern in der Gegend um Briancon vom 14. bis ins 18. Jahrhundert belegt Bätzing die bewußte Wahrnehmung ökologischer Gefahren und ihre gemeinschaftliche Bewältigung durch die Bergbauern. Gezielt legen die Statuten des Bundes

"ganz detailliert die Nutzung des gesamten Kulturlandes in diesen zehn Tälern fest in dem deutlichen Bewußtsein, daß sonst ökologische Probleme entstehen. Die Konsequenzen einer falschen Nutzung - vor allem Übernutzung durch die Bauern und Raubbau durch die Feudalherren - werden genau beschrieben: Lawinen, Erosionen, Überschwemmungen, Vermurungen" (35).

Die Produktionsmethoden und die sozialen Regelungen der frühneuzeitlichen Bergbauernwirtschaft lassen sich nicht auf die Landwirtschaft von heute übertragen. Traditionelle Wirtschafts- und Kulturformen sind keine Lösungen für moderne Probleme. Doch sie können Anknüpfungspunkte bieten, Wege aufzeigen und Prinzipien verdeutlichen. In der modernen Landwirtschaft sind produktive und reproduktive Tätigkeiten aus dem Gleichgewicht geraten:

"Die ehemaligen, so menschlich dimensionierten Kulturlandschaften werden entweder in agrarische Monokulturflächen industrieller Prägung verwandelt oder ihre Bewirtschaftung wird ganz aufgegeben, wodurch sie beidemale ihre menschliche Dimension verlieren" (130).

Aus der traditionellen bäuerlichen Wirtschaft können wir die Notwendigkeit reproduktiver Arbeit lernen. Sie beweist die Möglichkeit, ökologische Gleichgewichte zum Zweck menschlicher Nutzung zu verändern und zugleich in einen neuen Stabilitätszustand zu überführen. Diese hochkomplexe Aufgabe wurde in vergangenen Zeiten allein unter Rückgriff auf die Naturerfahrung in der menschlichen Arbeit bewältigt. Sie war das Ergebnis praktischer Versuche und wurde begleitet von Rückschlägen und schrittweisen Erfolgen. Die Wissenschaften ermöglichen uns heute sehr viel systematischere Lernprozesse. Sie können uns helfen, Fehlschläge zu vermeiden und

die Fortentwicklung zu beschleunigen. Aber sie können die Vermittlungsleistung menschlicher Arbeit in und mit der Natur nicht ersetzen. Nicht weil sie unzureichend betrieben würden oder grundsätzlich falsch wären, sondern weil sie - definitionsgemäß - einen von der menschlichen Praxis abgelösten Naturbezug haben. Der praktische Naturbezug läßt sich dagegen mit dem Begriff der Erfahrung kennzeichnen, wie ihn Neumann (1987) beschreibt:

"Erfahrung behält im Unterschied zur Wissenschaft die Rückwirkung auf den eigenen Lebenszusammenhang im Auge. Erfahrung sorgt dafür, daß man sich nicht zu weit auf unbekanntes Gebiet vorwagt" (22).

Der Ausgleich zwischen den Bedürfnissen von Mensch und Natur kann nicht im Labor ermittelt und nicht am Schreibtisch erdacht werden, sondern muß sich schrittweise im menschlichen Arbeitsprozeß vollziehen. Der Schlüssel zur Lösung der ökologischen Krise, das ist meine Überzeugung, liegt in der Praxis, im tätigen Umgang der Menschen mit der Natur. Neben der zweckgebundenen Arbeitstätigkeit sollte die zweckfreie Betätigung in der Natur nicht übersehen werden. Auch das Spiel oder die bloße Betrachtung können den Menschen Naturerfahrungen vermitteln.

Gerade unter dem Gesichtspunkt der Naturerfahrung in der Arbeit sind moderne Industriegesellschaften auf einem sehr niedrigen Niveau angelangt. Die Unerfahrenheit der Menschen in der Bearbeitung der Natur scheint mir ein entscheidendes Hindernis für die Bewältigung der ökologischen Krise zu sein. Nur noch wenige Berufstätige arbeiten unmittelbar in und mit der Natur. Der Anteil an Menschen, die natürliche Rohstoffe bearbeiten, geht immer weiter zurück. Technische Geräte treten vermittelnd und großenteils erfahrungsmindernd zwischen Mensch und Natur. Die Mehrheit der Beschäftigten trifft in Dienstleistungsberufen nur noch auf vielfach bearbeitete Naturprodukte. Die Naturerfahrung hat sich weitgehend in den Bereich der Freizeit verlagert. Dort aber läßt sich nur begrenzt die praktische Erfahrung sammeln, die zur Lösung der Probleme erforderlich ist, die mit beruflicher Arbeit einhergehen. Die Bauern sehen dieses Dilemma ganz richtig, wenn sie auf die romantischen Naturvorstellungen der Städter als Folge eines freizeitorientierten Naturbezugs verweisen (vgl. 5.1).

In der Landwirtschaft ist Naturerfahrung im Arbeitsprozeß noch in besonders hohem Ausmaß möglich. Auch dort zwingen ökonomische und politische Vorgaben zur Vernachlässigung des Erfahrungswissens, und technische Geräte treten zwischen Mensch und Natur: "So wurden die Bauern genötigt, gegen ihre eigenen Erfahrungen zu handeln, sie zu verdrängen, auf den wissenschaftlich-technischen Fortschritt zu bauen, sich seinen Gesetzen

unterzuordnen" (22). Ökologisch bewußte Naturerfahrung stellt sich nicht automatisch als Folge der Arbeit in der Natur ein. Die Ergebnisse meine Befragung zeigen, daß instrumentelle Bezüge das Verhältnis vieler Bauern zur Natur bestimmen (vgl. 5.1). Zweifellos wird in weiten Bereichen der Landwirtschaft die reproduktive Arbeit vernachlässigt.

Dennoch kommt den Bauern und Bäuerinnen im Hinblick auf die Verfügbarkeit praktischer Naturerfahrung für die Gesellschaft besondere Bedeutung zu. Sie stehen in der Tradition einer bäuerlichen Wirtschaft, die solches Wissen in hohem Maße gesammelt hat und fähig war zur Nutzung natürlicher Ressourcen durch Veränderung und Stabilisierung ökologischer Systeme. Dieses Wissen mag überlagert und die praktische Erfahrungsmöglichkeit mag erschwert sein. Aber Reste dieses Wissens und das Bewußtsein um seine Bedeutung haben sich in der bäuerlichen Bevölkerung erhalten. Würde dieses Wissen gesellschaftlich anerkannt, könnte es wesentlich zur Stabilisierung bäuerlicher Identität beitragen. Im Sinne der Akzeptanz des ökologischen Diskurses mögen die Bauern vergleichsweise wenig umweltbewußt sein. Im Hinblick auf die Naturerfahrung im Arbeitsprozeß gehören sie wohl nach wie vor zu den Umwelt-Bewußten. Noch immer eröffnet der bäuerliche Arbeitsprozeß besonders intensive Möglichkeiten der Naturerfahrung. Kaum ein gesellschaftlicher Tätigkeitsbereich ist so eng und untrennbar mit natürlichen Gegebenheiten und dem Wachstum des Lebens verbunden.

Bauern und Bäuerinnen sollten diese Möglichkeiten zur Naturerfahrung verstärkt nutzen. Die Gesellschaft sollte ihnen eine entsprechende Arbeits- und Wirtschaftsform ermöglichen. Damit ließe sich nicht nur die landwirtschaftliche Produktion mit ökologischen Notwendigkeiten abstimmen. Es könnte grundlegendes Erfahrungswissen für die Verbindung der Bedürfnisse von Mensch und Natur, für den Weg zwischen Ökonomie und Ökologie in modernen Industriegesellschaften gewonnen werden. Die ökologische Frage könnte damit von einer Bedrohung des bäuerlichen Selbstbildes zur Quelle für eine neue gesellschaftliche Identität werden. Die bäuerliche Bevölkerung könnte an traditionelle Kulturmerkmale anschließen und doch Perspektiven für die Zukunft finden. Trotz ihrer vielfältigen und zum Teil kaum vermeidbaren Abhängigkeiten in modernen Industriegesellschaften würden sich die Tore für einen selbstbewußten und selbstbestimmten Weg öffnen. "Wir sind Bauern und Bäuerinnen", dieser Satz würde dann gerade im Zusammenhang mit dem ökologischen Diskurs Achtung und Hoffnung wecken.

Literaturverzeichnis

- Aglietta, M. (1987). A theory of capitalist regulation. The US experience. London/New York: Verso.
- Agrarbericht (1990). Agrar- und ernährungspolitischer Bericht der Bundesregierung. Hrsg. vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Bundestagsdrucksache 11/6387 und 11/6388). Bonn.
- Agrarsoziale Gesellschaft e.V. (Hrsg.) (1988). Ländliche Gesellschaft im Umbruch. Beiträge zur agrarsoziologischen Diskussion. Göttingen: Agrarsoziale Gesellschaft e.V.
- Altner, G. (1975). Zwischen Natur und Menschengeschichte. Anthropologische, biologische, ethische Perspektiven für eine neue Schöpfungstheologie. München: Kaiser.
- Amery, C. (1976). Natur als Politik. Die ökologische Chance des Menschen. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Arnold, H. (1983). Langfristige Entwicklungslinien der Landwirtschaft. Ökologische Begrenzungen und agrarpolitische Probleme unter besonderer Berücksichtigung der Pflanzenproduktion. Berichte über Landwirtschaft, 61, 321-344.
- Bätzing, W. (1988). Die Alpen. Naturbearbeitung und Umweltzerstörung. Ein ökologisch-geographischer Essay (4. Auflage). Frankfurt am Main: Vervuert.
- Bahro, R. (1980). Elemente einer neuen Politik. Zum Verhältnis von Ökologie und Sozialismus. Berlin: Olle & Wolter.
- Balderjahn, I. (1986). Das umweltbewußte Konsumentenverhalten. Eine empirische Studie. Berlin: Duncker & Humblot.
- Bastian, T. & Hilgers, M. (1989). Natur erlöst nicht. Über verwirrte Begriffe und irregeleitete Wünsche. Universitas, 7/1989, 664-673.
- Bausinger, H. (1985). Traditionale Welten. Kontinuität und Wandel in der Volkskultur. Zeitschrift für Volkskunde, 81, 173-191.
- Bayerischer Agrarbericht (1988). Hrsg. vom Bayerischen Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. München.
- Bechmann, A. (1987). Landbau-Wende. Gesunde Landwirtschaft - Gesunde Ernährung. Vorschläge für eine neue Agrarpolitik. Frankfurt am Main: Fischer.

- Beck, U. (1986). Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Beck, U. (1988). Gegengifte. Die organisierte Unverantwortlichkeit. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Becker, U. (1989). Akkumulation, Regulation und Hegemonie. Logische Korrespondenz oder historische Konstellation? Politische Vierteljahresschrift, 30, 230-253.
- Bendixen, E. O. (1984). Umweltschutz und Agrarproduktion aus der Sicht von Landwirten und Beratern in Hessen. Eine explorative Studie zur Erkundung des Umweltbewußtseins von Landwirten. Göttingen: Agrarsoziale Gesellschaft e.V.
- Bendixen E. O. (1989). Hofnachfolge. Bestimmungsgründe für die Übergabe und Übernahme landwirtschaftlicher Betriebe. Göttingen: Agrarsoziale Gesellschaft e.V.
- Bendixen, E. O. & Clausen, H. (1984). Umweltrelevanz der Agrarstruktur. Eine explorative Studie zum Umweltverhalten von Landwirten in Abhängigkeit von agrarstrukturellen Verhältnissen. Göttingen: Agrarsoziale Gesellschaft e.V.
- Berger, S. & Piore, M. J. (1980). Dualism and Discontinuity in Industrial Societies. Cambridge: Cambridge University Press.
- Bergmann, Th. (1973). Die Landwirtschaft in der Bundesrepublik. Entwicklungstendenzen und Probleme. In Meschkat, K. & Negt, O. (Hrsg.), Gesellschaftsstrukturen (161-187). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bergmann, Th. (1975). Betrieb oder Scholle? Die landwirtschaftliche Bevölkerung zwischen Strukturwandel und Konservatismus. In Greifenhagen, M. & Scheer, H. (Hrsg.), Die Gegenreform. Zur Frage der Reformierbarkeit von Staat und Gesellschaft (112-131). Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Bergmann, Th. (1976). Structural changes and political activities of the peasantry. Saarbrücken: Breitenbach.
- Berndt, S. (1987). Neuere Entwicklungstendenzen in der Nahrungsmittelproduktion der Bundesrepublik Deutschland und ihre Auswirkungen auf Landwirtschaft und Konsumenten. Aachen: Rader.
- Birnthaler, J. & Hagen, M. (1989). Frauen in alternativ bewirtschafteten landwirtschaftlichen Betrieben. Eine qualitative Untersuchung. Göttingen: Agrarsoziale Gesellschaft e.V.
- von Blanckenburg, P. (1958). Berufszufriedenheit und Unbehagen in der Landwirtschaft. Soziale Welt, 9, 29-45.

- Bodenstedt, A. A. (1987). Innovation und Alternative - zur Soziologie der industrialisierten und der alternativen Landwirtschaft. In D. Jauch & F. Kromka a.a.O. (87-106).
- Bögenhold, D. (1985). Die Selbständigen: zur Soziologie dezentraler Produktion. Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Bohler, K. F. & Hildenbrand, B. (1990). Farm families between tradition and modernity. *Sociologia Ruralis*, 30, 18-33.
- Bohn, E. (1980). Wirtschaftsstruktureller Wandel und gesellschaftliche Orientierung. Eine empirische Studie über den ländlichen sozio-ökonomischen Wandel und seine Reflexion im Bewußtsein und Verhalten von Bauern und Arbeiterbauern. Stuttgart: Ulmer.
- Bolte, K. M. (1983). Subjektorientierte Soziologie - Plädoyer für eine Forschungsperspektive. In K. M. Bolte & E. Treutner a.a.O. (12-36).
- Bolte, K. M. & Treutner, E. (Hrsg.). (1983). Subjektorientierte Arbeits- und Berufssoziologie. Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Bolte, K. M. & Voß, G. G. (1988). Veränderungen im Verhältnis von Arbeit und Leben. Anmerkungen zur Diskussion um den Wandel von Arbeitswerten. In L. Reyher & J. Kühl (Hrsg.), *Resonanzen. Arbeitsmarkt und Beruf - Forschung und Politik (Festschrift für Dieter Mertens)* (72-93). Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.
- Brand, K.W. (1982). Neue soziale Bewegungen. Entstehung, Funktion und Perspektive neuer Protestpotentiale. Eine Zwischenbilanz. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Brand, K.W. (1987). Kontinuität und Diskontinuität in den neuen sozialen Bewegungen. In R. Roth & D. Rucht a.a.O. (30-44).
- Brand, K.W., Büsser, D. & Rucht, D. (1983). Aufbruch in eine andere Gesellschaft. Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik. Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Braun, A. (1983). Umwelterziehung zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Eine vergleichende Betrachtung theoretischer Erziehungspostulate mit Kenntnissen, Einstellungen und praktischen Handlungsweisen 15-16jähriger Schüler. Frankfurt am Main: Haag und Herchen.
- Braun, A. (1987). Untersuchungen über das Umweltbewußtsein bei Lernenden im Schulalter. In J. Calließ & R. E. Lob a.a.O. (Bd. 2, S. 56-61).
- Bretschneider, M. (1988). Umweltbefragungen aus Forschung und Verwaltung. Dokumentation von Datenquellen der nichtamtlichen Statistik. Berlin: Deutsches Institut für Urbanistik.
- Breuer, M. & Scheer, G. (1988). Psychosoziales aus der Provinz. In *Agrar-soziale Gesellschaft e.V. a.a.O.* (210-239).

- Brocher, T. (1970). Grüne Sündenböcke der Industriegesellschaft? Selbstverständnis, Fremdwahrnehmung und Kommunikation eines Berufsstandes. Hannover: IMA - Informationsgemeinschaft für Meinungspflege und Aufklärung e.V.
- Brock, D. & Vetter, H.R. (1986). Technische Dynamik und soziale Beharung. Anmerkungen zum Verhältnis von technischem und sozialem Fortschritt anhand einer Fallstudie zum Robotereinsatz im Automobilbau. Soziale Welt, 37, 208-236.
- Brockmann, A. D. (Hrsg.) (1977). Landleben. Ein Lesebuch von Land und Leuten. Argumente und Reportagen. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Brüggemann, B. & Riehle, R. (1986). Das Dorf. Über die Modernisierung einer Idylle. Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Buchmann, M. & Gurny, R. (1984). Wenn Subjektivität zum Subjektivismus wird ... Methodische Probleme der neueren soziologischen Biographieforschung. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 36, 773-782.
- Bühl, W. L. (1981). Ökologische Knappheit. Gesellschaftliche und technologische Bedingungen ihrer Bewältigung. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Calließ, J. & Lob, R. E. (Hrsg.) (1987). Handbuch Praxis der Umwelt- und Friedenserziehung (3 Bände). Düsseldorf: Schwann.
- CEQ - Council on Environmental Quality/US-Außenministerium (Hrsg.) (1985). Global 2000. Der Bericht an den Präsidenten. Frankfurt am Main: Zweitausendeins.
- Cohen, A. P. (1982). Belonging: the experience of culture. In Ders. (Hrsg.), Belonging: identity and social organisation in British rural cultures (1-19). Manchester: Manchester University Press.
- van Deenen, B. (1971). Wandel im Verhalten, in den Einstellungen und Meinungen westdeutscher Landwirte zu Beruf, Familie und Gesellschaft. Bonn: Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie.
- van Deenen, B. et al. (Hrsg.) (1975). Lebensverhältnisse in kleinbäuerlichen Dörfern 1952 und 1972. Bonn: Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie.
- Dierkes, M. & Fietkau, H.J. (1988). Umweltbewußtsein - Umweltverhalten. Mainz: Kohlhammer.
- Dietsch, W. (1986). Machen uns die Bauern krank? Die grüne Zeitbombe. Rastatt: Moewig.

- Dirscherl, C. (1989). *Bäuerliche Freiheit und genossenschaftliche Koordination. Untersuchungen zur Landwirtschaft in der vertikalen Integration.* Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag.
- Enzensberger, H. M. (1973). Zur Kritik der politischen Ökologie. In Enzensberger, H. M. & Michel, K. M. (Hrsg.), *Kursbuch 33. Ökologie und Politik oder Die Zukunft der Industrialisierung (1-42).* Berlin: Rotbuch.
- Ester, P. & van der Meer, F. (1982). Determinants of individual environmental behaviour: An outline of a behavioural model and some research findings. *The Netherland's Journal of Sociology*, 18, 57-94.
- Eulefeld, G., Bolscho, D. & Seybold, H. (1986). *Umwelterziehung in Europa. Bericht über eine Untersuchung in den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft.* Kiel: Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften an der Universität Kiel.
- Fietkau, H.J. (1984). *Bedingungen ökologischen Handelns. Gesellschaftliche Aufgaben der Umweltpsychologie.* Weinheim/Basel: Beltz.
- Fietkau, H.J., Glaeser, B., Hennecke, A. & Kessel, H. (1982). *Umweltinformation in der Landwirtschaft.* Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Fietkau, H.J. & Kessel, H. (1981). Einleitung und Modellansatz. In Dies. (Hrsg.), *Umweltlernen. Veränderungsmöglichkeiten des Umweltbewußtseins. Modelle - Erfahrungen (1-14).* Königstein/Ts.: Hain.
- Fietkau, J. & Schiffer, W. (1982). Psychosoziale Aspekte beim Altglas-Recycling. In Joerges, B. a.a.O. (101-122).
- Ford, H. (1923). *Mein Leben und Werk.* Leipzig: Paul List.
- Foster, J. B. (1989). Fordismus als Fetisch. *Prokla* 76, 19, 71-85.
- Foucault, M. (1983). *Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit. Band 1.* Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Foucault, M. (1988). *Archäologie des Wissens (3. Auflage).* Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Friedmann, H. (1978). World market, state, and family farm: Social basis of household production in the era of wage labor. *Comparative Studies in Society and History*, 20, 545-586.
- Funk, A. (1976). *Landwirtschaftspolitik in der Bundesrepublik: Kontinuität und Wandel eines Politikbereiches.* *Leviathan*, 5, 256-276.
- Funk, A. (1977). *Abschied von der Provinz. Strukturwandel des ländlichen Raumes und staatliche Politik.* Offenbach: Plakat-Bauernverlag.

- Gödde, H. & Voegelin, D. (Hrsg.) (1988). Für eine bäuerliche Landwirtschaft. Materialien zur Tagung in Bielefeld-Bethel vom 27.-30.1.1988. Kassel: Fachbereich Stadtplanung/Landschaftsplanung der Gesamthochschule Kassel.
- Goetz, A. (1977). Ökologie und Politik. Beiträge zur Wachstumskrise. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Graefe zu Baringdorf, F. W. (1982). Arbeitserziehung und Sozialisation junger Bauern. Eine Untersuchung über die Verbindung zwischen Arbeitserziehung und Produktivkräften sowie den Produktionsverhältnissen in der historischen Entwicklung der Deutschen Landwirtschaft. Bielefeld: B. Kleine.
- Gruhl, H. (1982). Das irdische Gleichgewicht. Ökologie unseres Daseins. Düsseldorf: Erb.
- Habermas, J. (1981). Theorie des kommunikativen Handelns (2 Bände). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Haferkamp, H. (1984). Interaktionsaspekte, Handlungszusammenhänge und die Rolle des Wissenstransfers. Eine handlungstheoretische Kritik der Theorie des kommunikativen Handelns. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 36, 773-782.
- Hagstotz, W. (1981). Betroffenheit und kollektives Handeln im ländlichen Raum. Empirisch-theoretische Studie über Bürgerinitiativen im Konflikt um Planung und Bau der Neubaustrecke Mannheim-Stuttgart. Frankfurt am Main: Haag und Herchen.
- Hampicke, U. (1977). Landwirtschaft und Umwelt (Dissertation). Berlin: Technische Universität.
- Haris, J. (1987). Umweltrelevante Einstellungen und Verhaltensweisen von Nebenerwerbslandwirten. In D. Jauch & F. Kromka a.a.O. (168-181).
- Heberle, R. (1963). Landbevölkerung und Nationalsozialismus. Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt.
- von Heereman, C. (1985). Was ist umweltschonende Landbewirtschaftung? UC - Unabhängige Correspondenz des Vereins für Agrarpolitik e.V., 66, 3.
- Heine, H. & Mautz, R. (1988). Haben Industriefacharbeiter besondere Probleme mit dem Umweltthema? Soziale Welt, 39, 123-143.
- Heine, H. & Mautz, R. (1989). Industriearbeiter contra Umweltschutz? Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Heinze, R. G. (1977). Struktur und Politik des Deutschen Bauernverbandes. In Brockmann, A. D. a.a.O. (322-340).

- Hildenbrand, B. (1988). Modernisierungsprozesse in der Landwirtschaft und ihre Bewältigung. Vergleich einer 'schizophrenen' mit einer 'normalen' Familie. In Lüscher, K. et al. (Hrsg.), Die 'post-moderne' Familie (297-311). Konstanz: Universitäts-Verlag Konstanz.
- Hillmann, K.H. (1979). Wertezerfall und Aufgabe einer Neuorientierung in einer Zeit der Umweltkrise. In H. Klages & P. Kmiecik (Hrsg.), Wertwandel und gesellschaftlicher Wandel (625-632). Frankfurt am Main/ New York: Campus.
- Hillmann, K.H. (1981). Umweltkrise und Wertwandel. Die Umwertung der Werte als Strategie des Überlebens. Frankfurt am Main: Lang.
- Hirsch, J. (1985a). Fordismus und Postfordismus. Die gegenwärtige gesellschaftliche Krise und ihre Folgen. Politische Vierteljahresschrift, 26, 160-182.
- Hirsch, J. (1985b). Auf dem Wege zum Postfordismus? Die aktuelle Neuformierung des Kapitalismus und ihre politischen Folgen. Das Argument, 27, 325-342.
- Hirsch, J. & Roth, R. (1986). Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus. Hamburg: VSA-Verlag.
- Hoffmann-Riem, Ch. (1980). Die Sozialforschung einer interpretativen Soziologie. - Der Datengewinn -. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 32, 339-372.
- Honneth, A. (1989). Kritik der Macht. Reflexionsstufen einer kritischen Gesellschaftstheorie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Huber, J. (1982). Die verlorene Unschuld der Ökologie. Frankfurt am Main: Fischer.
- Hülßen, R. (1982). Umweltinformationen für Landwirte. Münster-Hiltrup: Landwirtschaftsverlag.
- Hurtienne, Th. (1986). Fordismus, Entwicklungstheorie und Dritte Welt. Peripherie, 22/23, 60-110.
- Ilien, A. & Jeggle, U. (1978). Leben auf dem Dorfe. Zur Sozialgeschichte des Dorfes und Sozialpsychologie seiner Bewohner. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Illich, I. (1975). Selbstbegrenzung. Eine politische Kritik der Technik. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- IMA - Informationsgemeinschaft für Meinungspflege und Aufklärung e.V. (1987). Grundauszählung der Emnid-Befragung "Image der deutschen Landwirtschaft 1987". Hannover:.
- IMA - Informationsgemeinschaft für Meinungspflege und Aufklärung e.V. (1989). Agrimente '89. Hannover.

- Inglehart, R. (1977). *The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics*. Princeton/New Jersey: Princeton University Press.
- Inglehart, R. (1979). Wertwandel in den westlichen Gesellschaften: Politische Konsequenzen von materialistischen und postmaterialistischen Prioritäten. In H. Klages & P. Kmiecik a.a.O. (279-316).
- Inglehart, R. (1982). *Changing values and the rise of environmentalism in western societies*. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin, Internationales Institut für Umwelt und Gesellschaft.
- Inhetveen, H. (1986). Staatliche Macht und dörfliche Ehre: Die Geschichte eines Ortsbauernführers. In Schmals, K. M. & Voigt, R. a.a.O. (133-162).
- Inhetveen, H. (1988). Dorf-Gesellschaft. Plädoyer für eine sozialanthropologische Sicht. In Agrarsoziale Gesellschaft e.V. a.a.O. (111-144).
- Inhetveen, H. & Blasche, M. (1983). *Frauen in der kleinbäuerlichen Landwirtschaft*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Ipsen, D. (1987). Räumliche Vergesellschaftung. *Prokla*, 68, 113-130.
- Jauch, D. & Kromka, F. (Hrsg.) (1987). *Agrarsoziologische Orientierungen. Ulrich Planck zum 65. Geburtstag*. Stuttgart: Ulmer.
- Jochimsen, R. (1968). Dualismus als Problem der wirtschaftlichen Entwicklung. In Fritsch, B. (Hrsg.), *Entwicklungsländer (65-80)*. Köln/Berlin: Kiepenheuer & Witsch.
- Joerges, B. (Hrsg.). (1982). *Verbraucherverhalten und Umweltbelastung. Materialien zu einer verbraucherorientierten Umweltpolitik*. Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Kaase, M. (1986). Die Entwicklung des Umweltbewußtseins in der Bundesrepublik Deutschland. In R. Wildenmann (Hrsg.), *Umwelt, Wirtschaft, Gesellschaft - Wege zu einem neuen Grundverständnis (289-316)*. Stuttgart: Staatsministerium Baden-Württemberg.
- Kaiser-Zülch, I. (1987). Umwelterziehung in der landwirtschaftlichen Aus- und Fortbildung. In J. Calließ & R. E. Lob a.a.O. (Band 2, 140-152).
- Kampeter, K. (1986). Fordismus in der Landwirtschaft. Technologische und gesellschaftliche Polarisierung als Kennzeichen gegenwärtiger Agrarentwicklung in der BRD und in Mexiko. *Peripherie*, 22/23, 111-136.
- Kenney, M., Lobao, L. M., Curry, J., & Goe, R. W. (1989). Midwestern agriculture in US-Fordism. From New Deal to economic restructuring. *Sociologia Ruralis*, 29, 131-148.

- Kessel, H. & Tischler, W. (1984). Umweltbewußtsein. Ökologische Wertvorstellungen in westlichen Industrienationen. Berlin: edition sigma.
- Kitschelt, H. (1984). Der ökologische Diskurs: eine Analyse von Gesellschaftskonzeptionen in der Energiedebatte. Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Klages, H. (1984). Wertorientierungen im Wandel. Rückblick, Gegenwartsanalyse, Prognosen. Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Klages, H., Franz, G. & Herbert, W. (1987). Sozialpsychologie der Wohlfahrtsgesellschaft. Zur Dynamik von Wertorientierungen, Einstellungen und Ansprüchen. Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Klages, H. & Kmiecik, P. (Hrsg.) (1979). Wertwandel und gesellschaftlicher Wandel. Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Klenk, G. (1987). Umwelterziehung in den allgemeinbildenden Schulen. Entwicklung, Stand, Probleme - aufgezeigt am Beispiel Bayern. Frankfurt am Main: Haag und Herchen.
- Kmiecik, P. (1976). Wertstrukturen und Wertwandel in der Bundesrepublik Deutschland. Göttingen: Schwartz.
- Kölsch, O. (1988). "Die spritzen doch nachts!" Zu den sozialen Beziehungen konventionell arbeitender Landwirte zu ihren ökologisch wirtschaftenden Nachbarn. In Agrarsoziale Gesellschaft e.V. a.a.O. (291-314).
- Kölsch, O. & Dettmer, J. (1989). Agrarindustrie und Umwelt - die Folgen einer Entwicklung! Soziale und wirtschaftliche Situation und Probleme von Agrarproduzenten im Landkreis Vechta (Forschungsbericht). Göttingen: Institut für Rurale Entwicklung an der Georg-August-Universität.
- Koning, N. (1988). Bauern, Markt und Staat. Evolution der Landwirtschaft im Kapitalismus und der neoliberale Angriff auf die Agrarpolitik der EG. In Gödde, H. & Voegelin D. a.a.O. (72-84).
- Krämer, A. (1986). Ökologie und politische Öffentlichkeit. Zum Verhältnis von Massenmedien und Umweltproblematik. München: tuduv-Verlagsgesellschaft.
- Krammer, J. (1976). Das Bewußtsein der Bauern in Österreich. Analyse einer Ausbeutung II. Wien: Arbeitsgemeinschaft für Sozialwissenschaftliche Publizistik.
- Kreil, M. (1988). Arbeiten, um zu leben oder leben, um zu arbeiten? Familien auf dem Land. In Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.), Wie geht's der Familie (345-354). München: Kösel.
- Krekeler, H.J. (1976). Das Wahlverhalten der landwirtschaftlichen Bevölkerung in der Bundesrepublik: Analyse und Diskussion von Ergebnissen der empirischen Wahlforschung. Ein Beitrag zur ländlichen Soziologie (Dissertation). Bonn: Rheinische Friedrichs-Wilhelms-Universität.

- Kreutz, H. & Titscher, S. (1974). Die Konstruktion von Fragbögen. In J. von Koolwijk & M. Wieken-Mayser (Hrsg.), *Techniken der empirischen Sozialforschung* (Band 4. Erhebungsmethoden: Die Befragung) (24-82). München/Wien: Oldenbourg.
- Kriedte, P., Medick, H. & Schlumbohm, J. (1977). *Industrialisierung vor der Industrialisierung. Gewerbliche Warenproduktion auf dem Land in der Formationsperiode des Kapitalismus*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Kromka, F. (1981). Selbst- und Fremdbild der deutschen Landwirte. *Agrarwirtschaft*, 30, 240-246.
- Kromka, F. (1982). Das Image der Landwirte. Auswirkungen der Öko-Bewegung. *Berichte über Landwirtschaft*, 60, 161-172.
- Kromka, F. (1987). Agrarmoral und Wertewandel. *Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie*, 35, 194-219.
- Kudera, S. (Hrsg.). (1988a). *Empirische Befunde zur Kleinbürgerlichkeit heute (Abschlußbericht des DFG-Projekts "Lebensverläufe und Orientierungen in Berufsgruppen des deutschen Kleinbürgertums")*. München-Neubiberg: Universität der Bundeswehr.
- Kudera, S. (1988b). Politische Kleinbürgerlichkeit. Ein empirischer Beitrag zur Analyse politischen Bewußtseins in der Bundesrepublik Deutschland. *Zeitschrift für Soziologie*, 17, 249-263.
- Kudera, S., Müller, R. & Riedmiller, F. (1984). *Kohortendifferenzierte Lebensverläufe und Arbeits-, Lebens- und politische Orientierungen untersucht am Beispiel von Postbeamten des Mittleren Dienstes (Abschlußbericht des von der DFG geförderten Forschungsprojekts)*. München: Hochschule der Bundeswehr/Universität München.
- Langeheine, R. & Lehmann, J. (1986). *Die Bedeutung der Erziehung für das Umweltbewußtsein*. Kiel: Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften an der Universität Kiel.
- Langeheine, R. & Lehmann, J. (1986). Ein neuer Blick auf die soziale Basis des Umweltbewußtseins. *Zeitschrift für Soziologie*, 15, 378-384.
- Lehner, F. (1979). Die "Stille Revolution": Zur Theorie und Realität des Wertwandels in hochindustrialisierten Gesellschaften. In H. Klages, P. Kmiecik a.a.O. (317-327).
- Lendorfer, E. (1984). *Soziale Einstellungen der Voll- und Nebenerwerbsbauern des Bezirks Rohrbach/Oberes Mühlviertel. Eine empirische Untersuchung zur Sozialpsychologie der Bergbauern (Dissertation)*. Wien: Universität Wien.

- Leonhard, M. (1986). Umweltverbände. Zur Organisation von Umweltschutzinteressen in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- van Liere, K.D. & Dunlap, R.E. (1980). The social bases of environmental concern. A review of hypotheses, explanations and empirical evidence. *Public Opinion Quarterly*, 44, 181-197.
- Linde, H. (1959). Persönlichkeitsbildung in der Landfamilie. *Soziale Welt*, 10, 297ff.
- Linse, U. (1983). Zurück, o Mensch, zur Mutter Erde. Landkommunen in Deutschland 1890-1933. München: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Lipietz, A. (1985). Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise. Einige methodische Überlegungen zum Begriff 'Regulation'. *Prokla*, 58, 109-137.
- Lipietz, A. (1987). *Mirages and miracles*. London: Verso.
- Loomis, Ch.P. & Beegle, J.A. . (1946). The spread of German nazism in rural areas. *American Sociological Review*, 11, 724-734.
- Lutz, B. (1984). Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts. Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Lutz, B. (1986). Die Bauern und die Industrialisierung. Ein Beitrag zur Erklärung von Diskontinuität der Entwicklung industriell-kapitalistischer Gesellschaften. In Berger, J. (Hrsg.), *Die Moderne - Kontinuitäten und Zäsuren* (119-137). Göttingen: Schwartz.
- Malunat, B. M. (1987). Umweltpolitik im Spiegel der Parteiprogramme. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 29/87, 29-42.
- Mangold, W. (1960). Gegenstand und Methode des Gruppendiskussionsverfahrens. Frankfurt am Main: EVA.
- Margedant, U. (1987). Entwicklung des Umweltbewußtseins in der Bundesrepublik Deutschland. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 29/87, 15-28.
- Marti, U. (1988). Michel Foucault. München: Beck.
- Martinelli, A. (1972). Dualismus und Abhängigkeit. In Senghaas, D. a.a.O. (356-378).
- Maslow, A. H. (1954). *Motivation and Personality*. New York: Harper & Row.
- Mayer-Tasch, P. C. (1985). *Aus dem Wörterbuch der Politischen Ökologie*. München: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Mayr, K.P. (1990). *Wachsen oder Weichen? Bedingungen von betrieblichen Modernisierungsentscheidungen bei Vollerwerbslandwirten* (Unveröffentlichte Diplomarbeit). München: Ludwig-Maximilians-Universität.

- Meadows, D., Meadows, D., Zahn, E. & Milling, P. (1972). Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Meuther, A. (1987). Warum heiratet man (k)einen Landwirt? Ergebnisse einer empirischen Untersuchung zur Partnerwahl in der Landwirtschaft. Bonn: Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie.
- Meyer-Abich, K. M. (1984). Wege zum Frieden mit der Natur. Praktische Naturphilosophie für die Umweltpolitik. München et al.: Hanser.
- Meyer-Mansour, D. (1988). Agrarsozialer Wandel und bäuerliche Lebensverhältnisse. In Agrarsoziale Gesellschaft e.V. a.a.O. (240-260).
- Meyer-Mansour, D., Breuer, M. & Nickel, B. (1990). Belastung und Bewältigung. Lebenssituation landwirtschaftlicher Familien. Frankfurt am Main: Landwirtschaftliche Rentenbank.
- Meyer-Palmedo, I. (1985). Das dörfliche Verwandtschaftssystem. Struktur und Bedeutung: Eine Figurationsanalyse. Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Milbrath, L. W. (1984). Environmentalists. Vanguard for a New Society. Albany: State University of New York Press.
- Mrohs, E. (1981). Landwirte in der Bundesrepublik Deutschland 1980. Lebens- und Arbeitsgestaltung, Einkommensvielfalt, subjektive Ortsbestimmung. Bonn: Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie.
- Mrohs, E. (1983). Landwirte in der Gesellschaft. Soziale Schichten im Vergleich. Bonn: Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie.
- Oechsle, M. (1988). Der ökologische Naturalismus. Zum Verhältnis von Natur und Gesellschaft im ökologischen Diskurs. Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Pacyna, H. (1988). Agrilexikon (7. Auflage). Hannover: IMA - Informationsgemeinschaft für Meinungspflege und Aufklärung e.V.
- Pappi, F. U. (1973). Parteiensystem und Sozialstruktur in der Bundesrepublik. Politische Vierteljahresschrift, 14, 191-213.
- Pawlowsky, P. (1986). Arbeitseinstellungen im Wandel. Zur theoretischen Grundlage und empirischen Analyse subjektiver Indikatoren der Arbeitswelt. München: Minerva.
- Piorkowsky, M.B. & Rohwer, D. (1988). Umweltverhalten und Ernährungsverhalten. Hamburg: Behr.

- Planck, U. (1982). Situation der Landjugend. Die ländliche Jugend unter besonderer Berücksichtigung des landwirtschaftlichen Nachwuchses. Münster-Hiltrup: Landwirtschaftsverlag.
- Pongratz, H. (1984). Bäuerliche Arbeit zwischen Ökonomie und Ökologie. Empirische Untersuchung zur Krise im Arbeitsverständnis junger Haupterwerbs-Landwirte (Unveröffentlichter Arbeitsplan). München.
- Pongratz, H. (1985). Bäuerliche Arbeit zwischen Ökonomie und Ökologie. Empirische Untersuchung zur Krise im Arbeitsverständnis der Haupterwerbs-Landwirte (Unveröffentlichter Arbeitsbericht). München.
- Pongratz, H. (1987). Bauern - am Rande der Gesellschaft? Eine theoretische und empirische Analyse zum gesellschaftlichen Bewußtsein von Bauern. Soziale Welt, 38, 522-544.
- Pongratz, H. (1988a). Bauern und Berufsgruppen des großstädtischen Kleinbürgertums im Vergleich. In S. Kudera a.a.O. (175-208).
- Pongratz, H. (1988b). Die segmentierte Gesellschaft. Dualistische Gesellschaftskonzeptionen als theoretische Grundlage der Agrarsoziologie. In Agrarsoziale Gesellschaft e.V. a.a.O. (54-98).
- Pongratz, H. (1989). Der Bauer als Buhmann. Warum sich die Landwirte mit der Ökologiediskussion schwertun. Öko-Mitteilungen, 12 (4), 34-36.
- Pongratz, H. (1990). Cultural tradition and social change in agriculture. Sociologia Ruralis, 30, 5-17.
- Pongratz, H. (erscheint demnächst). Ländliche Lebenswelt und agrarpolitische Krise in ihren Auswirkungen auf das gesellschaftlich-politische Bewußtsein von Bauern. In Claussen, B. & Geissler, R. (Hrsg.), Politisierung des Menschen. Instanzen der politischen Sozialisation. Weinheim: Deutscher Studienverlag.
- Pongratz, H. & Schmitt, M. (1990). Perspektiven der Berufsbildung in der Landwirtschaft. Berichte über Landwirtschaft, 68, 567 - 581.
- Poppinga, O. (1975). Bauern und Politik. Frankfurt am Main/Köln: Europäische Verlagsanstalt.
- Poppinga, O. (1977). Bauern in der Bundesrepublik Deutschland. In Brockmann, A. D. a.a.O. (277-322).
- Poppinga, O.H. (1973). Politisches Verhalten und Bewußtsein deutscher Bauern und Arbeiter-Bauern, unter besonderer Berücksichtigung revolutionärer und gegenrevolutionärer Bewegungen und Ansätze. Stuttgart-Hohenheim: Universität Hohenheim.
- Priebe, H. (1985). Die subventionierte Unvernunft. Landwirtschaft und Naturhaushalt. Berlin: Siedler.

- Rammert, W. (1982). Kapitalistische Rationalität und Organisierung der Arbeit. In Littek, W., Rammert, W. & Wachtler, G. (Hrsg.), Einführung in die Arbeits- und Industriesoziologie (37-61). Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Rathke-Hebeler, E. (1988). Staatliche Agrarpolitik - Politik für wen? Ein Beitrag zur Analyse politischer und ökonomischer Einflußfaktoren und Bestimmungsgründe agrarpolitischer Entscheidungen. Frankfurt am Main et al.: Lang.
- Rau, Th. (1989). Umweltprobleme und umweltorientierte Landwirtschaft im Meinungsbild der Landwirte Nordrhein-Westfalens (Dissertation). Bonn: Rheinische Friedrichs-Wilhelms-Universität.
- Röttgers, K. (1987). Kritik der Macht oder Macht der Kritik? Soziologische Revue, 10, 13-17.
- Rolke, L. (1987). Protestbewegungen in der Bundesrepublik. Eine analytische Sozialgeschichte des politischen Widerspruchs. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Rosenbaum, H. (1982). Formen der Familie. Untersuchungen zum Zusammenhang von Familienverhältnissen, Sozialstruktur und sozialem Wandel in der deutschen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Roth, R. & Rucht, D. (Hrsg.) (1987). Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt am Main/New York: Campus.
- RSU - Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen (1985). Umweltprobleme der Landwirtschaft (Kurzfassung des Sondergutachtens). o.O.
- Sachs, R. E.G. (1972). Wirtschafts- und Sozialverhalten von Landwirten. Hannover: Schaper.
- Sauer, M. F. (1988). Krise und Zukunft der bäuerlichen Landwirtschaft. In Agrarsoziale Gesellschaft e.V. a.a.O. (261-290).
- Sauer, M. F. (1990). Perspektiven einer bäuerlichen Agrarproduktion in der Bundesrepublik Deutschland (Unveröffentlichtes Manuskript). Gießen.
- Schmals, K. M. & Voigt, R. (Hrsg.) (1986). Krise ländlicher Lebenswelten. Analysen, Erklärungsansätze und Lösungsperspektiven. Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Schneider, G. (1980). Zur politischen Ökonomie des Agrarsektors: soziale Lage und soziale Differenzierung der landwirtschaftlich Erwerbstätigen in der Bundesrepublik seit 1960. Köln: Pahl-Rugenstein.
- Schritt, J. (1977). Bauern gemeinsam sind stärker. Zur Entwicklung bäuerlichen Widerstands gegen Kernenergie. In Brockmann, A. D. a.a.O. (55-65).

- Schuh, A. (1988). Situation und Entwicklungstendenzen landwirtschaftlicher Betriebe in Bayern. *Politische Studien*, 39, 507-528.
- Schulze Wemhove, H. (1989). Landwirte in wirtschaftlich kritischen Situationen: Wie sehen Landwirte ihre Lage und wo sehen sie Perspektiven? Eine empirische Untersuchung im Landkreis Tübingen (Unveröffentlichte Diplomarbeit). Stuttgart-Hohenheim: Universität Hohenheim.
- Schumacher, E.F. (1985). *Small is beautiful. Die Rückkehr zum menschlichen Maß*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Schur, G. (1988). Beratung als Bestandteil alternativer Agrarpolitik. Verminderung der Nitratbelastung über verändertes Düngeverhalten der Landwirte. *Öko-Mitteilungen*, 11 (3), 19-21.
- Schur, G. & Albrecht, H. (1987). Verminderung der Nitratbelastung über verändertes Düngeverhalten der Landwirte? Ansatzstellen und Möglichkeiten der Beratung (Unveröffentlichtes Manuskript). Stuttgart-Hohenheim.
- Seitz, K. (1983). Die Kolonisierung des Landes. Kritik der Urbanität als Ausgangspunkt einer neuen Landpädagogik. *Zeitschrift für Entwicklungspädagogik*, 6, 3-13.
- Senghaas, D. (Hrsg.) (1972). *Imperialismus und strukturelle Gewalt. Analysen über abhängige Reproduktion*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Senghaas, D. (Hrsg.) (1974). *Peripherer Kapitalismus*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Spittler, G. (1980). Abstraktes Wissen als Herrschaftsbasis. Zur Entstehungsgeschichte bürokratischer Herrschaft im Bauernstaat Preussen. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 32, 574-604.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (1989). *Statistisches Jahrbuch 1989 für die Bundesrepublik Deutschland*. Stuttgart: Metzler-Poeschel.
- Taylor, F. W. (1977). *Die Grundsätze wissenschaftlicher Betriebsführung*. Neu herausgegeben und eingeleitet von W. Volpert und R. Vahrenkamp. Weinheim/Basel: Beltz.
- Thiede, G. (1988). *Landwirt im Jahr 2000. So sieht die Zukunft aus*. Frankfurt am Main et al.: Verlagsunion Agrar.
- Thorbrietz, P. (1987). Umwelt und Ökologie in den Medien. In Calließ, J. & Lob, R. E. a.a.O. (300-310).
- Toffler, A. (1980). *Die Dritte Welle. Zukunftschancen, Perspektiven für die Gesellschaft des 21. Jahrhunderts*. München: Goldmann.
- Trobbach, W. (1987). Bäuerlicher Widerstand in deutschen Kleinterritorien zwischen Bauernkrieg und französischer Revolution. *Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie*, 35, 1-16.

- Ullmann, H.P. (1988). *Interessenverbände in Deutschland*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Umweltbundesamt (1985). *Ergebnisse aus der sozialwissenschaftlichen Umweltforschung*. Berlin.
- Urban, D. (1986). Was ist Umweltbewußtsein? Exploration eines mehrdimensionalen Einstellungskonstruktes. *Zeitschrift für Soziologie*, 15, 363-377.
- Uttitz, P. (1987). Parteipräferenz und Wahlabsicht der Landwirte in der Bundesrepublik Deutschland - neigen die Landwirte zur Wahlenthaltung? *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 18, 243-252.
- Vaassen, B. (1984). Die Bedeutung der Arbeit - Widersprüchliche Ergebnisse der empirischen Werteforschung. *Psychologie und Praxis*, 28, 98-108.
- Volpert, W. (1977). Von der Aktualität des Taylorismus. Einleitung zum Neudruck von F.W. Taylors 'Grundsätzen wissenschaftlicher Betriebsführung'. In F.W. Taylor a.a.O. (IX-LI).
- Voß, G. (1984). *Bewußtsein ohne Subjekt? Eine Kritik des industriesoziologischen Bewußtseinsbegriffs*. Großhesselohe: Rainer Hampp, Personalwissenschaftlicher Fachverlag.
- Watts, N. S. J. (1987). Mobilisierungspotential und gesellschaftspolitische Bedeutung der neuen sozialen Bewegungen. Ein Vergleich der Länder der Europäischen Gemeinschaft. In R. Roth & D. Rucht a.a.O. (47-67).
- Weiß, J. (1983). Verständigungsorientierung und Kritik. Zur 'Theorie des kommunikativen Handelns' von Jürgen Habermas. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 35, 108-120.
- Wentingmann, U. (1988). *Umweltkenntnisse und -bewußtsein bei Junglandwirten*. Empirische Untersuchung zur Umsetzung von Lernzielen zum Umwelt- und Naturschutz in der landwirtschaftlichen Berufsbildung. Münster-Hiltrup: Landwirtschaftsverlag.
- Wessolleck, W. (1985). *Die Ökologiebewegung. Aspekte ihrer sozialen Konstituierung, Politik und Philosophie*. Köln: Pahl-Rugenstein.
- Wilson, T. P. (1982). Qualitative 'oder' quantitative Methoden in der Sozialforschung. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 34, 487-508.
- Wimer, M. (1988). *Zweierlei Leut'*. Patriarchalische Strukturen in landwirtschaftlichen Familien. Witzenhausen: Ekopan.

- Wurzbacher, G. & Pflaum, R. (1961). Das Dorf im Spannungsfeld industrieller Entwicklung. Untersuchung an den 45 Dörfern und Weilern einer westdeutschen ländlichen Gemeinde (2. Auflage). Stuttgart: Enke.
- Ziche, J. (1968). Kritik der deutschen Bauerntumsideologie. *Sociologia Ruralis*, 8, 105-141.
- Ziche, J. (1970). Das gesellschaftliche Selbstbild der landwirtschaftlichen Bevölkerung in Bayern (Bayerisches Landwirtschaftliches Jahrbuch, Sonderheft 2). München et al.: BLV-Verlagsgesellschaft.
- Ziche, J. & Kromka, F. (1982). Gesellschaftliche Veränderungen - Wird die Landwirtschaft zum Sündenbock? In Böckenhoff, E., Steinhauser, H. & von Urff, W. (Hrsg.), *Landwirtschaft unter veränderten Rahmenbedingungen* (103-124). Münster-Hiltrup: Landwirtschaftsverlag.

Anhang: Fragebogen

(Systematisch vorgesehene Nachfragen jeweils in Klammern)

I. Angaben zur Person

Zuerst habe ich einige Fragen zu Ihrer Person und Ihrem Lebenslauf.

1. Wie alt sind Sie?
2. Sind Sie verheiratet? (Wie lange schon?)
3. Haben Sie Kinder? (Wieviele? Wie alt sind Ihre Kinder? Und welche Ausbildung machen sie oder haben sie?)
4. Seit wann bewirtschaften Sie selbst den Hof?
5. Wo sind Sie selbst aufgewachsen, hier auf dem Hof oder anderswo? (Wo? Welchen Beruf hatten die Eltern?)
6. Hatten Sie noch Geschwister? (Wieviele? Waren Sie der älteste Sohn?)
7. (Gegebenenfalls) Dann haben Sie ja auch schon als Kind auf dem Hof mitgearbeitet. Was haben Sie denn da noch für Erinnerungen?
8. Welche Schulen haben Sie besucht? (Schulische und berufliche Ausbildungseinrichtungen)
9. Haben Sie einen landwirtschaftlichen Ausbildungsabschluß gemacht? (Welchen?)
10. Haben Sie auch eine nicht-landwirtschaftliche Ausbildung? (Welche?)
11. Wann stand für Sie fest, daß Sie Bauer werden?
12. Wollten Sie selber Bauer werden?
13. Hätten Sie damals denn auch gerne einen anderen Beruf gelernt? (Welcher hätte Sie da interessiert?)
14. Haben Sie auch schon mal in einem nicht-landwirtschaftlichen Betrieb gearbeitet? (Was haben Sie da gemacht? Wann? Wie lange?)

II. Arbeit und Beruf

Mich würde jetzt genauer interessieren, wie Sie Ihre Arbeit als Bauer sehen.

15. Wenn Sie heute so zurückschauen: Hat es Ihnen schon mal leid getan, daß Sie Bauer geworden sind? (Warum hat es Ihnen da leid getan?)
16. Wenn Sie Ihre Arbeit mit anderen Berufen heutzutage vergleichen, worin unterscheidet sich da die Bauernarbeit von anderen Tätigkeiten? (Was sind da für Sie die wichtigsten Vorteile der Bauernarbeit? Und was die größten Nachteile?)
17. Nun hat sich die Bauernarbeit in den letzten 20 bis 30 Jahren stark verändert. War diese Entwicklung Ihrer Meinung nach eher gut oder eher schlecht? (Was war gut? Was war schlecht?)
18. Ich gebe Ihnen hier eine Liste, auf der Merkmale von beruflichen Tätigkeiten aufgeführt sind. Würden Sie mir bitte anhand der Liste sagen, welche drei Merk-

male Ihnen am wichtigsten wären, wenn Sie sich heute eine berufliche Tätigkeit nach Ihrem Geschmack aussuchen könnten?

Liste: interessante Tätigkeit, anerkannte und geachtete Stellung, Sicherheit, viel Verantwortung, selbständige Tätigkeit, gutes Einkommen, eigenen Neigungen und Fähigkeiten entsprechende Tätigkeit, gute Aufstiegsmöglichkeiten, anderen helfen, eigene Ideen verwirklichen, nicht so anstrengende Tätigkeit, geregelte Freizeit, nützliches für die Allgemeinheit tun, viel Kontakt zu Anderen, andere Menschen führen.

(Welches Merkmal ist Ihnen dabei am wichtigsten? Und welches am zweitwichtigsten?)

19. Ist es denn für Sie heute noch was Besonderes, ein Bauer zu sein, oder ist das eher ein Beruf wie jeder andere auch? (Was ist denn das Besondere daran?)
20. Es heißt manchmal, daß der Bauer unserem Herrgott am nächsten ist. Was meinen Sie dazu?
21. Man sagt immer so: "Die gute alte Zeit". Glauben Sie, daß das früher, vor 50 oder vor 100 Jahren, für die Bauern im Vergleich zu heute eine bessere oder eine schlechtere Zeit war? (Warum glauben Sie das?)
22. Ich habe nun hier einen Kartensatz und eine Liste. Auf diesen Karten stehen verschiedene persönliche Eigenschaften und Fähigkeiten. Ich hätte gern von Ihnen gewußt, wie wichtig diese Eigenschaften Ihrer Meinung nach für den Charakter eines tüchtigen Bauern sind. Legen Sie die Karten bitte auf die Liste, je nachdem, ob Sie eine Eigenschaft für "sehr wichtig", "wichtig", "weniger wichtig" oder "nicht wichtig" halten.

Karten: technischer Sachverstand, Fleiß, Selbstbewußtsein, Liebe zur Natur, Wagemut, Gottvertrauen, Zuverlässigkeit, beruflicher Ehrgeiz, Treue zum Brauchtum, Sparsamkeit, Verantwortungsbewußtsein, Bescheidenheit.

III. Natur und Umwelt

Nun hat die Bauernarbeit besonders viel mit der Natur zu tun: die Arbeit im Freien, der Umgang mit Tieren und so weiter.

23. Ist Ihnen das persönlich wichtig, in und mit der Natur zu arbeiten oder ist Ihnen das eher unwichtig? (Warum ist Ihnen das wichtig/unwichtig?)
24. Meinen Sie, daß die Bauern durch Ihre Arbeit ein anderes Verhältnis zur Natur haben als andere Leute, die zum Beispiel in der Stadt wohnen? (Worin sehen Sie die Unterschiede?)
25. Wenn Sie jetzt mal die Landwirtschaft außer acht lassen: Meinen Sie, daß die Menschen in unserer Gesellschaft richtig mit der Natur umgehen oder werden da Fehler gemacht? (Welche Fehler werden da zum Beispiel gemacht?)
26. Was sind denn Ihrer Meinung nach die größten Umweltprobleme in der Bundesrepublik Deutschland?
27. Wie beurteilen Sie das Waldsterben?
28. Meinen Sie, daß auch in der Landwirtschaft Fehler im Umgang mit der Natur gemacht werden? (Welche?)
29. Was sind Ihrer Ansicht nach die Gründe dafür?

30. In letzter Zeit werden die Bauern immer mehr dafür kritisiert, daß sie zuviel spritzen und düngen und überhaupt zuwenig auf die Erhaltung der Natur achten. Was meinen Sie zu dieser Kritik?
 31. Von wem kommt diese Kritik hauptsächlich?
 32. Warum kritisieren diese Leute die Bauern?
 33. Hier gebe ich Ihnen Karten, auf denen verschiedene Umweltgefahren stehen. Wie meinen Sie, ist die Landwirtschaft an diesen Umweltgefahren beteiligt? Legen Sie die Karten bitte auf diese Liste, je nachdem, ob Sie meinen daß die Landwirtschaft "stark beteiligt", "auch noch beteiligt" oder "nicht beteiligt" ist.
Karten: Verminderung der Vielfalt der Landschaft, Rückgang seltener Tier- und Pflanzenarten, Belastung des Wasserhaushalts, Bodenverdichtung und Boden-erosion, Belastung der Luft, Rückstände chemischer Mittel in Nahrungsmitteln.
 34. Man hört jetzt immer mehr vom sogenannten alternativen oder biologischen Landbau. Was halten Sie davon?
 35. Was sind Ihrer Meinung nach die Vorteile dieses alternativen Landbaus?
 36. Und was die Nachteile?
 37. Könnten Sie sich vorstellen, selber teilweise oder ganz auf alternativen Landbau umzustellen, wenn Sie dabei genausoviel verdienen würden wie jetzt? (Warum nicht?)
 38. Wie schätzen Sie Bauern ein, die schon umgestellt haben? (Was sind das für Leute? Warum machen die das?)
 39. Kennen Sie selbst jemanden, der umgestellt hat oder es gerne machen würde? (Was halten Sie von demjenigen?)
 40. Auch in der Agrarpolitik werden verschiedene Vorschläge zum Umweltschutz in der Landwirtschaft gemacht. Haben Sie zum Beispiel schon von dem Konzept des 'integrierten' Pflanzenschutzes oder des 'integrierten' Landbaus gehört? (Können Sie sich darunter etwas vorstellen? Was? Falls nötig erläutern.)
 41. Was halten Sie von einem solchen Konzept?
 42. Haben Sie schon von dem Beihilfenprogramm der bayerischen Regierung, zum Beispiel zum Schutz von Ackerwildkräutern und Wiesenbrütern, gehört? (Falls nötig erläutern) In diesem Programm erhalten ja die Bauern Beihilfen, wenn sie die Nutzung bestimmter Gebiete einschränken. Was halten Sie von diesen Maßnahmen?
 43. Nehmen wir einmal an, Sie hätten ein nicht genutztes Feuchtgebiet und Sie überlegen, ob Sie es trockenlegen. Im Interesse der Tier- und Pflanzenwelt werden Sie gebeten, dieses Feuchtgebiet gegen eine geringe Entschädigung zu erhalten. Was würden Sie da tun?
 44. Glauben Sie, daß die Bauern selber mit den Umweltproblemen, die auftreten, fertig werden oder helfen da nur staatliche Maßnahmen? (Was könnten denn die Bauern da vor allem tun? Welche staatlichen Maßnahmen würden Ihrer Meinung nach am besten helfen?)
- Soweit zu den Umweltproblemen. Jetzt würde mich interessieren, wie Sie die wirtschaftliche Lage der Bauern sehen.

IV. Wirtschaft und Betriebsführung

45. Wie hat sich denn die wirtschaftliche Lage der Bauern in den letzten 10 bis 15 Jahren entwickelt?
46. Was sind Ihrer Meinung nach die Gründe dafür?
47. Sind Sie persönlich zufrieden mit Ihrem Einkommen?
48. Wie schätzen Sie die Verdienstmöglichkeiten der Bauern im Vergleich zur übrigen Bevölkerung ein?
49. Nun gibt es auch unter den Bauern große Unterschiede im Einkommen. Woran liegt das Ihrer Meinung nach?
50. Heute müssen die Bauern ja viel investieren und oft hohe Schulden machen, um wirtschaftlich mithalten zu können. Was halten Sie von dieser Entwicklung?
51. Wie informieren Sie sich denn über die aktuelle Entwicklung in der Landwirtschaft?
52. Welche Ausbildung sollte denn Ihrer Meinung nach ein junger Bauer heute machen?
53. Machen Sie Buchführung? (Warum nicht?/Was bringt Ihnen das?)
54. Nun gibt es auch verschiedene Möglichkeiten, daß sich die Bauern gegenseitig unterstützen und zusammenarbeiten, zum Beispiel wenn man gemeinsam Maschinen anschafft. Was halten Sie von solchen Formen der Zusammenarbeit?
55. Wie arbeiten Sie mit Ihren Nachbarn zusammen? (Und wie sind Sie mit dieser Zusammenarbeit zufrieden?)
56. Meinen Sie, daß man die Zusammenarbeit verstärken sollte?
57. Hätten Sie eventuell Interesse daran, wieder stärkeren Kontakt mit den Verbrauchern zu haben, zum Beispiel wenn man ohne Zwischenhandel direkt vom Hof weg verkauft? (Warum?/Warum nicht?)
58. Meinen Sie denn, jetzt mal ganz allgemein gesprochen, daß die Bauern heute in der Betriebsführung eher mehr oder eher weniger selbständig sind und ihr eigener Herr als früher? (Was meinen Sie, sind die Gründe dafür?)

V. Gesellschaft und Politik

Nun kann man die wirtschaftlichen Probleme nicht ganz unabhängig von der Politik sehen. Bevor wir aber zur Agrarpolitik kommen, habe ich ein paar allgemeinere Fragen zu unserer Gesellschaft im großen und ganzen.

59. Wenn man alle Menschen in der Bundesrepublik zusammennimmt, gibt es da ganz verschiedene Leute. Wie würden Sie persönlich die Bevölkerung einteilen? (Wo würden Sie sich da selber einordnen?)
60. Einmal ganz allgemein gefragt: Finden Sie, daß unsere Gesellschaft im großen und ganzen so in Ordnung ist?
61. Was macht Ihnen am meisten Sorge?
62. Und was ist nach Ihrer Ansicht am erfreulichsten?
63. Gibt es Ihrer Meinung nach in unserer Gesellschaft starke Gegensätze oder Konflikte? (Welche? Welche Ursachen haben diese Gegensätze oder Konflikte?)
64. Es gibt ja in unserer Gesellschaft Unterschiede im Einkommen und Vermögen. Halten Sie diese Unterschiede im großen und ganzen für gerecht oder ungerecht?

65. Wir leben ja in einer Demokratie: Glauben Sie, daß die Bürger zuwenig oder genügend Einfluß auf die Politik haben oder haben sie sogar schon zuviel Einfluß? (Welche Gruppen in unserer Gesellschaft haben denn Ihrer Meinung nach zuviel Einfluß? Und welche zuwenig?)
66. Ich gebe Ihnen jetzt eine Liste, auf der Sie verschiedene politische Ziele finden. Bitte nennen Sie mir die Ziele, die Sie besonders nachdrücklich unterstützen.
Liste: Ankurbelung der Wirtschaft durch Abbau von Sozialleistungen, mehr Meinungsfreiheit, Todesstrafe für Terroristen, mehr Umweltschutz, Bekämpfung der Wohnungsnot, mehr Einfluß der Bürger auf politische Entscheidungen, Abzug der Gastarbeiter aus der Bundesrepublik, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, größerer Einfluß der Friedensbewegung, mehr Befugnisse für die Polizei, Verstärkung der Rüstungsanstrengungen.
(Und welches von diesen Zielen halten Sie für am wichtigsten? Gibt es noch weitere Ziele, die Sie für besonders wichtig halten, die aber hier nicht genannt sind? Welche?)
67. Nennen Sie mir bitte noch die Ziele, die Sie besonders nachdrücklich ablehnen.
(Und welches Ziel lehnen Sie davon am stärksten ab? Gibt es noch Ziele, die Sie stark ablehnen, die aber hier nicht genannt sind? Welche?)
68. Es gibt ja die Meinung, "wählen" sei eigentlich überflüssig, weil "die da oben" ja doch tun, was sie wollen. Wie stehen Sie dazu?
- Jetzt kommen wir wieder zur Landwirtschaft und damit zur Agrarpolitik.
69. Wo sehen Sie denn die Hauptprobleme in der Agrarpolitik?
70. Was halten Sie von der Agrarpolitik der letzten Jahre?
71. Agrarpolitik wird ja heute wesentlich in der Europäischen Gemeinschaft gemacht. Wie stehen Sie dazu?
72. Was sind Ihrer Meinung nach die Gründe dafür, daß heute in der Landwirtschaft bei vielen Produkten Überschüsse erwirtschaftet werden?
73. Sehen Sie Möglichkeiten, diese Überschüsse abzubauen? (Welche?)
74. Was halten Sie denn von der Milchkontingentierung?
75. Nun wird von vielen Leuten kritisiert, daß die Landwirtschaft heute zuviel Zuschüsse und Subventionen erhält. Wie stehen Sie dazu?
76. Welche Gruppen haben denn Ihrer Meinung nach den größten Einfluß auf die Agrarpolitik?
77. Wer vertritt Ihrer Meinung nach am ehesten die Interessen der Bauern in der Agrarpolitik?
78. Gibt es auch Gruppen oder Leute, die sich besonders gegen die Interessen der Bauern stark machen? (Welche?)
79. Sollten sich die Bauern selbst mehr um die Politik kümmern? (Was könnte da vor allem gemacht werden?)
80. Sind Sie Mitglied im Bauernverband?
81. Wie sind Sie mit der Arbeit des Bauernverbands zufrieden?
82. Was sollte der Bauernverband anders machen?
83. Sind auch die Interessen der kleinen und mittleren Bauern ausreichend im Bauernverband vertreten?

84. In letzter Zeit wurden außerhalb der Bauernverbands neue Zusammenschlüsse von Bauern gegründet. Was halten Sie davon?
85. Sind Sie bei einer Partei oder einem Verband politisch aktiv?
86. Manche Leute meinen, daß die Agrarpolitik ganz deutlich die sehr großen Betriebe bevorzugt. Was meinen Sie dazu?
87. In letzter Zeit sind auch direkte Einkommensübertragungen an die Landwirtschaft im Gespräch, zum Beispiel für die Erhaltung der Landschaft. Was halten Sie davon?

VI. Lebensperspektiven

88. Wie glauben Sie wird es weitergehen in der Landwirtschaft? Wird sich viel ändern? (Was wird sich ändern?)
89. Glauben Sie, daß es sich auch in Zukunft noch lohnen wird, Bauer zu sein? (Warum glauben Sie das? Was für ein Gefühl haben Sie für die Zukunft?)

Jetzt noch ein paar Fragen zum Leben allgemein.

90. Was würden Sie ganz allgemein sagen, ist für Sie das Wichtigste in Ihrem Leben?
91. Hier ist wieder ein Kartensatz. Auf diesen Karten stehen verschiedene Lebensbereiche. Ich hätte gerne von Ihnen gewußt, wie wichtig die Lebensbereiche für Sie sind. Bitte verteilen Sie die Kärtchen hier auf die einzelnen Felder, je nachdem, wie wichtig der jeweilige Bereich für Sie persönlich ist. ("Sehr wichtig" = 7 bis "Nicht wichtig" = 1)

Karten: Beruf, Familie, Freizeit, Freunde, Politik, Religion, Verwandtschaft.

92. Nehmen wir an, Sie hätten 6 Richtige im Lotto. Was würden Sie machen? (Würden Sie dann weiterhin noch arbeiten? Aus welchen Gründen?)

93. Hier ist nun noch einmal ein Kartensatz. Auf diesen Karten steht einiges, was einem im Leben wichtig sein kann. Nach welchen Grundsätzen leben denn Sie? Könnten Sie bitte die Karten auf diese Liste hier verteilen, je nachdem, ob das für Sie in Ihrem Leben "sehr wichtig", "auch noch wichtig" oder "weniger wichtig" ist.

Karten: ein abwechslungsreiches und interessantes Leben führen, das Leben genießen, meinen Hobbys nachgehen, gut verdienen, bei anderen beliebt sein und von anderen geachtet werden, beruflichen Erfolg haben, meine Pflicht tun, fleißig sein, hilfsbereit sein, etwas für die Allgemeinheit tun, freundlich sein, ein Leben in geordneten Bahnen führen, ein guter Mensch sein, mich selbst verwirklichen, unabhängig sein, entschlußfreudig sein, mit meinen Kräften haushalten, umweltbewußt leben, Verantwortung übernehmen, gesund leben.

So, damit hätten wir jetzt die wesentlichen Punkte. Zum Schluß brauche ich noch ein paar Angaben zum Betrieb.

VII. Angaben zum Betrieb

94. Wieviel Grund bewirtschaften Sie (landwirtschaftliche Nutzfläche)? (Wieviel davon ist gepachtet? Wieviel davon ist Ackerland?)
95. Wer arbeitet aller am Hof mit? (Ausmaß der Mitarbeit)

96. Was sind Ihre wichtigsten Wirtschaftszweige? (Anzahl der Tiere bzw. der bewirtschafteten Fläche)
97. Haben Sie Ihre Wirtschaftszweige in den letzten 10 bis 15 Jahren umgestellt? (Was haben Sie da umgestellt? Warum haben Sie das gemacht?)
98. Welche ganz großen Ausgaben für Maschinen oder für Gebäude haben Sie in den letzten 10 bis 15 Jahren gehabt? (Was war das im Einzelnen?)
99. Haben Sie, für die nächsten 5 Jahre ungefähr, irgendwelche größeren Veränderungen im Betrieb vor? (Welche? Was erwarten Sie sich davon?)